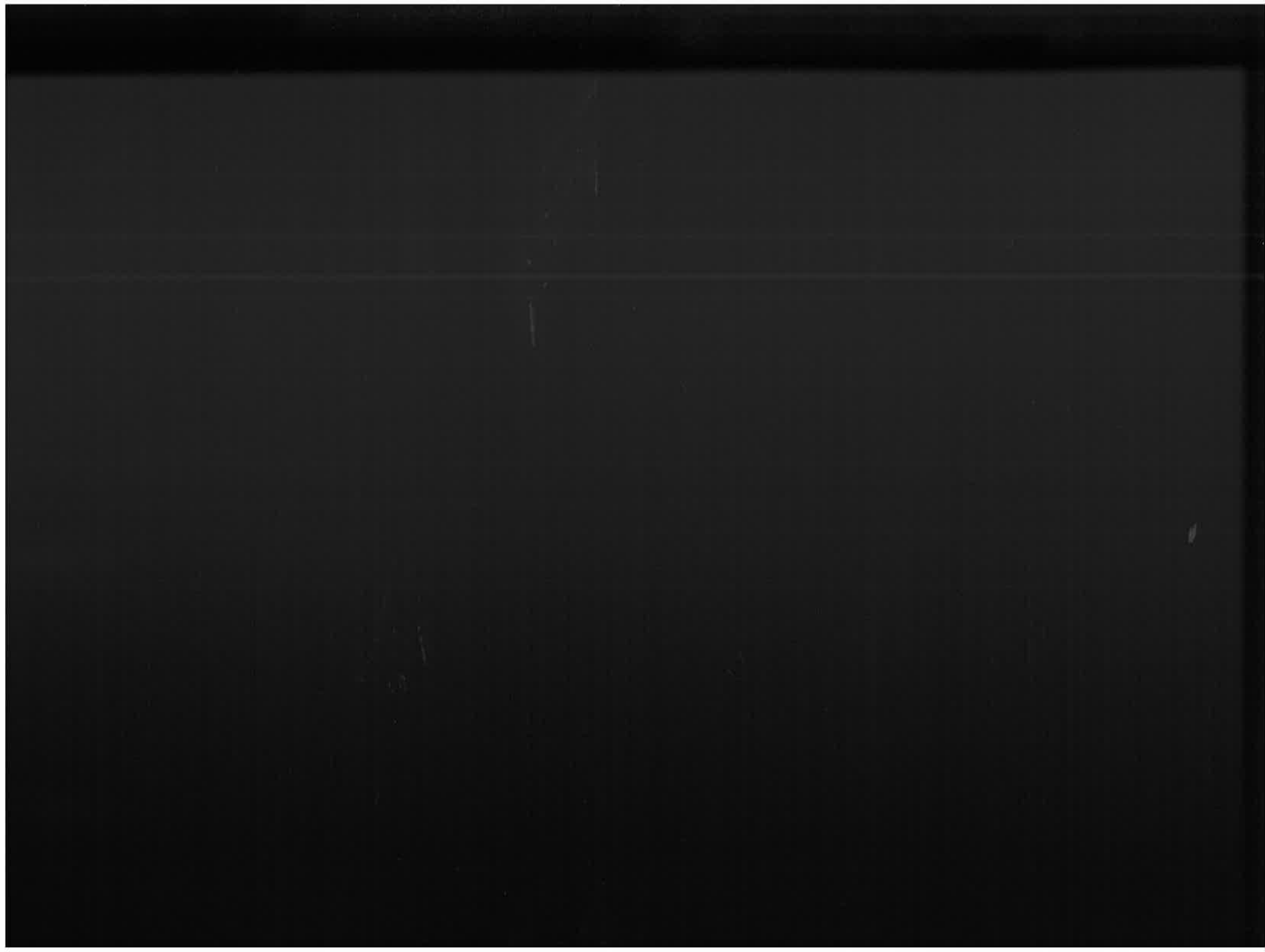




Z-Vertrieb, Postfach 500936, D-60397 Frankfurt/M.

"Der Arme weiß bis jetzt, dass er nicht nur geldlich schief liegt. Ein schlecht Gekleideter tut allemal gut daran, dem Schutzmann auszuweichen. Das Auge des Gesetzes sitzt im Gesicht der herrschenden Klasse. Kein Schwächerer, wenn er sein Recht sucht, hat Aussicht, gegen die begüterte Partei zu gewinnen; sie beschäftigt den besseren Anwalt. Geld macht sinnlich, Geld macht scharfsinnig, und das Recht ist letzteres durchaus. Auch die sonstigen Reibungen mit dem Gesetz erfährt fast nur der kleine Mann. Dem Armen dienen die Gerichtsvollzieher, die Gefängnisse, dem besseren Herrn bleibt eine juristisch unangenehme Lage meist erspart. Die kleinen Diebe hängt man, die großen lässt man laufen; auf diesem Gemeinplatz steht seit alters jedes Gerichtsgebäude. Noch aussichtsloser ist es einem Führer der unterdrückten Klasse, sich, wenn er politisch beklagt wird, juristisch durchzusetzen."

Ernst Bloch, Naturrecht und menschliche Würde, 1961, Frankfurt/M. 1985, S. 206 f.

Neue Redaktionsanschrift:

Z - Zeitschrift Marxistische Erneuerung
Postfach 500936, D - 60397 Frankfurt/M.
Tel/Fax: 069 / 53 05 44 06



Nr. 40, Dezember 1999

Wittich - **Destabilisierte Gesellschaft**

Soziale Gerechtigkeit

Klenner - **Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit**/Butterwegge - **Neoliberalismus und Standortnationalismus**/Reitzig - **Soziale Pakte**/Werner - **Solidarität im Angebot**
Göçmen - **Moral- und Gerechtigkeitstheorie bei Marx**/Fiehler - **Rawls, Hayek und Margalit**

Kriegsursachen und Kriegslegitimation

Helms - **Der Krieg vor dem Krieg**/Goldschmidt - **Gerechter Krieg - gerechte Weltordnung?**

Und:

Hayasaka - **Japan - Verlierer der Globalisierung?**
Conert - **Rußlands Weg zum Kapitalismus**
Fülberth - **Jahrzehnt der Neuen Linken**
Collmer - **Das 'übergreifende Allgemeine'**

Sowie: Berichte, Rezensionen

Das neue Heft:

11-99

Sozialismus

C 12232 E



Lafontaine: Feldherr
ohne Truppen?
Der hantaische Weg –
eine Alternative?
Ausstiegsgesamten:
Rot-grüne Atompolitik
Ist es mit 50?
Die Sloterdijk-Debatte:
Rechtsstaat in Österreich
Indien: Hindu-Nationalismus

November 1999
Einzelheft DM 12,-

Sloterdijk-Debatte; Horst Bethge: Nach dem Waffenstillstand – einige gewerkschaftliche Schlussfolgerungen; Heinz Bierbaum: Kein Signal für eine andere Politik – Der IG Metall Gewerkschaftstag; Joachim Kreimer-de Fries: Produktivitätsorientierte Reallohnpolitik – Gewerkschaftsgipfel BeNeLux-Deutschland; »Die Arbeiterbewegung ist nicht am Ende!« Interview mit Jakob Moneta; Bernhard Müller: Haider & Co. Rechtspopulismus in Österreich und anderswo; Sobhanlal Datta Gupta: Nach den Wahlen in Indien

Supplement: Klaus Dörre/Bernd Riexinger/Michael Wendl/Werner Wild
Ver.di: Eine neue Gewerkschaft?
Zur Fusion von hbv, IG Medien, DPG, ÖTV und DAG

Einzelheft: DM 12,-; Abo: DM 120,-
Probeheft: Red. Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 HH
Fax 040/280 505 68; e-mail: artikel@sozialismus.de

Joachim Bischoff/
Richard Detje: Militä-
rische Aufrüstung –
soziale Abrüstung;
Joachim Bischoff:
Lafontaine – Feldherr
ohne Truppen? Lionel
Jospin: Solidarität
und Integration, Re-
gulierung und politi-
sche Modernität;
»Eine Kraft unzwei-
deutiger antikapitali-
stischer Kritik« Ge-
spräch mit Robert
Hue (KPF); Winfried
Wessolleck: Kniefall
vor der Atomindu-
strie; Johannes Stef-
fen: Ab 60 gehört
Opa mir...; Klaus Stei-
nitz: Chefsache Ost;
Michael Schlecht:
Ökonomische Per-
spektive für 2000;
Joachim Bischoff/
Christoph Lieber: Die

ZEITSCHRIFT MARXISTISCHE ERNEUERUNG

Vierteljahresschrift

10. Jahrgang

Heft 40 (Dezember 1999)

Herausgegeben vom Forum Marxistische
Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.)
und dem IMSF e.V.

Redaktionsbeirat:

Dr. Joachim Bischoff
Prof. Dr. Ulrich Briefs
Prof. Dr. Dieter Boris
Prof. Dr. Frank Deppe
Prof. Dr. Werner Goldschmidt
Prof. Dr. Horst Heininger
Prof. Dr. Jörg Hufschmid
Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling
Dr. Harald Werner

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen,
Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher

5 Editorial

- 10 *Forum Gewerkschaften*
„Wir brauchen eine andere Politik“

- 13 *Dietmar Wittich*
Destabilisierte Gesellschaft
Zu gesellschaftlichen und politischen Wandlungen
in den Wahljahren 1998 und 1999
-

Soziale Gerechtigkeit

- 24 *Hermann Klenner*
Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit

- 34 *Christoph Butterwegge*
Neoliberalismus und Standortnationalismus
Schlüsselideologien der „Kapital-Gesellschaft“

- 45 *Jörg Reitzig*
**Soziale Pakte und soziale Ungleichheit oder:
Welche Gerechtigkeit ist modern?**
Anmerkungen zum Konflikt um einen 'neuen Gesellschaftsvertrag'

- 61 *Harald Werner*
Solidarität im Angebot
Anmerkungen zum Wertewandel in der neuen Sozialdemokratie

- 67 *Dogan Göçmen*
Marx und die Kritik der Moral- und der Gerechtigkeitstheorien
Zur der Debatte über die Bedeutung und den Platz der Moral
und der Gerechtigkeit im Marxschen Werk

- 81 *Fritz Fiehler*
**Die gerechte, freie und anständige Gesellschaft bei Rawls,
Hayek und Margalit**
Oder: Täuschung und Enttäuschung mit dem Lohnzettel
-

Kriegsursachen und Kriegslegitimation

- Hans G Helms*
91 **Der Krieg vor dem Krieg 1938/39**
Zum Colloquium „Der Weg in den Krieg“ der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und
Weltkriegsforschung

- Werner Goldschmidt*
103 **Gerechter Krieg für eine gerechte Weltordnung?**
-

- Keizo Hayasaka*
122 **Japan - Verlierer der „Globalisierung“?**
Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik in Japan

- Hansgeorg Conert*
134 **Rußlands dorniger Weg zum Kapitalismus**

- Georg Fülberth*
148 **Das Jahrzehnt der Neuen Linken**

- Thomas Collmer*
157 **Das 'übergreifende Allgemeine' als Grundfigur der Dialektik?**
Ein Diskussionsbeitrag zu Hans Heinz Holz' „Einheit und Widerspruch“
-

Berichte

- Jürgen Reusch*
174 **Nach dem Krieg ist vor dem Krieg**
Gewerkschaftskonferenz „Nach dem Balkan-Krieg“ am 4. September 1999 in Frankfurt
am Main

- Hans Luft*
178 **Ostdeutsche Wirtschaft - Probleme und Perspektiven**
Symposium der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung, 17./18. September 1999

- Vesa Oittinen*
183 **Zum Schaffen des Philosophen Ewald Wasiljewitsch Iljenkow**
Symposium in Helsinki, 7./8. September 1999
-

187 **Buchbesprechungen**

Perspektiven des bundesdeutschen Sozialstaats (Günter Bell)

Wie die Globalisierung durch mehr Reichtum mehr Armut produziert (Jörg Goldberg)
 Das Elend der Welt (Michael Zander)
 Von der Belle Epoque zum Zeitalter der Katastrophen (Richard Detje)
 Deutsche Geschichte seit 1945 (Gerd Wiesel)
 Solidarität mit Heinz Dürrbeck (Friedrich Sendelbeck)
 DDR - eine abgebrochene Revolution (Harald Neubert)
 Biographie eines davongekommenen Kriegsverbrechers (Hans G Helms)
 1848 in Berlin (Walter Schmidt)

221	Bucheingänge
4	Impressum
23	Vorschau
223	Autoren

Impressum

„Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung“ wird herausgegeben vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. (Frankfurt/M.) und vom IMSF e.V. (Frankfurt/M.)

Redaktionsbeirat: Dr. Joachim Bischoff, Prof. Dr. Ulrich Briefs, Prof. Dr. Dieter Boris, Prof. Dr. Frank Deppe, Prof. Dr. Werner Goldschmidt, Prof. Dr. Horst Heininger, Prof. Dr. Jörg Huftschmid, Prof. Dr. Ursula Schumm-Garling, Dr. Harald Werner.

Redaktion:

Klaus D. Fischer, Dr. André Leisewitz, Kai Michelsen, Dr. Jürgen Reusch, Dr. Reinhard Schweicher.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers bzw. der Verfasserin, nicht unbedingt die der HerausgeberInnen oder der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Z. erscheint vierteljährlich. Der Abonnementpreis (vier Hefte) beträgt DM 60,- Bei Bezug aus dem Ausland DM 70,-. Das Einzelheft kostet DM 18,-. Das Abonnement verlängert sich jeweils um vier Hefte, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf des Bezugszeitraums eine schriftliche Kündigung beim Verlag eingegangen ist. Änderungen der Anschrift sind unverzüglich mitzuteilen. Bankverbindung: Forum Marxistische Erneuerung e.V., Frankfurter Sparkasse, BLZ: 500 502 01, Konto: 34595.

Postanschrift von Redaktion und Vertrieb: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Postfach 500936, 60397 Frankfurt am Main, Tel. 069/53054406.

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt.

ISSN: 0940-0648

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: 15. 10. 1999

Beilagenhinweis: Wir bitten um freundliche Beachtung des dem Heft beiliegenden Prospekts der Buchhandlung Che & Chandler, Bonn.

Editorial

Als die Regierung Kohl im September 1998 nach 16 Jahren mit einem politischen Erdbeben abgewählt wurde, war dafür vor allem der Wunsch der Wählerinnen und Wähler nach mehr sozialer Gerechtigkeit ausschlaggebend. Ihr Auftrag an die neugebildete rot-grüne Bundesregierung lautete, die bis zum Überdruß erlebte „Gerechtigkeitslücke“ zu schließen. Seither steht die Frage nach den Chancen von mehr Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen. Das Wahlervotum für mehr soziale Gerechtigkeit war aber seinerzeit nicht Ausdruck einer kämpferischen, politisch klar akzentuierten Massenstimmung, sondern mehr Resultat einer passiven Verweigerungshaltung. Der CDU-geführten Koalition wurde nach 16 Jahren die Gefolgschaft stillschweigend aufgekündigt. Sie hatte den Bogen überspannt, immer weniger wurde den neoliberalen Versprechungen geglaubt, dass mehr Gewinne, mehr Wettbewerbsfähigkeit und weniger Sozialstaat zu Investitionen und Arbeitsplätzen führen würden. Auf der anderen Seite hatten SPD und Grüne den Wahlkampf nicht mit einem politischen Kontrastprogramm bestritten, das die Eckpunkte sozialer Gerechtigkeit deutlich herausgearbeitet und ihre Anhängerschaft dafür mobilisiert hätte. Eher hatten diese beiden Parteien die an sie gerichteten Erwartungen sogar gedämpft.

Die SPD hatte in ihrem Wahlprogramm von 1998 Innovation und Gerechtigkeit versprochen. Sie erweckte den Eindruck, beides werde sich harmonisch ergänzen. Eine Kombination von Angebots- und Nachfragepolitik sollte für Wachstum und Arbeitsplätze sorgen. In diesem Ansatz vermischten sich traditionelle sozialdemokratische Wertvorstellungen - Interessen der Lohnabhängigen an geschützten und regulierten Beschäftigungsverhältnissen - mit Modernisierungswünschen von hochqualifizierten und flexiblen Beschäftigtengruppen, Selbständigen, Teilen der Mittelschichten und des Kapitals - wofür das politische Kürzel von der „Neuen Mitte“ steht. So versprachen Schröder, Lafontaine, Fischer und Co., neue Arbeitsplätze zu schaffen, für mehr Verteilungsgerechtigkeit zu sorgen, zugleich auch überfällige Innovationen und Reformen anzuschließen - allesamt Probleme, vor denen die konservativ-liberale Vorgängerregierung versagt hatte -, ohne sich und dem Wahlvolk klar zu machen, welche Widersprüche zwischen diesen Zielen bestanden.

Die Wählererwartungen sind gründlich enttäuscht worden. Das Wahlvolk wendet sich inzwischen frustriert ab vom gerade erst gewählten Hoffnungsträger: Regierungsverlust von SPD und Grünen in Hessen, Regierungsverlust der SPD an der Saar, rot-grüne Abstürze in Brandenburg, Thüringen, Sachsen, bei der Europawahl und bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg stehen dafür. Und der Schwund zur 20-Prozent-Partei in Berlin. Dietmar Wittich untersucht wahlpolitische Trends und Motive der letzten beiden Jahre. Die soziale Destabilisierung der Bun-

desrepublik in West- wie Ostdeutschland nach dem Anschluß der DDR ist ein wesentliche Ursache der starken Wählerfluktuationen und der Ausweitung der Nichtwählerschaft. Politisch liegt das Hauptproblem bei der SPD. Sie zeigt sich tief zerrissen und in einer existenziellen Identitätskrise. Während ein kleiner, einflussschwacher linker Flügel - jetzt ohne die Leitfigur Lafontaine - in der Partei versucht, in einer Kombination von Angebots- und Nachfrageansatz eine Politik sozialer Verteilungsgerechtigkeit zu entwickeln, hat die von Gerhard Schröder repräsentierte Richtung das Projekt einer rigorosen Modernisierung der Sozialdemokratie mit Macht angestoßen. Deziidiertester Ausdruck dafür ist das Schröder/Blair-Papier. Letztenendes läuft es auf eine „linke“ Angebotspolitik hinaus. Die Herstellung von mehr Verteilungsgerechtigkeit gehört demnach nicht mehr zu den Aufgaben des Staates. Soziale Gerechtigkeit bedeutet nicht mehr Gleichheit, sondern meint nur noch, dass alle einigermaßen gleiche Chancen haben sollen, Qualifikationen zu erwerben, damit sie sich am Arbeitsmarkt um Jobs bewerben können. Gerechtigkeit ist, wenn freier Wettbewerb herrscht. Dieses Konzept enthält starke Anleihen beim Neoliberalismus, ist aber nicht mit ihm identisch, sondern soll die Sozialdemokratie gerade dazu befähigen, dem konservativen Marktradikalismus ein dauerhaft erfolgreiches und mehrheitsfähiges Alternativkonzept - einen „dritten Weg“ - entgegenzusetzen. Die Modernisierer der Sozialdemokratie wollen, anders als die Neoliberalen, einen „aktivierenden Staat“, der durchaus noch reguliert, wenn auch innerhalb der Sachzwänge der Globalisierung und in Anpassung an die Gesetze des Marktes, denen in hohem Maße vertraut wird. Herauskommen soll dabei eine Gesellschaft, in der es möglichst viele Globalisierungsgewinner gibt, und in der das Heer der Globalisierungsverlierer dauerhaft in einem staatlich subventionierten Billiglohnsektor aufgefangen wird. Mit Idealen von sozialer Gerechtigkeit dürfte das wenig gemeinsam haben.

Das Sparprogramm von Schröder und Eichel weist in diese Richtung. Statt die Schaffung neuer Arbeitsplätze zum Kernpunkt einer Politik für mehr soziale Gerechtigkeit zu machen, wie es im Aufruf linker GewerkschafterInnen für eine andere Politik heißt (siehe die Dokumentation in diesem Heft), wird Arbeitslosigkeit nur verwaltet und der Abbau der von der Vorgängerregierung ererbten Staatsverschuldung zum Nonplusultra hochstilisiert. Die Umverteilung von unten nach oben geht weiter, Armut breitet sich weiter aus. Mit dem Sparprogramm von Schröder und Eichel werden die Reichen um weitere acht Milliarden Mark entlastet, während Beschäftigte und sozial Schwache mit weiteren 30 Milliarden belastet werden.

Es ist unschwer zu erkennen, wohin das führen wird. Seit langem hält sich ein fester Sockel von rund vier Millionen Arbeitslosen mit einem wachsenden Anteil von Langzeitarbeitslosen. Der Anteil derjenigen, die in prekären, ungeschützten Beschäftigungsverhältnissen arbeiten müssen, wächst. Politik

und Wirtschaft zeigen sich weder bereit noch fähig, dem Großteil der Arbeitswilligen Arbeit zu verschaffen. Die enormen Unterschiede in der Verteilung von Einkommen und Vermögen haben sich, wie die neue Caritas-Armutsstudie zeigt, dramatisch verschärft. Das untere Zehntel der Bevölkerung verfügt nur über vier Prozent des Gesamteinkommens, das obere Fünftel über ein Drittel. Mehr als sieben Millionen Menschen sind arm. Sie haben weniger als die Hälfte des durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens zur Verfügung. Weitere 20 Millionen leben in prekären Einkommensverhältnissen und können jederzeit in die Armut abstürzen. Damit hat ein Drittel der Bevölkerung mit existenzieller Unsicherheit, wirtschaftlicher Sorge und mangelnder Daseinsvorsorge zu kämpfen.

Noch ungleicher sind die Vermögen verteilt. Im Westen gehört den unteren 30 Prozent aller Haushalte nicht einmal ein Hundertstel des Gesamtvermögens von knapp 7,2 Billionen Mark. Die oberen zehn Prozent verfügen über 41 Prozent aller Vermögen. Der Marsch in den Lohnsteuerstaat setzt sich derweil fort. Die Reichen verabschieden sich immer mehr von der finanziellen Beteiligung an den allgemeinen Aufgaben. Von 1980 bis 1997 stieg die Steuerbelastung auf Arbeitseinkommen von 41,4 Prozent auf 48,5 Prozent, die auf Gewinne und Vermögen sank dagegen von 22,1 Prozent auf 7,5 Prozent. Das sind nur einige ausgewählte Kennziffern, die erkennen lassen, was unter der „Gerechtigkeitslücke“ zu verstehen ist.

Soziale Gerechtigkeit, Gleichheit und Solidarität werden auch künftig zu den Kernbegriffen linker Politik gehören. Wenn es damit konkret wird, tauchen aber kontrovers diskutierte Grundsatzfragen auf. Sie fokussieren sich in dem Gegensatzpaar Modernisierung und Gerechtigkeit. Es ist ja nicht nur der offene Neoliberalismus gescheitert (wenn auch sein Einfluss noch immer groß ist), auch die neokeynesianische Politik der staatlichen Nachfragestimulierung und des „deficit spending“ der siebziger Jahre konnte die selbstgesteckten Ziele nicht erreichen und kann heute nicht unbesehen zum theoretischen Bezugspunkt linker Sozialpolitik werden. Wo sind also heute vor dem Hintergrund einer ökonomisch gravierend veränderten Ausgangslage, ohne Aussicht auf Vollbeschäftigung und Wachstum, unter den Bedingungen des wirtschaftlichen Wettbewerbsdrucks und der Globalisierung, die Eckpunkte einer Politik für mehr soziale Gerechtigkeit zu sehen? Der Katalog der Fragen und Probleme ist lang.

Benötigt werden Konzepte für den Umbau der Verteilungs- und Vermögensverhältnisse. Klärung verlangt die Frage nach der künftigen Rolle des öffentlichen Sektors und nach den Aufgaben der Staatstätigkeit. Lassen sich Interessen an Flexibilisierung und Effizienzsteigerung mit Forderungen nach Re-Regulierung unter einen Hut bringen? Was ist mit der notwendigen Regulierung der Finanzmärkte? Welche Wege und Instrumente ermöglichen eine gesamtwirtschaftliche Steuerung der Kapitalakkumulation? Was bedeutet Modernisierung des Sozialstaats, wenn nicht dessen Demontage gemeint sein

soll? Wie kann der wirtschaftliche Strukturwandel im sozialen Sinn gesteuert und gestaltet werden? Es liegt auf der Hand: Mit der Frage nach einem zukunftsfähigen Konzept sozialer Gerechtigkeit sind auch Systemfragen aufgeworfen.

Hermann Klenner eröffnet den Schwerpunkt des Heftes mit einer ideengeschichtlichen Skizze zur Herausbildung des Gerechtigkeitsgedankens in der bürgerlichen Gesellschaft. Das Grunddilemma ist dabei der Gegensatz zwischen formaler und materialer Gleichheit. Dieser Gegensatz ist unter kapitalistischen Verhältnissen abzumildern, aber nicht zu lösen. *Christoph Butterwege* analysiert die Dogmen von Neoliberalismus, Globalisierung und Sozialstaatsdemontage und weist ihren Zusammenhang mit Standortnationalismus und politischer Rechtsentwicklung nach. Er untersucht außerdem, wie Neoliberalismus und Marktradikalismus in Politik und Programmatik der Sozialdemokratie hineinwirken. *Jörg Reitzig* geht der Debatte um soziale Pakte und soziale Ungleichheit nach und stellt die Frage: Welche Gerechtigkeit ist modern? Gemeint ist der Konflikt um einen ‚neuen Gesellschaftsvertrag‘. Seine Bilanz ist eher skeptisch: Soziale Pakte können zwar Anstöße für gesellschaftliche Reformprozesse geben, aber kein Ersatz für die Demokratisierung des öffentlichen Raums im Sinne politischer Partizipation sein. Gegenwärtig sieht es so aus, als trage z.B. das „Bündnis für Arbeit“ dazu bei, jene fragwürdige These von der beschränkten Handlungsfähigkeit des Staates im Angesicht globalen Wettbewerbs zu bestätigen.

Harald Werner analysiert nicht nur Inhalte und Intentionen, sondern auch die Erfolgsaussichten des Schröder'schen Modernisierungsansatzes. Dabei zeigt er, wie der traditionsreiche Begriff der Solidarität ausgehöhlt wird. Wo „linke“ Angebotspolitik dominiert, hat Solidarität als unverzichtbarer Leitbegriff der Arbeiterbewegung keinen Platz mehr. *Dogan Göçmen* gibt einen informativen Überblick über die hierzulande meist wenig beachtete und bekannte Diskussion der Marx'schen Vorstellungen von Gerechtigkeit und Moral in der angelsächsischen Literatur. *Fritz Fiehler* diskutiert die theoretischen Positionen von Rawls, Hayek und Margalit. John Rawls, der heute auch in der sozialdemokratischen Diskussion Einfluss ausübt, will Rechte, Einkommen, Vermögen und Selbstbewußtsein so verteilt sehen, dass keiner unter einen minimalen Bürgerstatus fällt. Dagegen hat Friedrich A. von Hayek die Betonung auf eine uneingeschränkte Erwerbstätigkeit gelegt, über die allein individuelle Freiheit und gesellschaftliche Wohlfahrt zu verwirklichen seien. Avishai Margalit stellt die Frage, inwieweit eine gerechte Gesellschaft auch eine anständige ist? Denn selbst bei Gewährleistung von Marktwirtschaft, parlamentarischer Demokratie und Wohlfahrt sind Demütigungen und Entwürdigungen von Menschen und Menschengruppen nicht auszuschließen.

Wir empfehlen den Leserinnen und Lesern von Z die Lektüre und Unterstützung des abgedruckten Aufrufs der Gewerkschaftslinken „Wir brauchen eine andere Politik“, der den Begriff der sozialen Gerechtigkeit in den Mittelpunkt einer richtungsübergreifenden Initiative der Linken gegen die neoliberale Sozialstaatsdemontage rückt.

Zwei der weiteren Beiträge behandeln die Frage nach Kriegsursachen und Kriegslegitimation. *Hans G Helms* berichtet über den aktuellen Forschungsstand und marxistische Untersuchungen zu den kriegsauslösenden Expansionsinteressen und -strategien des deutschen Imperialismus, die in den zweiten Weltkrieg mündeten (Tagung der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung). *Werner Goldschmidt* setzt die Untersuchungen zu Ursachen, Legitimationsformeln und Folgen des Balkankriegs aus den letzten Heften von „Z“ mit einer Kritik an der moralischen Kriegsrechtfertigung in der Perspektive einer „gerechten Weltordnung“ fort.

Unter „weitere Beiträge“ analysiert *Keizo Hayasaka* die Entwicklung des japanischen Kapitalismus mit Schwerpunkt auf den inneren Krisenprozessen und der Beziehung USA-Japan. *Hansgeorg Conert* stellt soziologische Untersuchungen zur kapitalistischen Transformation Rußlands vor. *Georg Fülberth* charakterisiert die „Neue Linke“ in der Bundesrepublik als eine Bewegung der sechziger Jahre, die stark durch die Auseinandersetzungen des Kalten Krieges geprägt war und dann weitgehend in den neuen sozialen Bewegungen aufging. *Thomas Collmer* diskutiert das von Hans Heinz Holz in „Einheit und Widerspruch. Problemgeschichte der Dialektik der Neuzeit“ entwickelte Dialektik-Konzept (vgl. auch die Besprechung in Z 37 von Reinhard Mocek).

Z 41 (März 2000) wird das Thema „Umbruch der Lebensweise“ in den Mittelpunkt stellen, wobei das Augenmerk besonders auf die sozialen Prozesse und die psychische Verarbeitung des Modernisierungsschubs gerichtet wird. Z 42 wird die Entwicklung des Kapitalismus in Russland zum Hauptthema haben.

Im „Forum Gewerkschaften“ zusammengeschlossene Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen haben im November einen Aufruf für eine andere Politik initiiert, der bis Redaktionsschluss dieser Ausgabe bereits die Unterschriften von fast hundert namhaften VertreterInnen der Gewerkschaftsbewegung trug. Wir veröffentlichen den Aufruf nachstehend im Wortlaut; weitere Unterschriften können an die angegebene Kontaktadresse übermittelt werden.

Forum Gewerkschaften

„Wir brauchen eine andere Politik“

Diese zentrale Botschaft der DGB-Kampagne für Arbeit und soziale Gerechtigkeit hat nichts an Aktualität eingebüßt. Der Regierungswechsel vor einem Jahr war kein Startschuss für eine andere Politik. Wir bestreiten nicht die positiven Ansätze: Wiederherstellung des Kündigungsschutzes und der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Neuregelung von geringfügiger Beschäftigung und Scheinselbständigkeit, steuerliche Entlastung für ArbeitnehmerInnen und Kindergelderhöhung.

Mit dem sog. Zukunftsprogramm 2000 sind diese Ansätze einer Abkehr vom Neoliberalismus jedoch weitgehend verschwunden. Schröder und Eichel haben die Prioritäten verändert: nicht mehr der Abbau der Arbeitslosigkeit hat Vorrang, sondern der Abbau der Staatsverschuldung. Zu ihrem Sparkurs soll es angeblich keine Alternative geben. Ein Schrumpfprogramm, das bis zum Jahr 2006 die Nettokreditaufnahme auf Null senken soll, ist aber keine zukunftsorientierte Politik. Arbeitslosigkeit wird verwaltet statt vermindert, die Umverteilung von unten nach oben wird fortgesetzt, Armut verstärkt statt soziale Gerechtigkeit hergestellt. Zu einem solchen Kurs gibt es sehr wohl finanzierbare Alternativen, wie auch führende amerikanische Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler dieser Tage betont haben. Politische Gestaltung ist angesagt.

Soziale Gerechtigkeit bleibt auf der Strecke

Erneut ist geplant, Haushaltslöcher auf Kosten der Ärmsten zu stopfen. Zum Beispiel sollen durch Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge für BezieherInnen von Arbeitslosenhilfe 4,5 Mrd. DM pro Jahr „gespart“ werden, durch den Wegfall der originären Arbeitslosenhilfe 1-1,3 Mrd. DM. Zudem will diese Politik den Druck auf die Arbeitslosen verstärken, jeden Job anzunehmen. Doch Massenarbeitslosigkeit, nicht massenhafte Arbeitsverweigerung ist das Problem.

Die Anhebung von Renten, Arbeitslosengeld/-hilfe und Sozialhilfe soll in 2000/2001 auf den Inflationsausgleich begrenzt bleiben. Dadurch würden die Lohnersatzleistungen von der Entwicklung der Lohneinkommen abgekoppelt.

Die finanzielle Besserstellung der Familien mit Kindern verstärkt die soziale Schieflage. Die Anhebung des steuerlichen Kinderfreibetrages führt zu einer Begünstigung von Familien mit hohen Einkommen.

Die vorgesehenen Eingriffe in die gesetzliche Rentenversicherung machen die Zukunft der Alterseinkommen zum Spielball der Haushaltspolitik. Das sog. Altersvorsorgepaket stellt Weichen für den schrittweisen Umbau des Systems der kollektiven Alterssicherung: Weg von der solidarischen Absicherung sozialer Risiken, hin zu mehr privater Vorsorge, die keinerlei Solidarausgleich kennt. Durch die geplante Aufgabe der paritätischen Finanzierung wird zudem die Belastung der ArbeitnehmerInnen in den kommenden Jahrzehnten höher liegen als unter Beibehaltung des heutigen Rentenrechts.

Die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit wird vertagt

Die Bundesregierung will bis 2003 die öffentlichen Investitionen um 5 Mrd. DM (8%) kürzen. Das macht deutlich: diese Sparpolitik geht auf Kosten zukunftsicherer Arbeitsplätze und künftiger Generationen. Hinzu kommt, dass Personal bei Bund, Ländern und Gemeinden abgebaut und die öffentliche Nachfrage gesenkt werden soll.

Reale Nullrunden für Arbeits- und Sozialeinkommen schädigen die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, schwächen damit die Konjunktur, gefährden Arbeitsplätze und verstärken die soziale Ungerechtigkeit. Steuerentlastungen bei Unternehmensgewinnen und großen Vermögen sind ein untaugliches Instrument zur Stärkung von Investitionen und zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Die Gewerkschaften haben für einen Politikwechsel gestritten. Davon ist wenig zu spüren. Wir fordern eine Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit. Wer wirklich öffentliche Schulden abbauen und den Sozialstaat sichern will, muss sich für aktive Beschäftigungspolitik und für eine gerechtere Besteuerung von Kapital- und Vermögenseinkommen einsetzen.

Wir fordern:

- Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit durch ein mittelfristig angelegtes Beschäftigungsprogramm, Ausbau öffentlicher Beschäftigung in den Bereichen Bildung, Gesundheit, Kultur, Erziehung und Pflege sowie durch die Verkürzung der Arbeitszeit.
- energische Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und Ausbildungsplatzmangel, Einführung einer Ausbildungsumlage für alle Betriebe, die nicht ausbilden.
- Abbau der Überstunden im Wege einer Novellierung des Arbeitszeitgesetzes. 1,9 Milliarden Überstunden um ein Drittel verringert würde 400.000 Vollzeitarbeitsplätze schaffen.
- Änderung der rentenrechtlichen Vorgaben, um die Bedingungen für ein früheres Ausscheiden aus dem Erwerbsleben (Rente mit 60) zu verbessern und damit einen Beitrag zur Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit zu leisten.

- Besteuerung des Ressourcenverbrauchs zur Finanzierung von ökologischen Umbauprogrammen und Zukunftsinvestitionen.
- Aufstockung der öffentlichen Investitionen (statt der vorgesehenen Kürzung), Förderung innovativer Technologien und Produkte.

Ein Programm „Arbeit für alle und soziale Gerechtigkeit“ ist finanzierbar

- Abbau von Steuervergünstigungen und Privilegien für Unternehmen und Besserverdienende, Einschränkung des Ehegatten-Splitting (Realsplitting)
- Einkommensbesteuerung auf der Grundlage der Erfassung aller Kapital- und Vermögenserträge, Bekämpfung der Steuerhinterziehung
- Wiedererhebung der Vermögensteuer für private Haushalte bei einem Freibetrag von 500.000 DM in Höhe von 1 vH (Ertrag 30 Mrd. DM) bzw. Einführung einer einträglichen Luxusbesteuerung
- europäische Regelung für die Einführung einer Devisenumsatz- und Spekulationssteuer (Tobin-Tax).

Wir fordern dazu auf und setzen uns in unseren Organisationen dafür ein, mit öffentlichen Aktivitäten und Aktionen für eine Politik für Arbeit und soziale Gerechtigkeit einzutreten und zu werben.

Elmar Altvater, Berthold Balzer, Helmut Berger, Theodor Bergmann, Heinz Bierbaum, Manfred Birkhahn, Joachim Bischoff, Reinhard Bispinck, Rainer Bliesener, Mathias Brodtkorb, Hansgeorg Conert, Gerd Dallmann, Frank Deppe, Klaus Ernst, Ralf Fenske, Kurt Gentner, Udo Hautmann, Karl-Heinz Häuser, Detlef Hensche, Rudolf Hickel, Uwe Hirsch, Dieter Hooge, Jörg Hufschmidt, Frank Iwer, Anne Jenter, Viktor Kalla, Heribert Karch, Franz Kersjes, Gerhard Keuchel, Werner Kirsch, Klaus-Peter Kisker, Uwe Klemens, Dieter Knauf, Jürgen Knoll, Otto König, Elke Lamprecht, Jürgen Lamprecht, Heinz Günter Lang, Klaus-Dieter Langen, Ulrike Lehmann, Hartmut Limbeck, Birgit Mahnkopf, Thomas Mayer-Fries, Ursula Meyer, Margret Mönig-Raane, Monika Papke, Klaus Pickshaus, Florian Pronold, Heinz Jürgen Rieckhof, Bernd Riexinger, Wolf Jürgen Röder, Günter Schachner, Marcel Schaller, Helmut Schauer, Werner Schieder, Michael Schlecht, Helmut Schmidt, Horst Schmitthenner, Klaus Schönauer, Thorsten Schulten, Frank Spieth, Sybille Stamm, Johannes Steffen, Rüdiger Timmermann, Antje Trosien, Harald Unfried, Hans-Jürgen Urban, Willi van Ooyen, Wolfgang Vogel, Walter Vogt, Ewald Wehner, Michael Wendl, Jörg Wiedemuth, Franziska Wiethold, Werner Wild, Roland Wutz, Karl Georg Zinn, Hermann Zoller

Kontaktadresse: Forum Gewerkschaften, Red. Sozialismus, c/o VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg; Fax 040/280 505 68; e-mail: vsa-verlag@t-online.de Zur Finanzierung der Öffentlichkeitsarbeit der Aktion „Wir brauchen eine andere Politik“ - für Aufrufe, Anzeigen, Veranstaltungen - wird um Spenden gebeten auf das Konto: Richard Detje-Euscher, Konto-Nr. 1268 125 554, Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50

Dietmar Wittich

Destabilisierte Gesellschaft

Zu gesellschaftlichen und politischen Wandlungen in den Wahljahren 1998 und 1999

Mit den Wahlen zum Abgeordnetenhaus von Berlin und den Kommunalwahlen in Baden-Württemberg im Oktober 1999 ging eine Kette von Urnengängen in der Bundesrepublik Deutschland zu Ende. In einer ersten, oberflächlichen Beschreibung der Vorgänge, die sich in den Wahlergebnissen niedergeschlagen haben, könnte man meinen, das einzig Beständige sei der Wechsel. Zu Beginn des Wahljahres 1998 war die Akzeptanz der damals noch regierenden Koalition von CDU/CSU und F.D.P. im Keller und sie blieb es im Unterschied zu vorangegangenen Wahlen bis zum Wahltag. Die allgemeine gesellschaftliche Situation in der Bundesrepublik wurde in der Öffentlichkeit mehrheitlich als Stagnation wahrgenommen, Mehrheiten wollten Veränderungen und einen Regierungswechsel. Bei den Bundestagswahlen vom 27. September 1998 haben diese Konstellationen eine erhebliche Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler bewirkt, was in einer hohen Wahlbeteiligung seinen Niederschlag fand. Im Ergebnis der Wahlen war der mehrheitlich gewollte Regierungswechsel möglich, es kam zur Koalition von SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

In den Folgemonaten waren wohl hingegen Mehrheiten mit dem, was die neue Regierung in die Wege leitete, nicht zufrieden. Bereits zu den Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni 1999 stellten sich die Kräfteverhältnisse wieder völlig anders dar. Die SPD mußte erhebliche Einbußen hinnehmen, ihr Stimmenanteil sank von 41 Prozent auf 31 Prozent. Die Verluste der Grünen hielten sich in Grenzen. Gewinner waren einerseits die CDU/CSU, die ihren Stimmenanteil von 35 Prozent auf 49 Prozent steigern konnte. Andererseits konnte sich auch die PDS von 5 Prozent auf knapp 6 Prozent steigern. In den Folgemonaten konnten die Parteien der regierenden Koalitionen offenbar keinen Akzeptanzgewinn erreichen. Für sie setzte sich bei den Landtagswahlen und den Kommunalwahlen des Herbstes 1999 der negative Trend fort. Nimmt man die Sonntagsreden zum Maßstab, könnte man meinen, es sei alles in Ordnung mit der parlamentarischen Demokratie, Fehlleistungen erhalten ihre Quittung, andere Politikangebote werden mit zunehmender Wählergunst belohnt. Aber gemeinhin richtet sich die Realität nicht nach Sonntagsreden, deshalb sind die Vorgänge genauer zu untersuchen.

Wählerwanderung und Ausweitung der Nichtwählerschaft

Dem, was sich als rasche Veränderung in den politischen Kräfteverhältnissen darstellt, der Verlust der hegemonialen Stellung der neoliberalen Politik von

CDU/CSU und F.D.P. im Herbst 1998 einerseits und die mehrheitliche Akzeptanz der Verheißung von Reformpolitik von SPD und Grünen andererseits, die dann schließlich sehr schnell verschleiß, liegen millionenfache Wanderungen von Wählerinnen und Wählern zwischen den Parteien und zwischen aktiven Wählern und Nichtwählerschaft zugrunde.¹

Im Herbst 1998 war die bevorzugte Wanderungsrichtung weg von der CDU/CSU hin vor allem zur SPD und daneben einerseits zur PDS und andererseits zu den rechten Parteien.² Bezogen auf 1994 hatte die CDU per saldo fast 2,2 Millionen Wählerinnen und Wähler verloren, davon gingen 1,35 Millionen direkt zur SPD, 220.000 zu den rechten Parteien und immerhin 90.000 auch zur PDS. Auf der anderen Seite hatte die SPD einen Wanderungsgewinn von über 3 Millionen. Neben den Zuwanderungen von der CDU schlug vor allem zu Buche, daß es ihr gelang, mehr als 1,1 Millionen vorherige Nichtwählerinnen und Nichtwähler für sich zu mobilisieren. In den Relationen der Stimmenanteile blieb weitgehend verborgen, daß aber auch bereits Tendenzen wirksam geworden waren, die erst in den Folgewahlen voll durchschlagen sollten. Sie betreffen die F.D.P. und die Grünen. Die F.D.P. hatte – wiederum bezogen auf 1994 – 170.000 Stimmen verloren und die Grünen 130.000 Stimmen. Außer von den rechten hat die PDS von allen Parteien Wanderungsgewinne, die höchsten mit 90.000 von der CDU und mit 80.000 von der SPD. Vor allem aber konnte sie 190.000 vormalige Nichtwählerinnen und Nichtwähler gewinnen. Insgesamt umfaßten diese Wählerwanderungen etwa ein Drittel derer, die sich an den Wahlen beteiligten. Sie haben den Umbau der politischen Kräfteverhältnisse in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland bewirkt.

In den folgenden Monaten hat sich diese Entwicklung beschleunigt. Bei den Europa-Wahlen im Juni lag die Wahlbeteiligung mit 45 Prozent sensationell niedrig. Statt der 49 Millionen, die sich an den Bundestagswahlen beteiligt hatten, gingen nur 27,5 Millionen an die Wahlurnen. Statt der 11 Millionen NichtwählerInnen im Herbst 1998 hatte sich ihre Zahl auf 33,7 Millionen erhöht. Die einzelnen Parteien waren unterschiedlich von diesem Wegbleiben der WählerInnen betroffen. Die SPD erhielt statt der 20,2 Millionen Stimmen nur noch 8,3 Millionen. Die CDU/CSU erreichte auch nicht die 17,3 Millionen Stimmen der Vorwahlen, erhielt aber immerhin 13,2 Millionen. Bei den Grünen waren es statt der 3,3 Millionen noch 1,7 Millionen, bei der F.D.P. statt der 3,1 Millionen gar nur 820.000. Die PDS konnte nur knapp 1,7 statt der 2,5 Millionen WählerInnen zuvor mobilisieren.

¹ Die folgenden Darlegungen basieren auf Analysen, an denen der Autor gemeinsam mit Michael Chrapa seit 1996 in den Projekten „Politische Potentiale“ und „Analysen von politischen Meinungen“ arbeitet. Siehe: M. Chrapa/D. Wittich, Politische Potentiale für andere Mehrheiten, Berlin und Halle 1997; diess., Zur Analyse der Wahlergebnisse der PDS bei den Wahlen zum 14. Deutschen Bundestag am 27. September 1998, Berlin und Halle 1999.

² Infratest dimap, Wahlreport. Wahl zum 14. Deutschen Bundestag, 27.09.1998 (Berlin 1998), S. 40 – 42.

Diese Trends haben sich bei den Landtagswahlen im Herbst 1999 fortgesetzt. Die Wahlbeteiligung blieb niedrig, sie schwankte zumeist zwischen 50 und 60 Prozent und lag nur in Sachsen mit 61 Prozent leicht darüber. Im Saarland und im Land Brandenburg verlor die SPD ihre vorherige absolute Mehrheit, im Saarland auch die Regierung. In Brandenburg kann sie in der Koalition mit der CDU weiter regieren. In Thüringen und in Sachsen konnte die CDU die absolute Mehrheit erreichen, die SPD musste massive Verluste hinnehmen. Auch bei den Wahlen in Berlin hielten die Verluste der SPD an, von den 741.000 Wählern, die sie hier im Herbst 1998 hatte, blieben ihr 350.000. Die F.D.P. konnte in keines dieser Länderparlamente einziehen und den Grünen gelang dies in den Flächenländern gleichfalls nicht. Nur in Berlin haben sie im Abgeordnetenhaus noch eine Fraktion, allerdings sind sie hier hinter der PDS nur die viertstärkste Kraft. Bei den Wahlen in den ostdeutschen Ländern und in Berlin konnte die PDS ihre Stimmenzahlen vom Herbst 1998 fast wieder erreichen. Sie kam in allen Flächenländern deutlich über 20 Prozent, wurde in Thüringen und Sachsen vor der SPD zweitstärkste politische Kraft und in Ostberlin mit knapp 40 Prozent stärkste Partei. In Berlin insgesamt liegt sie mit 18 Prozent knapp hinter der SPD.

In diesen Bewegungen in den Jahren 1998 und 1999 sind zwei Tendenzen zu erkennen:

Erstens: Sie sind zu deuten als Entkopplung von parteipolitischen Strukturen und Grundstrukturen in politischen Erwartungen, Vorstellungen und Wertemustern in der Gesellschaft. Darauf deutet vor allem das Abschmelzen von Stammwählerschaften hin. Bei den meisten Parteien sind die Anteile der Stammwählerinnen und -wähler auf unter 50 Prozent abgesunken, allein die PDS hebt sich in Ostdeutschland davon ab. Traditionell lag in der alten Bundesrepublik der Anteil der Stammwählerschaften meist zwischen 75 und 80 Prozent. Das zeugte von einer relativ stabilen Bindung, die für die politische Stabilität der Bundesrepublik ein wesentlicher Faktor war. Eine derartige Bindung hat sich in Ostdeutschland entgegen den Erwartungen von vornherein nicht herausgebildet, sie löst sich nun auch in Westdeutschland tendenziell auf. Ein Anteil von 40 bis 45 Prozent, auf den die Nichtwählerschaft angestiegen ist, findet offenbar in der gegenwärtigen Parteienstruktur überhaupt keine Entsprechungen für seine politischen Einstellungen und Erwartungen.

Zweitens: Die beschriebenen Bewegungen deuten gegenwärtig auf einen möglichen Umbau der Parteienlandschaft hin mit drei Trends: einem Trend der Reduktion, einem neuen Trend der Polarisierung und einem Trend regionaler Sonderentwicklungen. Die schrumpfende Akzeptanz und die sinkenden Wahlergebnisse der F.D.P. und der Grünen können mittelfristig darauf hinauslaufen, daß diese kleineren Parteien als Faktoren der gesamtgesellschaftlichen Politik verschwinden oder im politischen Wettbewerb nur eine lebensfähige liberale Partei übrigbleibt. In jedem Fall würde es eine „Bereinigung“ der Parteienlandschaft bedeuten. Daß ein neuer Trend politischer

Polarisierung eine mögliche Option darstellt, ist wohl erstmals im Frühjahr 1999 erkennbar geworden. Mit dem Umschwenken der SPD auf mehr „Wirtschaftsfreundlichkeit“ und damit auf eine in Kernbereichen gleichfalls neoliberale Gesellschaftspolitik sowie mit der deutschen Beteiligung am Krieg der Nato gegen Jugoslawien bilden SPD und/oder CDU die eine Seite der Polarisierung. Die Ausbildung der anderen Seite hängt bereits mit dem dritten Trend, dem der regionalen Sonderentwicklung, zusammen. Mit der Anpassung der Grünen an die SPD und ihrer Relativierung als politischer Faktor fehlt in Westdeutschland eigentlich diese andere Seite oder wird mit der wachsenden Nichtwählerschaft außerhalb der Parteien angesiedelt sein. Die PDS ist im Westen noch zu schwach, um diese Funktion wahrnehmen zu können, obwohl ihre wachsenden Ergebnisse in Westberlin und in einigen westdeutschen Kommunen darauf hindeuten, daß sie perspektivisch allmählich in diese Funktion hinein wachsen könnte. In Ostdeutschland hat die SPD gegenwärtig insgesamt ein geringeres Gewicht und die Polarisierung reduziert sich möglicherweise auf den wesentlichen Gegensatz von westlicher und bürgerlicher CDU und östlicher und sozialistischer PDS.

Obwohl sich an der Oberfläche scheinbar wenig verändert hat - im Saarland regiert eben mal wieder die CDU, in Brandenburg regiert die SPD weiter, nun allerdings in Koalition mit der CDU, in Thüringen und Sachsen gibt es weiterhin CDU-Regierungen - können die beschriebenen Veränderungen, die tendenzielle Auflösung der Stammwählerschaften und der Umbau der Parteienlandschaft mit einer gleichzeitigen Befestigung unterschiedlicher politischer Strukturen in Ost und West, als Momente einer politischen Destabilisierung gedeutet werden. Es muss zum gegenwärtigen Zeitpunkt offen bleiben, ob es sich dabei um einen vorübergehenden Zustand oder um bleibende Effekte handelt. Wohin die Entwicklung steuert, wie sich die politische Landschaft zukünftig gestalten wird, ist gegenwärtig jedenfalls so offen wie in der bisherigen Geschichte der Bundesrepublik allenfalls in den Jahren um 1968.

Politische Veränderungen sind aus politischen Faktoren allein nicht hinreichend zu erklären, deshalb müssen determinierende Zusammenhänge mit anderen gesellschaftlichen Entwicklungen gesucht werden.

Das Kapital – ein flüchtiges Reh?

Es ist einem marxistischen Analyseansatz gemäß, nach Zusammenhängen zwischen Überbau und Basis, zwischen Vorgängen in den politischen Strukturen und Entwicklungen in den Produktivkräften und Produktionsverhältnissen zu fragen.

In den kapitalistischen Metropolen sind die Zauberwörter am Ende dieses Jahrhunderts „Globalisierung“, „Standort“, „Fusion“ und „Börsenkurs“. Die Redeweise unterstellt Autonomie von Wirtschaft, behauptet eine einseitige Abhängigkeitsbeziehung des Gesellschaftlichen von der Wirtschaft. Gemeint ist dabei aber nicht die ganze Wirtschaft, nicht die Gesamtheit der ökonomi-

schen Beziehungen und Verhältnisse. Gemeint sind die großen Kapitalgesellschaften, die die Produktion, die Distribution und die Finanzwelt beherrschen. Es handelt sich dabei um einen klassischen Fall von „gegenständlichem Schein“³, das Erstaunliche daran ist eigentlich nur, daß es noch funktioniert.

In der Tat gibt es eine Welle von Fusionen und Übernahmen, verstärkte Konzentrations- und Zentralisationsprozesse bei den großen Unternehmensgruppen, die insgesamt zu einer Stärkung des international agierenden Finanzkapitals führt. Sie basieren auf technologischen Entwicklungen, insbesondere der Entwicklung und Vergesellschaftung von Informations- und Kommunikationstechnologien. Sie werden gesteuert von Strategien zur Effizienzsteigerung und bewirken strukturelle Veränderungen beim gesellschaftlichen Gesamtarbeiter. Vor allem sind sie verbunden mit einer gigantischen Vernichtung von Arbeitsplätzen. „Durch den zunehmenden Erfolgsdruck auf den Kapital- und Vermögensmärkten wird der Aktienwert zum wichtigsten Entscheidungskriterium für den Umbau von Unternehmensnetzen.“⁴ Der Umbau der Unternehmenslandschaft realisiert sich in mindestens zwei Vorgängen. Zum einen werden konsequent die technologischen Möglichkeiten genutzt, um Managementhierarchien zu reduzieren. Damit werden ganze Leitungsebenen eingespart und das entsprechende Personal „freigesetzt“, damit gehen aber auch Kompetenzgewinne auf mittleren bis unteren Hierarchieebenen einher. Die zentrale Stellung der Kommunikations- und Informationstechnologien in der komplexen Arbeitsteilung und ihrer Organisation bewirkt weiterhin einen realen Statusgewinn für ihre personellen Träger. Das heißt, es kommt intern in den Unternehmen zu einer Umverteilung von (nachgeordneten) Kompetenzen. Dabei gibt es Gewinner und Verlierer - solche, die alles verlieren, und solche, die an Positionen verlieren.

Zum anderen geht mit den Zentralisationsprozessen eine „Verschlankung“ der Unternehmen einher, ein Rückbau der Unternehmensstruktur auf jene Bereiche, von denen zu erwarten ist, daß sie den Zielen der Steigerung von Aktienwerten und -erträgen am effektivsten entsprechen. Dabei werden ganze Unternehmensbereiche und eine Vielfalt produktiver Dienstleistungen ausgegliedert – oder drohen es zu werden. Das produziert unmittelbar einen immensen Leistungsdruck, hebt damit also auch partielle Kompetenzgewinne wieder auf oder kombiniert sie mit wachsenden sozialen Risiken. Die betroffenen Belegschaften sind häufig außerhalb des relativen Schutzes von Gesamtpotenzialen (Gesamtbetriebsräten, Mitbestimmungsmodellen) gestellt und in einer deutlich schlechteren tariflichen Situation. Die somit veränderte Gesamtlage setzt Gewerkschaften unter Druck, in Kompromissen Lohnverzicht, Personalabbau und Mehrarbeit hinnehmen zu müssen.

³ MEW Bd. 23, S. 88.

⁴ J. Bischoff, Konzentrationsprozesse im Übergang zum 21. Jahrhundert, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, Nr. 39/1999, S. 53.

Die Veränderungen in der Wirtschaftsstruktur bleiben nicht auf die Akteure der Konzentrationsprozesse beschränkt. Anhaltende Produktmodernisierung hat ganze Zweige von mittleren und kleinen Unternehmen teils überflüssig gemacht, teils in neue Abhängigkeiten gezwungen. Wenn es billiger ist, ein defektes Gerät zu ersetzen, als es reparieren zu lassen, oder nur ganze Baugruppen ausgetauscht werden können, sind das die Konsequenzen. Die Ausbreitung der Handelsketten, der Versandhäuser und neuerdings das Internet-shopping der großen Kaufhauskonzerne und deren Flexibilisierungspotenziale haben den traditionellen Einzelhandel schon längst erheblich ausgedünnt und erzeugen einen anhaltenden Druck.

Die neu entstehenden Bereiche mittelständischer Wirtschaft sind sehr differenziert. Da gibt es auf der einen Seite die wachsende Zahl der Scheinselbstständigen, auf der anderen Seite stehen Software-Hersteller, Werbeagenturen, Ingenieurbüros, Marketingfirmen u.ä. mit guten Erfolgsaussichten. Gemeinsame Merkmale dürften jedoch sein, daß durch Einbindung in komplexere arbeitsteilige Strukturen technologische Abhängigkeiten gegeben sind, und durch den Kapitalbedarf die Abhängigkeit von den Banken größer ist.

Unmittelbare Zusammenhänge zwischen den Konzentrations- und Zentralisationsprozessen, der gestiegenen Macht des Finanzkapitals und dem dadurch mit bewirkten Umbau der wirtschaftlichen Strukturen insgesamt mit den oben beschriebenen Veränderungen in der politischen Landschaft sind kaum festzustellen. Allenfalls gibt es eine mentale Wirkung. Sie besteht darin, einerseits der Abhängigkeit von „Der Wirtschaft“ massenhaft Plausibilität zu verleihen. In der Bewertung von Politik und politischen Akteuren spielt die Zuschreibung von wirtschaftlicher Kompetenz eine große und zeitweilig ausschlaggebende Rolle. Andererseits verstärken die wirtschaftlichen Vorgänge im Spannungsfeld von Lebensplanung und Stabilitätsbedürfnis verbreitet Beunruhigung und Angst.

Allerdings trägt der in den letzten Jahren gewachsene Widerspruch zwischen ansteigenden Vermögenswerten und Kapitalerlösen, die aber in den nationalen Volkswirtschaften nicht real reinvestiert werden, sondern auf internationale Kapitalmärkte transferiert werden, durchaus zur Destabilisierung der Gesellschaft insgesamt bei. Das große Kapital hat sich aus der Finanzierung des Gemeinwesens weitgehend verabschiedet. Das ist die Ursache für die Einengung von Spielräumen im Einsatz staatlicher Haushaltsmittel für gesellschaftliche Regulierung und ist somit eine Quelle für fiskalische Destabilisierung. Wenn es um Verwertungsmöglichkeiten und Wertsteigerung geht, ist das Kapital kein scheues Reh, es ist dies aber durchaus im Beitrag zur Reproduktion der Gesellschaft.

Wirkungen von Wirtschaftlichem auf Politisches werden zum einen vor allem sozialstrukturell vermittelt. In Deutschland sind sie zum anderen von West-Ost-Disparitäten behaftet. Dieser Aspekt wird in aktuellen Diskussionen zu wenig beleuchtet, ist aber für das Verständnis der politischen Situation von erheblicher Bedeutung.

Nichtbewältigte Vereinigung

Der Gang der deutschen Einheit wurde von der herrschenden Fraktion der politischen Elite als Bestätigung ihrer Gesellschaftspolitik und als Legitimation der Weiterführung wahrgenommen. Die Reaktion auf die mit der Einheit verbundenen Veränderungen trug eine Reihe folgenreicher Züge: *Erstens* ging die Initiative für die weiteren gesellschaftlichen Prozesse in Ostdeutschland einschließlich der „Macht der Deutungen“ an die Eliten des Westens über, die zuvor vor allem Zuschauer gewesen waren. Deren Gesellschaftsbild und deren Interessen bildeten fortan die dominierenden Orientierungen. Die eigentlichen Akteure, die ostdeutsche Bevölkerung, wurde zum Objekt. *Zweitens* wurde die DDR-Wirtschaft schlagartig mit dem Weltmarkt konfrontiert. Die Unsicherheit, sich neue Märkte erschließen zu können, wurde durch das Wegbrechen der Ostmärkte und die Aufhebung des relativen Schutzes in der Wirtschaftszone des transferablen Rubels verstärkt. Das Prinzip Hoffnung hieß Qualifikationspotenzial. *Drittens* verwandelte die Einführung der DM das vorherige Staatseigentum der DDR in Kapital - mit der Treuhandanstalt als übermächtigem Verwaltungsrat und einzigem Kapitaleigner zugleich - und sie verwandelte die Masse der Berufstätigen aus Staatsangestellten zu Lohnarbeitern. *Viertens* wurden erhebliche Ungleichheiten in der Verteilung der Gewinne der Einheit einerseits und der Lasten der Einheit andererseits realisiert. Mit der Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft wurde eine radikale Umverteilung von Eigentum eingeleitet. Die Masse der Eigentumstitel ging an große Unternehmensgruppen im Westen, denen zugleich noch riesige Subventionen ausgereicht wurden. Mit den Kosten der Einheit wurden im Wesentlichen die „kleinen“ Leute im Westen und im Osten belastet.

Der reale Gang der Vereinigung ließ einer wirklichen Integration der Ostdeutschen, einer Aufhebung ostdeutscher Besonderheiten keinen Raum. Dabei ist es auf einer abstrakten Ebene wohl durchaus plausibel, daß die jahrzehntelange Existenz der Deutschen in zwei verschiedenen Gesellschaften Spezifika der Sozialisation bewirkt haben, was jeweils Eigenheiten und damit Differenzen in Erfahrungen und Erwartungen, in Gesellschaftsbildern und Lebensplänen, in Werten und Wahrnehmungen prägt. Auf einige dieser Besonderheiten soll kurz verwiesen werden.⁵

Prägend für die Sozialstruktur der DDR war der massenhafte Exodus der alten Eliten unmittelbar nach Kriegsende, die teils eilig flüchteten, teils vertrieben wurden. Damit waren Durchsetzungschancen für soziokulturelle Muster und Werte von kleinem Mittelstand und qualifizierten Angestellten- und Arbeitergruppen gegeben, die die Alltagskultur der DDR-Gesellschaft nachhaltig prägten. Bodenreform und Verstaatlichung eröffneten breitgefächerte Aufstiegchancen in der Wirtschaft, in staatlichen und kommunalen Ver-

⁵ Ausführlicher in: D. Wittich, Sozialisation und Entfremdung in zwei Gesellschaften, in: Das Argument, 232, Heft 5/1999.

waltungen, in Kultur und Wissenschaft. In der zentralistischen Gesellschaft war die Ressource Macht extrem ungleich verteilt, die Soziallagen hingegen waren weitgehend egalitär und soziokulturell tendenziell nivelliert. Dabei gab es Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen, aber die sich über zwei Generationen erstreckende Gleichheitserfahrung ist in den Biografien befestigt und liefert übergreifend einen Maßstab für soziale Gerechtigkeit.

Die herausgehobene Bedeutung des Kollektivs war nicht einfach ein Resultat ideologischer Verordnung. Die Vorherrschaft der Alltagskultur von kleinem Mittelstand und qualifizierten Angestellten- und Arbeitergruppen transportiert deren spezifische Traditionen, sich gegen die Widrigkeiten des Lebens und für gemeinsame Ziele in Gewerkschaften, Genossenschaften und Vereinen zusammenzuschließen, in den gesellschaftlichen Alltag. Aus der Macht des Faktischen der so geprägten alltäglichen Lebenswelt resultiert die hohe Wertigkeit von Solidarität. Als Vorzüge wahrgenommene Merkmale der DDR-Gesellschaft wie verlässliche Lebensplanung, soziale Sicherheit, vor allem Sicherheit der Erwerbsarbeit, breite Bildungsangebote und Möglichkeiten der Kinderbetreuung, zugängliche kulturelle Angebote und das im historischen Vergleich höhere Maß an Gleichstellung der Geschlechter wurden zwar angesichts der immer schärfer wahrgenommenen Defizite gründlich relativiert, blieben aber anhaltend positiv besetzt. Das vermag eine größere Offenheit für gesellschaftliche Alternativen mit zu erklären. Das schmerzhaft empfundene Demokratie-Defizit im eigenen Land hat hohe Erwartungen an die Möglichkeiten von Demokratie erzeugt.

Der reale Gang der Vereinigung war zuerst mit massenhafter Euphorie begleitet, danach mit Irritationen verhaftet und schließlich mit starker Unzufriedenheit reflektiert. Neben dem Überstülpen als fremd wahrgenommener Institutionen und Normen, dem Außerdienststellen der DDR-Eliten und einem sich verbreitenden Gefühl, auch unter den nun neuen Verhältnissen machtlos zu sein, ist vor allem die wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung. Eine dem Westen vergleichbare Wirtschaftsstruktur hat sich im Osten bisher nicht herausgebildet. Moderne Fertigungsstandorte existieren nur in wenigen Inseln in Westthüringen, in Westmittelsachsen und im Raum Dresden. Große Unternehmen haben ihre Standorte nicht in den Osten verlegt, Jenoptik ist hier wohl das bedeutendste. Hingegen hat die westdeutsche Wirtschaftselite ihre frischen Eigentumstitel sehr oft genutzt, um durch Betriebs-schließungen im Osten eigene Kapazitäten im Westen zu schützen. Das hat die Entindustrialisierung vertieft. Damit fehlen aber auch die Impulse für die Entfaltung mittlerer Wirtschaftsstrukturen. Die ostdeutsche Wirtschaft ist heute vor allem Standort für das Handelskapital und Verwaltungsstandort. Der öffentliche Dienst und die großen Handelsketten sind die größten Arbeitgeber.

Die sich infolge des gesamtgesellschaftlichen Umbaus der Wirtschaftsstruktur vollziehenden sozialstrukturellen Veränderungen erhalten damit in Ostdeutschland ihre besondere Prägung.

Umbau der Klassenlandschaft

Wir leben in einer Gesellschaft, in der Reichtum wächst und sich zugleich Armut ausbreitet. Nach Berechnungen des Sozialökonomischen Panels (SOEP) ist der Anteil der „reichen Haushalte“ (Haushaltneettoeinkommen über 200 Prozent des Durchschnitts) von 4,1 Prozent im Jahr 1990 auf 4,7 Prozent im Jahr 1995 angestiegen. Im gleichen Zeitraum ist der Anteil der Haushalte mit „strenger Armut“ (unter 40 Prozent der durchschnittlichen Haushaltneettoeinkommen) von 3,9 Prozent auf 6,1 Prozent gestiegen⁶. In Deutschland beträgt nach der offiziellen Statistik das Verhältnis der Arbeitslosen zu den Lohnabhängigen 1 zu 8, d.h. auf acht Lohnabhängige kommt ein Arbeitsloser. Bezieht man hingegen die „Stille Reserve“ mit ein, beträgt dieses Verhältnis gar 1 zu 4. In Ostdeutschland hat sich relativ schnell ein beträchtliches Segment alimentierter Existenzen von Arbeitslosen, Frühverrenteten, zweitem Arbeitsmarkt und Sozialhilfeempfängern herausgebildet.

Der Umbau der Unternehmenslandschaft in Deutschland ist für einen großen Teil der Lohnarbeiterinnen und Lohnarbeiter mit einem Abschmelzen von Stammebelegschaften, mit Personalabbau, Leistungsdruck und Reallohnverzicht verbunden. Technologische Entwicklungen forcieren zugleich berufliche und qualifikatorische Differenzierungen. Es gibt scharfe Verdrängungswettbewerbe und zugleich ist die Verfügung über Fachqualifikation keine Gewähr für Arbeitsplatzsicherheit und bessere Berufseintrittschancen. Ein Billiglohnsegment mit dem Kern der 630 DM-Jobs hat sich sehr schnell ausgebreitet, insgesamt etwa jeder zehnte Arbeitsplatz gehört mittlerweile in diesen Bereich. In Ostdeutschland kommen das generell niedrigere Lohnniveau und die massenhafte Unterwanderung tariflicher Regelungen hinzu. Insgesamt sind in Deutschland innerhalb der Lohnarbeiter die sozialen Risiken bei gleichzeitig zunehmender innerer Differenziertheit deutlich größer geworden.

Der übergreifende Vorgang ist der einer zunehmenden sozialen Polarisierung. Diese Polarisierung hängt mit aktuellen Verlaufsformen des Widerspruchs von Kapital und Arbeit zusammen, fällt aber nicht mit ihm in eins, weil er durch komplexe Beziehungsgeflechte teilweise überlagert wird. Das hängt vor allem mit den vielfältigen Differenzierungsprozessen in der Struktur des gesellschaftlichen Gesamtarbeiters zusammen.

Die Vorgänge der sozialen Polarisierung bewirken, daß die bisherige breite Mitte der Gesellschaft tendenziell abschnilzt. Damit sind zugleich Umbauprozesse verbunden, die breite Mitte wird nicht nur kleiner, sie verändert auch ihre Struktur. Zum einen setzt sich die Verdrängung von Teilen des traditionellen Mittelstandes fort. Der harte Wettbewerb führt zu massen-

⁶ P. Krause/G. Wagner, Einkommens-Reichtum und Einkommens-Armut in Deutschland, in: E.-U. Huster (Hg.), Reichtum in Deutschland, Frankfurt a.M., New York 1997, S. 71.

ten sozialen Abstiegen. Für den verbleibenden Rest nehmen Abhängigkeiten zu und werden die sozialen Risiken größer.

Zum anderen werden neue Gruppen in die Mittelschichten integriert. Ihre Bildung hängt vor allem zusammen mit den beschriebenen technologischen und sozialökonomischen Veränderungen, insbesondere durch Ausgliederungen sowie durch die Ausdifferenzierung neuer produktiver Dienstleistungen. Es handelt sich dabei teilweise um Selbständige, teilweise um Angestellte in Schaltstellen der Unternehmen, der Verwaltungen, in den Medien, in der Wissenschaft und in Kulturbereichen. Ein gemeinsames Merkmal ist der souveräne Umgang mit den neuen Kulturtechniken. Weitere Merkmale sind ein hoher Grad der Individualisierung, die Autonomie in der Definition ihrer Lebensstile und zentrale Positionen in kommunikativen Netzen. Für diese Gruppen trifft zu, was E. O. Wright als „widersprüchliche Lagen innerhalb von Klassenbeziehungen“⁷ bezeichnet hat. Sozial sind sie in Mittelschichtenpositionen, soweit sie aktiv sein können, gehören sie zu den wohlhabenden Teilen der Bevölkerung. Sie sind jedoch - anders als die traditionellen Mittelschichten - mit erheblichen sozialen Risiken behaftet. Im Falle von Misserfolgen drohen rasche soziale Abstiege. Diese „neue Mitte“ bildet sich in West und Ost heraus, sie ist allerdings zu erheblichen Teilen in Ostdeutschland nicht in derartig komfortablen sozialen Situationen, wie die vergleichbaren Gruppen im Westen.

Insgesamt bedeutet dies, daß die Mittelschichten gegenwärtig erheblich von ihrer traditionell gewohnten Stabilität verlieren. Diese neue Situation der Mittelschichten und neue Differenzierungen bei den Lohnarbeitern bewirken verbreitete Verunsicherungen in der Bevölkerung insgesamt. Ihren politischen Ausdruck finden diese Prozesse in der Auflösung von Stammwählerschaften, den schnellen Veränderungen in den politischen Kräfteverhältnissen und somit in der aktuell zu beobachtenden politischen Destabilisierung der Gesellschaft.

Positionen und Perspektiven für politische Alternativen

Die Europa-Wahlen und die nachfolgenden Landtags- und Kommunalwahlen haben dokumentiert, daß die regierende Koalition von SPD und Grünen offenbar sehr schnell ihre soziale Basis verloren hat. Zeitlich erfolgt der Umschlag in der Akzeptanz bereits im Frühjahr 1999. Dabei handelt es sich sicherlich nicht nur um eine zeitliche Parallelität zum einen zum Kurswechsel der Regierung und zum anderen zur deutschen Kriegsbeteiligung in Jugoslawien. Die öffentliche Meinung reagierte auf das Umschwenken auf eine Strategie, die Positionen Deutschlands in einem vermeintlichen Standortwettbewerb durch intensivierte Andienen an das internationale Finanzkapital bei gleichzeitigen Reduzierungen im sozialen Bereich zu verbessern. Zu-

⁷ E. O. Wright, Was bedeutet neo und was heißt marxistisch in der neomarxistischen Klassenanalyse? In: H. Strasser/J. Goldthorpe (Hg.), Die Analyse sozialer Ungleichheit, Opladen 1985, S. 245.

gleich gab es zu diesem Zeitpunkt in der deutschen Öffentlichkeit eine schweigende Mehrheit, die dem Krieg der Nato gegen Jugoslawien ohne Mandat der UNO und der deutschen Beteiligung daran nicht zustimmte; es handelte sich nicht um mehrheitliche Gegnerschaft, sondern um Verweigerung der Akzeptanz. Besonders groß war die Ablehnung zum einen gerade in den Umfeldern von SPD und Grünen und zum anderen insgesamt in Ostdeutschland

Damit ist zum einen die Reformfähigkeit der Gesellschaft aktuell einschneidend beschädigt. Zum anderen öffnen sich damit aber auch Räume für alternative Gesellschaftspolitik links von den Grünen und der PDS.

Die PDS ist für eine linke, alternative Gesellschaftspolitik ein mögliches Subjekt. Sie ist allerdings auf spezifische Weise mit den West-Ost-Disparitäten verbunden, sie spiegelt diese in den politischen Raum. Sie hat in den letzten Wahlen insgesamt ihre Positionen festigen und ausbauen können. Dabei haben sich die Potenziale ihrer Wählerinnen und Wähler vergrößert, aber auch strukturell verändert. Zuvor hatte den Kern ihrer Stammwählerschaft in den kulturellen Trägern der DDR-Gesellschaft, in den qualifizierten Angestellten- und Arbeitergruppen und in den Gruppen, die in der DDR Aufstiegschancen wahrnehmen konnten. Jetzt sind neue Segmente hinzugekommen. Sie kommen zum einen aus speziellen Jugendmilieus und zum anderen gerade auch aus den neuen Mittelschichten. Dabei relativiert sich zugleich auch der West-Ost-Unterschied. Die Perspektiven linkssozialistischer Politik werden mittelfristig weitgehend davon abhängen, wie die PDS die Kommunikation mit diesen neuen Segmenten gestalten und deren Erwartungen entsprechen kann. Wenn es erfolgreich gelingt, diese Segmente stabil in das Umfeld der PDS einzubinden und auch verstärkt in die Partei selbst zu integrieren, dann wird es möglich, die soziale Basis für linkssozialistische Politik in der Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland allmählich auszubauen und neue Chancen für progressive gesellschaftliche Veränderungen zu erschließen.

Z - Nr. 41

erscheint Anfang März 2000
mit dem Schwerpunktthema

„Umbruch der Lebensweise - soziale Prozesse, psychische Verarbeitung“

Mit Beiträgen u.a. von Günter Bell, Michael Crappa, Klaus Pickshaus, Richard Sorg, Harald Werner, Dietmar Wittich

Außerdem Beiträge zur neoliberalen Klimapolitik von Jörg Cézanne, zu geschichtspolitisch-kulturellen Aspekten des 150. Jubiläums der 48er Revolution von Walter Schmidt, zu MEGA Bd. IV/3 von Carl Erich Vollgraf, zu Robespierre von Helmut Bock, zu Kontroversen in der Makro-Ökonomie von Fritz Fiehler, zur Gewerkschaftsgeschichte von Ulla Plener

Z - Nr. 42

erscheint Anfang Juni 2000

mit dem Schwerpunktthema „Kapitalismus in Rußland“

Aufklärungshistorisches zur sozialen Gerechtigkeit

„Das Wohl aller Menschen ist eine leere Abstraktion.“
(Hegel 1818).¹

„Niemand darf ärmer sein als die Regierung.“
(Weitling 1842).²

I.

Beide Leitsprüche zu diesem Beitrag sind Provokationen. Hoffentlich. Sie waren es, als sie erstmals gesprochen bzw. gedruckt wurden, und sie sind es zu Beginn des kommenden Millenniums nicht minder.

Über soziale Gerechtigkeit nachzudenken heißt unvermeidlich, über soziale Ungerechtigkeit nachgedacht zu haben; ein Jenseits von beiden muß erst noch erfunden werden, und wer sich durch die Gebrechen der bürgerlichen Gesellschaft nicht provoziert, also in ihr bloß wohl und bestätigt fühlt, dürfte dem Gerechtigkeitsthema ohnehin nicht gewachsen sein. Nun führt dieses Thema in die Uferlosigkeit. Gäbe es soviel Gerechtigkeit in der Realität wie es in der Idealität Theorien über sie gibt und Bücher in den Bibliotheken, stände es bestens um sie bestellt.³

Im Nachfolgenden sollen keine Ungerechtigkeiten in der Welt von heute denunziert, keine Auseinandersetzungen mit der längst inflationäre Ausmaße annehmenden Literatur der letzten Jahre geführt und nicht einmal die umstrittene Frage beantwortet werden, ob Marx eine Gerechtigkeitskonzeption

¹ Hegel (1770-1831), Grundlinien der Philosophie des Rechts, Berlin 1981, S. 454.

² Weitling (1808-1871), Garantien der Harmonie und Freiheit, Berlin 1955, S. 156; vgl. auch Weitling, Gerechtigkeit, Kiel 1929, S. 115.

³ Aus der neueren Literatur: Thomas Bausch, Ungleichheit und Gerechtigkeit, Berlin 1993; Rainer Forst, Kontexte der Gerechtigkeit, Frankfurt 1994; Stephen Graubord (Hrsg.), Die Leidenschaft für Gleichheit und Gerechtigkeit, Baden-Baden 1988; Jürgen Habermas, Faktizität und Geltung, Frankfurt 1992; August F. v. Hayek, Die Illusion der sozialen Gerechtigkeit, Landsberg 1981; Otfried Höffe, Politische Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 1989; Nils Jansen, Die Struktur der Gerechtigkeit, Baden-Baden 1998; Christoph Jemmerling/Thomas Rentsch (Hrsg.), Die Gegenwart der Gerechtigkeit, Berlin 1995; Arthur Kaufmann, Über Gerechtigkeit, Köln 1993; Hans Kelsen, Die Illusion der Gerechtigkeit, Wien 1985; Roland Kley, Vertragstheorien der Gerechtigkeit, Bern 1989; H.-J. Koch u.a., Theorien der Gerechtigkeit, Stuttgart 1994; Niklas Luhmann, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt 1993; Werner Maihofer/Gerhard Sprenger (Hrsg.), Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit, Stuttgart 1992; Marcic Ren/Ilmar Tammelo, Naturrecht und Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 1989; Barrington Moore, Ungerechtigkeit, Frankfurt a. M. 1985; Herfried Münkler (Hrsg.), Konzeptionen der Gerechtigkeit, Baden-Baden 1999; Giuseppe Orsi (Hrsg.), Gerechtigkeit, Frankfurt/M.

gehabt habe.⁴ Vielmehr soll in die intellektuelle Entstehungsgeschichte des für die bürgerliche Gesellschaft charakteristischen Kardinalproblems der Gerechtigkeit hineingeleuchtet werden. Dieses Kardinalproblem besteht - auf den Punkt gebracht - in dem Spannungsverhältnis zwischen der Gleichheit der Menschen als Bürger vor dem Gesetz und der Ungleichheit eben dieser Bürger als Menschen unter dem Gesetz. Die Divergenz von formaler und materialer Gleichheit, von *égalité de droit* und *égalité de fait* ist von explosiver Natur; sie hat dafür gesorgt, daß ein gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeitskonsens nicht, oder höchstens auf einer nichtssagenden, bloß verschleiernenden Abstraktionsebene erreichbar ist.

II.

Beginnen wir mit Thomas Hobbes, dem ersten der Aufklärungsdenker, der eine geschlossene (seiner eigenen Meinung nach wohl auch abgeschlossene) Staats- und Rechtsphilosophie von immenser Wirkung vorgelegt hat. Sarkastisch vermerkt er gegen Aristoteles, der die Einteilung der Menschen wegen ihres unterschiedlichen Intellekts in Herrschende und Dienende für gerecht, weil von Natur gegeben, erklärt hatte, daß jener sich gewiß seiner Philosophie wegen zu den Klügeren, also zur Herrschaft Geborenen gezählt habe, und zu den Dienenden diejenigen, die kräftige Körper haben, aber nicht Philosophen sind, wie er selbst; kaum jemand aber werde so stumpfsinnig sein, ergänzte Hobbes, lieber von anderen regiert werden zu wollen als sich selbst zu regieren; tatsächlich seien im Naturzustand alle Menschen einander gleich gewesen, und ein Naturgesetz verlange, daß jeder Mensch die anderen als seinesgleichen von Natur aus anerkennen solle (that every man acknowledge other for his Equall by Nature), woraus sich ergebe, daß der Herr-oder-Knecht-Status von Menschen nur durch deren Übereinstimmung (by consent of men) eingeführt werden könne, ebenso wie ein Gemeinwesen nur durch einen Vertrag eines jeden mit einem jedem (covenant of every man with every man) entstehe.⁵ Es sei aber dieser Gesellschaftsvertrag gleichberechtigter, gleichchinteressierter und gleichvernünftiger Menschen die Entstehungsgrundlage von Staat und Recht und von Gerechtigkeit.⁶

⁴ Vgl. Allan Buchanan, Marx and Justice, London 1982; Ralf Dahrendorf, Die Idee des Gerechten im Denken von Karl Marx, Hannover 1971; Gerhard Haney, Gerechtigkeit bei Marx, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Beiheft 56, Stuttgart 1994, S. 190-207; Hubert Rottleuthner, Gerechtigkeit bei und nach Marx, in: ebenda, S. 208ff.; Eugene Kamenka, Marxism and the Concept of Justice, in: ebenda, Beiheft 40, Stuttgart 1991, S. 52ff.; Hermann Klenner, Marxismus und Menschenrechte, Berlin 1982, S. 147-158; Heinz Monz, Gerechtigkeit bei Karl Marx und in der hebräischen Bibel, Baden-Baden 1995; Elliot Pruzan, The Concept of Justice in Marx, New York 1988. - Quellentexte bieten: Uwe-Jens Heuer/Hermann Klenner, Demokratie und Diktatur. Recht und Gerechtigkeit (Marxistische Lesehefte, Nr. 1), Berlin 1998.

⁵ Thomas Hobbes (1588-1679), Leviathan [1651], Cambridge 1994, S. 107, 120 (deutsch: Hamburg 1996, S. 129, 145); Aristoteles (384-322 v.u.Z.), Politik, 1254 b, München 1981, S. 53f.

⁶ Thomas Hobbes, ebenda, S. 100f. (deutsch: S. 120f.).

Um den im 17. Jahrhundert revolutionären Gehalt solcher Auffassungen von der sozialen und politischen Ungleichheit der Menschen als eines nichtnatürlichen (eines unnatürlichen!) Zustandes, oder von der Gerechtigkeit als einer den Menschen nicht vorgegebenen, sondern von ihnen selbst zu gestaltenden sozialen und politischen Ordnung würdigen zu können, ist es sinnvoll, sie den einschlägigen Thesen innerhalb der theologischen Weltanschauung des Mittelalters gegenüberzustellen (was auch als Beitrag zum historischen Gehalt der vielberufenen Wertordnung des christlichen Abendlandes verstanden werden kann).

Während Hobbes, wie zitiert, die im Gegensatzpaar Herr/Knecht personifizierte soziale Ungleichheit weder durch Natur noch durch Gott determiniert sein ließ, hatte Aurelius Augustinus, der Kirchenvater, die Knechtschaft selbst in der Form der Sklaverei als ein von Gott mit Recht dem Sünder auferlegtes Los legitimiert.⁷

Während Hobbes, wie zitiert, den Staat auf demokratische Weise entstehen ließ, hatte Francisco de Vitoria, der Spätscholastiker, erklärt, daß die Staatsgewalt nicht auf den Beschlüssen von Menschen beruht, sondern von Gott selbst sei.⁸

Während Hobbes, insofern selbst unter Aufklärern eine Ausnahme, die Teilnahme am Gesellschaftsvertrag auch den Frauen offenhielt, da es natürlicherweise weder Autorität noch Subordination gebe, hatte Paulus, der Apostel, von den Weibern verlangt, daß sie ihren Männern untertan sein sollen in allen Dingen als dem Herrn so wie die Gemeinde Christus untertan ist.⁹

Während Hobbes neben der Gleichheit von Reichen und Armen vor dem Gesetz und dem Gericht (*justice shall be equally administred to all degrees of people, the rich and poor persons*) auch ebensolche Gleichheit für die Anhänger aller christlicher Sekten forderte (*because there ought to be no Power over the Consciences of men*), hatte Thomas von Aquin, der Hochscholastiker, begründet, warum die zu Häretikern Erklärten als Falschgläubige gebannt und verbrannt werden sollen (da doch auch die Falschmünzer rechtens getötet werden).¹⁰

⁷ Augustinus (354-430), *Opera*, Bd. 14-2, Paris 1955, S. 682 (deutsch: *Vom Gottesstaat*, Buch 11-22, München 1978, S. 557).

⁸ Vitoria (1483-1546), *Über die staatliche Gewalt* (lat.-dtsh.), Berlin 1992, S. 51.

⁹ Paulus, Brief an die Epheser, V, 22-24; Hobbes [Anm. 5], S. 140 (deutsch: S. 170), sogar mit der Auffassung, daß die Herrschaft über das Kind, sofern es keinen Vertrag mit dessen Vater gibt, bei der Mutter liegt. Vgl. dazu: Carola Pateman, *The Sexual Contract*, Cambridge 1991; Jana Thompson, „Wollen Frauen den Gesellschaftsvertrag neu fassen?“, in: *Das Argument*, 37(1995), S. 497-512.

¹⁰ Thomas von Aquin (1224-1274), *Opera omnia*, Bd. 2, Stuttgart 1980, S. 540 (deutsch: *Summe der Theologie*, Bd. 3, Stuttgart 1985, S. 59); Thomas Hobbes [Anm. 5], S. 237, 479 (deutsch: S. 292, 585); der lateinischen Version seines „*Leviathan*“ (Amsterdam 1670, S. 346ff.) hat Hobbes einen speziellen Anhang über die Häresie beigelegt, der in der von Edwin Curley besorgten *Leviathan*-Ausgabe (Indianapolis/Cambridge 1994, S. 521ff.) erstmals ins Englische

III.

Die weichenstellende Bedeutung des Gerechtigkeitsdenkens der europäischen Aufklärer verlief von Beginn an in dreierlei Richtung:

Gerechtigkeit, als das Übereinkommensmaß zwischen dem tatsächlich geltenden und dem eigentlich erforderlichen Recht, erhielt, erstens, einen völlig anderen Duktus. Der Geltungsgrund der Diesseitsgesetze wurde nicht mehr mit Hilfe eines Jenseitswesens verklärt, sondern mit den im Kern gleichen Realinteressen von Menschen erklärt; nicht Offenbarung und Glauben, sondern Erfahrung und Wissen seien die Erkenntnisquellen für Gerechtigkeit. Wer die Bewertungskriterien des Rechts aus der Bibel dozieren wolle, gleiche demjenigen, der auf die Frage, woher er wisse, daß $2 \times 3 = 6$ sei, antwortet: weil es in der Schrift stünde; man müsse vielmehr nach den Ursachen der sozialen Phänomene fragen, das *factum* dabei ansehen und sich auf *argumenta ex ratione* verlassen, hieß es bei einem deutschen Hobbes-Verehrer.¹¹

Es wurden, zweitens, die dem Feudalismus eigenen strukturellen Ungleichheiten, die tradierte Hierarchie der Stände, das Obrigkeitsverhältnis zwischen Adel und Volk, zwischen Klerikern und Laien als fundamentale Ungerechtigkeit illegitimiert.

Und es wurde, drittens, das für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Zusammenspiel von politischer Gleichheit und sozialer Ungleichheit, letztere speziell zwischen Herr und Knecht, reich und arm, Mann und Frau, als Gerechtigkeitsproblem erörterungsfähig gemacht.

IV.

Doch bereits in denselben Jahrzehnten, da diese aufklärerischen, aufklärenden Gerechtigkeitsgedanken systematisiert wurden, entlud sich das Spannungsverhältnis zwischen der Gleichheit der Menschen als Bürger vor dem Gesetz und der Ungleichheit eben dieser Bürger als Menschen unter dem Gesetz in rechte wie in linke Radikalismen: in kapitalistische und in kommunistische Konzeptionen von Autoren mit sehr unterschiedlicher Erfahrung.

Der eine hieß John Locke. In seiner Konzeption einer gerechten, einer bürgerlichen Gesellschaft hielt er für vereinbar

- daß jeder Mensch mit einem Rechtsanspruch auf vollkommene (!) Freiheit geboren ist (*Man being born with a Title to perfect Freedom*);
- daß die in einem gerechten Krieg gemachten Gefangenen als Sklaven nach dem Recht der Natur der absoluten Herrschaft und willkürlichen

übersetzt vorliegt. Vgl. auch Hermann Klenner, „Hobbes als Toleranzdenker“, in: *Europa in der Frühen Neuzeit*, Weimar/Köln/Wien 1997, S. 443-449.

¹¹ Nicolaus Hieronymus Gundling (1671-1729), *Ausführlicher Diskurs über Natur- und Völkerrecht*, Frankfurt/Leipzig 1734, S. 7f., 50f., 413. - Zu Gundling vgl. meinen Forschungsbericht in: *Dialektik* 1, Hamburg 1994, S. 123ff.

Gewalt ihrer Herren unterworfen und nicht als Teil der bürgerlichen Gesellschaft anzusehen sind (Slaves are by the Right of Nature subjected to the Absolute Dominion and Arbitray Power of their Masters and cannot be considered as any part of Civil Society);

- daß Herr und Knecht (Master and Servant) durch einen Vertrag dergestalt miteinander verbunden sind, daß Letzterer auf eine bemessene Zeit gegen einen vereinbarten Lohn von ihm zu verrichtende Dienste an Ersteren verkauft, dem er dadurch eine vorübergehende Gewalt über sich verleiht;
- daß durch einen Vertrag zwischen Mann und Frau deren Ehe begründet wird, in der natürlicherweise die Herrschaft dem Mann zufällt (the last determination, i.e. the Rule naturally falls to the Man's share);
- daß die Gleichheit aller Menschen nicht jede Art von Gleichheit meint, sondern das gleiche Recht eines jeden auf seine natürliche Freiheit im Rahmen von verkündeten, für Reiche und Arme gleich geltenden Gesetzen nach eigenem Gutdünken über seine Person und sein Eigentum zu verfügen (the Ruling Power ought to govern by declared and received laws, ... one rule for rich and poor);
- daß kein Staat ein Recht auf den Gehorsam eines Volkes hat, das nicht wenigstens durch seine Repräsentanten den Gesetzen zugestimmt hat, worauf allerdings jeder Teil des Volkes lediglich nach Maßgabe seines Beitrages zum öffentlich Wohl Anspruch erheben kann.¹²

Der andere hieß Gerrard Winstanley. Zeitlich noch vor Locke begnügte er sich nicht nur nicht mit der Gleichheit von Herr und Knecht, von Mann und Frau, von Reichen und Armen vor dem Gesetz, sondern erklärte, daß das neue Gesetz der Gerechtigkeit erfordere, Privateigentum und Geld sowie die betrügerische Kunst des Kaufens und Verkaufens abzuschaffen; erst wenn den Priestern der Zugang zu Gott, den Gutsbesitzern das Land, den Juristen das Recht und den Besitzenden die Staatsgewalt entrissen sein wird, werde die gleiche Freiheit für jedermann/jedefrau herrschen; das Privateigentum, in dessen Erhaltung laut Locke der eigentliche Sinn der bürgerlichen Gesellschaft liege (the chief end of Civil Society is the preservation of Property), hatte Winstanley vierzig Jahre zuvor schon zum eigentlichen Fluch dieser Gesellschaft erklärt (propriety is the Curse, particular propriety is the Cause of all wars, theft, and enslaving laws, that hold the people under miserie): Solange die Dreieinigkeit der Herrschaftsmittel und -methoden von Menschen über Menschen existieren, nämlich die meinungsmanipulierenden Ideologie-Institutionen von Kirche und Universität, die terrorisierenden Staats-Institutionen von Gesetzen, Gerichten und Galgen, vor allem aber die verelendenden Eigentümer-Institutionen samt Lohnarbeit, Raub, Bettelei und

¹² John Locke (1632-1704), *Two Treatises of Government* [1689], Cambridge 1988 (deutsch: Zwei Abhandlungen über die Regierung, Frankfurt a. M. 1992), Buch II, §§ 54, 57, 82, 87, 137, 142, 158, 192.

Krieg, solange könne es keine soziale Gerechtigkeit geben (so long the common-people shall never have their liberty).¹³

In diesen, am Beispiel von Locke und Winstanley festgemachten, sich in ihrem Wahrheits- und Berechtigungsanspruch einander ausschließenden Auffassungen von Gerechtigkeit widerspiegeln sich entgegengesetzte soziale Interessen. Man kann sich drehen und wenden, wie man will: Zwischen der von Locke vertretenen Meinung, daß die Arbeit des Knechts dem Herrn nicht anders als dessen eigene Arbeit einen Rechtsanspruch auf Eigentum am Erarbeiteten verleiht, und der Meinung von Winstanley, daß es zwischen dem Arbeiter und dem Produktionsmitteleigentümer zwar eine Gesellschaft, aber keine Gemeinschaft (community) geben könne, gibt es keinen gemeinsamen, keinen Versöhnungsnenner.¹⁴ Das wird noch klarer, wenn man das von Locke vorgelegte Programm wenigstens zur Kenntnis nimmt, mit welchen Methoden der Staat den Armen Arbeit verschaffen solle: Nach gebührender Züchtigung sollten alle männlichen Bettler für drei Jahre zur Zwangsarbeit auf ein Schiff geschickt, alle rückfälligen weiblichen Bettler für drei Monate zu harter Arbeit in eine Besserungsanstalt überführt und alle bettelnden Kinder in eine Arbeitsschule eingewiesen werden.¹⁵

V.

Rousseau war es, der die Unversöhnlichkeit des Reichtum/Armut-Gegensatzes begriff und doch auf radikaldemokratische Problemlösungen seine Hoffnungen setzte. Ihm schien die Rechtsgleichheit in der bürgerlichen Gesellschaft trügerisch zu sein, da sie nur dazu diene, die soziale Ungleichheit aufrecht zu erhalten: die Armen in ihrem Elend und die Reichen in ihren illegal erworbenen Besitztümern. Die Tendenz aller Gesetze bestände ohnehin darin, den Starken gegen die Schwachen, die Reichen gegen die Habenichtse zu begünstigen; nichts sei gefährlicher als der Einfluß der Privatinteressen auf die öffentlichen Angelegenheiten; in einem wirklichen Gemeinwesen dürfe daher kein Bürger so reich sein, um sich einen anderen kaufen zu können, und keiner so arm, um sich an einen anderen verkaufen zu müssen.¹⁶

¹³ Locke [Anm. 12], S. 323, 360 (deutsch: S. 252, 288); Gerrard Winstanley (1609-1676), *The Works*, New York 1965, S. 159, 184, 276, 384f. (deutsch: Gleichheit im Reiche der Freiheit, Leipzig 1983, Frankfurt am Main 1988, S. 9, 50, 136, 245). Vgl. Christopher Hill, *The World Turned Upside Down*, London 1991, S. 107ff., 387ff.

¹⁴ Locke [Anm. 12], §§ 28, 51; Winstanley [Anm. 13], S. 493, 511, 520; vgl. Hermann Klenner, *Das wohlverstandene Interesse. Rechts- und Staatsphilosophie in der englischen Aufklärung*, Köln 1998, S. 71ff., 97ff.

¹⁵ John Locke, *Political Writings*, London 1993, S. 446ff. (deutsch in: John Locke, *Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt*, Leipzig 1980, S. 271ff.). Vgl. Maurice Cranston, *John Locke. A Biography*, Oxford 1985, S. 424ff.

¹⁶ Jean-Jacques Rousseau (1712-1778), *Kulturkritische und Politische Schriften*, Berlin 1989, Bd. 1, S. 399, 424, 437; Bd. 2, S. 375, 416; ders., *Emil oder über die Erziehung*, Paderborn 1981, S. 240; ders., *Diskurs über die Ungleichheit*, Paderborn 1997, S. 225.

Von solchen, wie gesagt: radikal-demokratischen, Gedanken zum Gerechtigkeitsproblem konnte im damaligen Deutschland die Rede nicht sein. Vielmehr herrschte ein obrigkeitsstaatlicher Ansatz vor, wie er in Christian Wolffs „Vernünftigen Gedanken von dem gesellschaftlichen Leben der Menschen und insonderheit dem gemeinen Wesen zur Beförderung der Glückseligkeit des menschlichen Geschlechts“ - der Titel spricht Bände! - zum Ausdruck kam: „Regierende Personen verhalten sich zu Untertanen wie Väter zu den Kindern. Den Vätern lieget ob, den Kindern alle Mittel zu verschaffen, die sie zur Beförderung der Vollkommenheit ihres inneren und äußeren Zustandes vonnöten haben, hingegen die Kinder sind verbunden zu tun, was ihnen von den Eltern in diesem Stöcke befohlen wird.“¹⁷ Gerechtigkeit als Staatsaufgabe, als dessen Objekt das Volk fungiert.

Es war diese durch den Preußenkönig Friedrich II. zur Staatsräson erklärte geradezu klassische Konzeption eines Wohlfahrtsstaates (der Herrscher als erster Diener seiner Untertanen, zugleich das Werkzeug ihres Glückes, wie jene das Werkzeug seines Ruhms), die von Humboldt und von Kant in der Berliner Monatsschrift 1792/93 als „ärgerste(r) und drückendste(r) Despotismus“, bzw. als „größte(r) denkbare(r) Despotismus“ denunziert wurde.¹⁸

Und hier gilt es gegen ein Mißverständnis zu argumentieren. Für diese beiden Großdenker deutscher Aufklärung bestand die Alternative zum Wohlfahrtsstaat nicht in der Gleichgültigkeit gegenüber dem Wohl und Wehe der Bevölkerungsmehrheit, nicht in einem Laissez-faire-Kapitalismus. Daß der Staat berechtigt sei, die Vermögenden zu nötigen, die Mittel zur Erhaltung derjenigen herbeizuschaffen, die es, selbst den notwendigsten Naturbedürfnissen nach, nicht sind,¹⁹ stand für Kant außer Frage und war für ihn charakteristischerweise weniger ein Moral- denn ein Demokratiegebot! Und Humboldt, der ebenfalls den Staat nicht als angemaßte Wohlfahrts-, Glücks- und Erziehungsanstalt, sondern als Rechtsinstitut begriff und das Recht als vernunftgebotenes Reglement für die äußeren Freiheitssphären insofern gleicher Menschen, die sich im Staat mit ihresgleichen vergesellschaften, hat sich mitnichten mit der formalen Gleichheit bei materialer Ungleichheit, mit der bloß politischen Freiheit bei ökonomischer und intellektueller Unfreiheit begnügt. Ganz im Gegenteil hat er ein komplettes Tableau gesellschaftlicher Abhängigkeiten, das zwischenmenschliche Geschlechter-, Dienstbarkeits- und Arbeitsverhältnis umfassend, entworfen; er hat unmißverständlich erklärt, daß kein Teil der Staatsverwaltung so wichtig sei wie der, welcher für die physischen Bedürf-

¹⁷ Christian Wolff (1679-1754), *Vernünftige Gedanken ...*, Frankfurt/Leipzig 1736, S. 200, (§ 264).

¹⁸ Friedrich der Große (1712-1786), *Ausgewählte Werke*, Bd. 2 (Politische und Philosophische Schriften), Berlin 1916, S. 6, 36, 39, 64; Wilhelm von Humboldt (1767-1835), *Menschenbildung und Staatsverfassung. Texte zur Rechtsphilosophie*, Freiburg/Berlin 1994, S. 14; Immanuel Kant (1724-1804), *Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie*, Berlin 1988, S. 261.

¹⁹ So: Kant [Anm. 18], S. 141, 458f.; vgl. Ingeborg Maus, *Zur Aufklärung der Demokratietheorie*, Frankfurt a. M. 1992, S. 271ff.

nisse der Untertanen sorgt, und als Fundament eines Bildungsplanes gefordert, daß der „gemeinste Tagelöhner und der am Feinsten Ausgebildete in seinem Gemüt ursprünglich gleichgestimmt werden“ müsse, und zwar wegen eben derselben Menschenwürde.²⁰ Es war übrigens Humboldt, der - noch vor Hegel - dem philosophischen Sprachschatz der Deutschen den Entfremdungsbegriff erschloß.

Allerdings hat die auch von Kant vertretene Verschärfung der in Frankreichs Revolutionsverfassung von 1791 praktizierten politischen Privilegierung der Vermögenden und der damit einhergehenden politischen Diskriminierung der ökonomisch Schwächeren ebenso wie des „schwachen Geschlechts“ dazu beigetragen, daß der deutsche Vormärz-Liberalismus neben „Unmündigen, Wahnsinnigen und Vollberauschten“ auch „Weiber, Arme und Knechte“ von den Staatsbürgerrechten auszuschließen bereit war.²¹ So wurden soziale Ungleichheiten, auf die politische Ebene transponiert, zu Ungleichheiten vor dem Gesetz. Der Klassen- und Geschlechterstruktur der Gesellschaft wurde Staatsverfassungsrang verliehen. Die sozialen Ungerechtigkeiten im Verhältnis von Männern und Frauen, Herren und Knechten, Reichen und Armen wurden als juristisch festgeschriebene zu auch politischen Ungerechtigkeiten. Das erfolgte in der Form einer offenen Apologie: Für das Fortkommen der Armen sei das Gedeihen der „Klasse der Kapitalisten“ ersprießlich und selbst der „ungeheure Unterschied aller Lebensverhältnisse zwischen den Klassen der Besitzer und der Nichtbesitzer“, ja sogar der „Krieg der Eigentumslosen wider die Eigentümer“ sei kein triftiges Argument gegen die geltenden Eigentumsgesetze.²² Der in seinem Verhältnis zur Wirtschaft liberale Staat basiert auf einer in ihrem Verhältnis zu den Menschen illiberalen Wirtschaft.

VI.

Als der gerade zitierte Meisterliberale aus Baden den Unterschied zwischen Regierenden und Regierten, Adligen und Gemeinen, Herren und Knechten, Reichen und Armen, Männern und Frauen naturrechtlich begründete und zugleich als eine „fast [!] notwendige Folge der freien Wechselwirkung zwischen ursprünglich an Rechten Gleichen“ rechtfertigte, da hatten die Aufklärungs-Lokomotiven bereits ganz andere Regionen erreicht. Es waren die in der bürgerlichen Gesellschaft gemachten Erfahrungen und deren geistige Verarbeitung, die das Spannungsverhältnis zwischen der Gleichheit der Menschen als Bürger vor dem Gesetz und der Ungleichheit der Bürger als Menschen unter dem Gesetz, zwischen politischer Gerechtigkeit und sozialer Ungerechtigkeit aufzuklären ermöglichten. Hegel war es, der seit seinen Jenaer Jahren

²⁰ Humboldt [Anm. 18], S. 331f.

²¹ Kant [Anm. 18], S. 128, 265; Carl von Rotteck (1775-1840), *Lehrbuch des Vernunftrechts*, Stuttgart 1840, Bd. 1, S. 143, Bd. 2, S. 71, 150.

²² Rotteck [Anm. 21], Bd. 1, S. 152, Bd. 2, S. 72f.; Hermann Klenner (Hrsg.), *Rechtsphilosophie bei Rotteck/Welcker. Texte aus dem Staats-Lexikon*, Freiburg/Berlin 1994, S. 238, 257f.

das überkommene Kategorien-Paar Herrschaft/Knechtschaft mit dem anderen Antagonismus Reichtum/Armut auf einem intellektuellen Niveau derart miteinander verknüpfte, daß dessen Sprengkraft bis in die Weltgesellschaft von heute erhalten geblieben ist.²³ Und vermutlich solange währt wie die bürgerliche Gesellschaft selbst.

Der entscheidende Erkenntnisgewinn, den wir im Zusammenhang unserer aufklärungshistorischen Überlegungen zur sozialen Gerechtigkeit und zu ihrem Ort bei Hegel verdanken, besteht darin, daß die Knechtschaft wie die Armut keine auszubügelnde Nebenwirkung gesellschaftlichen Fortschritts ist oder als deren Unkosten für Freiheit und Eigentum abzubuchen sind, sondern daß sie die grundlegenden Gesellschaftsstrukturen dergestalt darstellen, daß wer Herrschaft und Reichtum will, auch Knechtschaft und Armut wollen muß, ob er es weiß oder nicht.

Darauf gelenkt wurde Hegel durch die schottisch-englische Nationalökonomie und Sozialphilosophie. Mandevilles Aperçu, daß der sicherste Reichtum einer Gesellschaft in einer großen Anzahl arbeitsamer Armer besteht, und natürlich Adam Smith' Thesen, daß der Überfluß der Wenigen die Dürftigkeit der Vielen voraussetze und daß die Staatsregierung, soweit sie zur Sicherung des Eigentums eingerichtet wurde, tatsächlich zur Verteidigung der Reichen gegen die Armen eingerichtet worden ist (civil government so far as it is instituted for the security of property is in reality instituted for the defense of the rich against the poor), bringen den Zusammenhang von Reichen und Herrschenden, von Armen und Unterdrückten ebenso zum Ausdruck wie die Realinteressen von Eigentümern an politischer Macht für sich und von Armut und Machtlosigkeit für andere.²⁴

Am Ausführlichsten in seiner Berliner Rechtsphilosophie-Vorlesung vom Wintersemester 1819/20, deren Nachschrift erst 1983 veröffentlicht wurde,²⁵ vertrat Hegel folgende Ansichten:

²³ Zum Folgenden: Hegel, Gesammelte Werke, Bd. 5 (Schriften und Entwürfe 1799-1808), Hamburg 1998, S. 350ff.; Hegel [Anm. 1], S. 267ff., 503ff. Vgl. Georg Lukacz, Der junge Hegel, Berlin 1986, S. 376ff.; H. S. Harris, Hegel's Development (1801-1806), Oxford 1983, S. 120f., 492f.; Hermann Klenner, „Hegels Herr- und Knechtstruktur der Gesellschaft“, in: Karl Michaelis/Hans-Martin Pawlowski, Auseinandersetzung mit der realsozialistischen Vergangenheit, Baden-Baden 1992, S. 95ff.

²⁴ Adam Smith (1723-1790), Eine Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Reichtums der Nationen, Bd. 3, Berlin 1984, S. 86, 91; Bernhard de Mandeville (1670-1733), Die Bienenfabel, Leipzig/Weimar 1988, S. 274 (von Marx im „Kapital“ zitiert, vgl. Marx/Engels, Gesamtausgabe (MEGA), Bd. II/10, Berlin 1991, S. 551, so wie Bd. IV/3, Berlin 1998, S. 142 (über den untrennbaren Zusammenhang zwischen Privateigentum und Pauperismus)).

²⁵ Hegel, Philosophie des Rechts. Die Vorlesung von 1819/20 in einer Nachschrift (Hrsg.: Dieter Henrich), Frankfurt 1983, S. 192-199. Shlomo Avineri hielt diese Hegel-Passagen für so bedeutend, daß er sie, ins Englische übersetzt, als Anhang zu einem seiner Artikel dem amerikanischen Leser zugänglich gemacht hat, in: The Owl of Minerva, 16 (1985), Nr. 2, S. 205-208. - Im Übrigen vgl. die in Anm. 23 genannten Quellen.

- Die Entstehung der Armut ist eine notwendige Folge der bürgerlichen Gesellschaft;
- in ihr häufen sich Reichtümer ohne Maß und Grenze auf der einen und Not und Elend auf der anderen Seite, bei der an die Arbeit gebundenen Klasse;
- die bürgerliche Gesellschaft wird durch ihre Dialektik des Übermaßes von Reichtum wie von Armut über sich hinausgetrieben;
- Armut und Reichtum machen so das Verderben der bürgerlichen Gesellschaft aus;
- diese Ungleichheit des Reichtums und der Armut führt zur höchsten Zerrissenheit des Willens, zu innerer Empörung und Haß;
- das niederträchtige Bewußtsein, daß die Ungleichheit mit Staat und Reichtum festhält, steht immer auf dem Sprunge zum Aufbruch;
- die Furcht des Herren ist der Anfang der Weisheit;
- der Knecht steht in seinem Werte höher als der in seiner Selbstsucht befangene Herr;
- die Knechtschaft ist in der Geschichte eine notwendige Stufe;
- der knechtische Gehorsam bildet nur den Anfang der Freiheit;
- erst durch das Freiwerden des Knechtes wird auch der Herr frei.

Mit diesen Gedanken über die Wechselbeziehungen zwischen kapitalistischer Produktionsweise und verarmender, an die Arbeit gebundener Klasse und deren berechtigter Empörung nebst Sprung zum Aufbruch stößt Hegel bis an die Grenze zur historischen Negation der bürgerlichen Gesellschaft als einem Nichtort sozialer Gerechtigkeit vor.

Zeitung für Linke

ak

analyse und kritik

www.akweb.de

garantiert
regierungsunabhängig

Probeexemplar (3DM in Briefmarken)

oder gleich ein Abo:

ak - Romborgstr. 10 - 20255 Hamburg

Tel: 040-40170174 Fax: 040-40170175

Email: ak-redaktion@cl-hh.comlink.de

Neoliberalismus und Standortnationalismus

Schlüsselideologien der „Kapital-Gesellschaft“

Scheinbar befindet sich die Bundesrepublik in einer paradoxen Situation: Während die Ökonomie, legitimiert durch die Globalisierungsideologie, genauer: die neoliberale Standortlogik, immer mehr zur Diktatur der Marktkräfte, Konkurrenzmechanismen und Profitmacherei degeneriert, regiert im Kernbereich der Politik eine rot-grüne Koalition, die „Innovation und soziale Gerechtigkeit“, eine Modernisierung des Wohlfahrtsstaates und die „ökologische Erneuerung“ der Gesellschaft auf ihre Fahnen geschrieben hat. Zu erklären ist dieser Widerspruch nur, wenn man berücksichtigt, dass die Programmatik und Praxis der SPD wie von Bündnis 90/Die Grünen mittlerweile zu einem Großteil durch Überlegungen, Konzepte und Strategiemodelle ihrer parteipolitischen Opponenten beherrscht werden.

Globalisierung, Sozialstaatskritik und Standortlogik

Solange es ihn gibt, bemängeln bürgerliche Autoren das „Überborden“ des Wohlfahrtsstaates. Unter dem wachsenden Einfluss neoliberaler Strömungen in Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft wurde die Kritik am vorgeblich überhöhten Leistungsniveau und massenhaften Missbrauch des Sozialstaates seit Mitte der 70er Jahre zur Institutionenkritik verdichtet (vgl. Sitte 1998, S. 710). Sie gewann seit Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre eine neue Qualität, weil soziale Sicherheit nun als „Standortrisiko“ für die Allgemeinheit, nicht mehr bloß als Gefahr für die individuelle Freiheit des Bürgers, erschien. Damit stellte sich zum ersten Mal seit fast einem halben Jahrhundert wieder die Systemfrage, für wen, wie und nach welchen Grundsätzen soziale Sicherung organisiert werden soll.

Die neoliberale Ideologie wirkt überzeugend, weil sie in sich schlüssig, aber nicht sehr kompliziert – abschätzig gesagt: simpel konstruiert – ist und der Funktionslogik des bestehenden Wirtschaftssystems entspricht, das seit dem Bankrott des Realsozialismus sogar Kritiker(inne)n alternativlos erscheint. Dass der Neoliberalismus eine beherrschende Position im öffentlichen und Fachdiskurs erringen konnte, verdankte er überdies Misserfolgen des Neokeynesianismus während der Weltwirtschaftskrise 1974/76, die in allen Industriestaaten des Westens eine dauerhafte Massenarbeitslosigkeit nach sich zog. „Auch Keynes' Theorie bot kein Rezept mehr.“ (Köpf 1998, S. 33) Es war aber weniger die Überzeugungskraft der neoliberalen Theorie, die ihren Vertretern, etwa den Nobelpreisträgern Friedrich A. Hayek und Milton Friedman, großen Einfluss verschaffte, als deren geschickte Vernetzung, systematische Unterstützung durch „Denkfabriken“ und die von kapitalkräftigen Stiftungen geförderte Lobbyarbeit (vgl. Plehwe/Walpen 1999).

Der Neoliberalismus war zunächst eine Wirtschaftstheorie, aus der sich dann eine Sozialphilosophie entwickelte, welche den Staat und die gesamte Gesellschaft aus Effizienzgründen nach dem Modell der Leistungskonkurrenz (um)gestalten will, wobei ihr der Markt zum Mythos und der Wettbewerb zwischen den Wirtschaftssubjekten zum Wundermittel für die Lösung aller sozialen Probleme gerät. Hans-Gerd Jaschke (1998, S. 114) spricht im Zusammenhang mit dem Neoliberalismus von einem „Marktradikalismus“, der sein Gesicht wandle: „Von einer interessenpolitisch begründeten und nachvollziehbaren wirtschaftspolitischen Position wird er immer deutlicher zu einer umfassenden politischen Ideologie, die sich unangreifbar gibt, indem sie auf die Globalisierung verweist, auf den Konkurrenzdruck und das angedrohte Abwandern von Unternehmen.“

„Globalisierung“ ist zu einem Schlüsselbegriff der gesellschaftspolitischen Diskussion avanciert, welcher für die meisten Teilnehmer/innen eine bestimmte Entwicklung des Sozialstaates impliziert: Wenn die Volkswirtschaften miteinander verwachsen, der Weltmarkt die Politik der Nationalstaaten diktiert und Gesellschaften als „Wirtschaftsstandorte“ fungieren, deren Wettbewerbsfähigkeit über das Wohlstandsniveau ihrer Bürger/innen entscheidet, kann das Soziale keine (große) Rolle mehr spielen. Der (nordwest-)europäische Sozialstaat erscheint seinen Kritikern im viel beschworenen „Zeitalter der Globalisierung“ als von der ökonomisch-technologischen Entwicklung überholt, als Hemmschuh der Wettbewerbsfähigkeit und als Investitionshindernis, kurz: als Dinosaurier, der ins Museum der Altertümer gehört, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.

Man kann drei Grundpositionen der Globalisierungsdiskussion voneinander unterscheiden. Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe und Serhat Karkayali kritisieren sowohl die „Ideologie-“ wie auch die „Sachzwangthese“. Letztere nennen sie „eine Form des Ökonomie-Fetischs“, die ignoriere, dass Veränderungen der Weltwirtschaft auch das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Entscheidungen seien. „Die Vertreter/Innen der Ideologie-These leugnen nicht nur die Umbrüche und Veränderungen, die zu einer neuen Qualität des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs geführt haben; mit ihrem aufklärerischen Habitus übersehen sie die überaus wirkungsmächtige Dimension diskursiver Performanz – Ideologie wird hier nur als eine Art ‚falsches Bewußtsein‘ verstanden.“ (Adolphs u.a. 1998, S. 102) Globalisierung müsse als Bestandteil und als Resultat einer Vielzahl von „Politikprojekten“ begriffen werden: „Sie sind als Versuche anzusehen, Formen der Regulation zu etablieren, die die – aufgrund andauernder Krisenprozesse – immer stärker auftretenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte ‚lösen‘ sollen.“ (ebd., S. 103) Folgt man dieser „Projektthese“, so ist deutlich zwischen der Globalisierung einerseits und dem Konzept der „Standortsicherung“ andererseits zu differenzieren.

„Globalisierung“ bedeutet zunächst nur die Überschreitung bzw. Überwindung nationaler Grenzen, auch wenn sich damit im heutigen „Turbokapitalis-

mus“ (Edward N. Luttwak) ein schrankenloses Profitstreben auf Kosten von Belegschaften, Arbeitslosen, Kranken und Rentner(inne)n verbindet. „Standortsicherung“ fungiert jedoch als Schlachtruf (einfluss-)reicher Gruppen im gesellschaftlichen Verteilungskampf. Großunternehmer und Topmanager, eigentlich Verursacher der Arbeitslosigkeit, blieben dadurch weitgehend von öffentlicher Kritik an ihrem Handeln verschont. Bloß wenn sie auf Bilanzpressekongressen gleichzeitig Milliardengewinne und Massenentlassungen verkündeten, nahmen Medienvertreter/innen gelegentlich Anstoß am Treiben multinationaler Konzerne, das dem Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes, etwa seiner Maxime „Eigentum verpflichtet“, widersprach.

Die ökonomische Globalisierung wirbelt die Welt der Politik durcheinander und führt zu scheinbar paradoxen Bündniskonstellationen: Kritiker des Globalisierungsprozesses finden sich einerseits unter marxistischen Ökonomen, andererseits unter konservativen Soziologen, wie etwa Erwin K. Scheuch (1999, S. 103), für den Globalisierung „reiner Finanzkapitalismus von der spekulativsten Sorte“ ist. Karl Georg Zinn (1999, S. 64) bezeichnet Globalisierung als „Drohwort“ gegenüber den abhängig Beschäftigten und ihren Gewerkschaften: „Die Globalisierung ist ein Mythos, denn Krise und Massenarbeitslosigkeit haben ihre Ursachen in den hochentwickelten kapitalistischen Ökonomien selbst und sind nicht von ‚außen‘, also aus den armen Ländern der Dritten Welt mit ihren arbeitslosen Massen und Niedrigstlöhnen, ‚importiert‘ worden.“ Wer über „Globalisierungs-“ bzw. „Standortlügen“ klagt (vgl. z.B. Ehrenberg 1997, Boxberger/Klimenta 1998, Zugehör 1998), erweckt aber leicht den Eindruck, als hätte sich das Verhältnis von Kapital und Arbeit bzw. von Ökonomie und Politik in den letzten Jahrzehnten kaum verändert, obwohl es der Neoliberalismus gerade einem tiefgreifenden Wandel unterzieht. „Das Verhältnis von Politik und Ökonomie wird neu definiert, die Staatsapparate werden entsprechend strukturellen Veränderungen unterworfen und die Ziele und Aufgaben staatlicher Politik modifiziert.“ (Buntenbach 1998, S. 151)

„Weniger Staat und mehr Markt!“ lautet die Devise des Neoliberalismus, weshalb ihm manche Kritiker/innen vorwerfen, die Rolle von Staat und Politik generell beschneiden zu wollen. Erhard Eppler (1998, S. 194) schreibt: „Wo die Politik Schritt für Schritt durch den Markt ersetzt werden soll, ist die Handlungsunfähigkeit der staatlichen Organe gewollt. Der Neoliberalismus hat nicht nur den Sozialstaat, sondern ‚den Staat‘ selbst im Visier.“ Joachim Hirsch (1998, S. 83) verbindet mit der globalen Durchkapitalisierung dagegen eine neue Phase der Durchstaatlichung: „So kann generell von einem ‚Rückzug‘ des Staates aus der Gesellschaft trotz aller neoliberalen Propaganda keine Rede sein, auch wenn sich die Formen staatsadministrativer Regulierung erheblich verändern, also z.B. polizeiliche Überwachung an die Stelle von materiellen Sozialleistungen tritt, private Schulen subventioniert statt staatliche errichtet werden, oder wenn statt einfacher Ge- und Verbote im Umweltschutzbereich staatlich regulierte Marktmechanismen eingesetzt werden, d.h., wenn der Staat durch Steuer- und Subventionspolitik die Voraussetzungen dafür

schaft, daß die Beseitigung von Umweltschäden selbst noch einmal ein profitables Geschäft werden kann.“

Tatsächlich bedeutet die Herrschaft des Marktes keineswegs, dass Abschied vom Staat genommen wird (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 1999). Dieser übernimmt vielmehr nur eine andere Rolle, die ihn zum Moderator, Koordinator bzw. Transformator politisch-ökonomischer Beziehungen macht. „Es ist der territorial gebundene Staat, der noch immer jenes Maß an Rechtssicherheit garantiert, ohne das auch eine nicht mehr ortsfixierte Ökonomie nicht funktionieren kann. Es ist der Staat, der mit seinen nationalen Sicherungssystemen jenes Mindestniveau an gesellschaftlichem Risikoausgleich schafft, das für eine Öffnung zur Weltwirtschaft unerlässlich ist. Und es ist der Staat, der mittels Infrastrukturmaßnahmen, Bildungspolitik, Forschungs- und Technologieförderung und dergleichen allererst die Voraussetzungen bereitstellt, die ein erfolgreiches Operieren im globalen Raum ermöglichen.“ (Breuer 1998, S. 298)

Der „schlanke Staat“ des Neoliberalismus ist mitnichten frei von bürokratischen Auswüchsen – im Gegenteil: Für personenbezogene Leistungskontrollen, ausgedehnte Evaluationsbürokratien und die Vergabe von Innovationspreisen werden womöglich mehr Sach- und Personalmittel benötigt als bisher. Gleichzeitig propagieren Ultraliberale einen reinen Fürsorgestaat, der die Lohn(neben)kosten und die Sozialleistungen reduziert, damit sie die transnational agierenden Firmen kaum belasten und deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt nicht gefährden. In einem Kostensenkungswettbewerb der Wirtschaftstandorte würden die Leistungsstandards so lange „nach unten nivelliert“, bis die sogenannte Dritte Welt mit ihren Armutsgettos gewissermaßen überall wäre.

Selbst ultraliberale Scharfmacher leugnen nicht, dass ein Mindestmaß an sozialer Sicherheit nötig ist, um das Auseinanderfallen der Gesellschaft zu verhindern: „Die Garantie eines wie auch immer definierten Existenzminimums ist unumgänglich, wenn man die Kriminalität in einer Gesellschaft in Grenzen halten und den sozialen Frieden garantieren will.“ (Berthold 1997, S. 37) Gedacht ist dabei jedoch eher an das physische als an das soziokulturelle Existenzminimum, welches Roland Vaubel (1996, S. 180) im Rahmen einer „grundlegenden Reform“ für die geeignete Richtmarke zur Bemessung des Regelsatzes der Sozialhilfe hält. Dadurch würde auf die Sozialhilfeabhängigen der Druck verstärkt, jede Arbeit – unabhängig von ihrer Bezahlung – anzunehmen.

Inhalt des neoliberalen Projekts ist die Befreiung des Kapitals von seinen Fesseln, wodurch eine Wachstumsdynamik erzeugt werden soll, die wiederum höhere Renditen ermöglicht („shareholder value“), vermeintlich jedoch auch für mehr Arbeitsplätze, Beschäftigung und Wohlstand sorgt. Es geht um die Ökonomisierung (fast) aller Gesellschaftsbereiche, deren Restrukturierung nach dem Modell einer kapitalistischen Marktwirtschaft sowie die Generalisierung seiner Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen. Zu einer Zeit, in der sich das Wettbewerbsprinzip auf seinem ureigenen Terrain, der Volks-

wirtschaft, ausweislich einer Arbeitslosigkeit in Millionenhöhe gar nicht mehr bewährt, soll es auf ihm wesensfremde Gebiete übertragen werden.

Was als „Modernisierung“ tituliert wird, ist teils nur die Rücknahme demokratischer und sozialer Reformen bzw. Regulierungsmaßnahmen, mit denen die westlichen Nationalstaaten das große Kapital einer gewissen Kontrolle unterwarfen. Die sozialpolitische Postmoderne trägt mittelalterliche Züge, beispielsweise im Hinblick auf die Rückkehr einer Klasse schlecht entlohnter Dienstboten auf die gesellschaftliche Bühne. Denkt man an die Privatisierung des Autobahnbaus oder die Einführung von Studiengebühren an Hochschulen, drängen sich mit dem Wegezoll, den Feudalherren von Reisenden kassierten, und dem Hörergeld, das an den Universitäten der Landesfürsten entrichtet wurde, noch weitere historische Parallelen auf. Unter dem Druck eines sich über die ganze Welt ausbreitenden Liberalismus wurde der Modernisierungsbegriff ökonomistisch verkürzt und inhaltlich pervertiert. Als „modern“ gilt demnach, was im Grunde völlig antiquiert ist: z.B. soziale Unsicherheit ideologisch als höchster Ausdruck „persönlicher Selbständigkeit“ oder individueller Freiheit verbrämt.

Schritte zur Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Deregulierung quasistaatlicher Funktionsbereiche sowie zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und -zeiten sind Marksteine auf dem Weg zu einer durchkommerzialisierten und durchrationalisierten „Kapital-Gesellschaft“, die sich im 21. Jahrhundert über den ganzen Planeten erstrecken soll. Das neoliberale Projekt einer Standortpolitik verwirklicht Globalisierung als „Gegenreform“, d.h. als Restauration des Kapitalismus vor John Maynard Keynes, und bezweckt eine Neuverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen zwischen den Menschen (Huffschild 1998).

Die deutsche „Globalisierungshysterie“ basiert auf einer politischen (Un-)Kultur, die Deutschlands „Platz an der Sonne“, d.h. seine Welt(macht)geltung, als höchstes Gut der staatlichen Politik wie des nationalen Selbstbewusstseins verteidigt, und einer neoliberalen Hegemonie, die auch nach dem Regierungswechsel im Herbst 1998 mit Modifikationen fort dauert (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 1998). Jedenfalls kann von einem Hegemoniewechsel sowenig gesprochen werden wie von einem Politikwechsel: „Nach wie vor existiert ein breiter Konsens zugunsten eines gemäßigten Umbaus der Gesellschaft im neoliberalen Sinne.“ (Bischoff 1998, S. 71)

Die neoliberale Hegemonie verschärft nicht nur die soziale Asymmetrie, sondern ist auch eine Gefahr für die Demokratie, weil sie Politik, begriffen als gesamtgesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess, durch Konkurrenzmechanismen der Ökonomie ersetzt. Rainer Zuehlhör (1998, S. 24) spricht von einer „zunehmende(n) Entdemokratisierung“ als logischer Konsequenz der neoliberalen Standortpolitik: „Die Ausweitung bzw. Stärkung der Marktkräfte bei gleichzeitiger Einschränkung der staatlichen Regulations- und Kontrollmöglichkeiten hat nämlich zur Folge, dass die wirtschaftspolitischen

Instrumentarien, insbesondere die Einnahmen- und Ausgabenpolitik der Regierungen, der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung sukzessive entzogen werden können.“

Privatisierung läuft auf Entpolitisierung, diese auf Entdemokratisierung der Gesellschaft hinaus, weil nunmehr der Bourgeois jene Entscheidungen trifft, die eigentlich dem Citoyen/der Citoyenne, dem Gemeinwesen sowie seinen gewählten Repräsentant(inn)en vorbehalten bleiben sollten. Somit schließen sich das Prinzip „Markt“ und das Prinzip „öffentliche Aufgaben in einem demokratischen Staat“ grundsätzlich aus, wie Bodo Zeuner (1997, S. 31) treffend bemerkt: „Wer z.B. das Bildungssystem in gegeneinander konkurrierende Unternehmen aufspaltet, die mit eigenen Budgets arbeiten und im Interesse der ‚Wirtschaftlichkeit‘ Gebühren von Studenten, vielleicht demnächst von Schülern, erheben dürfen, der stärkt nicht irgendwelche ‚Eigenverantwortlichkeiten‘, sondern baut das demokratische Recht auf gleiche Bildungschancen unabhängig vom Einkommen ab und entzieht letztlich der demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Ressourcen sozialstaatlich umzuverteilen.“

Außerdem ist der neoliberale Minimalstaat viel eher Kriminal- als Sozialstaat, denn die drastische Reduktion der Wohlfahrt zwingt ihn verstärkt zur Repression gegenüber Personen(gruppen), die als „Modernisierungs-“ bzw. „Globalisierungsverlierer/innen“ und Opfer seiner rückwärtsgerichteten „Reformpolitik“ bezeichnet werden können. „Die Spaltung in eine globale ‚Club-Gesellschaft der Geldvermögensbesitzer‘ und nationale Gesellschaften, die noch immer ‚Arbeitsgesellschaften‘ sind, führt in letzter Konsequenz dazu, dass der Rechtsstaat zu einem Staat mutiert, der den ‚inneren Frieden‘ mit Gewalt aufrechterhalten muß – mit Disziplinierung anstelle von Konsens und mit Sicherheitspolitik anstelle von Sozialpolitik.“ (Mahnkopf 1999, S. 120) Zuerst werden die Rechte von Menschen angetastet, denen man einen Missbrauch staatlicher Sozialleistungen um so eher vorwerfen kann, als sie sich als Leistungsempfänger/innen ohnehin in einer prekären Situation und ausgesprochen schwachen Rechtsposition befinden (vgl. dazu: Sonnenfeld 1998).

Sozialdarwinismus, Wirtschaftstotalitarismus und Wohlstandschauvinismus als Gefahren für die Demokratie

Durch seine wahnhaft Fixierung auf den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus einen günstigen Nährboden für jene Ideologie, die ich „Standortnationalismus“ nenne. Seit der welthistorischen Zäsur der Jahre 1989/90 befindet sich der Nationalismus im Umbruch (vgl. Butterwegge 1993). Bedingt durch die Globalisierung, teilt sich der Nationalismus gegenwärtig fast überall in zwei Strömungen: einen völkisch-traditionalistischen, meist protektionistisch orientierten Abwehrnationalismus, der besonders in sogenannten Schwellenländern überwiegt, die ihre Marköffnung als „Globalisierungsverlierer“ mit ökonomisch-sozialen Verwerfungen bezahlen (z.B. Russland), sowie einen Standortnationalismus, der als Legiti-

mationsbeschaffer des Neoliberalismus fungiert, seiner ökonomisch-technologischen wie geistig-moralischen Aufrüstung bzw. Aufwertung des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes dient, wo hochentwickelte Industrieländer – etwa die Bundesrepublik – mit Erfolg modernisiert werden. Der zeitgenössische Nationalismus nimmt eine Doppelstruktur an, die sich innerhalb der äußersten Rechten reproduziert. Obwohl weder die „Nation“ noch der eigene „Wirtschaftsstandort“ eine Antwort auf die globalen Probleme der Menschheit an der Schwelle zum 3. Jahrtausend bilden (vgl. Gessenharter 1997), kaprizieren sich Alte und Neue Rechte auf die eine oder den anderen.

Standortnationalismus bezieht die traditionelle „Sorge um das deutsche Vaterland“ auf den Fetisch „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ und macht die Verteidigung des „eigenen“, als substanziell bedroht dargestellten Wirtschaftsstandortes im Rahmen einer „Globalisierung der Märkte“ zum Ausgangspunkt des politischen Handelns. Dass hier auch die Regierungserklärung von Gerhard Schröder (1998) anknüpfte, zeigt schon der ihrem Schlusssatz entnommene Titel „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“, unter dem das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung sie herausgab. Da wundert es kaum, dass in dem Buch „Ab in die Neue Mitte!“ eines Schröder-Beraters wieder von „deutschen Tugenden“ die Rede ist, mit deren Hilfe man im „Wettbewerb der Wirtschaftsböcke“ erfolgreich zu sein hofft (Tichy 1998, S. 12 f.). Traditionell rechte Topoi wie die „Glorifizierung des Mittelstandes“ (Schui u.a. 1997, S. 160) wandern derzeit in die sogenannte Neue Mitte, wo sie benutzt werden, um die Privilegierung bürgerlicher Gesellschaftsschichten zum Beispiel im Steuerrecht fort- bzw. festzuschreiben. Auch die Gewerkschaften bedienen (etwa mit Mai-Parolen wie „Neues Handeln. Für unser Land“) den Standortnationalismus, was erklärt, wieso ihre Mitglieder bei Wahlen häufiger als Nichtorganisierte für eine rechtsextreme Partei stimmen (vgl. Dammann 1999).

Der neoliberale Wettbewerbswahn fördert – ungewollt oder bewusst – die Rechtsentwicklung in vielen Gesellschaftsbereichen, z.B. an den Hochschulen (vgl. hierzu: Butterwegge/Hentges 1999), bringt eine neue, marktradikale und das individuelle Leistungsvermögen fetischisierende Rechte hervor und verstärkt die Tendenz zur Ab- bzw. Ausgrenzung von Schwächeren, Minderheiten und „Randgruppen“. Es ist sicher kein Zufall, dass Ausgrenzung und (rechte, rassistische) Gewalt – nicht nur, aber vor allem unter jungen Männern – gerade heute, also im Zeichen der Globalisierung, drastisch zunehmen (vgl. dazu: Butterwegge 1996). Sozialdarwinismus, Standortnationalismus und Wohlstandschauvinismus gehören zu den verheerendsten Begleiterscheinungen eines Denkens, das den Erfolg des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes auf den Weltmärkten geradezu hypostasiert.

In einer Krisen- und Umbruchsituation wie der gegenwärtigen ertönt allerdings nicht nur der Ruf rechtsextremer Randalierer nach einem „starken Mann“. Auch prominenten Repräsentanten der Großwirtschaft, etwa BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel (1997, S. 89), dauern die Willensbildungs- und

Entscheidungsprozesse einer föderalen Demokratie zu lange, weshalb sie eine Revision des Grundgesetzes etwa im Hinblick auf den Föderalismus und das Verhältniswahlrecht befürworten. Hier zeigt sich die Affinität zwischen Neoliberalismus, Marktradikalismus und Rechtspopulismus.

Wenn der bürokratische Wohlfahrtsstaat die Marktwirtschaft daran hindert, ihre Dynamik voll zu entfalten, wie die neoliberale Ideologie behauptet, stehen Demokratie und Parlamentarismus am Ende gleichfalls zur Disposition, auch wenn bürgerliche Ökonomen, Politiker und Publizisten vor diesem Schritt – im Unterschied zum Rechtsextremismus – bislang zurückscheuen. Die sogenannte Neue Rechte schlägt die Brücke zum Konservatismus über den Wirtschaftsliberalismus (vgl. dazu: Schui u.a. 1997). Dass der Standortnationalismus gegenüber dem traditionellen Bezug auf das Volk an Bedeutung gewinnt, liegt an einer strategischen Umorientierung des Rechtsextremismus, der sich paradoxerweise als konsequentester Kritiker und eigentlicher Retter des Sozialstaates zu profilieren sucht (vgl. hierzu: Butterwegge u.a. 1998). Schließlich korrespondiert die modernste Spielart des Nationalismus mit den Niedergangsvisionen neokonservativer Kulturpessimisten und Warnungen reaktionärer Publizisten vor einem „Versorgungsstaat“, wie sie auch die Brücke zu Programmen rechtsextremer Parteien wie Reden ihrer Parlamentarier (vgl. dazu: Butterwegge u.a. 1997) schlägt. Der modernisierte, wirtschaftsliberale Rechtsextremismus will nicht mehr fremde Länder, sondern neue Märkte erobern.

Standortnationalismus ist ein auf die Weltökonomie angewandter Sozialdarwinismus, welcher unter Berufung auf „nationale Tugenden“ die Überlegenheit des jeweiligen Industriestandortes gegenüber anderen Volkswirtschaften einklagt. Er kommt – wie bisher noch jede Gefahr für die Demokratie – aus dem Zentrum, also nicht etwa von den „Rändern“ bzw. „Randgruppen“ der Gesellschaft, wobei er sich die tief sitzende Überzeugung vieler Deutscher zunutze macht, einem besonders fleißigen, tüchtigen und erfindungsreichen Volk anzugehören. Standortnationalismus ist ein ideologisches Bindeglied zwischen dem Liberalkonservatismus und dem Rechtsextremismus. Ohne diese über einen Kamm scheren zu wollen, kann man feststellen, dass sich ihre Berührungspunkte mehren.

Nationalismus war immer ökonomisch motiviert bzw. fundiert; was seine neueste Spielart von den älteren Varianten unterscheidet, ist der Umstand, dass sie fast ohne jedes Pathos auskommt und nicht mehr beansprucht, eine historische Mission oder einen kulturellen Auftrag – im Sinne der „Zivilisierung“ zurückgebliebener Völker – zu erfüllen, obwohl man sich diesen gegenüber auch heute noch auf ökonomischem, wissenschaftlich-technischem und intellektuellem Gebiet überlegen dünkt. Deutschland sieht man gleichwohl in einer Opferrolle, die für den Nationalismus seit jeher günstig war, um Ressentiments gegenüber „dem Ausland“ und ethnischen Minderheiten zu schüren, heimische Ressourcen zu mobilisieren und demokratische Patrioten für die fragwürdigsten Ziele zu vereinnahmen.

Im modernen Standortnationalismus gehen der tief sitzende Glaube an die biologisch-genetisch bedingte Überlegenheit „deutschen Erfindergeistes“ und „deutscher Wertarbeit“ mit der Sorge um das Vaterland und der Angst vor sozioökonomischen Neidgefühlen bzw. einem daraus vielleicht erwachsenden Komplott auswärtiger Mächte eine Synthese ein. Was den Standortnationalismus für die Führungskräfte in Wirtschaft, Politik und Verwaltung attraktiv macht, ist die damit verbundene Möglichkeit, den arbeitenden Menschen „zwecks Sicherung/Wiedergewinnung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit“ materielle Opfer abzuverlangen und sie für eine Senkung von Löhnen und Gehältern, Sozialleistungen und Umweltstandards zu interessieren. Auch wenn nicht in den Krieg, sondern bloß in eine „Schlacht auf dem Weltmarkt“ gezogen wird, ist die Akzeptanz der großen Bevölkerungsmehrheit im Hinblick auf Einschränkungen des gewohnten Lebensstandards eine Grundvoraussetzung, um den „sozialen Frieden“ und die Innere Sicherheit zu gewährleisten.

Literatur

- Adolphs, Stephan/Hörbe, Wolfgang/Karakayali, Serhat: Globalisierung als Schule der Nation. Zum neokonservativen Globalisierungsdiskurs (1998), in: Annelie Buntenbach/Helmut Kellershohn/Dirk Kretschmer (Hrsg.), Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg, S. 98-119
- Berthold, Norbert (1997): Sozialstaat und marktwirtschaftliche Ordnung. Ökonomische Theorie des Sozialstaates, in: Karl-Hans Hartwig (Hrsg.), Alternativen der sozialen Sicherung – Umbau des Sozialstaates, Baden-Baden/Hamburg, S. 10-41
- Bischoff, Joachim (1998): Hegemonie und Bürgergesellschaft, in: ders./Frank Deppe/Klaus Peter Kisker (Hrsg.), Das Ende des Neoliberalismus? – Wie die Republik verändert wurde, Hamburg, S. 53-80
- Boxberger, Gerald/Klimenta, Harald (1998): Die 10 Globalisierungslügen. Alternativen zur Allmacht des Marktes, München
- Breuer, Stefan (1998): Der Staat. Entstehung – Typen – Organisationsstadien, Reinbek bei Hamburg
- Buntenbach, Annelie (1998): Abbauarbeiten am Sozialstaat. Praktische Beiträge der Bundesregierung zur Massenerwerbslosigkeit, in: dies./Helmut Kellershohn/Dirk Kretschmer (Hrsg.), Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg, S. 150-172
- Butterwegge, Christoph (1993): Deutschnationalismus in der Bundesrepublik – Eurochauvinismus im Binnenmarkt?, Die Entwicklung des Nationalbewußtseins auf dem Weg zur Supermacht (West-)Europa, in: Z 14, S. 75-82
- Butterwegge, Christoph (1996): Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt. Erklärungsmodelle in der Diskussion, Darmstadt
- Butterwegge, Christoph/Griese, Birgit/Krüger, Coerw/Meier, Lüder/Niermann, Gunther (1997): Rechtsextremisten in Parlamenten. Forschungsstand – Fallstudien – Gegenstrategien, Opladen
- Butterwegge, Christoph/Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf (1998): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin
- Butterwegge, Christoph (1999): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Opladen

- Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.) (1999): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster
- Butterwegge, Christoph/Kutscha, Martin/Berghahn, Sabine (Hrsg.) (1999): Herrschaft des Marktes – Abschied vom Staat?, Folgen neoliberaler Modernisierung für Gesellschaft, Recht und Politik, Baden-Baden
- Dammann, Claudia (1999): DGB-Mitgliedschaft: keine Barriere gegen Rechts. Analyse des rechtsextremen Wählerpotentials unter Gewerkschaftsmitgliedern und ihres Wahlverhaltens bei der Bundestagswahl 1998, in: Jens Mecklenburg (Hrsg.), Braune Gefahr. DVU, NPD, REP. Geschichte und Zukunft, Berlin, S. 201-226
- Ehrenberg, Herbert (1997): Die große Standortlüge. Plädoyer für einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, Bonn
- Eppler, Erhard (1998): Die Wiederkehr der Politik, Frankfurt am Main/Leipzig
- Gessenharter, Wolfgang (1997): Herausforderungen zur Jahrtausendwende: Kann „Nation“ die Antwort sein?, in: Christoph Butterwegge (Hrsg.), NS-Vergangenheit, Antisemitismus und Nationalismus in Deutschland. Beiträge zur politischen Kultur und zur politischen Bildung, Baden-Baden, S. 141-171
- Henkel, Hans-Olaf (1997): Für eine Reform des politischen Systems, in: Manfred Bissinger (Hrsg.), Stimmen gegen den Stillstand. Roman Herzogs „Berliner Rede“ und 33 Antworten, Hamburg, S. 87-90
- Hirsch, Joachim (1998): Vom Sicherheits- zum nationalen Wettbewerbsstaat, Berlin
- Hufschmidt, Jörg (1998): Globalisierung als Gegenreform. Das Thema: Neuverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen, in: Regina Stötzel (Hrsg.), Ungleichheit als Projekt. Globalisierung – Standort Neoliberalismus, Marburg, S. 39-51
- Jaschke, Hans-Gerd (1998): Fundamentalismus in Deutschland. Gottesstreiter und politische Extremisten bedrohen die Gesellschaft, Hamburg
- Köpf, Peter (1998): Stichwort: Globalisierung, München 1998
- Mahnkopf, Birgit (1999): Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung? – Zwischen Innovationsregime und Zähmung der Marktkräfte, in: Hans Eichel/Hilmar Hoffmann (Hrsg.), Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft. Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung, Reinbek bei Hamburg, S. 110-130
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (1999): Wissenschaftliche und wissenschaftspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikaler Think Tanks zur Hegemoniegewinnung und -erhaltung, in: PRO-KLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 115, S. 203-235
- Scheuch, Erwin K. (1999): Eine Rückkehr zum Laissez-faire?, in: Hans Eichel/Hilmar Hoffmann (Hrsg.), Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft. Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung, Reinbek bei Hamburg, S. 93-109
- Schröder, Gerhard (1998): „Weil wir Deutschlands Kraft vertrauen ...“ – Regierungserklärung des Bundeskanzlers, abgegeben vor dem Deutschen Bundestag am 10. November 1998, in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Bulletin 74, S. 901-914
- Schui, Herbert/Ptak, Ralf/Blankenburg, Stephanie/Bachmann, Günter/Kotzur, Dirk (1997): Wollt ihr den totalen Markt? – Der Neoliberalismus und die extreme Rechte, München
- Sitte, Ralf (1998): Wohin führt ein „Umbau“ des Sozialstaates? – Anmerkungen zur Lage und Reform der sozialen Sicherung, in: WSI-Mitteilungen 10, S. 710-716
- Sonnenfeld, Christa (1998): „So etwas nenne ich Zwangsarbeit“. Der Abbau von Bürgerrechten der BezieherInnen sozialer Leistungen, in: Hanfried Scherer/Irmgard Sahler (Hrsg.), Einstürzende Sozialstaaten. Argumente gegen den Sozialabbau, Wiesbaden, S. 23-49

- Tichy, Roland (1998): Ab in die Neue Mitte! – Die Chancen der Globalisierung für eine deutsche Zukunftsgesellschaft, Hamburg
- Vaubel, Roland (1996): Aktuelle Möglichkeiten der Einkommenssicherung über eine negative Einkommensteuer, in: Horst Siebert (Hrsg.), Sozialpolitik auf dem Prüfstand. Leitlinien für Reformen, Tübingen, S. 169-195
- Zeuner, Bodo (1997): Entpolitisierung ist Entdemokratisierung. Demokratieverlust durch Einengung und Diffusion des politischen Raums. Ein Essay, in: Rainer Schneider-Wilkes (Hrsg.), Demokratie in Gefahr? – Zum Zustand der deutschen Republik, Münster 1997, S. 20-34
- Zinn, Karl Georg (1999): Sozialstaat in der Krise. Zur Rettung eines Jahrhundertprojekts, Berlin
- Zugehör, Rainer (1998): Die Globalisierungslüge. Handlungsmöglichkeiten einer verantwortlichen Wirtschaftspolitik, Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine, Unkel am Rhein/Bad Honnef

Tagungsankündigung - Call for papers

Am Beispiel Leo Koflers. Marxismus und soziale Bewegung im Zwanzigsten Jahrhundert

Kongreß vom 29. April bis zum 1. Mai 2000 in Bochum. Veranstaltet von der Leo Kofler Gesellschaft

Aus dem Kongress-Aufruf:

„... erweisen sich Leo Koflers Lebensstationen als Brennpunkte des Jahrhunderts. Mit seinem Versuch, die marxistische Theorie dem 20. Jahrhundert entsprechend weiterzuentwickeln und dadurch auch die sozialistische Bewegung auf die Höhe der spätkapitalistischen Zeit zu heben, steht Leo Kofler zwar nicht allein. Doch gehört er sicherlich zu den herausragenden Gestalten dieses Versuchs. Eine kritische Bilanz drängt sich auf. ...

Im Zentrum des dreitägigen Kongresses sollen jene Problemfelder stehen, die Kofler zeitlebens beschäftigt haben: Theorie und Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft, Theorie und Praxis der ArbeiterInnenbewegung; Marxistische Theorie, Ideologie und Bewußtseinsanthropologie; Ästhetik und Literaturtheorie.

Wer einen Beitrag dazu leisten möchte, das Koflersche Werk in den Zusammenhang einer Bilanz unseres Jahrhunderts zu stellen, wird gebeten, uns einen Themenvorschlag mit kurzem Thesenpapier (max. 2 Seiten) und einer ebenfalls kurzen persönlichen Selbstdarstellung bis spätestens 31. Januar 2000 zu schicken.“

Leo-Kofler-Gesellschaft e.V.

c/o Uwe Jakomeit, Ruhrstr. 29, 58452 Witten

Jörg Reitzig

Soziale Pakte und soziale Ungleichheit oder: Welche Gerechtigkeit ist modern?

Anmerkungen zum Konflikt um einen ‚neuen Gesellschaftsvertrag‘

Die Gerechtigkeit ist zweifellos
etwas Grandioses, Niezuerreichendes,
doch dann handkehrum eine selbstverständliche Kleinarbeit.
Das ist natürlich kein Trost.
Aber die Hoffnung bleibt, daß die Entwicklung
der Menschheit und die Notlage, in die sie dabei gerät,
den Menschen zur Vernunft zwingt.

(F. Dürrenmatt)¹

In den Diskussionen der politischen Linken wird die Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit in den vergangenen Jahren häufig eingebettet in die Perspektive der Durchsetzung eines ‚neuen Gesellschaftsvertrags‘, um den gesellschaftlichen Zentrifugalkräften, die in Gestalt wachsender sozialer und politischer Desintegration durch die Vorherrschaft einer neoliberalen Deregulierungspolitik freigesetzt wurden, neue Kohäsionskräfte entgegenzustellen. Die Formen, in denen dieser ‚Vertrag‘ zum Thema gemacht wird, reichen dabei von konzeptionellen Ansätzen für einen „globalen Sozialvertrag“ oder dem Gedanken eines ökologisch-sozialen New Deal über die politische Selbstverpflichtungserklärung bis zur Forderung nach neuen sozialen Pakten.² Es stellt sich daher zum einen die Frage, wie die Idee eines ‚neuen Gesellschaftsvertrags‘ zu interpretieren ist und welches Verständnis von sozialer Gerechtigkeit darin aufgehoben sein könnte. Zum anderen gilt es die im ersten Schritt gewonnenen Einsichten auf konkrete politische Prozesse anzuwenden. In Anbetracht aktueller Regierungsmehrheiten ist dabei der sozialdemokratischen Strategie, die Beschäftigungskrise im kooperativen Rahmen der kon-

¹ Aus: Monstervortrag über Gerechtigkeit und Recht, Zürich 1969, S. 112.

² Vgl. dazu etwa R. Petrella u.a., Gruppe von Lissabon: Grenzen des Wettbewerbs. München 1997; H. Bömer, Ökosozialer New Deal als Konzept alternativer Wirtschaftspolitik, in: Z Nr. 28, 1997, S. 94-108; U. Schmidt u.a., Frauen wollen eine andere Politik. Selbstverpflichtungserklärung für einen neuen Gesellschaftsvertrag, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/1998, S. 507-510; A. Hassel, Soziale Pakte in Europa - Aussichten für ein Bündnis für Arbeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 10/1998, S. 626-638; zum Überblick über die Debatte: F. Deppe, Fin de Siècle. Am Übergang ins 21. Jahrhundert, Köln 1997 (hier das Kap. 3).

kreten Formierung eines „Bündnisses für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ und auf dem Wege konsensualer Übereinkünfte der darin beteiligten Akteure zu bewältigen, besondere Aufmerksamkeit zu widmen.

1. Freiheit! Wessen Freiheit? Der Gesellschaftsvertrag als umkämpftes Terrain

Einen Vertrag zu schließen setzt auf der Ebene der Motivation zunächst einmal unterschiedliche Interessen der Vertragsparteien voraus und beinhaltet zugleich aber auch die wechselseitige Anerkennung dieser Unterschiede - dies ist die Grundlage eines jeden ökonomischen Tauschhandels. Wie aber ist nun die Forderung nach einem ‚neuen Gesellschaftsvertrag‘ zu interpretieren und wozu brauchen wir ihn? Und ist die Auseinandersetzung damit gleichsam eine Absage an die Perspektive einer grundsätzlichen Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse? Letzteres sicherlich nicht, denn wie die Geschichte offen und deshalb durch menschliches Tun veränderbar ist, so liegen die Möglichkeiten der Zukunft nicht zuletzt darin begründet, wie die Menschen die Gegenwart gestalten - das eine kann nur auf dem anderen gründen. Die Antwort auf die erste Frage muß hingegen differenzierter ausfallen.

In der klassischen sozialphilosophischen Theoriebildung bezeichnet der Begriff Gesellschaftsvertrag jenen hypothetischen Akt, mit dem die Individuen einvernehmlich den natürlichen Mangel an politischen Institutionen überwinden und ihr Miteinander den verbindlichen Regeln einer kollektiven Ordnung unterworfen haben. Ihren Höhepunkt erlebte die Vertragstheorie im Zuge des Aufstiegs der bürgerlichen Gesellschaft. Der starren Ordnung feudaler Ständegesellschaften setzte sie die Prinzipien des Eigeninteresses, der Vertragsfreiheit und der Vernunft der Individuen als Funktionsbedingungen marktförmiger Beziehungen entgegen.³ Nach diesem ‚Gründungsakt‘ des bürgerlichen Staates traten vor allem im Verlauf des 20. Jahrhunderts solche Art Verträge in den Vordergrund, die nicht Ergebnis abstrakter Überlegungen auf der Ebene des „Gedankenexperiments“ (Kant) waren, sondern das Resultat der ökonomischen Dynamik und der sozialen Konflikthaftigkeit der Gesellschaft selbst.⁴ Die Verhandlungspartner nahmen als Repräsentanten gesellschaftlicher Gruppen - insbesondere von Kapital und Arbeit - konkrete Gestalt an, und die Verhandlungsergebnisse schlugen sich nieder in der Ausgestaltung institutioneller Arrangements und der Ausweitung politisch-demokratischer Prozesse. Dabei ging es immer auch um die Begrenzung der Reichweite eines selbstregulierenden Marktes gegenüber den vitalen Interessen der Gesellschaft im Hinblick auf die Grundlagen ihrer Reproduktion: Arbeit und Natur. Karl Polanyi hat

diesen Zusammenhang als „Doppelbewegung“ zwischen ökonomischem *Laissez-faire* und der Begrenzung der Marktkräfte im Sinne eines gesellschaftlichen Selbstschutzes beschrieben und als wesentliches Antriebsmoment in der Entwicklungsdynamik moderner Gesellschaften herausgestellt.⁵ Festzustellen, daß der Staat auf einem Gesellschaftsvertrag gründet, bedeutet daher, das Prinzip zu verteidigen, daß Macht sich von unten nach oben bewegen sollte und nicht umgekehrt. Kurz gesagt: „es meint, Demokratie wider die Autokratie zu etablieren.“⁶ Die Zugeständnisse an die Rechte abhängig Beschäftigter und deren Gewerkschaften, wie sie etwa im Rahmen des Arbeitsgemeinschaftsabkommens zwischen Arbeitgeber und Gewerkschaften im Deutschland des November 1918 vereinbart wurden, sind für diesen Typus verhandelter Verträge ebenso ein Beispiel wie die Politik des New Deal in den USA der 30er Jahre oder insbesondere die Formierung der europäischen Wohlfahrtsstaaten in der fordistischen Phase des Kapitalismus nach dem Zweiten Weltkrieg: „Im Mittelpunkt dieses Sozialvertrags, der Demokratie und Kapitalismus vereinbar machen sollte, stand eine politische Vollbeschäftigungsgarantie. Nur wenn es den Nationalstaaten gelang, so die bis weit ins bürgerliche Lager hinein uneingeschränkt akzeptierte Prämisse, Vollbeschäftigung zu gewährleisten - und zwar zusammen mit freien Tarifverhandlungen und der Garantie eines sozialen Minimums für alle Bürger -, konnte eine Wiederholung der wirtschaftlichen und politischen Konflikte der Zwischenkriegszeit, mit ihren katastrophalen innen- und außenpolitischen Folgen, verhindert werden.“⁷

Sozialstaat und Demokratie sind daher weder als Voraussetzungen der kapitalistischen Marktwirtschaft noch als neutrale Elemente gegenüber der Dynamik des gesellschaftlichen Wandels zu begreifen, sondern gründen vielmehr auf einer jeweils unterschiedlichen, ja, häufig sogar konträren Eigenlogik. Der Wohlfahrtsstaat konnte sich erst auf der Grundlage einer fortschreitenden Demokratisierung des öffentlichen Raums entfalten, die von starken sozialen Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung, getragen wurde. Er repräsentiert daher in seinen Institutionen nicht nur klassische Funktionen des (bürgerlichen) Staates, wie das Gewaltmonopol und insbesondere den Schutz des Privateigentums, sondern in einem Teil auch das von diesen Bewegungen getragene Leitbild sozialer Freiheit. „Soziale Freiheit bedeutet grundsätzlich Freiheit aller Menschen von Unterdrückung, Ausbeutung, materieller Not und Diskriminierung (...). Wirtschaftsfreiheit tritt unter kapitalistischen Verhältnissen in Gegensatz zur sozialen Freiheit und hebt sie aus.“⁸

³ Vgl. W. Kersting, Die politische Philosophie des Gesellschaftsvertrags, Darmstadt 1996, S. 11ff.

⁴ N. Bobbio, The Future of Democracy, Cambridge 1987, S. 120ff (das entsprechende Kapitel „Contract and Contractarianism in the Current Debate“ fehlt in der deutschen Übersetzung leider).

⁵ K. Polanyi, The Great Transformation, Frankfurt a.M. 1978, S. 182ff.

⁶ N. Bobbio, a.a.O., S. 133 (Übers. d. Verf.).

⁷ W. Streeck, Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, MPIfG Working Paper Nr. 1, Köln 1996, S. 2f.

⁸ K. G. Zinn, Sozialstaat in der Krise, Berlin 1999, S. 27.

Wenngleich die in diesem Prozeß entstandenen konkreten sozialstaatlichen Arrangements also als institutionell geronnene Konzeptionen von Gerechtigkeit verstanden werden können, so waren diese allerdings nicht einem klar definierten oder gar einem einheitlichen Gerechtigkeitsbegriff verpflichtet.⁹ Dies war auch insofern nicht erforderlich, als die Möglichkeiten wirtschaftlichen Wachstums zunächst unbegrenzt schienen und darüber hinaus vermittels der Arbeiten von J. M. Keynes die Erfordernis einer Steigerung des Massenwohlstands zunächst auch unabhängig von spezifischen Gerechtigkeitsüberlegungen zu begründen war.¹⁰ Indem sowohl Kapital als auch Arbeit an den Ergebnissen wirtschaftlichen Wachstums teilhaben konnten (wenn auch nicht gleichermaßen!), wuchs zugleich der soziale Zusammenhalt der Gesellschaft („Klassenkompromiß“).

Heute markiert die historische Tendenz des Kapitalismus zur „Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes“¹¹ zugleich einen Wendepunkt in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Unter Hinweis darauf, dem Druck der Globalisierung vermeintlich nicht entinnen zu können, wird jenes wohlfahrtsstaatliche Moment der Organisation gesellschaftlicher Arbeit wieder mehr und mehr zurückgedrängt, das „dem Kapital schon immer ein Dorn im Auge war, nämlich die Verbindung von Ausbeutung mit sozialen Verpflichtungen.“¹²

Dabei hat die sich seit den 70er Jahren im Zuge der konservativen Revolution des Neoliberalismus¹³ vollziehende Unterordnung der Sozialstaatlichkeit unter die Ziele internationaler Wettbewerbsfähigkeit¹⁴ aber nicht nur die sozialen Realitäten, sondern auch die Wahrnehmung und Deutung gesellschaftlicher Probleme verändert. Gemäß der Formel, nach der individuelle Tüchtigkeit, gepaart mit natürlicher Begabung und der Bereitschaft, den anonymen Signalen des Marktes zu folgen, die Grundlage für das erfolgreiche Überleben in der Wettbewerbsgesellschaft ist, so ist eben auch die individuelle Erfolglosigkeit weniger eine kollektive Herausforderung an die Organisation von Gesellschaft, sondern mehr Ausdruck persönlichen Versagens: Die Zahl von rund 6,9 Millionen fehlenden Arbeitsplätzen in Deutschland und die damit

⁹ Vgl. F. Nullmeier, G. Vobruba, Gerechtigkeit im sozialpolitischen Diskurs, in: Döring, Nullmeier u.a., Gerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat, Marburg 1994, S. 11f.

¹⁰ Anknüpfungspunkt ist hierbei vor allem Keynes' „fundamental-psychologisches Gesetz“, anhand dessen sich das Zurückbleiben der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage im Akkumulationsprozeß bzw. die Notwendigkeit staatlicher Einkommenspolitik erklären läßt (vgl. H. Mattfeld, Keynes, Kommentierte Werkauswahl, Hamburg 1985, S. 55).

¹¹ K. Marx, Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, Berlin 1962, S. 790.

¹² A. Gorz, Abschied von der Erwerbsarbeit, in: die tageszeitung v. 29.08.98, S. 6f.

¹³ Vgl. P. Bourdieu, Gegenfeuer. Wortmeldungen im Dienste des Widerstandes gegen die neoliberale Invasion, Konstanz 1998, S. 44.

¹⁴ Vgl. W. Streeck, a.a.O., 1996, S. 9.

einhergehende Armutsentwicklung¹⁵ werden in herrschender Lesart nicht mehr als deutliches Anzeichen von Ungerechtigkeit, Abhängigkeit oder gar einer falschen Wirtschaftspolitik gedeutet, sondern als „Konsequenz eines Mißerfolges, der auf eigener Entscheidung, auf Unfähigkeit, Apathie oder Interessenlosigkeit beruht. Die kollektive Ausschließung bestimmter Schichten und Gruppen wird ersetzt durch die Ausschließung von Individuen.“¹⁶

So erleben wir die paradoxe Situation, „daß in dem Augenblick, da die gesellschaftliche Reichtumsproduktion geschichtlich bisher kaum vorstellbare Ausmaße angenommen hat, die Menschen also eine gewaltige Verfügung über die Objektwelt gewonnen haben, ihr Selbstverständnis immer stärker äußeren, gesellschaftlich produzierten Gesetzmäßigkeiten folgt.“¹⁷ Das Ausmaß sozialer Desintegration steht ebenso wie die fortgesetzte Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen für die gegenwärtigen Dimensionen jenes Entfremdungsprozesses, den Marx mit den Worten beschrieb: „Mit der Verwertung der Sachwelt nimmt die Entwertung der Menschenwelt in direktem Verhältnis zu.“¹⁸ Und wenngleich die ökonomische Grunderkenntnis über den Zusammenhang von steigenden Masseneinkommen und wirtschaftlicher Prosperität in bezug auf die Potentiale der Wirtschaftspolitik nach wie vor bedeutsam ist, so gewinnt gegen Ende dieses Jahrhunderts - und mehr noch für die Gestaltung des nächsten -, die Verteilungsfrage gegenüber der Wachstumsfrage an Bedeutung. Dabei sind es sowohl die ökonomischen Stagnationstendenzen des entwickelten Kapitalismus, die das neue Gewicht der Verteilungsproblematik unterstreichen, wie auch die zunehmend destruktiven Folgen des Wirtschaftens an den Grenzen des Umweltraums.¹⁹ Denn, so die Prognose von Eric Hobsbawm für das kommende Jahrtausend, „die marktunabhängige Zuteilung von Ressourcen, oder zumindest eine scharfe Beschränkung der marktwirtschaftlichen Verteilung, wird unumgänglich sein, um der drohenden ökologischen Krise die Spitze zu nehmen.“²⁰

¹⁵ Nach Untersuchungen der „Nationalen Armutskonferenz“, eines Zusammenschlusses von Wohlfahrtsverbänden, wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften und dem DGB, kommen zu den 2,7 Mio Sozialhilfeempfängern in Deutschland noch ca. 2 Mio. Millionen Menschen in verdeckter Armut hinzu (vgl. die tageszeitung vom 06.05.98, S. 5).

¹⁶ W. Lepenies, „Wäre ich König, so wäre ich gerecht.“ Gerechtigkeit: Ein Schlüsselbegriff in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung der Gegenwart, in: L. Montada (Hg.): Arbeitslosigkeit und soziale Gerechtigkeit, Frankfurt a.M. 1994, S. 25f.

¹⁷ O. Negt, Machtpolitischer Kampfplatz zweier Ökonomien, in: Loccumer Initiative kritischer Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler (Hg.): Ökonomie ohne Arbeit - Arbeit ohne Ökonomie? Hannover 1997, S. 13.

¹⁸ K. Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte (1844), in: MEW, Bd. 40, Berlin 1985, S. 511.

¹⁹ Vgl. BUND/Misereor (Hg.), Zukunftsfähiges Deutschland, Basel u.a. 1996, S. 26ff.

²⁰ Eric J. Hobsbawm (1995): Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München, S. 711.

Mit dem Bedeutungsgewinn der Verteilungspolitik gewinnt nahezu zwangsläufig auch die Frage nach den Kriterien der Verteilung, d.h. die Frage nach Gerechtigkeitsgrundsätzen, die ein ‚neuer Gesellschaftsvertrag‘ als konstitutive Bedingungen in sich aufnehmen müßte, an Gewicht und rückt vermehrt in das Zentrum öffentlicher Diskussionen.

2. Gleichheit und Ungleichheit - Gerechtigkeitskonzeptionen im politischen Prozeß

Deutschland, verkündet etwa „Der Spiegel“, stecke in einer „Gerechtigkeitsfalle“. Nur wer die Deutungsmacht darüber erlange, was als gerecht und was als ungerecht gelte, habe Aussicht auf politische Gestaltungsfähigkeit.²¹ Dabei gehe es im Kern letztlich „um die Entscheidung für eine teilhabende Gerechtigkeit oder eine verteilende Gerechtigkeit, um eine Gleichheit der Chancen oder um eine Gleichheit der Ergebnisse.“²² Diese Frage nach der Gleichheit bzw. Gleichbehandlung der Individuen in der Gesellschaft markiert dabei einen zentralen und zugleich klassischen Bezugspunkt der Gerechtigkeitsdiskussion.²³ So wurde beispielsweise in der sozialökologischen Debatte der vergangenen Jahre auf das Ideal der Gleichheit Bezug genommen, um unter Gerechtigkeitsaspekten die inter- und intragenerative Ungleichverteilung der globalen Umweltressourcen zu thematisieren. „Nicht nur die künftigen Generationen sollen gleiche Rechte auf eine intakte Natur erheben dürfen. Auch innerhalb einer Generation soll weltweite Chancengleichheit als konstitutiv angesehen werden. Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf eine intakte Umwelt.“²⁴ Unter sozialökonomischen Vorzeichen steht bei der Frage nach der Gleichheit jedoch vorwiegend der Aspekt der Verteilung von Einkommen und Vermögen im Vordergrund. In der Praxis wohlfahrtsstaatlicher Politik ging es dabei allerdings weniger um das Streben nach absoluter Gleichheit - dies wäre auch mit den Funktionsbedingungen einer kapitalistischen Marktwirtschaft kaum vereinbar - sondern vielmehr um jene pragmatische Wendung, wonach ein bestimmtes Maß an Ungleichheit nicht überschritten werden sollte.²⁵ Demgegenüber vollzieht sich derzeit eine Art öffentliche Aufwertung sozialer und ökonomischer Ungleichheiten, und es sind dabei offenbar ausgerechnet Teile der Sozialdemokratie, die im Rausch von Modernität und Macht heute fortsetzen, was ihre konservativ-liberalen Amtsvorgänger begonnen haben. So heißt es in dem vielzitierten Schröder-Blair-Papier: „In der Vergangenheit

²¹ Der Spiegel Nr. 37, 13.09.99, S. 97.

²² Ebd., S. 103.

²³ Vgl. D. Döring, Anmerkungen zum Gerechtigkeitsbegriff der Sozialpolitik (...), in: Döring, Nullmeier u.a., a.a.O., S. 68.

²⁴ BUND/Misereor (Hg.), a.a.O., S. 28.

²⁵ Vgl. Döring, a.a.O., S. 69f. Dies galt jedenfalls für die funktionelle Verteilung. Die ausgeprägte personelle Einkommensungleichheit zwischen den Geschlechtern blieb bekanntermaßen lange unbeachtet.

wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert und nicht belohnt und die soziale Demokratie mit Konformität und Mittelmäßigkeit verbunden statt mit Kreativität, Diversität und herausragender Leistung.²⁶ Der Bruch mit der eigenen Geschichte drückt sich hierbei weniger in der polemischen Verzerrung der Wirklichkeit aus, sondern vielmehr darin, daß quasi durch die Hintertür zugleich einem anderen Grundverständnis von (relativer) Gleichheit der Gültigkeitszuspruch erteilt wird, daß bislang eigentlich als Kernbestandteil liberaler bzw. neoliberaler Leitvorstellungen galt: dem individualistischen Ideal leistungsbezogener Gleichheit.²⁷ Absolute Ungleichheit wird hiernach als gerecht betrachtet, wenn sie auf Leistungsunterschieden beruht, die am besten durch das freie Spiel des Marktes zu ermitteln sind, der dann für die angemessene Zuteilung der Ergebnisse sorgt. Auffällig unbeantwortet bleibt dabei allerdings die Frage, welcher Grad an sozialer Ungleichheit in der Gesellschaft förderlich und welcher destruktiv wirkt.²⁸

Die politische Auseinandersetzung um die Interpretation von sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit ist jedoch nicht voraussetzungslos, denn die sukzessive Aufkündigung und Erosion des wohlfahrtsstaatlichen Sozialvertrags seit Anfang/Mitte der 70er Jahre korrespondierte mit einer Zunahme gerechtigkeits-theoretischer Reflexionen gesellschaftlicher Verhältnisse²⁹, die heute ihrerseits wieder auf den politischen Prozeß zurückwirken, indem normative Konzeptionen von Gerechtigkeit mittlerweile Eingang in politische Programmatiken gefunden haben und als Legitimationsfolien für die Begründung konkreter Maßnahmen und Ziele dienen. Konservativ-liberale Strömungen berufen sich dabei vor allem auf jene Theoretiker (etwa R. Nozick oder J. M. Buchanan), deren Arbeiten geeignet sind, ihr politisches Ziel der „Rückbildung des Staates“ (Bourdieu) zu legitimieren.³⁰ Gemeinsam ist diesen die Ablehnung einer demokratisch-politischen Regulierung der gesellschaftlichen Verteilung von Lebenschancen. Die Gesellschaftlichkeit des Menschen reduziert sich in dieser Perspektive auf den Vollzug individueller Tauschhandlungen und die Formierung von Wettbewerbsgemeinschaften, die um die Bindung der flexiblen Kapitalströme an den eigenen ‚Standort‘ konkurrieren. Staatliches Handeln habe sich diskretionärer Eingriffe in das Marktgeschehen, also beispielsweise konjunkturpolitischer Maßnahmen, zu enthalten und sei auf reine Ord-

²⁶ G. Schröder, T. Blair, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten, in: Frankfurter Rundschau vom 10.06.99.

²⁷ Vgl. Döring, a.a.O., S. 71ff.

²⁸ Vgl. E. U. Huster, Reich, schön, gut. Wieviel soziale Distanz verträgt die Gesellschaft? In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1996, S. 97.

²⁹ Vgl. dazu Walter Reese-Schäfer, Grenzgötter der Moral, Frankfurt a.M. 1997, S. 241ff.

³⁰ Vgl. J. Reitzig, S. Brandl, Vom wohlfahrtsstaatlichen Grundkonsens zum „schlanken Staat“, Die marktradikale Wendung der Gesellschaftsvertragstheorie, in: Klages, Strutynski (Hg.): Kapitalismus am Ende des 20. Jahrhunderts, Hamburg 1997, S. 54ff.

nungspolitik zu beschränken, die den Rahmen setzt innerhalb dessen der freie Markt die Verteilung der Ressourcen steuert. Dabei wird die hypothetische Zustimmungsfähigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft zum faktischen Veto-recht der Bessergestellten gegenüber gesellschaftlichen Mehrheiten, zur Vorherrschaft der Partikularinteressen gegenüber dem Gemeinwohl.³¹ Dies ist das ideologische Substrat, auf dessen Grundlage der Neoliberalismus seinen erfolgreichen Marsch durch die Köpfe der ‚Eliten‘ in den Institutionen angetreten und seine Politik der Reprivatisierung von Lebensrisiken bis heute vorangetrieben hat.

Als Gegner galt diesen neoliberalen Theoretikern vor allem John Rawls, dem mit seiner „Theorie der Gerechtigkeit“ (1971) zugleich eine Auslöserfunktion in der Gerechtigkeitsdebatte zukommt.³² Zwar zeichnet er sich ebenso wie andere (neo-)liberale Theoretiker auch durch einen prozeduralen bzw. verfahrensmäßigen Gerechtigkeitsbegriff aus, unterscheidet sich von ihnen aber deutlich hinsichtlich der Legitimation wohlfahrtsstaatlicher Eingriffe in den Markt. Nicht die hypothetische Zustimmungsfähigkeit (wirtschafts-)politischer Maßnahmen durch alle Gesellschaftsmitglieder gilt ihm als letztinstanzliches Gerechtigkeitskriterium, sondern die Auswirkung von Maßnahmen auf die am wenigsten Begüterten Mitglieder der Gesellschaft. Würden die Individuen ohne Kenntnis ihrer späteren tatsächlichen sozialen und wirtschaftlichen Stellung, hinter einem „Schleier des Nichtwissens“, über die gültigen Prinzipien sozialer Gerechtigkeit entscheiden, so würden sie sich nach Rawls darauf verständigen, daß erstens jedem ein individuelles Recht auf gleiche Grundfreiheiten zugesprochen wird. Zweitens sollen wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten derart beschaffen sein, daß sie zum einen denjenigen zum größtmöglichen Vorteil gereichen, die am wenigsten begünstigt sind (Differenzenprinzip), zum anderen aber auch Chancengleichheit hinsichtlich der Erlangung von Ämtern und Positionen gewährleisten. Bei Widersprüchen zwischen diesen beiden Prinzipien gelte drittens, daß Freiheit Vorrang vor Gleichheit hat.³³ Demzufolge werden soziale Ungleichheiten nur unter der Prämisse anerkannt, daß sie aus einer Position der Chancengleichheit heraus entstanden sind, also auf gerechten Verfahrensweisen gründen, und nur insoweit, wie sie nicht zu absoluter Armut führen. Das sich hierdurch ergebende Spannungsfeld begründet bei Bedarf die Notwendigkeit und Legitimität staatlicher Umverteilungspolitik zu Lasten der Bessergestellten.

Die sogenannte „Grundwertekommission“ der SPD hat in ihrer jüngst vorgelegten Stellungnahme unter dem Titel „Dritte Wege - Neue Mitte“, die sie als

³¹ So mahnt z.B. der konservative Kronberger Kreis, die Reformierung des Steuersystems habe die internationale Mobilität des Kapital zu berücksichtigen, weshalb „Kapitalentnahmen effektiv nicht besonders hoch besteuert werden können. (...) Eine rigorose Rücknahme der Steuerprogression wird von den meisten Menschen nicht als gerecht angesehen. Und doch ist sie nötig“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 02.10.98, S. 15).

³² Vgl. N. Bobbio, a.a.O., S. 136; W. Kersting, a.a.O., S. 261; F. Deppe, a.a.O., S. 80ff.

³³ Vgl. J. Rawls, Eine Theorie der Gerechtigkeit, Frankfurt a. M. 1975, S. 29, 159.

fundierenden Beitrag zu der durch das Schröder-Blair-Papier ausgelösten Grundsatzdebatte versteht, explizit auf diesen Rawl'schen Gerechtigkeitsbegriff Bezug genommen.³⁴ Unter der Überschrift „ein modernes Verständnis von sozialer Gerechtigkeit“ wird Gleichheit zunächst in Anlehnung an den Soziologen und Vordenker der ‚neuen Sozialdemokratie‘ A. Giddens mit sozialer Inklusion übersetzt und dem Zugang zum Arbeitsmarkt eine besondere Bedeutung als Voraussetzung von Chancengleichheit und persönlicher Freiheit zugewiesen.³⁵ Weiter heißt es dann: „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten bzw. politische Maßnahmen, die diese verstärken, sind nur dann zu tolerieren, wenn sie den am wenigsten Begüterten nicht nur zugute kommen, sondern für diese aus der politischen Entscheidung auch der größte Nutzen fließt; wenn also bestimmte Ungleichheiten jedem nutzen, indem sie sozial und wirtschaftlich nützliche Fähigkeiten und Energien mobilisieren, können sie dann als sozial gerecht angesehen werden, wenn die unteren sozialen Schichten aus dieser wirtschaftlichen Dynamik so profitieren, daß sie danach besser gestellt sind als zuvor.“³⁶ Dieses Kriterium wird sowohl auf die Verteilung von Einkommen und Vermögen bezogen wie auch auf die gerechte Verteilung der gesellschaftlich verfügbaren Arbeit.

Nun besteht das Problem bei Rawls aber u.a. darin, daß dieser von einer rein individualistischen Rekonstruktion politischer Prozesse ausgeht, folglich die Dimension des Sozialen als konstitutive Bedingung menschlichen Sein vernachlässigt (was ihm nicht nur die Kommunitaristen vorgeworfen haben) und seine Prinzipien der Gerechtigkeit darüber hinaus an den Rahmen nationalstaatlicher Politik gebunden hat, die daher in Anbetracht der tatsächlichen räumlichen Veränderungen des Produktionsverhältnisses nur begrenzt anwendbar sind. Ein gegenüber diesen Rawl'schen Schwächen beachtenswerter Ansatz ist der „aristotelische Sozialdemokratismus“ bei Martha C. Nussbaum, die ihre Kritik an Rawls dabei keinesfalls mit dem Ziel der Widerlegung des Werts individueller (Entscheidungs-)Freiheit entwickelt, sondern das Augenmerk vielmehr auf die (materiellen) Voraussetzungen und Maßstäbe dieser Freiheit richtet. Ausgangspunkt ihrer Überlegungen ist dabei nicht die Ungleichheit der Individuen, sondern die Frage nach den Gemeinsamkeiten der Menschen. Wohlstand, Einkommen und Besitz repräsentieren kein Wert an

³⁴ W. Thierse u.a., Dritte Wege - Neue Mitte. Sozialdemokratische Markierungen für Reformpolitik im Zeitalter der Globalisierung, o.O. 1999, S. 28 (<http://www.spd.de/politik/erneuerung/grundwerte/index.htm>).

³⁵ Nach Giddens hebt das meritokratische Modell des freien Marktes im Zeitverlauf durch Privilegierungsprozesse letztlich nicht nur seine eigenen Voraussetzungen auf, sondern hat praktisch zwei zusammenhängenden Formen sozialer Exklusion hervorgebracht: Erstens die Exklusion derer, die in der Wettbewerbsgesellschaft unfreiwillig ‚auf der Strecke bleiben‘ und von der Partizipation an gesellschaftlichen Chancen abgeschnitten sind; zweitens die Exklusion derjenigen, die sich aufgrund ihres Reichtums freiwillig vom Rest der Gesellschaft abschirmen und dieser ihre Beiträge entziehen (vgl. A. Giddens, Der dritte Weg, Frankfurt a.M. 1999, S. 119ff).

³⁶ W. Thierse u.a., a.a.O., S. 30.

sich, sondern erhalten diesen erst „wenn die Güter in den Dienst des Lebens und Handelns von Menschen gestellt werden.“³⁷ Hiernach ist es nicht hinreichend, lediglich festzustellen, daß der Mensch ein soziales Wesen ist, ausgestattet mit dem Mittel der praktischen Vernunft, und folglich an die Politik lediglich den Anspruch zu erheben, diese Fähigkeit zu unterstützen. „Denn die von Aristoteles vertretene und von Marx aufgegriffene und weiterentwickelte These ist zweifellos plausibel: daß die Kräfte der praktischen Vernunft zu ihrer Entwicklung institutioneller und materieller Voraussetzungen bedürfen, die nicht immer vorhanden sind.“³⁸

Jede Gerechtigkeitstheorie, so Nussbaum, basiert auf Vorannahmen über das gute Leben. Im Unterschied zu Rawls' „schwacher Theorie“ des Guten, die sich auf die notwendigsten Grundgüter beschränkt, die die Menschen zur Verwirklichung ihrer Rationalität benötigen, entwickelt sie eine zweistufige Theorie, die sie als „starke vage Konzeption des Guten“ bezeichnet, wobei der Begriff des „vagen“ auf die Erfordernis der Spezifizierung des Guten im konkreten Kontext verweist. Auf der ersten Stufe geht es zunächst um die Beschreibung dessen, was menschliches Leben ausmacht, bzw. was zur Identifizierung von Leben, das wir als menschlich bezeichnen würden, elementar ist. Dieser Konzeption hat sie die Form einer „offenen Arbeitsliste“ gegeben. Die in dieser Liste aufgeführten Fähigkeiten (z.B. die Fähigkeit zur praktischen Vernunft) kennzeichnen ebenso wie die beschriebenen Grenzen (z.B. essentielle Bedürfnisse des menschlichen Körpers) universelle Bestandteile des Menschseins. Darin gibt es einige Fähigkeiten, deren völliges Fehlen Anlaß wäre, von nicht menschlichem Leben zu sprechen, wohingegen das Fehlen anderer Fähigkeiten eher den Zugang zur Bewertung von gutem und weniger gutem menschlichen Leben eröffnet. Daher präzisiert Nussbaum auf der zweiten Stufe ihrer Theorie diejenigen Grundfähigkeiten des Menschen, die für die Bestimmung eines guten menschlichen Lebens erforderlich sind. Diese reichen von der Fähigkeit „ein volles Menschenleben bis zum Ende zu führen“, bis zur Fähigkeit, das eigene Leben in der eigenen Umgebung und im eigenen Kontext zu leben.³⁹

Rawls Unterscheidung zwischen der gesellschaftlichen Grundstruktur, d.h. denjenigen Regeln, die von den Individuen hinter dem ‚Schleier des Nichtwissens‘ festgelegt werden und für die die Prinzipien der Gerechtigkeit gelten sollen, und der ‚realen‘, gesetzgeberischen Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen, wird aus dieser aristotelischen Perspektive in Frage gestellt. So würde nach Rawls etwa die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse wohl in die zweite Kategorie fallen, während es sich aus der Sicht des „aristotelischen Sozialdemokratismus“ um „absolute Grundstrukturen [handelt], die vielleicht

³⁷ M. C. Nussbaum, *Der aristotelische Sozialdemokratismus*, in: dies.: *Gerechtigkeit oder das Gute Leben*, Frankfurt a.M. 1999 (hrsg. von H. Pauer-Studer), S. 35.

³⁸ Ebd., S. 61.

³⁹ Vgl. ebd., S. 57f.

noch grundlegender sind als die Verteilung der Ämter und Funktionen (...)“.⁴⁰ Gleichheit ist im Sinne Nussbaums daher zu verstehen als das „Bemühen um die gleiche Fähigkeit, ein Leben lang gut zu leben.“⁴¹ Eine vergleichbare Position hinsichtlich der Bewertung konkreter Arbeitsverhältnisse unter dem Aspekt von Gleichheit und Gerechtigkeit, findet sich bei F. Segbers, der diese aus einem theologischen Begründungszusammenhang heraus entwickelt.⁴² Gerechtigkeit wird in diesem Zusammenhang wesentlich als „Option für die Armen“ definiert: „Die Existenz der Armen ist das Urteil über den Zustand einer Gesellschaft, die Armut und Arme hervorbringt. Die Armen stellen deshalb die Gerechtigkeitsfrage.“⁴³ Armut wird in dieser Konzeption von Gerechtigkeit als Minderung von menschlichen Lebensmöglichkeiten verstanden. Von diesen Möglichkeiten zu sprechen setzt eine Vorstellung vom Menschsein voraus, die über das Konstrukt des nutzenmaximierenden Individuums hinausweist. Und obgleich Segbers die Anschlußfähigkeit seines Ansatzes an die Rawlsche Konzeption betont, ergibt sich genau genommen doch eine größere Ähnlichkeit mit der kritischen Nähe, in der Nussbaum ihre Theorie menschlicher Grundfähigkeiten bzw. deren Relevanz für die Bewertung konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse unter Gerechtigkeitsaspekten zu Rawls verortet.

Der Nutzen dieser erweiterten Überlegungen zur Substanz sozialer Gerechtigkeit für den aktuellen Konflikt um die Konturen eines ‚neuen Gesellschaftsvertrags‘ besteht darin, daß sie es ermöglichen, die künstliche Dichotomie von verteiler und teilhabender oder anders gesagt, von quantitativer und qualitativer Gerechtigkeit zu überwinden, die ihrerseits letztlich nur der anhaltenden neoliberalen Deutungsmacht Vorschub leistet, indem das diesem Denken zugrundeliegende Bild des Menschen und die Motive seiner Vergesellschaftung unhinterfragt bleiben. Dies gilt auf verschiedenen politischen Feldern, aber es gilt aktuell in besonderer Weise für die gesellschaftliche Auseinandersetzung um die Zukunft der Arbeit.

3. Perspektiven Sozialer Pakte - zum Nutzen eines komplexen Gerechtigkeitsbegriffs

Auf der Ebene der Durchsetzung politischer Ziele setzt die ‚neue Sozialdemokratie‘ im besonderen Maße auf die Schaffung neuer themenbezogener sozialer Pakte zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen und Interessen.⁴⁴ Am weitesten entwickelt ist diese Strategie im Bereich der Politik um Arbeit. Mit dem Koalitionsvertrag der rot-grünen Bundesregierung wurde die

⁴⁰ Ebd., S. 64.

⁴¹ Ebd., S. 84.

⁴² F. Segbers, *Die Herausforderung der Tora*, Luzern 1999, S. 70ff.

⁴³ Ebd., S. 75.

⁴⁴ Vgl. W. Thierse u.a., a.a.O., S. 9.

ursprünglich gewerkschaftliche Initiative für ein „Bündnis für Arbeit“ aufgegriffen und zum zentralen politischen Projekt der ‚Neuen Mitte‘ erklärt, daß „eine Scharnierfunktion bei der Politik des Wandels übernehmen und durch strategische Allianzen neue Handlungsoptionen bei der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit eröffnen“ soll.⁴⁵ Damit ist in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte nach der Konzierten Aktion (1967-1977) nunmehr zum zweiten Mal ein tripartistisches Arrangement zwischen (sozialdemokratischer) Regierung, Arbeitgebern und Gewerkschaften zustande gekommen, das im Rahmen unterschiedlicher Akteursinteressen, auf der Basis einer antagonistischen Kooperation und mit dem Mittel des politischen Tausches auf konsensuellem Wege Lösungen für die Bewältigung zentraler politischer Herausforderungen finden soll.⁴⁶

Während die politische und ökonomische Rechte dieses Vorgehen lediglich als „ein überkommenes institutionelles Arrangement, das falsche Anreize setzt“⁴⁷, ablehnt, schwankt die Bewertung durch die Linke zwischen der grundsätzlichen Anerkennung des Versuchs „eine Neujustierung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, ein neues Regulations- und Politikmodell“⁴⁸ ins Werk zu setzen bzw. eine zentrale Arena zu schaffen, „in der die wichtigen sozialen und politischen Akteure einen neuen Gesellschaftsvertrag aushandeln“⁴⁹ und der scharfen Kritik an der inhaltlich-strategischen Grundorientierung der regierenden Sozialdemokratie, die die Praxis des „Bündnisses“ im Sinne eines Innovations- und Produktivitätspaktes auf das Ziel der nationalen Wettbewerbsfähigkeit ausrichtet („Wettbewerbskorporatismus“) und damit zugleich die Bedingungen der Kapitalverwertung zur externen Kondition seines Erfolgs macht.⁵⁰

„Ein allgemeines Merkmal der neueren korporatistischen Arrangements ist die Suche nach einem neuen Mix von Flexibilität auf der einen und sozialer Stabilität und Re-Regulierung auf der anderen Seite. Alle Maßnahmen zielen in erster Linie jedoch darauf ab, die Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungs-

⁴⁵ B. Hombach, Das Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit: Fokus für die Politik der Neuen Mitte, in: W. Fricke (Hg.), Jahrbuch Arbeit und Technik 1999/2000, Bonn 1999, S. 154.

⁴⁶ Vgl. dazu W. Schroeder, J. Esser, Modell Deutschland: Von der konzertierten Aktion zum Bündnis für Arbeit, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 37/10.09.99, S. 3ff.

⁴⁷ N. Berthold: Beschäftigung ohne Bündnis, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 03.07.99, S. 15.

⁴⁸ R. Detje, O. König, Bündnis für Arbeit oder Entgewerkschaftlichung? In: Forum Gewerkschaften, Sozialismus 7-8/1999, S. 42ff.

⁴⁹ Vgl. J. Esser, W. Schroeder, Neues Leben für den Rheinischen Kapitalismus. Vom Bündnis für Arbeit zum Dritten Weg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 1/1999, S. 53.

⁵⁰ Vgl. H.-J. Bieling, F. Deppe, Europäische Integration und industrielle Beziehungen - Zur Kritik des Konzeptes des „Wettbewerbskorporatismus“, in: H. Schmitthöner, H.-J. Urban (Hg.): Sozialstaat als Reformprojekt, Hamburg 1999, S. 275ff.

situation zu verbessern. Das Konzept des ‚Wettbewerbskorporatismus‘ geht mehr oder minder davon aus, daß die aufgeführten Zielsetzungen prinzipiell sowohl von Seiten der - transnational operierenden - Unternehmen als auch von Seiten der Gewerkschaften unterstützt werden. (...) Der so definierte neue ‚soziale Konsens‘ bildet gewissermaßen eine ‚neue Friedensformel‘, die sich vom alten ‚fordistischen Klassenkompromiß‘ freilich substantiell unterscheidet.“⁵¹

Allerdings geht es heute nicht nur um die Schaffung neuer Arbeitsplätze im engeren Sinne, sondern vielmehr auch um die Form zukünftiger gesellschaftlicher Arbeitsverhältnisse, die auch unter dem Aspekt sozialer Gerechtigkeit zu bewerten sind. Von Seiten derjenigen, die diese „neue Friedensformel“ vertreten, wird dabei immer wieder auf das Beispiel der Arbeitsmarktpolitik in den Niederlanden als Vorbild verwiesen.⁵² Dort hatten Staat, Unternehmer und Gewerkschaften im Rahmen eines Sozialpaktes (des Abkommens von Wassenaar) zu Beginn der 80er Jahre eine breite Umverteilung der verfügbaren Arbeit eingeleitet, die durch eine Politik der Lohnzurückhaltung flankiert wurde. In Folge dieser Politik konnte bis heute eine rund 20-prozentige Ausweitung der Beschäftigung erreicht werden. Die standardisierte Arbeitslosenquote sank nach OECD-Berechnungen von ca. 12 Prozent auf 6 Prozent im 1996, wobei diese Entwicklung vor allem der raschen Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen zu verdanken ist. Der Anteil Teilzeitbeschäftigter an der Gesamtzahl aller Beschäftigten beträgt in den Niederlanden heute rund 36 Prozent. Daß es sich hierbei allerdings im wesentlichen um einen Prozeß der Umverteilung im Bestehenden handelt, wird dadurch unterstrichen, daß zwar die Zahl der Beschäftigten zugenommen hat, die Zahl der insgesamt geleisteten Arbeitsstunden allerdings kaum gestiegen ist.⁵³

Dennoch spielt in der Debatte im „Bündnis für Arbeit“ die Forderung nach Schaffung von mehr Teilzeitstellen eine wesentliche Rolle. Allerdings wird sie - unter Verweis auf Beschäftigungspotentiale im Dienstleistungsbereich - zumeist mit der Forderung nach Verbilligung des Faktors Arbeit bzw. der Einführung eines Niedriglohnssektors verknüpft.⁵⁴ Dem liegen u.a. die Einschätzungen zugrunde, daß Dienstleistungstätigkeiten vielfach zu niedrigprodukti-

⁵¹ Ebd., S. 284f.

⁵² Vgl. z.B. A. Giddens, a.a.O., S. 143; W. Streeck, Preisfragen - Interview mit W. Streeck und D. Hensche, in: Die Mitbestimmung, H. 8-1999, S. 12ff.

⁵³ Vgl. U. Becker, Beschäftigungswunder Niederlande? In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 11/1998, S. 12ff; R. Glott u.a., Bedingungen der Beschäftigungsentwicklung. Ein Vergleich zwischen den USA, den Niederlanden und Westdeutschland, in: SOFI-Mitteilungen, Nr. 26, Göttingen 1998; Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) hat allerdings auch darauf hingewiesen, daß die Politik einer realen Abwertung der niederländischen Währung infolge sehr niedriger Lohnabschlüsse (um 0,3 % - 0,5 %) nicht auf eine große Volkswirtschaft und ein Leitwährungsland wie Deutschland übertragbar ist (vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 16, Die Niederlande: Beschäftigungspolitische Vorbild? Berlin 1997).

⁵⁴ Vgl. etwa W. Streeck, a.a.O., 1999.

ven Beschäftigungen gehören und deshalb auch geringer entlohnt werden müssen bzw. daß die Chancen zur individuellen Teilhabe an qualifizierter Arbeit heutzutage eben begrenzt sind und nicht allen offen stehen. Doch ein solcher Ansatz birgt politische Probleme etwa für die Stabilität des gesamten Tariffsystems bzw. für die gewerkschaftliche Verhandlungsposition in diesem System. U.a. wegen der dadurch forcierten Segmentierung der Arbeitnehmerschaft.⁵⁵ H. Pfarr spricht im Zusammenhang mit der These vom Mangel an qualifizierter Arbeit gar von einer verbreiteten, aber gefährlichen Schwachstellen in der Debatte um die „Zukunft der Arbeit“, die letztlich nur eine passive Haltung befördert, die die reale soziale Spaltung gleichsam schicksalsergeben hinnimmt. Dem hält sie die Forderung entgegen: „Besinnen wir uns also wieder auf gesellschaftliche Leitbilder im Sinne eines gesamtgesellschaftlich wünschenswerten Entwicklungsziels!“⁵⁶

Etwas zugespitzter könnte man im Anschluß daran formulieren: Für konkrete Lösungsperspektiven der Beschäftigungskrise kann der Gerechtigkeitsbegriff sich nicht allein auf Verfahren der gerechten Güterverteilung beschränken. Allein der Zugang (bei manchen Verfechtern des Niedriglohnsektors müßte man wohl eher von „Zuführung“ sprechen) der Individuen zu Arbeit kann nicht der Maßstab des guten Lebens sein. Gerade in Anbetracht der Bedeutung von Tätigkeit für die Entfaltung des menschlichen Seins sind Form (Sicherheit der Beschäftigung, Einkommen, soziale Anerkennung etc.) und Inhalt (Qualifikationschancen, Vermeidung arbeitsbedingter Erkrankungen, gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeit etc.) bei der Schaffung und Gestaltung konkreter Erwerbsarbeitsverhältnisse nicht zu trennen. Erst durch den Rückgriff auf qualitative Kriterien kann sich daher ein gehaltvoller Gerechtigkeitsbegriff ergeben. Diesen wiederum zum Prüfstein tatsächlicher Verhältnisse zu machen ist dann Sache des politischen Willens und der Bereitschaft zur Kontroverse.

Der von Polanyi beschriebene gesellschaftliche Selbstschutz gegenüber den zerstörerischen Mechanismen der „Vermarktung“ gesellschaftlicher Beziehungen (und Bezüge) funktioniert nicht als Automatismus, sondern war und ist das Resultat des sozialen und politischen Handelns, des Widerstands konkreter gesellschaftlicher Akteure. Ob und inwiefern das „Bündnis für Arbeit“ in diesem Sinne dazu beitragen kann, daß in Deutschland das Modell eines demokratisch regulierten Kapitalismus die Zielgröße politischen Gestaltungswillens wird, oder ob die neoliberale Tendenz zur Verbetrieblung von Sozialverträgen unter dem Vorzeichen des Wettbewerbs dominierend bleibt,

⁵⁵ Vgl. K. Bartsch, A. Heise u.a., Analyse, Perspektiven und Szenarien der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland - Elemente eines „Bündnis für Arbeit“, in: WSI-Mitteilungen, H. 12-1998, S. 801ff.

⁵⁶ H. Pfarr, G. Linne, Eine Unmenge von Wissen: Doch was ist „Arbeit“? In: Frankfurter Rundschau vom 21.12.98 (Leider ist diese Position in der sog. „Benchmarking-AG“ des „Bündnisses für Arbeit“, der Pfarr ebenso wie Streeck angehört, scheinbar nicht mehrheitsfähig, denn diese hat in der Tat bislang vor allem durch die Vorlage eines Niedriglohnkonzepts auf sich aufmerksam gemacht).

hängt insofern nicht zuletzt vom politischen Druck (linker) Regierungen, Parteien und sozialer Bewegungen ab. Denn die Bereitschaft, auf diesen Pfad einzuschwenken, bemißt sich für diejenigen, die die soziale ‚Entbettung‘ des Marktes betreiben, letztlich an dem Verhältnis der Grenzkosten zunehmender sozialer Konflikthaftigkeit gegenüber dem Nutzen sozialen (und ökologischen) ‚free-rider-Verhaltens‘. Soziale Bewegung, so Habermas, „kristallisiert sich aber erst, wenn sich für die Bearbeitung von Konflikten, die als ausweglos empfunden werden, normativ befriedigende Perspektiven eröffnen“.⁵⁷ Übersetzt in die Koordinaten der politischen Auseinandersetzung um die Perspektiven der Arbeitsgesellschaft würde das u.a. bedeuten, die defensive Frage „wie wir arbeiten werden“⁵⁸ in die offensive und qualitative Frage zu wenden „wie wir arbeiten wollen“! Denn ohne Zweifel gibt es zahlreiche gesellschaftliche Bedürfnisse, die derzeit nicht bedient werden, d.h. das Feld gesellschaftlicher Arbeit müßte ausgeweitet werden.

Den Gewerkschaften könnte hierbei als „Interessenvertreter der lebendigen Arbeit“ (Negt) eine Schlüsselfunktion in der politischen Auseinandersetzung zukommen. Freilich, solch positive Erwartungen im Hinblick auf die Chancen, daß dieses „Bündnis“ grundsätzliche Weichenstellungen im Hinblick auf die Zukunft der Arbeitsgesellschaft und die Quellen gesellschaftlicher Solidarität und Stabilität vornehmen kann, werden durch das Ungleichgewicht der Akteure, d.h. durch die Unterordnung der Arbeit unter die Vorherrschaft des Kapitals, die im Unterschied zur Konzertierte Aktion bereits als konstitutive Bedingung in die politischen Voraussetzungen dieses Sozialpaktes eingeflossen ist, nicht eben bestärkt. Daß die Gewerkschaften aber grundsätzlich dazu in der Lage sind, erheblichen politischen Druck auszuüben, haben sie u.a. 1996 bewiesen. Möglicherweise war ihre Konfliktbereitschaft gegenüber der damaligen Bundesregierung aber weniger gering als heute. Sie wären jedoch gut beraten, wenn sie sich jenes Fazit zu eigen machten, mit dem B. Zeuner seine Reflexion über Chancen und Gefahren für die Gewerkschaften in den neuen Sozialpakten beschließt: „Je eher die Gewerkschaften das ‚Bündnis für Arbeit‘ als Forum umfassender politischer Debatten und Verhandlungen betrachten und je politisch eigenständiger sie in diese Verhandlungen und Debatten hineingehen, um so größer ist die Chance, daß die Gewerkschaften und die auf abhängige Arbeit angewiesenen Menschen einen Nutzen aus dieser Veranstaltung ziehen.“⁵⁹

Soziale Pakte können zwar kein Ersatz für die Demokratisierung des öffentlichen Raums im Sinne politischer Partizipation sein, sie können insofern aber Anstöße für gesellschaftliche Reformprozesse geben, indem differierende

⁵⁷ J. Habermas, Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 7/1998, S. 817.

⁵⁸ O. Giarini, P. M. Liedtke, Wie wir arbeiten werden. Der neue Bericht an den Club of Rome, Hamburg 1998.

⁵⁹ B. Zeuner, Der Bruch der Sozialdemokraten mit der Arbeiterbewegung, in: Frankfurter Rundschau vom 17.06.99.

Grundpositionen, unterschiedliche Reformperspektiven und inhaltliche Konfliktlinien divergierender Interessen erkennbar werden. Gegenwärtig sieht es jedoch mehr so aus, als trage das „Bündnis für Arbeit“ dazu bei, jene fragwürdige These von der beschränkten Handlungsfähigkeit des Staates im Angesicht globalen Wettbewerbs zu verifizieren und neue Formen der Expertokratie zu erzeugen statt Demokratie zu fördern. Diese Schwäche des Staates ist in Wirklichkeit aber eine Schwäche jener Politik, die sich in der beschränkten Rolle des Moderators gefällt. Erst diese Haltung macht Demokratie tatsächlich zum Spielball von Interessengruppen.

CONTRASTE

ZUR ZUKUNFT DES SOZIALEN Sozialstaat in der Krise · Pauschalierung in der Sozialhilfe · Arbeitslosigkeit hat viele Gesichter · Warum stößt der Sozialstaat an seine Grenzen? · Existenzgeld-Diskussion
10 JAHRE BRDDR Einigkeit und recht viel Freizeit **PROJEKTE** Neuwerkgenossenschaft Konstanz · Vom wildwüchsigen Biotop zum Kulturschutzgebiet, Kunsthandwerkerhof Thomsdorf e.G., Kreativ-Zentrum Wolfen **GRÜNE SIND DIE BESSEREN NEOLIBERALEN** Kritik am Strategiepapier zur Umweltpolitik **RADIO Z** muß um Lizenz fürchten

BUNTE SEITEN Das einzige Adreßverzeichnis der Alternativen Bewegungen. Mit 12.500 Anschriften aus der BRD, CH, A & internationale Kontaktanschriften mit **Reader der AlternativMedien** im Innenteil. 1.300 Zeitschriften mit zahlreichen Beschreibungen, Video- & Filmgruppen sowie Freie Radios. Ca. 280 Seiten (DIN A4) für 30 DM zzgl. 4 DM Versandkosten, ISBN 3-924085-05-6 oder im Internet bestellen.

CONTRASTE im Internet lesen: <http://www.contraste.org>

Das Alles und noch viel mehr... in CONTRASTE, für 10 Mark als Schnupperabo drei Monate frei Haus!

JA, ich will ein Schnupperabo

Meine Anschrift:

10 DM in Briefmarken/Schein für das Schnupperabo habe ich beigelegt.
 Ich will die BUNTEN SEITEN, 30 DM zzgl. 4 DM auf Rechnung, Briefmarken/Verrechnungsscheck liegen anbei. (Zutreffendes bitte unterstreichen)

Coupon bitte ausschneiden und einsenden an:

CONTRASTE, Postfach 10 45 20, D-69035 Heidelberg

Nr. 181

Harald Werner

Solidarität im Angebot

Anmerkungen zum Wertewandel in der neuen Sozialdemokratie

Nichts beschäftigte die politische Klasse in den 90er Jahren mehr als der unter großer Beteiligung der Medien ausgetragene Kampf um die sprachliche Verpackung ihrer Politik. Das abgehackte Stakato des öffentlichen Diskurses, bei dem die Nachrichtensprecher wie auf der Flucht nur noch Überschriften absondern, verlangt nach scheinbar universalen Deutungsmustern und sprachlichen Chiffren, die das Unerklärliche und Unübersichtliche der politischen Tagesläufe auf einen einfachen Begriff bringen. Schon in den 80er Jahren verkündete Heiner Geißler, dass es in der Politik nicht mehr darum gehe, Bahnhöfe, sondern Begriffe zu besetzen und legte damit die Grundlage für eine neokonservative Umwertung des Reformbegriffs, die nach einem gängigen Bonmot die Menschen dazu brachte, nach ihrem Portemonnaie zu greifen, wenn die Bundesregierung ein neues Reformprojekt ankündigte. Inzwischen hat man sich daran gewöhnt, dass die Dinge in der Politik häufig anders heißen als in der Wirklichkeit.

Gerhard Schröder, der nicht alles anders, aber vieles besser machen wollte, hätte wahrscheinlich besser daran getan, genau dies anders zu machen. Statt dessen entschloß sich die neue Sozialdemokratie, ihre neulinke Angebotspolitik in alte sozialdemokratische Werte zu packen und schuf damit eine Verwirrung, die die Wählerschaft zunächst einmal in Orientierungsprobleme stürzte. Soziale Gerechtigkeit und Solidarität lassen sich nämlich im Kontext der Angebotspolitik schwerer buchstabieren als das schon immer ausdeutbare Wörtchen Reform, dem zumindest unter Linken die Erinnerung an manch faulen Kompromiß anhängt. Ganz anders verhält es sich mit den Begriffen soziale Gerechtigkeit und Solidarität, die sich mit der Alltagserfahrung verknüpfen, zum Vergleich herausfordern und an Klasseninstinkte rühren, die selbst dann noch wirken, wenn sie scheinbar völlig aus der Mode gekommen sind.

Das heißt freilich noch lange nicht, dass die mit dem Schröder/Blair-Papier sich beschleunigende Umwidmung sozialdemokratischer Werte chancenlos ist. Es gibt genügend Gründe, die einen langfristigen Erfolg zumindest möglich machen. Werte entstehen und reproduzieren sich immer in einem Zusammenhang von gesellschaftlichen Deutungsmustern und Sinngebungen, die sich sehr viel schneller wandeln als das diffuse Wertesystem. Ändert sich die alltägliche Deutung des gesellschaftlichen Prozesses und bekommen bestimmte Tätigkeiten oder Handlungen einen anderen Sinn, ändert sich allmählich auch das Wertesystem und paßt sich den neuen Bedingungen an. Genau darin besteht die Chance der sozialdemokratischen Modernisierer. Sowohl die objektiven Alltagspraxen als auch ihre subjektiven Verarbeitungen haben

sich so gravierend gewandelt, dass tradierte Werte wie soziale Gerechtigkeit und Solidarität für immer mehr Menschen ihren Begründungszusammenhang verlieren und ihnen wie Relikte einer vergangenen Zeit erscheinen. Hinzu kommen die Erosion der sozialen Milieus und die im Zuge wachsender Individualisierung stattfindende Veränderung persönlicher Bedürfnisse.

Auf der anderen Seite signalisieren die dramatischen Wahlverluste der SPD und die Umfrageergebnisse der Meinungsforschung eine erstaunliche Stabilität des tradierten Wertesystems. So schreibt Renate Köcher von Allensbach: „Dabei kann keine Rede davon sein, dass klassische sozialdemokratische Leitideen in der Bevölkerung aus der Mode gekommen sind. Ein starker fürsorglicher Staat, ein weit ausgebautes soziales Netz und Gleichheitsideale haben in der Bevölkerung einen hohen Stellenwert (...) Scharenweise kehrt die Bevölkerung zu der Fraktion zurück, die für einen Ausbau des Sozialstaats auch um den Preis höherer Steuern plädiert; 53 Prozent sprechen sich dafür aus, nur noch 25 Prozent dagegen.“¹ Schon die Kohl-Regierung mußte darauf Rücksicht nehmen, dass die deutsche Konsensgesellschaft eine nahtlose Umsetzung neoliberaler, in den USA und Großbritannien üblicher Praktiken nicht akzeptiert. Doch die Erwartungen an die rot-grüne Regierung waren gänzlich anderer Art, so dass die erdrutschartigen Verluste der SPD ebenso wenig überraschen konnten wie die proportionalen Gewinne der PDS bei den Landtagswahlen im Osten und die immerhin überraschenden bei den nordrheinwestfälischen Kommunalwahlen. Was um so überraschender ist, weil der PDS in den Meinungsumfragen eine geringere Kompetenz in der Beschäftigungspolitik zugestanden wird als der SPD. Die Auflösung liefert der Spitzenwert, den die PDS in Sachen sozialer Gerechtigkeit erhält. Er liegt regelmäßig weit über den Werten der Sozialdemokraten.

Eine eigenartige Selbstkritik

Von Anthony Giddens drittem Weg² über dessen Simplifizierung durch Bodo Hombach³ bis hin zum Schröder/Blair-Papier spannt sich am Ende immer holzschnittartiger der Bogen der Uminterpretation sozialdemokratischer Werte. Mittlerweile ist es sogar angesagt, Anthony Giddens vor seinen Apologeten in Schutz zu nehmen, weil von ihm bei Hombach und im Schröder/Blair-Papier nur noch die linke Angebotspolitik und die etwas vage Metapher vom dritten Weg übrigbleibt. Während Giddens noch von Gleichheit als einem Mittel der Inklusion spricht und dabei an eine Überwindung ungleicher Verteilung denkt⁴, reduziert sich das Ganze bei Hombach auf die viel zitierte

Verwandlung des Netzes sozialer Sicherheit in ein Trampolin.⁵ Es kommt danach nicht mehr auf Umverteilung an und erst recht nicht auf den umverteilenden Staat, sondern das soziale Netz muß den Einzelnen „zurückfedern in das Arbeitsleben.“⁶ Wobei sich im Unterschied zu Giddens die Gleichheit im Haben eines Jobs erschöpft, egal zu welchen Bedingungen, denn, so weiß Hombach, „jeder Job ist besser als kein Job“⁷.

Dabei kommt die inzwischen gängige Interpretation von Gleichheit nicht ohne eine Verballhornung bisheriger sozialdemokratischer Politik aus. Auf einer ganzen Seite wird im Schröder/Blair-Papier der Eindruck erweckt, als sei die Sozialdemokratie jahrzehntelang linkssektiererischer Gleichmacherei verhaftet gewesen. Ganz im Stil der neoliberalen Kritik heißt es da: „In der Vergangenheit wurde die Förderung der sozialen Gerechtigkeit manchmal mit der Forderung nach Gleichheit im Ergebnis verwechselt. Letztlich wurde damit die Bedeutung von eigener Anstrengung und Verantwortung ignoriert...“⁸

Zumindest für die deutsche Sozialdemokratie ist diese Selbstkritik verwunderlich. Nicht nur durch Marx Kritik am Gothaer Programm hat sich schon früh die Einsicht durchgesetzt, dass selbst im Sozialismus immer noch das Leistungsprinzip zu gelten habe. Ganz davon abgesehen, dass selbst die sozialliberale Koalition in ihrer Sozial- und Arbeitsmarktpolitik dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet blieb, gibt es so gut wie kein praktisches Beispiel, wo die SPD in vergangenen Jahrzehnten bei Sozialleistungen von den oft kleinteiligen Bedürftigkeitsprüfungen abgewichen ist oder gar bei der Bemessung von sozialen Transfers eine Gleichheit zwischen den EmpfängerInnen von Sozialleistungen und den Erwerbstätigen angestrebt hätte. Um die angebliche Gleichmacherei sozialdemokratischer Sozialpolitik noch ein wenig drastischer auszudrücken, schreckte Hombach nicht einmal davor zurück, die Regierungen Brandt und Schmidt in die Nähe Honeckers zu rücken: „Wir stehen vor der Aufgabe, von einem 'Staatssozialismus' auf ein anderes, aktivierendes Sozialstaatsmodell umzusteigen.“⁹ So große Übertreibung beim Aufarbeiten sozialdemokratischer Sozialpolitik macht nur dann noch einen Sinn, wenn man vor großen Umbauten steht. Wobei die Assoziation mit Honeckers Staatssozialismus bestens geeignet scheint, um dem Publikum vor Augen zu führen, wie verfehlt die frühere Sozialpolitik und wie notwendig dementsprechend die Wende ist.

¹ Renate Köcher, Die klassischen sozialdemokratischen Leitideen sind nicht aus der Mode – die Regierungspolitik wird abgelehnt, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 20.6.99.

² Anthony Giddens, Der dritte Weg, Frankfurt/M. 1999.

³ Bodo Hombach, Aufbruch – Die Politik der neuen Mitte, München 1998.

⁴ Giddens, a.a.O. S. 120.

⁵ Hombach, a.a.O., S. 198.

⁶ Ebenda, S. 199.

⁷ Ebenda, S. 200.

⁸ Tony Blair/Gerhard Schröder, Der Weg nach vorne für Europas 'Sozialdemokraten', im Internet unter www.spd.de/politik, S. 2.

⁹ Hombach, a.a.O., S. 66.

Ideologie und Wirklichkeit des sozial aktivierenden Staates

Die falsche Selbstkritik von Blair und Schröder erweist sich sehr schnell als Popanz, der erhalten muß, um den grundlegenden „Wandel der alten Mittel und traditionellen Instrumente“¹⁰ des Sozialstaates zu begründen. Auf jeden Fall ist sie eine frühzeitige Begründung für das wenig später offerierte Sparpaket und seine zahlreichen Sozialkürzungen. Wobei von den Neoliberalen die Behauptung übernommen wird, dass die angeblich üppigen Sozialleistungen Menschen in ihrer Leistungsbereitschaft behindern und die Bereitschaft zur Arbeitsaufnahme schmälern. Betrachtet man jedoch die aktuellen Kürzungen im Etat des Arbeitsministers, dann geht es keinesfalls um das Zurückfordern in das Arbeitsleben, sondern die Leistungsbeschränkungen betreffen entweder Menschen, die nicht in den Arbeitsmarkt zurückkehren können (wie etwa die RentnerInnen), oder es werden Leistungen gekürzt, die von den Betroffenen nicht unmittelbar erfahren werden. Letzteres gilt zum Beispiel für die Arbeitslosen, deren Beiträge für die Rentenversicherung reduziert werden, was sie erst nach Jahren oder Jahrzehnten mit niedrigeren Renten bezahlen.

Überhaupt bleibt vom sozial aktivierenden Staat der neuen SPD wenig übrig, wenn man von der Ideologie der neuen Mitte in die Niederungen der Haushaltspolitik herabsteigt. Die oft zitierte „Aufgabe der Modernisierung“, die darin bestehe, „in Humankapital zu investieren“¹¹, verkehrt sich in Eichels Zahlenwerk ins ganze Gegenteil. So wird die rot-grüne Regierung im kommenden Jahr 2,5 Prozent bei der beruflichen Bildung und 20,3 Prozent bei der Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses einsparen.¹²

Während sich frühere sozialdemokratische Politik darum verdient machte, durch die Reform des Bafög oder die gesetzliche Regelung der Weiterbildung nicht Chancengleichheit, aber zumindest bessere Chancen für benachteiligte Gruppen einzuräumen, sollen jetzt sogar die Bildungschancen privatisiert werden. So heißt es im Schröder/Blair-Papier: „Dem Staat kommt die besondere Aufgabe zu, Anreize für die Bildung von Sparkapital zu setzen, um die Kosten des lebenslangen Lernens bestreiten zu können.“¹³ Der Staat investiert also nicht selbst in Humankapital, sondern begünstigt diejenigen, die in ihr eigenes Humankapital zu investieren in der Lage sind.

Dem sozial aktivierenden Staat der neuen Sozialdemokratie ließen sich positive Seiten abgewinnen, wenn er sich tatsächlich darauf konzentrierte, soziale Potentiale zu erschließen und neue Chancen für die sozial Benachteiligten zu eröffnen, statt sie in erster Linie durch Leistungskürzungen oder Zwangsmaßnahmen in prekäre Beschäftigungsverhältnisse zu treiben. Aber Chancengleichheit besteht nach der neuen sozialdemokratischen Lesart bereits dann,

¹⁰ Ebenda.

¹¹ Tony Blair/Gerhard Schröder, a.a.O., S. 4.

¹² Finanzbericht 2000, S. 22.

¹³ Tony Blair/Gerhard Schröder, a.a.O., S. 12.

wenn alle Gesellschaftsmitglieder, ohne Ansehen ihrer unterschiedlichen Voraussetzungen und Aussichten, ihren Platz am Markt finden. Die Gleichheit reduziert sich endgültig auf Marktgleichheit und soziale Gerechtigkeit auf das Recht, auch als Niedriglöhner am Markt sein Glück zu suchen.

Mehr soziale Gerechtigkeit für weniger Geld

Dem umverteilenden und sozial ausgleichenden Staat wird mit dem Blair/Schröder-Papier eine Absage erteilt. Dort heißt es: „Für unsere Gesellschaft besteht der Imperativ der sozialen Gerechtigkeit aus mehr als der Verteilung von Geld.“¹⁴ Wie so häufig kann auch diesem Satz nicht widersprochen werden, es sei denn, man liest ihn im Kontext mit der Absage an die Verteilungsfunktion des Staates und den realen Kürzungen der sozialen Transferleistungen des Bundeshaushalts. Überspitzt gesagt geht es den Autoren um mehr soziale Gerechtigkeit für weniger Geld.

Begründet wird dieser Spagat zwischen sozialer Gerechtigkeit und Sparpolitik mit der „notwendigen Kürzung der staatlichen Ausgaben“¹⁵, die von den Autoren zusammen mit der Steuerentlastung der Unternehmen wie eine Monstranz vorangetragen wird. Getreu der Maxime, „dass sich die öffentlichen Ausgaben in ihrer Zusammensetzung auf diejenigen Aufgaben konzentrieren, die dem Wachstum und der Förderung des notwendigen Strukturwandels am besten dienen“¹⁶, wird der Sozialstaat auf ein Instrument der Wettbewerbsförderung zurückgeschnitten. So darf man getrost davon ausgehen, dass das bundesdeutsche Sparpaket nicht allein dem Schuldenabbau gewidmet ist, sondern dem allgemeinen Ziel einer sinkenden Staatsquote. Ob nun Sparsamkeit ein alter sozialdemokratischer Wert ist oder nicht, auf jeden Fall wird auch hier das Alltagsbewußtsein an die Hand genommen, um es auf den monetaristischen Weg zu führen.

Aktuell begründet die Regierung Schröder ihren Sparkurs jedoch mit der Haushaltskonsolidierung, für die gern Artikel 115 des Grundgesetzes bemüht wird. Doch unabhängig davon, dass die im Grundgesetz gezogene Neuverschuldungsgrenze „zur Abwehr einer Störung des gesamtgesellschaftlichen Gleichgewichts“¹⁷ durchbrochen werden kann, stehen die Sozialbindung des Eigentums in Artikel 14 und das Sozialstaatsgebot in Artikel 20 zweifelsfrei höher als die Vorschriften zur Kreditbeschaffung. Die Sozialbindung des Eigentums - gegen die mindestens durch den Verzicht auf die Vermögenssteuer seit Jahren verstoßen wird - und das Sozialstaatsgebot gehören zu den unveränderbaren Grundsätzen der Verfassung, nicht aber die Grundsätze der Haushaltsführung.

¹⁴ Ebenda, S. 12.

¹⁵ Ebenda, S. 4.

¹⁶ Ebenda, S. 12.

¹⁷ 1. Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Artikel 115, 1.

Die neue Solidarität linker Angebotspolitik

Wenn sich soziale Gerechtigkeit darin erschöpft, die Benachteiligten dieser Gesellschaft auf den Arbeitsmarkt zu bringen, steht selbstverständlich auch die gesellschaftliche Solidarität auf dem Prüfstand der Angebotspolitik. Die Werte Gleichheit und Solidarität werden zu Instrumenten der Wettbewerbsförderung, mit denen in erster Linie das Arbeitsangebot zu verbessern ist. Ungerechtigkeit besteht nur so lange, wie Menschen ihre Arbeitskraft nicht verkaufen können, und Solidarität ist notwendig, damit die Anbieter ihrer Arbeit auch Nachfrager finden. Getreu der neoliberalen Devise, dass sich die Nachfrage stets einstellt, wenn das Angebot nur billig genug ist, konzentriert sich die neue Solidarität auf Lohnsenkung, Flexibilisierung und Deregulierung der Arbeitsbeziehungen.

Wolfgang Streeck, einer der Vordenker im Umfeld des Bündnisses für Arbeit, bringt die neue Solidarität auf den Punkt: „Die bisherige Form der Lohnpolitik wurde bisweilen 'solidarisch' genannt, weil die starken Wirtschaftsbereiche die Löhne in den schwachen Bereichen mit nach oben zogen. Das geht heute nicht mehr. Wir brauchen deshalb eine neue Form der Solidarität: indem wir die Menschen in die Lage versetzen, einen hochproduktiven Arbeitsplatz zu besetzen, der auch einen hohen Lohn erwirtschaftet.“¹⁸ Gemeint ist damit keineswegs die Vermittlung hochproduktiver Arbeitsplätze, sondern die Einrichtung von Niedriglohngruppen und prekärer Beschäftigungsverhältnisse sowie die Ausweitung der Teilzeit, die nach der gängigen Ideologie zum Aufstieg in gut bezahlte Jobs führen. Nach Streeck zu urteilen, müßte sich die gewerkschaftliche Solidarität dementsprechend nicht mehr darauf konzentrieren, mit Hilfe von Tarifverträgen die Konkurrenz zwischen den Beschäftigten zu minimieren, sondern sie auszuweiten. Je größer also die Lohnspreizung und je umfangreicher die Niedriglohnstufen oder Ausnahmeregelungen, desto größer die Solidarität.

Nach der Brockhaus Enzyklopädie wird unter Solidarität ein „unbedingtes Zusammenhalten ... auf Grund gleicher Anschauungen und Ziele“¹⁹ verstanden. Zumindest linguistisch steht damit der Umwertung sozialdemokratischer Werte nichts anderes im Wege als eben die überlieferten Anschauungen und Ziele. Daran aber wird kräftig gearbeitet. Sofern man sich nämlich auf den Boden neoliberaler Anschauungen stellt und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit deutscher Konzerne zum Ziel sozialdemokratischer Politik erhebt, bleibt für solidarische Handeln ein weites Feld – von der Senkung der Lohnnebenkosten bis hin zur Unternehmenssteuerreform.

¹⁸ Wolfgang Streeck, in: Die Zeit v. 15.4.99

¹⁹ Brockhaus, Enzyklopädie, Band 28, S.3132, Mannheim 1995.

Dogan Göçmen

Marx und die Kritik der Moral- und der Gerechtigkeitstheorien

Zur Debatte im englisch-sprachigen Raum über Moral und Gerechtigkeit im Marxschen Werk

1. Einführung

Betrachtet man den Zustand der gegenwärtigen Debatte über Marx und sein Werk im englischsprachigen Raum, so kann man mit E. O. Wright feststellen, daß all die zentralen Elemente des Marxismus, wie die Arbeitswerttheorie als Grundlage für die Analyse des Kapitalismus, der historische Materialismus für das Verstehen und die Analyse der gegenwärtigen historischen Entwicklung, die Analyse der Klassenstruktur und des Klassenkampfes für das Verstehen des Staates und der Ideologie in den 90er Jahren nicht mehr als verbindlich gelten. Bis vor einigen Jahren waren sie in der Diskussion zwischen verschiedenen Schulen des Marxismus mehr oder minder als Ausgangspunkt der Diskussion akzeptiert worden; und die ganze Diskussion in den 70er und 80er Jahren drehte sich um sie. Es gebe gegenwärtig, so Wright, zum einen eine „Flucht“ vieler Intellektueller in den sogenannten „Postmarxismus“, die sich früher mit Marxismus irgendwie identifiziert hätten, und zum anderen lehnten viele Intellektuelle, die sich nach wie vor als Marxisten bezeichnen, all diese ehemals als verbindlich geltenden Elemente des Marxismus zum Teil oder ganz ab.¹ Der Versuch, die gegenwärtige Debatte zu strukturieren und zusammenzufassen, scheint daher unter diesem Eindruck nahezu unmöglich zu sein. Dennoch glaube ich, trotz diesem nüchternen Bild, drei mögliche Ansätze zu erkennen, die für ihre Strukturierung hilfreich sein mögen. Es gibt zwei Diskussionsansätze, die sich zum einen unter dem Eindruck der internationalen politischen Entwicklungen seit Ende der 80er Jahre und Anfang der 90er Jahre im Anschluß an Michael Walzers Buch „Just and Unjust Wars“² und zum anderen im Anschluß an Jacques Derridas Buch „Spectres of Marx: The State of the Debt, the Working of Mourning, and the New Internationalism“³ hervorheben lassen. Zum zweiten gibt es die seit langem andauernde Diskus-

¹ Vgl. E. O. Wright, 1995, S. 11/12.

² M. Walzer, Just and Unjust Wars, New York, 1977; vgl. dazu auch D. Moellendorf, Marxism, Internationalism, and the Justice of War, in: Science & Society, 1994, vol. 58, No.3.

³ Jacques Derrida, Spectres of Marx: The State of the Debt, the Working of Mourning, and the New Internationalism, New York/London, 1994 (orig. Spectres de Marx. L'État de la dette, le travail du deuil et la nouvelle Internationale, Paris, 1993; dt. Marx' Gespenster – der Staat der Schuld, die Trauerarbeit und die neue Internationale, Frankfurt a.M., 1996); vgl. dazu auch E. Macdonald, Deconstruction's Promise: Derrida's Rethinking of Marxism, in: Science & Society, vol. 63, No. 2, Summer 1999.

sion über die Bedeutung und den Platz der Moral und der Gerechtigkeit im Marxschen Werk, deren Geschichte m.E. bis in die 30er Jahre zurückreicht. Während die ersten beiden Diskussionsansätze auf der einen Seite noch sehr entwicklungsbedürftig sind und vom Marxschen Konzept von Moral und Gerechtigkeit nur am Rande handeln, macht die letztere dieses Konzept zum unmittelbaren Gegenstand und will sie in Marx' Gesamtkonzeption der Gesellschaft und des Staats einordnen, die die Frage nach der Natur von Marx' Kapitalismuskritik einschließt.

Es gibt zwei in ihrer Art einmalige Sammelbände, „Marx and Morality“⁴ und „Marx, Justice, and History“⁵, die die ganze Debatte zu dokumentieren versuchen.⁶ Außerdem gibt es einen Forschungsbericht von Norman Geras, „The Controversy About Marx and Justice“⁷, der die Debatte über die Natur des Marxschen Konzepts von Gerechtigkeit nach Positionen und Argumenten strukturiert und in der Auseinandersetzung mit ihnen eigene Positionen entwickelt hat. Geras hat im Jahre 1992 zurückblickend auf die Debatte eine neue Literaturliste veröffentlicht und festgestellt, daß die Debatte seither nichts neues hervorgebracht habe.⁸ Dabei gehe es um die Frage, ob Marx' Kapitalismuskritik auf einer Idee der Gerechtigkeit basiere oder nicht. Die Frage, um die sich die Diskussion dreht, ist, ob Marx ein Moralist oder Immoralist war. Wenn er ein Moralist war, so stellt sich unmittelbar die Frage, wie dieser Moralismus sich zu seiner Theorie von Ideologieformen verhält. Wenn er allerdings ein Immoralist war, der das Konzept von Moral als ein ideologisches Konzept ansah und daher als Grundlage seiner Kritik ablehnte, dann stellt sich die Frage, ob man mit Marx eine Gesellschaft, die auf Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gegründet ist, kritisieren kann.

2. Marx und Engels über Moral- und Gerechtigkeitstheorien

Marx hat bekanntlich die berühmte Unterscheidung zwischen „Basis“ und „Überbau“ in seinem Vorwort „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ getroffen (MEW13, 8). Es ist dieser Grundsatz des historischen Materialismus, um den es sich in der ganzen Diskussion über Marxismus und sein Verhältnis zu Moral- und Gerechtigkeitstheorien dreht. Denn durch diese Entdeckung des historischen Materialismus, daß Moral immer in Zusammenhang mit besonde-

ren Klasseninteressen gebracht werden müsse, glaubten Marx und Engels, daß „aller Moral ... der Stab gebrochen“ wurde (MEW 3, 404). Engels hat davon gewarnt, diesen Grundsatz ökonomistisch auszulegen (MEW 37, 463). Er hat jedoch eingeräumt, daß er und Marx es „teilweise selbst verschulden müssen“, wenn seitens der „Jüngeren zuweilen mehr Gewicht auf die ökonomische Seite gelegt wird, als ihr zukommt“ (MEW 37, 465). Er hat dann das obige Prinzip zumindest einigermaßen zu präzisieren versucht: „Die ökonomische Lage ist die Basis, aber die verschiedenen Momente des Überbaus – politische Formen des Klassenkampfes und seine Resultate – Verfassung, nach gewonnener Schlacht durch die siegende Klasse festgestellt usw. – Rechtsformen, und nun gar die Reflexe aller dieser wirklichen Kämpfe im Gehirn der Beteiligten, politische, juristische, philosophische Theorien, religiöse Anschauungen und deren Weiterentwicklung zu Dogmensystemen, üben auch ihre Einwirkungen auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe aus und bestimmen in vielen Fällen vorwiegend deren Form. Es ist eine Wechselwirkung aller dieser Momente, worin schließlich durch alle die unendliche Menge von Zufälligkeiten ... als notwendiges die ökonomische Bewegung sich durchsetzt.“ (MEW 37, 463. Hervorhebung - im Original).

So verhielt es sich für Marx und Engels auch mit der Moral, die als eines der „an der Wechselwirkung beteiligten Momente“ definiert wurde. Sie haben kein selbständiges Werk über Moral hinterlassen. Zu dem in der „Vorrede“ zu den „Pariser Manuskripten“ (1844) angekündigten diesbezüglichen Vorhaben von Marx (MEW 40, 467) ist es bekanntlich nicht gekommen. In ihren wenigen einschlägigen Äußerungen haben sie jedoch keine Unklarheit darüber gelassen, daß sie Moral neben Metaphysik, Religion, Recht, Politik etc. als ideologische Form ansehen, die in Abhängigkeit von Tätigkeiten in bestimmten gesellschaftlichen Verhältnissen betrachtet werden müsse (MEW 3, 405).

Nimmt man sich die Passagen vor, in denen Marx und Engels sich über Gerechtigkeit geäußert haben, fallen folgende Punkte auf: Es gibt für sie kein „ewiges Gerechtigkeitsprinzip“, von dem aus die bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse kritisiert bzw. alternative Gesellschaftsvorstellungen entwickelt werden können. Die Gerechtigkeitsvorstellungen müssen vielmehr historisch und immer in Zusammenhang mit der vorherrschenden Produktionsweise betrachtet werden. „Die Vorstellung von der ewigen Gerechtigkeit wechselt also nicht nur mit der Zeit und dem Ort, sondern selbst mit den Personen, und gehört zu den Dingen, worunter, wie Müllberger richtig bemerkt, jeder etwas anderes versteht.“ (MEW 18, 277).

Betrachtet man nun von diesem Grundsatz aus den Tausch zwischen den Produktionsagenten, der auf der einen Seite aus Kauf und Verkauf der besonderen Ware Arbeitskraft und auf der anderen Seite der Aneignung des durch die Arbeitskraft geschaffenen Mehrwerts besteht, handelt es sich um einen gerechten Tausch. Dennoch ist das Tauschverhältnis kein harmonisches, sondern es ist vielmehr durch einen grundsätzlichen Widerspruch gekennzeichnet, über dessen Lösung nicht Appelle an das Gewissen oder die Rechtsgefühle

⁴ K. Nielsen und S. C. Patten (Hrsg.), Marx and Morality, Guelph/Ontario, 1981.

⁵ M. Cohen, T. Nagel und T. Scanlon (Hrsg.), Marx, Justice, and History, New Jersey, 1980.

⁶ Diese beiden Bände haben hinsichtlich der Zusammenfassung der Diskussion zwei vielzitierte Vorläufer aus den 60er Jahren: Das sind zum einen R. C. Tuckers „Philosophy and Myth in Karl Marx“ (Cambridge, 1964) und zum anderen Eugena Kamenkas „The Ethical foundations of Marxism“ (London, 1962). Der Grund, warum ich hier von diesen Arbeiten keinen Gebrauch mache, ist, daß sie in den 60er Jahren veröffentlicht worden sind und deshalb die Periode, auf die ich mich konzentrieren möchte, nicht einschließen.

⁷ N. Geras, The Controversy About Marx and Justice, in: New Left Review 150, 1985.

⁸ N. Geras, Bringing Marx to Justice: An Addendum and Rejoinder, in: New Left Review 195, 1992.

entscheiden, sondern letztendlich die Macht, das Kräfteverhältnis zwischen den Produktionsagenten als Klasse (MEW 23, 249).

3. Moralismus versus Immoralismus

Die Antwort auf die Frage, ob Marx ein Konzept von Moral habe oder ob er ein Immoralist sei, hat in der sozialwissenschaftlichen Diskussion bereits zu Beginn der 70er Jahre zwei einander diametral entgegenstehende Grundpositionen zu Tage gefördert. Auf der einen Seite haben wir eine Reihe von Sozialwissenschaftlern/innen und Philosophen/innen, die Marx eine „implizite“ bzw. „integrative“ normative Theorie von Moral zuschreiben und daher behaupten, in Marx' Kritik eine moralische Komponente zu erkennen, wobei sie bei der Frage nach der Zuordnung dieses Konzepts zu einer bestimmten Schule untereinander zerstritten sind.⁹ Dabei interpretieren sie in Marx' Denken entweder einen teleologischen Ansatz oder eine dualistische Trennung zwischen Deskription und Präskription bzw. eine Dichotomie zwischen Sein und Sollen hinein, die Marx' Denken fremd sind. Auf der anderen Seite haben wir eine Reihe von Sozialwissenschaftlern/innen und Philosophen/innen, die die These vertreten, daß Marx ein Immoralist sei. Welche Position sie auch immer vertreten, sie scheinen sich alle über die Grundwerte, auf die sich Marx bei seiner Kritik der kapitalistischen Gesellschaft stützt, einig zu sein. Worum dabei gestritten wird, ist die Frage, ob man diese Grundwerte als moralische Kategorien ansehen oder sie außerhalb der Moral plazieren müsse. Freilich gibt es auch Positionen, die sich zwischen diesen beiden Grundpositionen einordnen. Sie stimmen zwar zum einen mit der Position der Ersteren, daß Marx eine normative Theorie von Moral habe, überein, folgen ihnen jedoch nicht in der Annahme, daß sie nicht in Zusammenhang mit Klasseninteressen gesehen werden dürfe. Sie schreiben sozusagen Marx eine normative Theorie der Moral des „Proletariats“ zu, die sich im Verhältnis zu vorherrschenden Vorstellungen von Moral und Gerechtigkeit entwickle, zugleich aber im Gegensatz zu ihnen stehe. Zum anderen akzeptieren sie die These der anderen, daß die Konzepte von Moral und Gerechtigkeit ideologische Konzepte seien und als solche unter die Elemente des Überbaus einzuordnen seien, folgen ihnen allerdings nicht darin, daß die vorherrschenden Konzepte der Moral und Gerechtigkeit die einzigen Maßstäbe für die Bewertung der distributiven Vorstellungen seien. In ihren Abhandlungen geht es ihnen allerdings nicht so sehr um die Begründung dieser Moraltheorie, sondern sie dient nur als Ansatz zur Begründung einer distributiven Theorie der Gerechtigkeit des „Proletariats“, die sie Marx zuschreiben. Deshalb werde ich diese Position in dem vierten Teil behandeln, in dem ich die Diskussion über Marx hinsichtlich der Gerechtigkeitstheorien darstelle.

⁹ Die interessante Diskussion zwischen allen an der Debatte Beteiligten über die Natur des Marx'schen Konzepts von Moral ist nachzulesen bei R. G. Peffer, 1990, S. 80-114 und S. 268-313.

Douglas Kellner und Charles Taylor sind sich in der Begründung ihrer These, daß Marx eine Moraltheorie habe, sehr ähnlich. Während Taylor Marx eine teleologische Vorstellung von der Natur des Menschen zuschreibt¹⁰, sieht Kellner in Marx' Werk eine historisch normative Theorie von der Natur des Menschen niedergelegt.¹¹ Nach Taylor ist der Kommunismus, für den sich Marx eingesetzt habe, eine teleologische Setzung. Für Kellner hingegen ist die klassenlose Gesellschaft ein „Ideal“, in dem die Ideale von „nichtentfremdeter“ und „nichtausgebeuteter“ Arbeit als Bestandteile der Befreiung und der normativen Theorie von der Natur des Menschen verwirklicht werden solle.¹²

Georg G. Brenkert, der Marx eine ‚implizite‘ „Ethik von Freiheit als Selbstbestimmung“ zuschreibt, bezeichnet Marx im Sinne der Tugendethik der alten Griechen als Moralist. Er unterscheidet in diesem Zusammenhang zwischen Pflichtethik und Tugendethik. Pflichtethik stehe unmittelbar im Zusammenhang mit Recht und möchte den Menschen Verbote auferlegen, ihnen aufoktroieren, was richtig und was falsch sei. Tugendethik im Sinne der alten Griechen hingegen möchte den Menschen keine Verbote auferlegen, ihnen nicht vorschreiben, was richtig und falsch sei, sondern möchte die Menschen zu „bestimmten Tugenden, Vorzügen oder gedeihenden Formen des Lebens“ erziehen, die ihnen ihre freie Entfaltung und Selbstverwirklichung ermöglichen sollen.¹³ Die Frage, ob Marx' Kritik eine moralische Komponente enthalte, wird von Brenkert affirmativ beantwortet. Dabei unterscheidet er zwischen Moral als Bestandteil der Basis als der Gesamtheit der Produktionsverhältnisse und Moral in ihrer institutionalisierten Form als Teil des Überbaus. Marx' Konzept von Basis schließt jedoch nach Brenkert nicht nur moralische, sondern auch nichtmoralische Werte ein. Die moralischen und nichtmoralischen Werte der Basis bzw. des ‚Alltags‘ sind „lebendige Werte, jene Art des Wählens, jene Wünsche, die die Leute tatsächlich haben und welche ihre Handlungen lenken – ohne sie würde es keine Handlung geben. Sie gründen die soziale Existenz der Menschen.“ Die Werte des Überbaus hingegen sind Werte „im sozialen Bewußtsein der Individuen und der Gesellschaft, die kodifiziert, transkribiert, theoretisiert, gesetzlich geworden sind und legal aufgezungen werden.“¹⁴ Die moralischen und nichtmoralischen Werte seien sowohl die Quelle der institutionalisierten Moral, die als Teil der vorherrschenden Produktionsweise operiere, als auch die der im Entstehen begriffenen neuen Produktionsweise, die sich allmählich ausbreite und schließlich zur vorherrschenden Form von Moral werde, sobald die im Entstehen begriffene neue Produktionsweise zur herrschenden Form werde.¹⁵ Die Moral als ganzes

¹⁰ Für eine zusammenfassende Darstellung von Taylors Position siehe B. Ollman, 1976, S. 43 und die dortige Fußnote 10 zum Kapitel 4.

¹¹ D. Kellner, 1981, S. 108.

¹² Ebd., S. 102.

¹³ G. G. Brenkert, 1983, S. 17.

¹⁴ Ebd., S. 39.

¹⁵ Ebd.

darf, nach Brenkert's Interpretation von Marx, weder mit spezifischen Klasseninteressen in Zusammenhang gebracht werden noch in ihrer Gültigkeit auf bestimmte Epochen beschränkt bleiben. Seine Interpretation von Moral nimmt hier zum Teil sowohl relativistische als auch überhistorische Züge an, was sie im Grunde genommen durch die Anlage seiner Interpretation von Marx vermeiden wollte. Es sind nämlich nach Brenkert nicht diese oder jene klassenspezifischen Interessen oder diese oder jene historische Epochen, die diese oder jene moralischen und nichtmoralischen Werte qualifizieren, sondern es geht um die „Verwirklichung praktisch menschlicher Interessen.“¹⁶

R. G. Pfeffer gehört zu neueren Vertretern der These, daß Marx ein Ethiker sei. Er will durch seine dualistische Auslegung des Marx'schen Werks strategisch eine neue Interpretation entwickeln, die sich am Ende mit John Rawls' Moral- und Gesellschaftstheorie zu einer neuen „marxistischen“ Moral- und Gesellschaftstheorie verbinden läßt, was m. E. eine Umkehrung des Marx'schen Ansatzes bedeutet. Er legt dabei einen sehr umfassenden Begriff von Moral zu Grunde und geht von der Grundannahme aus, daß Marx' Denken durch ein Paradox gekennzeichnet sei; daß er nämlich auf der einen Seite jede Form von Moral als Ideologie ansehe und auf der anderen Seite jedoch voll von moralischen Bewertungen sei. Er spreche Empfehlungen und Verurteilungen aus und mache Vorschriften, die auf einer Sorge um menschliches Wohl- bzw. Unwohlsein basieren.¹⁷ Nach Pfeffer bildet Marx' Theorie von Entfremdung und Ausbeutung die Grundlage seiner Moraltheorie, deren Grundwerte „Freiheit als Selbstbestimmung“, „menschliche Gemeinschaft“ und „Selbstverwirklichung“ seien. Sie sind nach Pfeffer in allen Werken von Marx, ob in frühen oder Übergangswerken, ob in Werken der Reifwerdung oder in denen der Reife, in der einen oder anderen Form präsent. Um eine Synthese von Marx' und Rawls' Moral- und Gesellschaftstheorie zu erreichen, macht er zunächst den Versuch, Marx' These, daß Moral eine Ideologieform sei, durch einen meta-ethischen Diskurs zu widerlegen, wobei er sich auf die Tradition des analytischen Marxismus, insbesondere auf die anglo-amerikanische analytisch-linguistische Tradition beruft, was in der Literatur als Methode nicht unumstritten ist. Auf Grundlage dieser Methode analysiert er daher Marx' Konzept von Ideologie und unterscheidet dabei zwischen einem „globalen“ und einem „nichtglobalen“ Konzept von Ideologie. Dieses sei ein bewertendes bzw. kritisierendes, während jenes eher empirisch und deskriptiv und in der Bedeutung umfassender sei. Marx' Konzept von globaler Ideologie sei richtig, jedoch nicht das nichtglobale Konzept von Moral, das der Moral ausschließlich eine konservative Rolle zukommen lasse. Denn Moral müsse ja nicht unbedingt als Rechtfertigung der vorhandenen Herrschaftsstrukturen dienen oder die Wirklichkeit vernebeln bzw. entstellen, sondern sie könne ja auch die bestehenden Verhältnisse kritisieren und zu Gunsten der streikenden Arbeiter/innen, d. h. der Unterdrückten und Ausgebeuteten, Stellung beziehen. Als solche könne die Moral eine fortschrittliche Rolle spielen.¹⁸

¹⁶ Ebd., S. 66.

¹⁷ Pfeffer, 1990, S. 236.

ter/innen, d. h. der Unterdrückten und Ausgebeuteten, Stellung beziehen. Als solche könne die Moral eine fortschrittliche Rolle spielen.¹⁸

Der entschiedenste erkenntnistheoretische Einwand gegen diejenigen, die Marx eine ethische bzw. normative Theorie von Moral zuschreiben, kam, wenn auch in knappen Worten formuliert, von Bertell Ollman. Nach Ollman lassen diese vor allen Dingen außer Acht, daß aus Marx' Sicht „die wirklichen Urteile, die in irgendeiner Situation gebildet werden, Funktionen dieser Situation und der Individuen sind, die in ihr aktiv sind.“¹⁹ Daher können Fakt und Urteil logisch nicht voneinander getrennt werden. Sie hängen vielmehr „durch unzählige Fäden zur realen Welt einschließlich des Lebens, der Klasseninteresse und des Charakters der handelnden Person aufs engste miteinander zusammen.“²⁰ In anderen Worten schließt das Empirische das Normative bereits ein. Aus diesem Grunde ziehe sie vor, zu sagen, daß Marx keine ethische Theorie habe.

Allen W. Wood und Richard W. Miller gehören neben Lewis Feuer, Donald Clark Hodges, Andrew Collier und Antony Skillen als Vertreter der These, daß Marx ein Immoralist sei, zu den prominentesten Philosophen. Sie werden eher als „Orthodoxe“ diffamiert, denn sachlich kritisiert. Obwohl beide zu demselben Schluß kommen, nehmen ihre Argumente jeweils einen anderen Gang. Sehen wir von Woods sowohl stilistisch als auch inhaltlich gut argumentierten einzelnen Gründen ab, führt er m.E. zwei sehr wichtige Argumente auf, die seine These, daß Marx ein Immoralist sei, überzeugend belegen. Zum einen seien die Werte, auf die Marx sich in seiner Kritik der kapitalistischen Gesellschaft stütze, keine moralischen sondern nichtmoralische Werte, weil sie im Rahmen der Lust- und Glücksprinzipien gesehen werden müssten, die „unabhängig von aller Moralbetrachtung als gut ..., als nichtmoralisch gut“ angesehen werden.²¹ „Marx behandelt offenkundig Wohlfahrt, Sicherheit, Solidarität und menschliche Entfaltung als Werte, weil sie das menschliche Leben glücklich und erfüllt machen, und er befürwortet eine sozialistische Revolution, weil er der Meinung ist, daß eine sozialistische Gesellschaft diese Güter in einer Weise realisieren wird, zu welcher der Kapitalismus nicht in der Lage ist. Was Marx als Wert ansieht, präsentiert sich als nichtmoralisches Gut.“²² Zum anderen sei die Moral nach Marx im pejorativen Sinne des Wortes eine Form der Ideologie, die, welche Form sie auch immer annehmen mag, stets das Prinzip der Unparteilichkeit als Ausgangspunkt nehmen muß, d. h. sie muß sich am „allgemeinen“ Interesse orientieren. Der Standpunkt der Allgemeinheit sei allerdings unter den Bedingungen der Klassengesellschaft nicht möglich. „Marx macht deutlich, daß schon der Begriff eines „allgemeinen“ Inter-

¹⁸ Ebd., S. 258f.

¹⁹ B. Ollman, 1976, S. 45.

²⁰ Ebd., S. 45f.

²¹ A. W. Wood, 1986, S. 22 (Hervorh. - im Orig.).

²² Ebd., (Hervorh. - im Orig.).

esses, solange es Klassengesellschaften gibt, eine Selbsttäuschung ist; Allgemeinheit für besondere Klasseninteressen in Anspruch zu nehmen, ist gerade die typische Täuschung von Klassenideologien. Proletarische Revolutionäre aber werden von Marx als frei von solchen Täuschungen bezeichnet. Sie verfolgen die Klasseninteressen der breiten Mehrheit offen und direkt in ihrer empirischen Besonderheit.²³ Richard W. Miller erklärt bereits zu Beginn seines Buches, es sei sein Hauptinteresse, plausible Argumente für ein radikales Abgehen von moralischer Sichtweise zu präsentieren.²⁴ Er betont aber zugleich seinen Unterschied zu Wood. Wohl ausgehend von den Vorwürfen, die gegen Wood vorgebracht worden sind, daß nämlich seine Interpretation von Marx der politischen Handlung keinen Raum lasse, stellt er fest, daß seine Interpretation von Marx' Sicht von Moral und Gerechtigkeit dem politischen Kampf eine unabhängigere Rolle zukommen lasse, als es Woods Interpretation zuließe.²⁵ Mit anderen Worten legt er in seiner Analyse auf das Politische mehr Gewicht. Er stellt zunächst fest, daß man Marx als einen Moralisten ansehen könne, wenn man dabei einen umfassenden Begriff von Moral zugrunde legte, wie es bspw. bei Peffer und vielen anderen an der Debatte Beteiligten der Fall sei. Doch glaubt er, daß der umfassende Begriff eher zum Mißverständnis als zur Klärung von Marx' Sicht über Moral beitrage, weil er ein künstlicher Begriff von Moral sei.²⁶ Man müsse also einen engeren Begriff von Moral zugrunde legen, wenn man Marx' Immoralismus richtig verstehen wolle. Denn Marx' Argumente zielten nicht so sehr gegen die Moral der Individuen als Grundlage ihrer Handlungen im alltäglichen Leben, sondern sie richteten sich in erster Linie gegen die Entscheidungen der politischen und ökonomischen Systeme.²⁷ Er fragt sich dann, so kann man aus seiner Argumentation ableiten, was man als moralisch klassifizieren könne, als relevante Basis für politische Entscheidungen. Er führt dabei drei Prinzipien auf: Gleichheit, allgemeine Normen und Universalität, die, sollen sie philosophisch interessant sein, abstrakt sein müssen, d.h. sie müssen von besonderen sozialen Umständen und Interessen absehen. Das Gleichheitsprinzip beispielsweise erfordere Neutralität zwischen verschiedenen Interessen von Menschen, während das Universalitätsprinzip einen unparteiischen Hinweis auf soziale Umstände aller mit Moral vertrauten historischen Gesellschaften mache. Ebenso verhalte es sich mit dem Prinzip der allgemeinen Normen. Es appelliere ausgehend vom Prinzip der Unparteilichkeit an jedermanns rationale Kapazität. Wenn Marx nun alle dieser Prinzipien als Grundlage für politische Entscheidungen und Handlungen abgelehnt habe, liege der Grund darin, daß er die besonderen Interessen und die besonderen Umstände in seiner politischen Entscheidung berücksichtigt haben wollte. Denn die nichtmoralische

²³ Vgl. ebd., S. 30.

²⁴ R. W. Miller, 1984, S. 16.

²⁵ Ebd., S. 78.

²⁶ Ebd., S. 15.

²⁷ Ebd., S. 17.

Sicht lehne offensichtlich die Neutralität als Handlungsmaxime ab, während die moralische sie sich zu eigen mache. In diesem Sinne muß man Marx nach Miller als einen Immoralisten verstehen.

4. Marx für oder gegen Gerechtigkeitstheorie?

In der Rezeption einer Marx'schen Gerechtigkeitstheorie haben sich, ebenso wie in der Diskussion über Marxismus und Moral, zwei einander diametral entgegenstehende Diskussionsstränge entwickelt. Was sie vor allem auszeichnet, ist ihre unterschiedliche Herangehensweise an das Marx'sche Werk. Während die einen sich ihm ideengeschichtlich wie konzeptionell annähern, möchten die anderen es sich eher methodologisch von der Sphäre der Erscheinung in die Sphäre der Wirklichkeit herabsteigend aneignen. Der springende Punkt, um den es in der Diskussion über Marx hinsichtlich der Gerechtigkeitstheorien geht, ist seine Theorie der Ausbeutung. Die Frage, die dabei gestellt wird, ist, ob Marx' Theorie der Ausbeutung sich auf eine Idee der Gerechtigkeit stützt bzw., ob man den Äquivalententausch zwischen dem Kapitalisten und dem Arbeiter, den Marx beschreibt und kritisiert, nach ihm als einen gerechten oder ungerechten Tausch bezeichnen müsse?

Marx hat bekanntlich seine Theorie der Ausbeutung im Rahmen seiner Theorie des Mehrwerts formuliert, die allerdings nicht auf eine ausschließliche Ausbeutungstheorie reduziert werden darf. In der Sphäre der Zirkulation begegnen sich der Arbeiter und der Kapitalist „auf dem Markt und treten in Verhältnis zueinander als ebenbürtige Warenbesitzer, nur dadurch unterschieden, daß der eine Käufer, der andere Verkäufer, beide also juristisch gleiche Personen sind.“ (MEW23, 182).

Der Austausch der besonderen Ware Arbeitskraft zwischen den beiden Produktionsagenten stellt sich zunächst als ein Äquivalententausch dar. Verlassen wir allerdings die Sphäre der Zirkulation, d. h. die Ebene der Erscheinung, und dringen in die Sphäre der Produktion ein, erweist sich der Äquivalententausch als bloße Illusion. Denn: In der „Surplusarbeitszeit“ schafft die Arbeitskraft einen Wert, der über den bereits bezahlten Wert hinausgeht, und dieser wird vom Kapitalisten ohne Äquivalent angeeignet (Exploitation). Marx selber hat in seinem Werk unzählige Male darauf hingewiesen, daß diese Aneignung gerecht sei.²⁸ Die einen an der Debatte Beteiligten, behaupten,

²⁸ Hier kann man bspw. eine Stelle aus dem dritten Band des „Kapital“ zitieren, auf die in der Debatte sehr häufig hingewiesen wird: „Mit Gilbert (...) von natürlicher Gerechtigkeit hier zu reden, ist Unsinn. Die Gerechtigkeit der Transaktionen, die zwischen den Produktionsagenten vorgehen, beruht darauf, daß diese Transaktionen aus den Produktionsverhältnissen als natürliche Konsequenz entspringen. Die juristischen Formen, worin diese ökonomischen Transaktionen als Willenshandlungen der Beteiligten, als Äußerungen ihres gemeinsamen Willens und als der Einzelpartei gegenüber von Staats wegen erzwingbare Kontrakte erscheinen, können als bloße Formen diesen Inhalt selbst nicht bestimmen. Sie drücken ihn nur aus. Dieser Inhalt ist gerecht, sobald er der Produktionsweise entspricht, ihr adäquat ist. Er ist ungerecht, sobald er ihr widerspricht. Sklaverei, auf Basis der kapitalistischen Produktionsweise, ist ungerecht; ebenso der Betrug auf die Qualität der Ware.“ (MEW 25, 351f).

daß sie nach Marx ungerecht sei, die anderen halten dagegen, daß man sie aus der Sicht der Gerechtigkeit nicht kritisieren könne.

Was im englischsprachigen Raum in der Debatte über Marx' Werk hinsichtlich der Gerechtigkeitstheorien mittlerweile die „Tucker-Wood-These“ genannt wird, verbindet sich mit den Namen Robert C. Tucker und Allen W. Wood und bringt den Versuch zum Ausdruck, ideengeschichtlich wie konzeptionell zu begründen, warum Marx' Kritik nicht auf einer Idee der Gerechtigkeit basiere; ein Versuch, der Marx' Konzept von Gerechtigkeit in seine Gesamtkonzeption von Gesellschaft und Staat einordnen möchte. Die These wurde zwar zunächst von Tucker und Wood, von jedem auf seine Art, begründet, wird aber bei weitem nicht mehr nur von ihnen vertreten.²⁹ Dabei ist der Ausgangspunkt für beide Marx' Konzept von Basis und Überbau, bei Tucker eher implizit, bei Wood hingegen explizit. Nach Woods Interpretation von Marx sind die Elemente der Basis bestimmende Momente, während die des Überbaus bestimmte Momente – Momente der „Rückwirkung“ –, sind. Das Konzept von Gerechtigkeit, so führt Wood weiter aus, ist aus Marx' Sicht „der höchste Ausdruck der Rationalität von gesellschaftlichen Fakten“; es wird vom „juristischen Standpunkt her“ formuliert. „Dieser Standpunkt ist jedoch immer ein Standpunkt der bestimmten Momente einer gegebenen Produktionsweise, der politischen Autorität oder des Staatsrechts.“ Der Staat ist ein Ausdruck, eine Bestimmung, der vorherrschenden Produktionsweise. Sein Standpunkt ist ein juristischer Standpunkt, und die Konzeptionen von Recht und Gerechtigkeit, welche diesen Standpunkt zum Ausdruck bringen, können rational nur richtig erfaßt werden, wenn sie im erforderlichen Zusammenhang mit anderen Bestimmungen des sozialen Lebens gesehen und hinsichtlich ihrer Rolle innerhalb der vorherrschenden Produktionsweise begriffen werden.³⁰ Eine Betrachtungsweise, die von Tucker etwa mit folgenden Worten zum Ausdruck gebracht wurde: „Die einzig anwendbare Norm von dem, was recht und gerecht ist, ist eine, die dem existierenden ökonomischen System immanent ist. Jede Produktionsweise hat ihre eigene Distributionsweise und Form von Gerechtigkeit, und es ist sinnlos, sie von einem anderen Standpunkt her zu kritisieren.“³¹ Staat, Gesetz und Recht widerspiegeln oder reflektieren die Produktion, aber in einer verzerrten oder mystifizierten Form.³² Legt man nun das Konzept von Gerechtigkeit zu Grunde, eigne man sich nach Marx, so Wood weiter, ein verzerrtes Konzept von Realität an.³³

Wie muß man aber Marx' Kritik verstehen, wenn sie keine gerechtigkeits-theoretische Kritik an den Ausbeutungsverhältnissen ist? Gehen wir von Tucker aus, so müssen wir feststellen, daß Marx' Kritik der Ausbeutung sich nicht auf

²⁹ Siehe für eine umfassende Literaturliste, Geras, 1985, S. 48 und ders., 1992, S. 38.

³⁰ Vgl. A. W. Wood, 1980, S. 13.

³¹ R. C. Tucker, 1969, S. 46.

³² A. W. Wood, 1980, S. 15.

³³ Ebd., S. 14.

eine Idee der Gerechtigkeit stützt. Dies beweist seine Kritik von Proudhons *fédération mutualiste*, die sich auf die Prinzipien der Reziprozität und der ewigen Gerechtigkeit gründet, zu Genüge. Die Werte, auf die sich Marx in seiner Kritik stütze, seien das Solidaritäts- und Bedürfnisprinzip.³⁴ Seine Interpretation liest sich allerdings so, als würde Marx Gerechtigkeitstheorien aus taktischen Gründen ablehnen. Denn er geht von der Annahme aus, daß Marx die Gerechtigkeitstheorien als Grundlage seiner Kritik abgelehnt habe, weil sie, wenn man sich auf Gerechtigkeit als Grundlage einer Gesellschaftstheorie bzw. der Kritik einließe, dies notwendigerweise zu reformistischen Konzepten von Politik führen müsse, die dann zwischen den antagonistischen Interessen einen Ausgleich suchen müßten. Marx' Kritik wollte jedoch zwischen den antagonistischen Interessen nicht vermitteln, sondern sie aufheben.³⁵

Wood macht an dieser Stelle seine Differenz zu Tucker deutlich und stellt fest, daß es Marx nicht so sehr um das „Wollen“ oder „Glauben“ an diese oder jene Ideale geht, sondern um objektive Begründung seiner Position. „Ich denke“, so Wood, „es wäre in der Tat falsch anzunehmen, daß Marx' Kritik von Kapitalismus in irgendeinem moralischen oder sozialen Ideal oder Prinzip verwurzelt ist.“ Die Ablehnung der Idee der Gerechtigkeit seitens Marx darf nach Wood daher nicht auf eine taktische Überlegung zurückgeführt werden, sondern sie muß vielmehr in Zusammenhang mit seiner Gesamtkonzeption der Gesellschaft und des Staats gesehen werden. Marx' Kritik umfasse nämlich eine Gesamtheorie des Kapitalismus als konkrete, historische Produktionsweise; sie stütze sich auf eine einheitliche und essentielle Analyse der inneren Funktionsweise und ihrer Stellung in der Geschichte der Menschheit. Daher dürfe Marx' Kritik der Ausbeutung nicht als eine gerechtigkeits-theoretische Kritik verstanden werden, andernfalls käme dies einer Vernichtung seiner Errungenschaften gleich, die er durch seine Kritik der auf Ricardo zurückgehenden Sozialisten erzielt habe. Es geht aus den bisherigen Ausführungen eindeutig hervor, daß sowohl Tucker als auch Wood den Tausch zwischen den Produktionsagenten als gerecht erachten. Denn der Arbeiter als Besitzer der Ware Arbeitskraft, deren Wert wie jede andere Ware durch die zu ihrer Reproduktion nötige Arbeitszeit bestimmt wird, tauscht seine besondere Ware gegen ein Äquivalent. Vollziehe sich nun der Tausch zwischen dem Arbeiter und dem Kapitalisten auf Grundlage des Wertgesetzes, so sei dies als ein gerechter Tausch zu erachten. Die Aneignung des Mehrwerts durch den Kapitalisten könne daher nicht als „Raub“ oder „Diebstahl“ bezeichnet werden.

Einer der bekanntesten Vertreter der These, daß Marx eine normative Theorie von Klassenmoral und eine entsprechende Vorstellung von Gerechtigkeit habe³⁶, ist Ziyad I. Husami. Er kritisiert zunächst Tucker und Wood darin, daß sie Marx einen Moralpositivismus zuschrieben, wenn sie behaupteten, daß die

³⁴ Vgl. Tucker, 1969, S. 37-42.

³⁵ Ebd., S. 51.

³⁶ Siehe für eine umfassende Literaturliste N. Geras, 1985, S. 49 und ders., 1992, S. 38.

einzigen anwendbaren Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen die der vorherrschenden Produktionsweise seien.³⁷ Er unterscheidet dabei zwischen zwei Ebenen der Entstehung der Moral- und Gerechtigkeitsvorstellungen als Ideologieformen. Das sind zum einen die Produktionsweise und zum anderen die Klassenstrukturen der Gesellschaft. Bedingt durch die Klassenstruktur der Gesellschaft entstünden zwei Vorstellungen von Moral und Gerechtigkeit. Zum einen die des Kapitalisten und zum anderen die des „Proletariats“. Demnach sei der Tausch zwischen den Produktionsagenten aus der Sicht des Kapitalisten zwar gerecht, aber nicht aus der Sicht des Proletariats. Was für den Kapitalisten gerecht sei, erscheine nach Marx, so die Argumentation von Husami, als „Raub“ bzw. „Diebstahl“. Marx erachte außerdem die Gerechtigkeit in seiner Kritik der kapitalistischen Gesellschaft nicht nur als systemimmanent, sondern operiere auch mit einer dem System externen Gerechtigkeitstheorie – einer Gerechtigkeitstheorie, die vom Standpunkt des Proletariats auf Grundlage des „postkapitalistischen Standards“ formuliert sei.³⁸

Philip J. Kain behauptet ebenso wie Husami, daß Marx' Kritik der kapitalistischen Gesellschaft auf einer Idee der Gerechtigkeit basiere. Er stimmt mit Husami ebenfalls überein, daß diese Idee der Gerechtigkeit von einer Vorstellung einer höheren Gesellschaftsformation als dem Kapitalismus abgeleitet sei. Er führt allerdings im Unterschied zu Husami ein weiteres Argument ein. Nach Kain liege Husami, verglichen mit Wood, zwar näher an der Wahrheit, seine Interpretation lasse jedoch den Kapitalismus „gerecht“ und „ungerecht“ zugleich erscheinen. Kain geht dabei von Marx' methodologischer Unterscheidung zwischen Erscheinung und Wirklichkeit aus und behauptet, daß Marx den Tausch zwischen den Produktionsagenten nur auf der Ebene der Erscheinung als gerecht erachte, jedoch nicht auf der Ebene der Wirklichkeit. Denn was auf der Ebene der Erscheinung als gerechter Tausch zwischen den freien und gleichen Personen erscheine, stelle sich nach Marx auf der Ebene der Wirklichkeit als ein ungerechter Tausch zwischen ungleichen Personen dar. Die kommunistische Gesellschaft, für die Marx sich eingesetzt habe, wolle die Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit wirklich herstellen.³⁹

5. An Stelle eines Schlußworts

Marx und Engels wollten durch die Kritik der kapitalistischen Gesellschaft die wissenschaftliche Begründung des Sozialismus schaffen, der sie nahezu ihr ganzes Leben gewidmet haben. Sie wollten im Gegensatz zu vielen Sozialisten ihrer Zeit die Begründung nicht von einem Begriff, Ideal oder Prinzip ableiten, sondern aus der Analyse der ökonomischen Grundwidersprüche der kritisierten Gesellschaft. Schreibt man ihnen nun eine Theorie der Moral oder der Gerechtigkeit zu, stellt man sie auf dieselbe Ebene mit all denen, die sie

³⁷ Z. I. Husami, 1980, S. 51.

³⁸ Vgl. ebd., S. 47-56.

³⁹ Vgl. P. J. Kain, 1986, S. 531-540.

kritisiert haben, die ihre alternativen Gesellschaftsvorstellungen von irgendwelchen moralischen Prinzipien abgeleitet hatten. Daher scheint Woods Position der von Marx' und Engels' am nächsten zu liegen.

Paul A. Baran hat in seinem Aufsatz „Marxismus und Psychoanalyse“ aus dem Jahre 1960 beklagt, daß der Marxismus in vielen Bereichen versäumt habe, „mit dem Gang der Dinge Schritt zu halten“⁴⁰, weil den Marxisten die Argumente „bereits in den Schriften von Marx und Engels und ihrer unmittelbaren Nachfolger formuliert“ zu sein schienen.⁴¹ Es sei jedoch „für die Entwicklung der marxistischen Theorie unerlässlich ..., sich mit den Ergebnissen der bürgerlichen Lehren zu befassen, ihre beachtenswerten Forschungen aufzunehmen und anzuerkennen; das schließt Kritik an den ideologischen Bestandteilen dieser Lehren nicht aus. Aber Kritik hat Rezeption zur Bedingung: Kenntnis und Analyse.“⁴² In einem anderen Zusammenhang und aus einem anderen Anlaß ist Hans Heinz Holz etwa zu demselben Schluß gekommen.⁴³ Holz warnt vor zu schnellen Schlüssen in bezug auf anderslautende Positionen. Obwohl er den erkenntnistheoretischen Pluralismus für widersinnig erklärt, erachtet er die „Pluralität von Konzepten“ bzw. die „Pluralität der Meinungen“ als unerlässlich für den „Fortschritt des Wissens“ bzw. den „Weg zur einen Wahrheit“. Dabei vollzieht sich Erkenntnis nach Holz „nicht einfach nur durch Auffinden von Wahrheiten, sondern immer auch auf dem Umweg über Irrtümer und ihre Korrektur“.⁴⁴ Die von Wood ausgelöste Diskussion hat sich in diesem Sinne als fruchtbar erwiesen. Das bleibt sein Verdienst. Alle Beteiligten haben zur Klärung verschiedener Aspekte von Marx' Werk beigetragen. Obwohl Peffers Versuch, Marx und Rawls zu vereinigen, m.E. nicht gelungen ist, muß dennoch sein Hinweis auf Parallelen zwischen Marx und Rawls ernsthaft überprüft und müssen ggf. die Gemeinsamkeiten und Unterschiede herausgearbeitet werden. Brenkerts Verdienst besteht darin, in der Auseinandersetzung mit „technologisch-deterministischen“ Interpretationen des Marx'schen Werks das Marx'sche Konzept des Subjekts, das die Notwendigkeit und Freiheit zu einer Einheit verbindet, argumentativ herausgearbeitet zu haben. Er hat aufgezeigt, daß Marx' Konzept vom Subjekt nicht strukturalistisch interpretiert werden darf. Das Subjekt wird von Marx vielmehr innerhalb der gegebenen Strukturen als freies und insofern als handelndes Subjekt betrachtet.⁴⁵ Ein Konzept, das dem des Aristoteles sehr ähnlich, wenn auch nicht gleich ist.⁴⁶

⁴⁰ P. A. Baran, 1968, S. 76.

⁴¹ Ebd., S. 77.

⁴² Ebd.

⁴³ H. H. Holz, 1992, S. 30.

⁴⁴ Ebd.

⁴⁵ Brenkert, 1983, S. 30.

⁴⁶ „Lächerlich ist es dann, das von außen Kommende anzuklagen und nicht vielmehr sich selbst, weil man durch dieses so leicht zur Strecke gebracht werden kann.“ (Aristoteles, 1997, S. 133).

Literatur

- Aristoteles, Nikomachische Ethik, ausgewählt und vorgestellt von Annemarie Pieper, München 1997
- P. A. Baran, Marxismus und Psychoanalyse, in: ders., Unterdrückung und Fortschritt, Frankfurt/M. 1968
- G. G. Brenkert, Marx's ethics of freedom, London/Boston/Melbourne/Henley 1983
- F. Engels, Zur Wohnungsfrage, in: MEW 18, Berlin 1981
- F. Engels, Brief an Joseph Bloch vom 21. September 1890, in: MEW 7, Berlin 1986
- N. Geras, The Controversy About Marx and Justice, in: New Left Review 150, 1985
- N. Geras, Bringing Marx to Justice: An Addendum and Rejoinder, in: New Left Review 195, 1992
- W. F. Haug, Marx, Ethik und ideologische Formbestimmtheit von Moral, in: E. Angehrn und G. Lohmann (Hrsg.), Ethik und Marx, Frankfurt/M. 1986
- H. H. Holz, Niederlage und Zukunft des Sozialismus, Essen 1992
- Z. I. Husami, Marx on Distributive Justice, in: M. Cohen, Th. Nagel und Th. Scanlon (Hrsg.), Marx, Justice, and History, New Jersey 1980
- P. J. Kain, Marx, Justice, and The Dialectic Method, in: Journal of the History of Philosophy 24: 4, October 1986
- D. Keller, Marxism, Morality, and Ideology, in: K. Nielsen and S. C. Patten (Hrsg.), Marx and Morality, Guelph/Ontario 1981
- W. I. Lenin, Was sind die „Volksfreunde“ und wie kämpfen sie gegen die Sozialdemokraten?, in: Werke, Bd. 1, Berlin 1961
- K. Marx, Die deutsche Ideologie, in: MEW 3, Berlin 1983
- K. Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: MEW 13, Berlin 1985
- K. Marx, Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 1, in: MEW 23, Berlin 1988
- K. Marx, Das Kapital – Kritik der politischen Ökonomie, Bd. 3, in: MEW 25, Berlin 1988
- K. Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, in: MEW 40, Berlin 1985
- R. W. Miller, Analysing Marx – Morality, Power and History, New Jersey 1984
- B. Ollman, Alienation – Marx's Conception of Man in Capitalist Society, Cambridge 1976
- R. G. Peffer, Marxism, Morality, and Social Justice, Princeton/Oxford 1990
- R. C. Tucker, The Marxian Revolutionary Idea, London 1969
- A. W. Wood, The Marxian Critique of Justice, in: M. Cohen, Th. Nagel und Th. Scanlon (Hrsg.), Marx, Justice, and History, New Jersey 1980
- A. W. Wood, Marx' Immoralismus, in: E. Angehrn und G. Lohmann (Hrsg.), Frankfurt, 1986
- E. O. Wright, What is Analytical Marxism?, in: T. Carver und P. Thomas (Hrsg.), Rational Choice Marxism, London 1995
- W. S. Wygodski, Die Geschichte einer großen Entdeckung, Berlin 1967

Fritz Fiehler

Die gerechte, freie und anständige Gesellschaft bei Rawls, Hayek und Margalit

Oder: Täuschung und Enttäuschung mit dem Lohnzettel

Was eine liberale Tagträumerei ist, hat Karl Polanyi (1886-1964) auf den Punkt gebracht. Es ist das durchaus befriedigende Gefühl, für alles bezahlt zu haben, niemandem etwas schuldig sein und nicht am Gezänk in Politik und Öffentlichkeit beteiligt zu sein. (Polanyi 1990, S. 341) Es ist Tagträumerei, weil jeder Lohnzettel für das Erwachen sorgt. Steckt schon der Bruttolohn die Welt ab, kommt seine Schrumpfung zum Nettolohn einer monatlichen Ent-eignung gleich. Nicht zu reden von wöchentlichen Kontoauszügen oder gar der jährlichen Steuererklärung. „Es ist allgemein Gewohnheit“, hatte der Sozialstaatstheoretiker Thomas H. Marshall 1972 geschrieben, „den Nettolohn mit dem gleichzusetzen, was man nach Hause trägt, und die Abzüge als vollständigen Verlust zu sehen und den Versicherungsbeiträgen der Arbeitgeber oder den Guthaben, die langsam aufgebaut werden und auf die man in der Zukunft zurückgreifen kann, keine oder nur wenig Aufmerksamkeit zu schenken. Forderungen nach Einkommenserhöhungen werden nicht bewußt mit der gleichzeitigen Zunahme des sozialen Einkommens in Verbindung gebracht.“ (Marshall 1992, S. 115) Einkommen und Abzüge sind der Verdruß, allerdings Beschäftigungslosigkeit auch. Insofern kann beim Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler nur stehen bleiben, wer das Budget für das ‚Gewissen der Nation‘ (Gladstone) hält. Daß diese finanzielle Misere nur durch wirtschaftliches Wachstum aufzulösen ist, dürfte Steuerzahlern schon bewußt sein. Die Fragen, wie dieses Wachstum zustande kommen und aussehen soll, wären freilich substantieller. Und insofern ist die gegenwärtige Debatte über soziale Gerechtigkeit sicherlich weder von einer verdrießlichen Leistungsbereitschaft noch von der Bereitschaft zu verteilungspolitischer Anpassung zu trennen. Es geht um den Gegensatz von Arm und Reich sowie die Frage, wieviel Gegenseitlichkeit diese Gesellschaft verträgt. „Deutschland steckt in der Gerechtigkeitsfalle“, befindet der SPIEGEL. „Nur wer die Deutungshoheit erobert, was als sozial gerecht zu gelten hat, hat Aussicht auf Politik und Gestaltungsfähigkeit.“ (SPIEGEL 37/1999)

Die gerechte Gesellschaft

In dieser Debatte über das Einkommen, seine Aufteilung zwischen Bezieher und Staat sowie die dadurch ermöglichte Staatstätigkeit ist der Name John Rawls aufgetaucht, der bislang allein Studenten der Philosophie oder Politikwissenschaft zu interessieren hatte. Der erwähnte SPIEGEL macht ihn mit dem Hinweis bekannt, daß soziale und ökonomische Unterschiede unter Umständen ein Vorteil für alle sein könnten (ebenda). Rawls ist der Verfasser der

1971 veröffentlichten (und 1975 ins Deutsche übersetzten) ‚Theorie der Gerechtigkeit‘, die seit ihrem Erscheinen immer wieder neue Auslegungen durch ihren Autor als auch von seiner professionellen Gemeinde erfahren hat (Rawls 1993). Was macht diesen 78jährigen Philosophen, was macht dieses 28 Jahre alte Standardwerk, was macht seine Regale füllende ‚Sekundärliteratur‘ interessant? Unverkennbar geht es Rawls um die Überzeugung, daß sich die Grundstrukturen dieser Gesellschaft einer ursprünglichen Abmachung ihrer Mitglieder verdanken. Die Frage, wie dieser Gesellschaftsvertrag zustande gekommen ist und wie er in den Köpfen der Gleichen und Freien immer wieder bekräftigt wird, hat der Harvard-Professor zu einer ziemlich abstrakten Sache gemacht. Seine liberalen Intentionen hat Polanyi zuvor treffend interpretiert. „Der Glaube an die Möglichkeit einer allein vom Wunsch und Willen der Menschen geformten Gesellschaft war eine Illusion. Dennoch war sie das Ergebnis einer marktmäßigen Vorstellung von der Gesellschaft, die Volkswirtschaft mit Vertragsbeziehung gleichsetzte, und Vertragsbeziehungen mit Freiheit.“ (Polanyi 1990, S. 341) Rawls geht es schließlich um entsprechende Eingriffe in die gesellschaftliche Entwicklung. Auch in diesem Punkt bleibt der Magister klassischen Versprechungen treu. Schließlich hatte sich John Locke (1632-1704) für eine Begrenzung des Eigentums ausgesprochen. „So viel Land jemand pflügen, bepflanzen, fruchtbar machen oder bestellen und so viel er von dessen Erträge nutzen kann, so viel ist sein Eigentum.“ (Locke 1980, S. 119) Allein diese in Erinnerung gerufene Abmachung, davon ist der amerikanische Philosophie-Lehrer überzeugt, kann die politische und wirtschaftliche Verfassung wieder genießbar machen.

Die von Rawls an das verteilungspolitische Tageslicht gebrachte Abmachung enthält zwei Grundsätze, nämlich das Freiheits- und das Differenzprinzip. Während der Freiheitsparagraph jedem das ‚Recht auf das umfangreichste System gleicher Grundfreiheiten‘ verspricht, bindet der Differenzgrundsatz Ungleichheit an die Bedingung, daß sie sich als zu jedermanns Vorteil erweise. Genauer: „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, daß (a) vernünftigerweise zu erwarten ist, daß sie zu jedermanns Vorteil dienen, und (b) sie mit Positionen und Ämtern verbunden sind, die jedem offen stehen.“ (ebenda, S. 81) Sicherlich besteht die ‚News‘ im Differenzprinzip. Sie bringt das Bemühen zum Ausdruck, den Sozialstaat mit dem Rechtsstaat in Einklang zu bringen. Natürlich ist die Botschaft für die Sozialdemokratie attraktiv, weil diese ‚principles‘ auf die Gleichheit der sozialen Chancen bestehen. Und liberale Geister werden mit Genugtuung feststellen, daß sie soziale Ungleichheit anerkennt, wenn auch unter wohldefinierten Bedingungen. Die Akkumulation des Kapitals ist akzeptabel, darauf läuft das Rasonieren über Rawls & Company hinaus, wenn sie sich in letzter Instanz auch als eine Verbesserung der am schlechtesten Gestellten erweist. „Ich selber glaube“, schreibt John Maynard Keynes (1883-1946), „daß bedeutsame Ungleichheiten von Einkommen und Reichtum gesellschaftlich und psychologisch gerechtfertigt sind, aber nicht so große Unterschiede, wie sie heute bestehen.“ (Keynes 1974, S. 315) Der entscheidende Einwand in der ‚General Theory‘ lautet,

daß die Balance zwischen der Gleichheit der Chancen und der Ungleichheit der Ergebnisse nur aufrecht erhalten werden kann, wenn die Gesellschaft ihren Überfluß von Arbeit und Kapital unter Kontrolle hat.

Die freie Gesellschaft

Friedrich August von Hayek (1899-1992) kann sich weder mit der Idee von der gesellschaftlichen Vereinbarung, noch mit Staat und Gesellschaft übergreifende Prinzipien, geschweige denn mit entsprechender Gestaltung anfreunden. Im Gegenteil: Hayek ist von einer politischen Verbiegung des Rechts überzeugt. Hayek gehört zu den Ökonomen, die zu Beginn dieses Jahrhunderts das konjunkturelle Phänomen mit einer Theorie der Geldwirtschaft erklären wollten. Keynes unterlegen, hat sich Hayek in der Nachkriegszeit ganz darauf verlegt, die idealisierte Konkurrenz gegen die schlechte Wirklichkeit des Interventionismus auszuspielen. Hayek hat in Wien, London, Chicago und Freiburg gelehrt. Jedenfalls hat sich Hayek knapp zehn Jahre mit der ‚Theorie der Gerechtigkeit‘ auseinandergesetzt, obgleich er seinen Kontrahenten in seinem dreibändigen Werk ‚Recht, Gesetzgebung und Freiheit‘ nur zweimal in Fußnoten erwähnt (Hayek 1980 und 1981). Dabei läßt sich der liberale Ökonom von der Unterscheidung zwischen spontaner Ordnung (Konkurrenz) und Organisation leiten. Dabei müsse die ‚distributive Gerechtigkeit‘ (Umverteilung) die Ausnahme bleiben, da sie mit der spontanen Ordnung gänzlich unvereinbar sei. Insbesondere stört sich Hayek am politischen Majoritätsprinzip (Demokratie), die „notwendig zu einer allmählichen Transformation der spontanen Ordnung einer freien Gesellschaft in ein totalitäres System führt ...“ (Hayek 1980, S. 14). Hayek wendet sich gegen die Vorstellung vom ursprünglichen Vertrag. Nicht einmal für die Einrichtungen des gesellschaftlichen Überbaus (Recht, Staat, Sprache), so sein Argument, treffe zu, Ergebnis menschlicher Entwürfe zu sein. Der irrtümliche Grundgedanke des Konstruktivismus sei, „daß der Mensch die Einrichtungen der Gesellschaft und Kultur selbst gemacht hat und sie daher auch nach seinem Belieben ändern kann“ (Hayek 1996a, S. 17).

Das Hayeksche Oeuvre ist für uns in mehrfacher Hinsicht aufschlußreich. Zunächst bestätigt es einen Verdacht, das sei nur am Rande bemerkt, den Keynes geäußert hat: Die Lehre vom Freihandel sei durch und durch staatsphilosophischer Natur. Wesentlich interessiert uns natürlich der von Hayek zugespitzte Gegensatz von Verteilung und politischer Umverteilung. „Der Versuch, durch Umverteilung der Einkommen eine ‚gerechte‘ Verteilung der Einkommen zu erzielen“, kritisiert Hayek, „muß darum aus drei Gründen scheitern: Niemand weiß, und kaum zwei Menschen könnten sich darüber einigen, was eine gerechte Verteilung der Einkommen wäre; keine solche der Wirtschaft von außen auferlegte Einkommensskala könnte ohne totalitäre Beherrschung aller wirtschaftlichen Tätigkeit durchgesetzt werden; und die Folge müßte eine starke und progressiv zunehmende Verminderung der Produktivität der Wirtschaft sein, das heißt Verarmung sein.“ (Hayek 1996 a, S. 197)

Insofern hält Hayek den Ruf nach ‚sozialer Gerechtigkeit‘ schlicht für sinnlos. Er kann sie sich nur als ein Überbleibsel eines ursprünglichen Hordenbewußtseins erklären. Natürlich hätten Jäger und Sammler ihre Beute unter den Gesichtspunkten der Versorgung aufteilen müssen. Insofern beruhe das Streben nach ‚sozialer Gerechtigkeit, und mit ihm der ganze Sozialismus‘ auf einem ‚Atavismus‘. Oder deutlicher: Existenzberechtigung hat nur, wer ein Waren- oder Geldbesitzer ist. „Aus der bloßen Tatsache seiner Existenz kann niemand ein Recht oder einen moralischen Anspruch gegenüber einem anderen ableiten ... Eine so grausam anmutende Vorgangsweise wie die jener Eskimostämme, die am Beginn der jährlichen Wanderperiode Alte und Schwache dem Tod preisgeben, mag für diese Menschen dringend notwendig sein, um ihre Kinder bis in die nächste Wanderperiode überleben zu lassen ... Subjektive Rechtsansprüche ergeben sich aus dem Beziehungssystem, denen der Anspruchswerber dadurch angehört, daß er selbst sie erhalten hilft.“ (Hayek 1996b, S. 163)

Vor allem hat Hayek auch eine Erklärung für den Wechsel in der wirtschaftlichen Einstellung. Zunächst hätte die Sozialstruktur, wie der liberale Ökonom 1963 auf einem Sparkassenkongreß in Wien referiert, aus selbständig Erwerbenden bestanden. „Für sie gab es kein festes Einkommen als Normalzustand, und das große Problem ihres Lebens und damit des Lebens der großen Mehrheit der Bevölkerung, das vor jeder Steigerung ihres Konsums den Vorrang hatte, war, ihr Kapital zu erhalten und möglichst zu vergrößern.“ (Hayek 1994, S. 28) Durch die Entwicklung der modernen Industrie sei daraus eine Mehrheit der unselbständig Erwerbenden geworden. Das habe andere Anschauungen, Wertungen und Lebensstile hervorgebracht. Der unselbständig Erwerbende denke an Einkommen, nicht an Kapital. Dieser ziehe die Sicherheit der Risikobereitschaft vor. „Die Folge davon aber ist, daß eine immer größer werdende Mehrheit der Bevölkerung als unselbständig Erwerbende keinen direkten Einblick mehr in die Entscheidungen und Probleme hat, von denen Wohlstand und Wirtschaftsentwicklung nichtsdestoweniger immer noch in gleichem Maße abhängen, wie sie das in der Vergangenheit getan haben.“ (ebenda) Auf diese Mehrheiten sei der Staat mit Einkommenspolitik und sozialer Sicherheit eingeschwenkt. Dabei könne diese Sozialpolitik so weit getrieben werden, „daß sie dem einzelnen die Sorge für die Zukunft völlig abnimmt und er weder für sein Alter noch für Krankheit oder andere Notfälle selbst vorzusorgen braucht“ (ebenda, S. 29).

Die anständige Gesellschaft

Bislang haben wir uns auf zwei Wege eingelassen, um das Problem der sozialen Gerechtigkeit einzugrenzen. Mit John Rawls haben wir uns gefragt, wie können Rechte, Einkommen, Vermögen und Selbstbewußtsein so verteilt sein, daß keiner unter einen minimalen Bürgerstatus fällt. Dagegen hat Friedrich A. von Hayek die Betonung auf eine uneingeschränkte Erwerbstätigkeit gelegt, über die allein individuelle Freiheit und gesellschaftliche Wohlfahrt zu verwirklichen seien. Beide Ansätze weisen dem Subjekt eine alles entscheidende Rolle zu. Dabei ist das Subjekt in seiner funktionellen und persönlichen Rolle

unterstellt. Dieses Individuum braucht nicht nur die rechtliche Anerkennung durch seine Umwelt, sondern auch Selbstwertgefühl und -achtung. Gerade die bürgerliche Gesellschaft zeichnet sich nach Marx durch die Differenz von Klassenindividuum und persönlichem Individuum aus. Das ist der Anknüpfungspunkt für Avishai Margalit, der, 1939 geboren, an der Hebräischen Universität in Jerusalem Philosophie lehrt. Nach einer Untersuchung über gesellschaftliche Achtung und Demütigung stellt Margalit die Frage, inwieweit eine gerechte Gesellschaft auch eine anständige ist.

Selbst bei Gewährleistung von Marktwirtschaft, parlamentarischer Demokratie und Wohlfahrt sind Demütigungen und Entwürdigungen nicht auszuschließen. Die heiklen Differenzen betreffen erstens die Mitgliedschaft. Wie geht eine Gesellschaft mit Arbeitsemigranten um? Oder inwiefern hält sie sich dafür verantwortlich, was in Familien geschieht? Zweitens rührt Margalit an der Kultur der Institutionen. „Was die Wohlfahrtsgesellschaft betrifft, so fühlt sich derjenige zu Recht gedemütigt, der - obwohl er einen Anspruch auf staatliche Unterstützung hat - das ihm Zustehende von amtlicher Seite erhält, als handle es sich um eine wohlthätige Spende.“ (Margalit 1997, S. 277) Drittens kommen Verfahren in Betracht. Theorien über Bürgerrechte und Erwerbstätigkeit müssen hier unbefriedigend bleiben, weil sie über rechtsfreie und würdelose Räume hinwegsehen. Auch der Ruf nach sozialer Gerechtigkeit greift zu kurz. Mit seiner Beobachtung von Demütigungen, die der Soziologe Axel Honneth als Abkehr von sozialdemokratischen Verteilungstheorien interpretiert, geht Margalit der bürgerlichen Gesellschaft tatsächlich unter die Haut. Er zeigt, wie sich unter einer bestimmten gesellschaftlichen Logik noch eine andere abspielt. „Es scheint“, resümiert Margalit, „als erfordere eine anständige Gesellschaft eine kritische Theorie.“ (ebenda, S. 329)

Gesellschaft der Bezieher von Einkommen

Spätestens an diesem Punkt lassen sich folgende Bausteine zusammentragen: Wir haben es mit einer Gesellschaft zu tun, die sich nach Rechten, Besitz und Bewußtsein an Selbstständigen orientiert. Dennoch handelt es sich bei der großen Masse der Erwerbstätigen um unselbständige. An die Stelle traditioneller Stützen müssen wohlfahrtsstaatliche und zivilgesellschaftliche Einrichtungen geschaffen werden, womit auch die Massen in Politik und Kultur eintreten. Dadurch schieben sich zwischen der große Masse der unselbständig Erwerbstätigen und der verschwindenden Zahl von Selbständigen die modernen Mittelklassen (Staatsbeschäftigte, freie Berufe, Versorgungsklassen). Diesbezüglich lohnt die erneute Lektüre der Klassenanalyse von Joachim Bischoff, die Grundstrukturen rekonstruiert und die Haushalte berücksichtigt hat, die Empfänger von (leistungslosen) Zinseinkünften und Transferzahlungen sind (Bischoff 1982). Der Soziologe M. Rainer Lepsius spricht von einer ‚Arbeitnehmergesellschaft‘, deren Konsumkraft die Binnenkonjunktur wesentlich bestimme, deren Wahlverhalten die Basis des Parteiensystems bilde, und deren Leitbilder die ‚Normalmoral‘ der Gesellschaft darstellten. Auf dieser Entwicklungsstufe ermöglicht die Verbindung von Normalarbeitstag, Ge-

werkschaften und Wohlfahrt den Massen eine materielle und zeitliche Partizipation, so daß sich der Arbeits- und Nichtarbeitsbereich auch in Rechten, Besitz und Bewußtsein ineinander reflektieren. Diese Gesellschaft richtet Irrenanstalten, Schlachthöfe und Zuchthäuser ein, aber es beginnt sie auch, was Margalit hoffen läßt, ein ‚Gewissen‘ darüber zu quälen. Spätestens an diesem Punkt muß sich die herkömmliche Erwerbsorientierung - angesichts verwirkelter Verteilungs- und Umverteilungsverhältnisse - als reine Tagträumerei vorkommen. Allerdings hat auch noch keine Gesellschaft sich jährlich oder gar vierteljährlich die Ergebnisse ihrer Anstrengungen in einer Einkommensrechnung vor Augen gehalten. Neben den Erscheinungen einer Massengesellschaft gewinnen die Haushalte, deren Einkommen durch die Umverteilung gespeist wird, überhand gegenüber denjenigen mit den Primäreinkommen. Damit sind wir wieder beim Verdruss mit dem Lohnzettel angelangt.

Nach Karl Marx ist die Lohnform der Einstieg in die Entschlüsselung der gesamten Konstruktion. Er spricht vom „Springpunkt dieses ganzen Processes“ (Marx 1988, S. 82). Als überlassenes Dispositionsrecht macht sie uns dem Produktionsprozeß und der beständigen Reproduktion seiner Verhältnisse bekannt. Das sei die ‚miserable Grundlage‘, auf deren Ausprägung der ganze gesellschaftliche Bau lastet. Als Vermittlungsgröße erklärt uns die Lohnform die Orientierung an den Selbständigen, obgleich alle unselbständig sind. Verglichen mit dem selbständigen Handwerker und dem Sklaven schreibt Marx vom Lohnarbeiter: „Das Bewußtsein (oder vielmehr die Vorstellung) der freien Selbstbestimmung, der Freiheit, macht den einen zu einem viel bessern Arbeiter als den andern, und das damit verbundene feeling (Bewußtsein) of responsibility; da er, wie jeder Waarenverkäufer, responsibel ist für die Waare, die er liefert und sie in gewisser Qualität liefern muß, soll er nicht von andern Waarenverkäufern derselben Species aus dem Feld geschlagen werden.“ (ebenda, S. 102) Die Lohnform ist der gesellschaftliche Knoten. Darin sind die Fäden der Verhandlung des Arbeitsvertrags, der Verwirklichung professioneller Fähigkeiten und der Verfügungsfreiheit über die Verwendung des Einkommens verknüpft. „Er kann etwas sparen, schatzbildnern“, räumt Marx ein. „Er kann auch seinen Lohn vergeuden für Schnaps etc. Aber so agiert er als freier Agent, er muß selbst herhalten; er ist sich selbst verantwortlich für die Art, worin he spends his wages. Er lernt sich selbst beherrschen im Gegensatz zum Sklaven, der eines Meisters bedarf.“ (ebenda, S. 103) Schließlich ist der Arbeitslohn wie eine verteilungspolitische Weiche, von der aus die Gleise Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Gebühren, Mitgliedsbeiträge, Spenden, Schenkungen und dergleichen mehr abgehen.

Machen wir den Arbeitslohn zum Nexus für Reproduktion, Vermittlung und Verteilung, dann verspricht die Marxsche Andeutung über den ‚proportionalen Arbeitslohn‘ weiteren Aufschluß. Danach haben wir es zunächst mit dem Verhältnis von Arbeitslohn und Profit zu tun. Allerdings will diese Aufteilung von notwendiger und Mehrarbeit sowohl differenziert als auch gesellschaftlich eingebettet werden. Erst unter Berücksichtigung der gesamten Reichtumsproduktion läßt sich die proletarische Partizipation ermessen. Eben-

falls steht das Mehrprodukt in seiner unterschiedlichen Aufteilung dem Arbeitslohn gegenüber. Differenzieren läßt sie sich über die Aufteilung des Lohns in den Geldlohn und den Soziallohn, die beide erst den Lebensstandard des Lohnarbeiters umreißen. Bei der Bestimmung des Werts der Arbeitskraft ist von der Summe der Lebensmittel die Rede, das Individuum als arbeitendes zu erhalten. Desweiteren wird von den ‚Gewohnheiten und Lebensansprüchen‘ im ‚Kapital‘ gesprochen. Es ist dieses ‚historische und moralische Element‘, das nunmehr im Geld- und Soziallohn zu erkämpfen ist. „Wir haben durch unser Tarifvertragswesen“, trägt Rudolf Hilferding 1927 auf dem SPD-Parteitag in Kiel vor, „durch die Schiedsgerichte heute eine politische Lohnregelung und eine politische Arbeitszeitregelung. Das persönliche Schicksal des Arbeiters wird bestimmt durch die Politik, die der Staat betreibt.“ Dieser Lohnkampf entscheidet auch immer über die Grenzen eines Arbeitstages, womit die einer Gesellschaft zur Verfügung stehende Zeit für Kapital, Regeneration und Kultur aufgeteilt wird.

Was heißt das für die Verteilungspolitik? Zunächst wird der Geldlohn mit der bezahlten Arbeit identifiziert. Darüberhinaus erwerben die Lohnabhängigen ‚Leistungsansprüche‘ mit ihren Sozialversicherungsbeiträgen. Schließlich kann der Lohnabhängige noch Ansprüche auf sozialkulturelle Dienstleistungen oder ‚Realtransfers‘ als Staatsbürger geltend machen. Der Wohlfahrtsstaat ist keine Verteilungsmaschinerie, sondern mit ihm geht es immer auch um die Gestaltung von Dienstleistungen und den Streit um die ‚historischen und moralischen Elemente‘ (Existenzminimum, Gebot des Lohnabstands, Kleidergeld etc.) „Hier ist der Ort, wo bei allgemeiner Veranstaltung die Moralität genug zu tun findet.“ (Hegel 1970, S. 388) Da Gesundheit, Bildung oder Wohnungsbau auch anderen Klassen zugänglich sind und die Umverteilung über die Steuern mit anderen Verteilungsfunktionen verquickt wird, beginnt unsere ‚lohnarbeitszentrierte‘ Orientierung zu verschwimmen. Insofern ist der Wohlfahrtsstaat praktisch und ideologisch mit den Mittelklassen verquickt. Entsprechend rührt der SPIEGEL mit seiner Feststellung an einem wunden Punkt, „dass nur der kleinste Teil des gewaltigen Sozialbudgets noch der Versorgung der Armen dient.“ Da der Wohlfahrtsstaat eine, wenn auch unvollkommene Reaktion auf Armenrecht, Hilfskassen, Wohltätigkeit etc. ist, ist so etwas wie eine ‚soziale Staatsbürgerschaft‘ entstanden. Mit dieser Staatsbürgerschaft verbinden sich nun die unterschiedlichsten Tendenzen. Dazu zählen Abgrenzungsbestrebungen für die Zugangsberechtigung (Staatsbürgerschaft, ‚versicherungsfremde Leistungen‘), durch Managementphilosophien inspirierter Gestaltungsoptimismus und die Verbreitung einer ‚ökonomistischen Apologetik‘ (‚Bildungsgutscheine‘, Umweltzertifikate, ‚negative Einkommenssteuer‘; vgl. Fiehler 1999). Dennoch bleiben Leistungsorientierung, ‚soziale Gerechtigkeit‘ oder ‚soziale Staatsbürgerschaft‘ an die Abrechnung auf dem Lohnzettel gebunden.

Auf dem Weg in die ideologische Obdachlosigkeit?

Die Debatte über die ‚soziale Gerechtigkeit‘ haben wir zum Anlaß genommen, um auf die Lohnform als einer Verknüpfung von Produktionsverhältnissen, Bewußtseinsformen und verteilungspolitischen Verhalten aufmerksam zu machen. Andererseits war die Modifikation der Verteilungsverhältnisse durch den Wohlfahrtsstaat zu berücksichtigen. Dabei hat sich die Lohnform als so mächtig erwiesen, daß nicht nur alle Einkünfte unter ihre Decke schlupfen wollen - Unternehmerhaushalte wie Königshäuser -, sondern sie ist auch die Basis für alle Eigentümerillusionen, Sparsamkeitsappelle und ordnungspolitischen Schöpfungsphantasien geworden. Produktions- und Distributionsverhältnisse sind die beiden Seiten ein und derselben Medaille. Die materiell daran gebundene ‚moralische Ökonomie‘ des Wohlfahrtsstaats ist gleichwohl kein distributiver Wurmfortsatz. Der Aufbau einer verteilungspolitischen Alternative sei eine Aufgabe, bemerkt Helmut Schauer von der IG Metall, die sich nicht nur auf partielle einkommens- und verteilungspolitische Korrekturen erstrecken könne. Mit der von den liberalen Theoretikern zugespitzten Dichotomie von Distribution und Redistribution wird sicherlich ein Kampf über das Erwerbsstreben ausgefochten. „Die Debatte über die soziale Gerechtigkeit stellt das gesamte Sozial- und Steuersystem in Frage.“ (SPIEGEL)

Insofern dreht sich alles um ‚Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus‘ (Habermas). Zwei Thesen scheinen mir in diesem Zusammenhang von Belang zu sein. Die erste sieht den Kapitalismus auf dem Weg in die ideologische Obdachlosigkeit. Danach hat sich das Erwerbsstreben mit traditioneller Hilfe auf den Weg bringen lassen. Andererseits führt die Modernisierung zur Zersetzung dieser Stützen (Familie, Religion und Staat). Wenngleich das Zentralbankwesen und der Wohlfahrtsstaat die Konkurrenz zu entwickeln vermögen, muß diese sich dennoch über Familienbetriebe und Zivilreligion Gedanken machen. Wissenschaft und Kunst vermögen den Platz der Religion nicht auszufüllen, weil sie in der Komplizenschaft mit dem ‚common sense‘ und der Kulturindustrie das Rationalisierungsziel verfehlen. Dennoch bleibt die Frage, ob nicht die munteren Metamorphosen der gesellschaftlichen Mitte für lebhaften Bau ideologischer Hütten sprechen?

Alternativ hat Panajotis Kondylis (1943-1998) die These vom Prozeß liberaler Umdeutungen der Massengesellschaft entwickelt. Danach wohnen wir einer Talkshow bei, in der sich wirtschafts- und kulturliberale Kräfte die Stichworte liefern. „Die eine von ihnen orientiert sich hauptsächlich an den Kriterien von technischer Rationalität und Leistung und wendet sich nach Kräften gegen den Wertrelativismus und die Permissivität, die im kulturellen Überbau den Ton angeben, indem sie glaubt, daß hedonistische Einstellungen den Ausbau eines riesigen Sozialstaats fördern, der schließlich den Wirtschaftsliberalismus lähmen muß. Die andere Richtung lehnt ebenfalls den bürokratischen Staatsinterventionismus ab, dadurch will sie aber nicht direkt oder nicht primär den Sozialstaat treffen, sondern vielmehr die freie Entfaltung von kleinen überschaubaren Gemeinschaften und Teilbereichen absichern, in denen der

einzelne sich selbst bestimmen und verwirklichen kann ...“ (Kondylis 1991, S. 207 f) Sicherlich sind gegen den liberalen Nexus von Gelderwerb, Individualismus und Entscheidungsfreiheit die Phänomene der Institutionen, Gewohnheiten und Überlieferungen ins Feld zu führen, dennoch scheint mir der Hund eher bei der Gleichsetzung der Konkurrenz der Kapitale mit dem individuellen Wirken begraben zu sein. Schließlich wächst dieses Individuum in Familie und Schule auf. Es muß sich auf regulierten Arbeitsmärkten bewähren, selbst in der Schattenwirtschaft steht es nicht allein. Und in der Regel ist es auch in Teams, Abteilungen oder Ressorts tätig.

Noch vor dem SPIEGEL hat sich Hegel (1770-1831) von der paradigmatischen Bedeutung des Wohlfahrtsstaats überzeugt. Dazu lieferten ihm die britischen Auseinandersetzungen über Armenrecht, Reformbill und Kornzölle das nötige Anschauungsmaterial. Dabei hat sich Hegel über die kulturellen und finanzwirtschaftlichen Grenzen ‚sozialer Gerechtigkeit‘ keinen Illusionen hingeegeben. „Wird der reicheren Klasse die direkte Last aufgelegt, oder es wären in anderem öffentlichen Eigentum (reichen Hospitälern, Stiftungen, Klöstern) die direkten Mittel vorhanden, die der Armut zugehende Masse auf dem Stande ihrer ordentlichen Lebensweise zu erhalten, so würde die Subsistenz der Bedürftigen gesichert, ohne durch die Arbeit vermittelt zu sein, was gegen das Prinzip der bürgerlichen Gesellschaft und des Gefühls ihrer Individuen von Selbständigkeit und Ehre wäre; oder sie würde durch Arbeit (durch Gelegenheit dazu) vermittelt, so würde die Menge der Produktionen vermehrt, in deren Überfluß und dem Mangel der verhältnismäßigen selbst produktiven Konsumenten gerade das Übel besteht, das auf beide Weisen sich nur vergrößert. Es kommt hierin zum Vorschein, daß bei dem Übermaße des Reichtums die bürgerliche Gesellschaft nicht reich genug ist, d. h. an dem ihr eigentümlichen Vermögen nicht genug besitzt, dem Übermaße der Armut und der Erzeugung des Pöbels zu steuern.“ (Hegel 1970, S. 390)

Literatur

- Bischoff, Joachim u.a. (1982): Jenseits der Klassen? Gesellschaft und Staat im Spätkapitalismus. Hamburg, VSA
- Fehler, Fritz (1999): Sachlicher Zwang und persönliche Bevormundung. Die liberale Kritik am Wohlfahrtsstaat in den Programmschriften von Milton und Rose Friedman. in: Prokla 115 Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, 29. Jg. 1999, Heft 2, S. 237 - 254
- Hayek, Friedrich August (1980 und 1981): Recht, Gesetzgebung und Freiheit. Drei Bände. München, Verlag moderne Industrie
- Hayek, Friedrich August (1994): Freiburger Studien. Tübingen, Mohr
- Hayek, Friedrich August (1996 a): Die Anmaßung von Wissen. Tübingen, Mohr
- Hayek, Friedrich August (1996 b): Die verhängnisvolle Anmaßung. Tübingen, Mohr
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich (1970): Grundlinien der Philosophie des Rechts. Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Keynes, John Maynard (1974): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. Berlin, Duncker & Humblot

- Kondylis, Panajotis (1991): Der Niedergang der bürgerlichen Denk- und Lebensform. Weinheim, VCH Verlagsgesellschaft
- Locke, John (1980): Bürgerliche Gesellschaft und Staatsgewalt. Sozialphilosophische Schriften. Leipzig, Reclam
- Margalit, Avishai (1997): Politik der Würde. Über Achtung und Verachtung. Berlin, Alexander Fest Verlag
- Marshall, Thomas H. (1992): Bürgerrechte und soziale Klasse. Zur Soziologie des Wohlfahrtsstaates. Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Marx, Karl (1988): Ökonomische Manuskripte 1863-1867 Teil 1 („Resultate des unmittelbaren Produktionsprozesses“). in: Marx-Engels-Gesamtausgabe, II. Abteilung, Band 4.1., Berlin, Dietz
- Polanyi, Karl (1990): The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystem. Frankfurt am Main, Suhrkamp
- Rawls, John (1993): Eine Theorie der Gerechtigkeit. Frankfurt am Main, Suhrkamp

ISW institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.

analysen fakten & argumente



Weltwirtschaft und "neue Weltordnung"
US-Hegemonie und Triadenkonkurrenz
Die "neue NATO": Neue Kriegsführungs-
strategie / Bundeswehr "out of area"
Europäische "Sicherheits u. Verteidigungs-
identität" / Ostexpansion der NATO
Neue NATO-Doktrin / NATO-Interessen
auf dem Balkan
isw-report Nr. 40
(Juni 1999) DM 6,- + Versand



Karikaturen und Grafiken, Fakten und Argumente zur neuen
NATO-Doktrin, Bundeswehr "out of area", Welt-Rüstungsausgaben
und -exporte, Kriegsursachen, Schäden u. Kosten des Balkankriegs
isw-grafikdienst 6 (September 1999), DM 9,- + Versand

Gesamtprogramm anfordern, Bestellungen

isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-v.-Werth-Straße 3, 80639 München, fon: 089-130041, fax 089-168 94 15

Hans G Helms

Der Krieg vor dem Krieg 1938/39

Zum Colloquium „Der Weg in den Krieg“ der Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung

Das unter internationaler Beteiligung zur Mahnung an den Beginn des Europa verheerenden Zweiten Weltkriegs von der *Berliner Gesellschaft für Faschismus- und Weltkriegsforschung* am 18. und 19. September 1999 veranstaltete Colloquium *Der Weg in den Krieg* zeitigte ein in seiner Klarheit unerwartetes, freilich notwendiges Ergebnis. Die Referate über ihre kurrenten Forschungen der auf den Faschismus spezialisierten Historiker, die sie eloquent, präzise und kritisch miteinander diskutierten, verwoben sich zu einem seit dem Ersten Weltkrieg sich fortspinnenden roten Faden, zu einem zwar unterbrochenen, aber dennoch kontinuierlichen Prozeß, der konsequent in die Phase des „Kriegs vor dem Krieg“¹, wie Karl Heinz Roth sie treffend charakterisierte, mündete. In diesen Prozeß, die Südosteuropapolitik, waren alle Nazi-Eliten involviert, allen voran die expansionistisch gesonnenen Wirtschaftsführer, die Hitler an die Macht gebracht hatten.

Diesen Expansionsprozeß herauszuarbeiten war das Ziel des Colloquiums. Nach Werner Röhr, dem Mitbegründer der *Berliner Gesellschaft* und Organisator des Colloquiums, verfolgte es den Zweck, „insbesondere deutsche Kriegsentscheidungen im 20. Jahrhundert unter historischen und aktuellen Aspekten daraufhin zu befragen: Was sind die Ursachen? Warum wird eine Kriegsstrategie gewählt, um Expansionsinteressen durchzusetzen? Und sie hatte insofern hochaktuellen Charakter, als wir bei ihrer Konzipierung nicht voraussehen konnten, daß Deutschland, die deutsche Regierung, der deutsche Nationalstaat, zum dritten mal in diesem Jahrhundert im Jahr 1999 einen Angriffskrieg, einen völkerrechtlichen Aggressionsakt, begehen würde.“

Vor dem allen Teilnehmern stets präsenten Prospekt des unter bedeutender deutscher Mitwirkung und Mitverantwortung forcierten Bomben- und Raketenkriegs der NATO gegen überwiegend zivile Ziele in Jugoslawien schien das Zentralthema: der von Nazi-Deutschland unter Duldung Frankreichs und Großbritanniens exerzierte Gewaltmarsch durch Österreich und die Tschechoslowakei in den Zweiten Weltkrieg, besonders dringend der Aufklärung zu bedürfen. Als einen Schritt dahin wertete Kurt Pätzold, der wie sein Kollege Röhr mit Analysen des Nazi-Regimes hervorgetretene Berliner Historiker, das Resultat des Colloquiums:

¹ Die Zitate entstammen während und nach der Tagung aufgenommenen Tonbandgesprächen mit Dietrich Eichholtz, Manfred Messerschmidt, Kurt Pätzold, Werner Röhr, Karl Heinz Roth und den Manuskripten der Referate von Martin Moll und Martin Seckendorf.

„Wenn man die Substanz dessen nimmt, was da vorbereitet und in der Diskussion gesagt worden ist, dann muß man zwei Aspekte unterscheiden. Der eine bezieht sich auf die seit Jahrzehnten in der Bundesrepublik Deutschland unterbelichtete Seite des Zusammenhangs von Politik, Ökonomie und Kriegsplanung, also die Rolle der Politiker, auf der anderen Seite die Rolle und die Aktionen der Wirtschaftsführer und drittens die Militärführer. Die gesamte Tagung war von dem Bestreben nach Differenzierung mitgeprägt, allerdings einer Differenzierung, die das Allgemeine nicht negiert. Das konnte man in der Debatte über die Rolle einzelner Konzerne oder Gruppen von Bourgeois beobachten.“

Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs sann die Generalität auf Revanche, berichtete Manfred Messerschmidt, der emeritierte leitende Historiker des Militärgeschichtlichen Forschungsamts der Bundeswehr. Er berief sich auf Dokumente der Generale und Reichswehrminister Wilhelm Groener, Hans von Seeckt und Kurt von Schleicher, die zwischen 1919 und 1932 weitgehende antidemokratische Mobilisierungs-, Aufrüstungs- und Kriegspläne schmiedeten. „Die Idee war eine Militarisierung der ganzen Nation,“ resümierte Messerschmidt, „damit auch ein Abbau von pluralistischen Erscheinungen, möglichst eben auch von Parteien, um die deutsche Gesellschaft insgesamt für einen Krieg reifer zu machen. Und wenn wir das tun und dazu eine Rüstung organisieren, die unseren Erfahrungen entspricht, eine sehr stark motorisierte, sehr mobile Armee und Luftwaffe, dann können wir in einem neuen Anlauf alles das zurückgewinnen, was wir 1918 verloren haben.“

Die Rückeroberung des Verschleuderten war lediglich der erste Akt, der zweite entscheidende Akt war die Expansion um jeden Preis. Dieses Szenario beherrschte die Köpfe der Militärs ebenso nachhaltig wie die führender Protagonisten des Groß-, Monopol- und Finanzkapitals. Als erstes Etappenziel visierten sie die wirtschaftspolitische Unterwerfung Südosteuropas zur Acquisition von dringend benötigten Agrarprodukten und Rohstoffen wie Erzen und Erdöl und als umfänglich kontrollierbaren Absatzmarkt für Industrieprodukte, die auf dem Weltmarkt schwer unterzubringen waren. Um dieses Ziel zu erreichen, schloß sich das Kapital bereits in den 1920er Jahren im Mitteleuropäischen Wirtschaftstag zusammen.

Nach den Recherchen des Berliner Historikers Martin Seckendorf entstanden im Mitteleuropäischen Wirtschaftstag „die konzeptionellen Grundlagen für die ‚friedliche‘ Durchdringung als besondere Art der Expansionspolitik gegenüber Südosteuropa. [Sein] Konzept [wurde] zwischen 1932 und 1937 Grundlage der amtlichen deutschen Südosteuropapolitik. [...] Als wichtigstes Element der Expansion betrachte[te] man den ‚deutschen Plan der einseitigen Agrarpräferenzen und einseitiger Industriepreferenzen‘. Damit gelänge es, [...] die Voraussetzungen der Zusammenarbeit mit Deutschland zu schaffen“. [...] Ein weiteres Mittel wären die [...] in einigen Ländern vorbereiteten Kompensationsgeschäfte.“ Nach der von Gruppen des Großkapitals manövrierten Machtübergabe an Hitler intensivierte der Mitteleuropäische Wirtschaftstag

seine „Durchdringungsoffensive“ Ungarns, Jugoslawiens, Griechenlands, Rumäniens und Bulgariens zu Nutz und Frommen der Aufrüstung und der bevorstehenden kriegerischen Expansion Nazi-Deutschlands.

Bald hatte das deutsche Kapital, beschrieb Seckendorf den Fortgang der Ereignisse, durch „Verträge besonderer Art in Verbindung mit Clearing-Abkommen auf der Verrechnungsebene ‚die Südostländer immer in der Zange‘. [Es unternahm] großräumige Versuche zur Veränderung der agrarischen Anbaustruktur sowie die Erkundung und [den] Aufschluß neuer mineralischer Rohstoffvorkommen. In dieser Richtung fungierte der MWT gegenüber der deutschen Wirtschaft als Koordinierungsstelle und Vermittler und gegenüber den Südoststaaten vielfach als Tamorgan der Industrie, zunehmend vor allem für die IG Farben.“

„Die handelspolitische Abhängigkeit der meisten Länder Südosteuropas,“ erbrachten Seckendorfs Forschungen, „hatte [1937] kaum erwartete Größenordnungen erreicht. Deren Exportüberschüsse an Rohstoffen, Nahrungs- und Futtermitteln standen der deutschen Wirtschaft fast vollständig und devisenlos zur Verfügung. Bei wichtigen Produkten war die Umlagerung des deutschen Imports aus Übersee in den blockadesicheren Südostraum deutlich fortgeschritten. [...] Die volkswirtschaftlichen Grundstrukturen einiger Südostländer [waren] in erheblichem Maße an die deutschen Bedürfnisse [...] angepaßt worden. [...] Die deutschen Produzenten industrieller Fertigwaren konnten auf den südosteuropäischen Märkten fast konkurrenzlos und zu Vorzugskonditionen agieren. [...] Der deutsche Einfluß in der Region hatte ein solches Ausmaß erreicht, daß einige Forscher [...] Südosteuropa um 1937 als ein deutsches *informal Empire* bezeichnen.“

Die besondere Relevanz des südosteuropäischen Wirtschaftsraums für Nazi-Deutschlands bedenkenlose Aufrüstung bei extremem Ressourcen- und Devisenmangel und für die Versorgung im Krieg prägte, wie Karl Heinz Roth, der Leiter der *Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts* an der Universität Bremen, ausführte, alle Phasen der Kriegsvorbereitung, des „Kriegs vor dem Krieg“, bis in den Zweiten Weltkrieg hinein. Nach Roths eigenen Untersuchungen steht es fest, „daß es bis zum Jahr 1937 eine Expansionsstrategie gegeben hat, die im Wesentlichen auf wirtschaftsimperialistische Instrumente setzte, auf bilaterale Handelsbeziehungen, die devisenfrei abgewickelt wurden. Es war die Strategie, Südosteuropa als Lieferanten von Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten zu fixieren und zu zwingen, die industriellen Produkte Nazi-Deutschlands zu absorbieren. Diese Konzeption hat nur bis zu einer gewissen Grenze funktioniert. Erst nach der Annexion Österreichs und vor allem nach der Zerschlagung der Tschechoslowakei wurde imperialistische Macht über die Engpässe der wirtschaftspolitischen Strategien durchgesetzt, in den Wirtschaftsverträgen mit Rumänien und Ungarn im März/April 1939, und erst jetzt war Rumänien strategisch geöffnet. Der Einmarsch in Jugoslawien und Griechenland sollte dann eine strategische Konstellation absichern, deren man sich schon sicher geglaubt hatte.“

Die wirtschaftliche Dominanz Nazi-Deutschlands über die Agrar- und Rohstoffquellen des Balkans, insbesondere über die Erz- und Erdölvorkommen, galt von Anbeginn als unverzichtbarer Bestandteil der Kriegsvorbereitungen. Denn, was Manfred Messerschmidt den Generalen attestierte, das traf in Kurt Pätzolds Sicht auf sämtliche Nazi-Eliten zu: aufs Militär ebenso wie auf die Parteikader und die Wirtschaftsgruppen. Sie alle hatten die Lehren des Ersten Weltkriegs, wie sie sie verstehen wollten und verstanden, internalisiert und aus ihnen präventive Schlüsse gezogen.

„Es war für sie eine ausgemachte Sache,“ so Pätzold, „daß Kriege ganz wesentlich vor dem Krieg entschieden werden. Wenn die ökonomischen Ressourcen zu Ende sind, dann kann kein Krieg geführt werden. Das ist das Eine. Das Zweite ist, daß schon seit den frühen 20er Jahren klar war, der nächste Krieg wird wieder gegen Übermacht geführt. Wenn ich den Krieg gegen Übermacht führe, dann muß ich einen Rüstungsvorsprung haben, muß ich mit Überraschungsschlägen danach trachten, daß der Krieg den Krieg ernährt,“ wie es durch brutalste Ausraubung der okkupierten Länder dann auch geschah. „Die Nazi-Eliten hatten durchaus das Bewußtsein: Wir müssen uns in jeder Weise ökonomisch wappnen. Dabei waren die Ansprüche der verschiedenen Spezialisten in dem arbeitsteiligen Regime, ihre Vorstellungen: was ist ausreichend, ganz verschieden. Man könnte die einzelnen Sektoren der Kriegsvorbereitung – die ökonomischen, militärischen, auch die ideologischen, durchgehen und feststellen: Das war das Soll und das das Haben. Und wie stand es um das Bewußtsein von Soll und Haben. Dann kommt die Frage: Wer war der größere Abenteurer.“

In seinem dreibändigen Werk über *Die Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft* hat Dietrich Eichholtz die dialektischen Zusammenhänge zwischen Mobilisierung eines Millionenheers und Aufrüstungsvolumen, Ressourcen- und Devisendefiziten und wirtschaftlicher Aggression, Facharbeitermangel und Zwangsarbeit analysiert. Nachdem die Kriegsvorbereitungen in Gang gesetzt worden waren, trieben sie sich wechselseitig voran, verursachten Konflikte, die nur durch diktatorische Maßnahmen und Aggressionsakte vorübergehend zu lösen waren. Insgesamt produzierten sie ein verzerrtes Bild der Wirklichkeit. Eichholtz verdeutlichte dies am Beispiel der Einführung der Wehrpflicht und deren zwangsläufigen Folgen:

„Wenn man sich von 10 auf 36 Divisionen steigert, dann führt es in der Rüstung zu einer explosiven Entwicklung. Wenn man dann noch politische Erfolge wie die Rheinland-Besetzung hat, dann wächst die Hybris. Das Selbstvertrauen wächst, das Vertrauen auf Bluff mit relativ schwachen Kräften gegenüber den Gegnern, die man verachten lernt, weil sie stillgehalten haben. Das ist ein sozialpsychologisches Phänomen, das auf die Naziführung sicherlich sehr gefährliche Auswirkungen hatte, aber nicht nur auf die Naziführung, sondern auch auf die militärische und die Wirtschaftselite.“

Manfred Messerschmidt wies darauf hin, daß sich 1936 unter den für die Rüstung zuständigen Offizieren des Heeres Zweifel regten, ob das eingeschlagene

ne Tempo der Aufrüstung überhaupt durchzuhalten wäre. Messerschmidt erinnerte an eine Denkschrift von 1936 des Obersten Fromm, „der später der Befehlshaber des Ersatzheeres und der Heeresrüstung war, in der er ausführte, daß die Ressourcen spätestens 1939 aufgebraucht sind, wenn wir in dem Tempo weitermachen. Entweder müssen wir dann die Rüstung zurückfahren – das war mit Hitler schwer zu machen, oder es muß Krieg geführt werden. Dann können wir Manches wieder hereinholen, was wir jetzt nicht bezahlen können.“

Eichholtz erklärte die Bedenken der Militärs mit deren „Vorstellungen, die schwankten zwischen einer Hybris, wie wir sie besonders im Krieg erlebten, und einer Vorsicht, die sie aus dem Ergebnis des Ersten Weltkriegs gelernt hatten. Dieses merkwürdige Schwanken war ganz charakteristisch für die Militärelite. Bei der Wirtschaftselite war das anders.“ Deshalb wurde die in den ersten Jahren der Nazi-Diktatur noch relativ schlecht koordinierte Aufrüstung 1936 in Görings Vierjahresplanbehörde zentralisiert. In ihr gelangten Regime und zur Expansion drängendes Großkapital gleichsam zur Symbiose. Um der neuen Zentralinstanz maximale Effizienz zu vermitteln, hatte Göring deren Ressorts mit erprobten Managern der einschlägigen Industrien besetzt. Unter ihnen nahm ab 1938 Carl Krauch von *IG Farben* als Chef der Reichsstelle für Wirtschaftsausbau eine dominierende Position ein. Eichholtz beschrieb Krauch als eine Art „Minister mit erstaunlichen Vollmachten, der den Wehrmachtsdienststellen entgegengesetzt wurde und mit ihnen auf den Gebieten Pulver, Sprengstoff, Kampfstoff konkurrierte. Krauch entwickelte klare wirtschaftsstrategische Vorstellungen, ohne die die militärstrategischen Entscheidungen des Jahres 1939 nicht denkbar wären.“

Doch wie die anderen Nazi-Eliten war auch die für die Vierjahresplanbehörde handverlesene Schar von Rüstungsmanagern aus den involvierten Branchen nicht frei von Selbsttäuschung. Das große Industrie- und Finanzkapital schien der Hybris sogar in besonderem Maß zu unterliegen. Dietrich Eichholtz wies nach, daß es „massiv und ohne Schwanken die Kriegsvorbereitung vorantrieb und zwar mit einem erheblichen Tempo. Ich glaube, daß die finanziellen Probleme, auch die Devisenprobleme, den Nazis Sorgen gemacht haben, aber sie haben nie ein Gewicht erreicht, daß die Aufrüstung ernsthaft gestört worden wäre. Es kamen immer wieder Aushilfen in Form der Gold-, Devisen- und Auslandsguthaben, der Schätze, die man durch die ersten Eroberungen: Österreich, Tschechoslowakei gemacht hatte. Dann gab es die Devisen Görings, der ab Frühjahr 1939 offiziell gesagt hat: ‚Wir werden mit den Devisen Raubbau treiben auf Deivel komm raus.‘ Sie haben die Judenmilliarde, die österreichischen Devisen- und Goldschätze, die tschechischen Goldschätze rücksichtslos in der Aufrüstung verbraten, die enormes Material aus dem Ausland erforderte, sodaß bei Kriegsbeginn ein ganz schäbiger Rest von 500 Millionen Reichsmark in Devisen bei der Reichsbank lag. Das reichte vielleicht für wenige Monate. Insofern muß man auf finanziellem Gebiet von einer Art Vabanquespiel reden.“

Karl Heinz Roth stellte das langfristig geplante Expansions- und Kriegsprogramm der NS-Diktatur in chronologischer Abfolge von 1934 bis in den Krieg als ein hemmungsloses, auf wirtschaftliche, politische und militärische Aggressionsakte bauendes Vabanquespiel mit der Begründung dar, „daß alle Führungseliten, die die Diktatur getragen haben: Wirtschaft, Militär, Ministerialbürokratie, auch Wissenschaft, ein Dreistufenprogramm entwickelt und durchzusetzen versucht haben. Es gab den Wirtschaftskrieg der Ära Schacht. Es gab den Wirtschaftskrieg einer Zwischenepoche vor dem und mit dem Vierjahresplan bei der Forcierung von Rüstungsexporten, um strategische Rohstoffe zu importieren. Und es gab in einer dritten Phase den Übergang zum Raubkrieg, d.h. die Beschaffung von Ressourcen durch die Eroberung benachbarter kleinerer und mittlerer Länder, Österreichs und der Tschechoslowakei, um die Kriegsstrategie, die Rüstungsstrategie, mit den immer schmäler werdenden wirtschaftspolitischen Möglichkeiten in Übereinstimmung zu bringen. Im Ergebnis würde ich feststellen, daß in diesem Prozeß die Instrumente des Wirtschaftskriegs, der Expansion, der Beschaffung von Devisen, der Plünderung der Goldreserven der Nationalbanken der eroberten Länder, die Möglichkeit geschaffen haben, das Wirtschaftspotential auf das Ziel hin auszuweiten, und das Ziel war der große Zermürbungskrieg um die Weltmacht.“

Zur Charakterisierung des aus der fraglosen Selbsttäuschung und Risikolust der Nazi-Eliten resultierenden, an Brutalität zunehmenden Aggressionstriebes verwendete Karl Heinz Roth - in Analogie zum „Raubkrieg“ - den Terminus „Raubkapitalismus“, der kontrovers diskutiert wurde. Denn wann - ob in Friedens- oder in Kriegszeiten - hätte das große Kapital je auf das Instrument des offenen Raubs verzichtet? Ist der moderne imperialistische Kapitalismus nicht überhaupt ein permanenter Kriegszustand, sei eine Phase nun zum Krieg erklärt oder nicht? Ist Ausbeutung, d.i. Beraubung der Beherrschten, nicht die *raison d'être* des kapitalistischen Systems?

Trotz solcher Einwände hielt Werner Röhr „Raubkapitalismus“ für einen Begriff, „der sich aufdrängt, wenn man das Verhalten der Naziregierung und der diese Regierung im Expansionsdrang entscheidend stützenden Großkonzerne betrachtet. Diese Kapitalisten kalkulierten nicht Gewinn, Verlust und Risiko, sondern in dem Augenblick, wo sie ans Ende ihres ökonomischen Lateins gelangt waren - und sie waren ans Ende ihres ökonomischen Lateins gelangt, als der Vierjahresplan, der eine Rüstungskonjunktur bis zur Kriegszeit von vier Jahren vorsah, sich als ökonomisch nicht realisierbar erwies, weil die Mittel dafür nicht ausreichten -, daß sie zu einer anderen Logik des ökonomischen Kalküls übergingen, nämlich der: Wenn wir etwas durch kapitalistische Produktions- und Handelsverfahren ökonomisch nicht sichern können, dann müssen wir's auf eine andere Weise erwerben und sichern, und diese andere Weise ist der offene oder verschleierte Raub.“

„Der Raubkapitalismus,“ präzisierte Röhr seine Argumentation, „zeigt sich nicht nur im offenen Raub von Gold, Devisen und fremdem Aktienbesitz in

Wien und Prag vor dem Krieg. Er zeigt sich auch auf subtilere Weise im sogenannten Clearingverfahren, in dem an die Stelle der Bezahlung der gelieferten Waren und Rüstungsgüter oder Lebensmittel aus Südosteuropa ein bilaterales Verrechnungsverfahren tritt, mit dem diejenigen, die landwirtschaftliche Produkte, seltene Nichteisenmetalle oder Erdöl liefern - also Jugoslawien, Ungarn, Bulgarien oder Rumänien -, das Deutsche Reich mit diesen Lieferungen kreditieren. Im Krieg wurde das Clearing zu einem System ausgebaut, durch das Deutschland seinen Krieg zu circa 40 % auf Kosten der eroberten Länder finanzierte. Deren Guthaben lagen auf Konten in Berlin, konnten aber nicht realisiert werden und wurden auch nach dem Krieg nie ausgezahlt. Die zweite, etwas subtilere Art dieses Raubkapitalismus bestand darin, daß die deutschen Guthaben ausländischer Konzerne oder fremder Staaten bereits ab 1937 zur Zwangskreditierung der deutschen Aufrüstung herangezogen wurden. D.h. die Inhaber dieser Guthaben konnten über sie ohne Zustimmung der Deutschen Reichsregierung nicht verfügen.“

Die heiße Phase des „Kriegs vor dem Krieg“ begann am 12. März 1938, als der österreichische Bundeskanzler Kurt von Schuschnigg - exakt einen Monat, nachdem er sich mit der am 12. Februar abgeschlossenen Berchtesgadener Vereinbarung Hitler gleichsam unterworfen hatte - zurückgetreten war und sein Nachfolger Arthur Seyß-Inquart nach langen Telefonaten mit Göring mit einem „Hilfeersuchen“ die Nazi-Wehrmacht zum Marsch auf Wien eingeladen hatte. Der Grazer Historiker Martin Moll verfremdete den von der Masse der Österreicher bejubelten Anschluß zur „Annexion“. Das stieß auf Kritik, zumal der Begriff zur Exkulpation der österreichischen Teilhabe an den Kriegsverbrechen mißbraucht werden könnte und mißbraucht wird.

Zustimmung fanden hingegen Molls Thesen, „daß Hitler und seine Paladine im Falle Österreichs erstmals ihr Repertoire expansionistischer Politik [...] praktisch erprobten: außenpolitische Isolierung, innenpolitische Unterminierung durch eine Art fünfter Kolonne einheimischer Nazis, Erpressung, militärische Besetzung und anschließende Plünderung der Ressourcen des okkupierten Territoriums.“ - „Unbestreitbar ist, daß von deutscher Seite eine Politik massivster Repression gegen Österreich angewandt wurde [...]. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, wie unvorbereitet die deutsche Staatsführung von der lawinenartigen Entwicklung getroffen wurde: Trotz jahrelanger Anschluß-Propaganda existierten keinerlei staatsrechtliche Vorstellungen über die Formen der sog[enannten] Wiedervereinigung. Auch der Einmarsch der Wehrmacht verlief im höchsten Maße improvisiert und war [...] von zahlreichen Pannen begleitet.“

Österreich war Nazi-Deutschland wie ein reifer goldener Apfel in den Schoß gefallen. Der beim Anschluß offenbar gewordene, in sich widersprüchliche Kanon aus Planerfüllung, Planlosigkeit und Improvisation markierte alle folgenden Aggressionen bis zum Kriegsende. Der Anschluß verschärfte zwar das „deutsche Lebensmitteldefizit“, ansonsten bot sich die „Alpenrepublik“ den Nazis als veritables „Eldorado“ an. Moll erwähnte u.a. „die in Wien gehorte-

ten Gold- und Devisenbestände, [...] die praktisch unerschöpflichen Erzvorkommen des steirischen Erzberges sowie die Magnesitlager, die Deutschland über Nacht vom Importeur zum weltweit größten Exporteur machten [und] eine Reihe erstklassiger Rüstungsbetriebe. [...] Hundertprozentige Aktivposten waren der Zugriff auf das österreichische Wehrpotential, welches der Wehrmacht acht bis zehn zusätzliche Divisionen verschaffte, und die Verbesserung der geostrategischen Position. [...] Das Reich [verfügte] nun über eine direkte Landbrücke zu seinen potentiellen Verbündeten und Wirtschaftspartnern in Südosteuropa [...]. Das Land verfügte zudem über erhebliche, weithin unausgelastete Kapazitäten sowohl der Grundstoff- als auch der Finalindustrie sowie über Hunderttausende Arbeitslose, darunter zahlreiche im Reich dringend benötigte, bestens qualifizierte Facharbeiter.“

Der Facharbeitermangel plagte die deutsche Rüstungsindustrie und die Wirtschaft generell in außerordentlichem Maß. Kurt Pätzold sah in der Rekrutierung arbeitsloser österreichischer Facharbeiter freilich keine grundsätzliche Lösung des Problems: „In dem Augenblick, da Österreich liquidiert ist, gibt es dort eine Gruppe von Facharbeitern, die für den Zugriff offen ist. Und von denen geht auch tatsächlich ein Teil in das sogenannte ‚Altreich‘. Das führt zu Problemen in dem Augenblick, in dem die Industrie in Österreich mit Rüstungsaufträgen versehen wird. Das Heranschaffen von Arbeitskräften aus den okkupierten Ländern war eine fixe Größe in der Kriegsvorbereitung. Wenn wir vom Friedenssheer zum Kriegssee übergehen, dann müssen wir ganz empfindliche Eingriffe in die Produktionsarbeiterschaft und in den Bereich der Landarbeiter machen. Deswegen das Heranschaffen von Arbeitskräften aus den okkupierten Ländern erst mit Lockungen, dann mit Drohungen und schließlich mit brachialer Gewalt.“

Zwangsarbeit war ein in vielen Referaten rekurreres *sujet*. Das beim Anschluß Österreichs erfolgreich Erprobte an Ausplünderung der menschlichen, finanziellen, industriellen und natürlichen Ressourcen fand bereits ein halbes Jahr später Anwendung auf die Tschechoslowakei, die nun von Nazi-Deutschland im Norden, Westen und Süden umklammert wurde und angegriffen werden konnte. Werner Röhr analysierte den ab 1. Oktober 1938 in zwei Etappen verlaufenden Annexionsprozeß:

„Es ging darum, diesen Staat Tschechoslowakei als ein Hindernis der Expansion nach Südosteuropa zu zerschlagen, sich unterzuordnen, seine wirtschaftlichen Ressourcen, vor allen Dingen seine Rüstungsindustrien, zu nutzen und sich ein Ausfalltor für weitere Expansionsschritte zu sichern. Deutschland hatte seit 1933 ausreichend Erfahrungen gewonnen, wie man ein ganzes Spektrum miteinander kombinierbarer Erpressungsinstrumente so zielgerichtet anwendet, daß das Resultat möglichst konfliktlos erreichbar ist. Das erste ist die Isolierung des Opfers. Die Tschechoslowakei sollte von ihren Verbündeten isoliert werden. Zweitens sollte ihre Regierung durch einen seit Monaten geführten Nervenkrieg aus allen Medien eingeschüchtert, gelähmt, handlungsunfähig gemacht werden, damit sie kapitulationsbereit sei. Drittens soll-

ten alle inneren Widersprüche so zugespitzt und die sozialen und nationalen Kräfte so mobilisiert werden, daß dieser zu zerschlagende Staat von innen auseinanderbrach und es nicht so schien, als sei eine Aggression von außen erfolgt, sondern als sei dieser Staat an seinen inneren, vorrangig nationalen Widersprüchen zerbrochen. Deutschland war der Haupterpresser, und es hat das Geschick besessen, das Opfer nicht durch eigene Hände, sondern durch die Hände seiner Verbündeten, nämlich Großbritannien und Frankreich, erwürgen zu lassen. Nachdem der *Appeasement*-Politiker Chamberlain zweimal zu Hitler gereist war, um dessen Forderungen gegenüber der Tschechoslowakei auf Abtretung der Grenzgebiete entgegenzunehmen, formulierte er diese Forderungen von Berchtesgaden um, stimmte sie mit der französischen Regierung ab und überreichte sie als eigene der Prager Regierung.“

In der ersten Etappe annektierte Nazi-Deutschland die vorgeblich deutschen Grenzgebiete, das „Sudetenland“, mit Zustimmung und Druck der britischen und französischen Regierungen. „Aber nun kommt die eigentliche Quintessenz der erpresserischen Taktik“, analysierte Röhr die zweite Etappe, „sich bei der Erwürgung der Tschechoslowakei anderer als Handlanger zu bedienen. Hitler benutzte die Forderungen Horthy-Ungarns, große Teile der Tschechoslowakei und die gesamte Karpatho-Ukraine an Ungarn abzutreten, dazu, die Tschechoslowakei ein weiteres mal zu schwächen. Die erpresserische Logik besteht darin, diesen Staat, nachdem man ihn in eine Existenzkrise sondergleichen gestürzt hat, sich nicht wieder erholen, stabilisieren, konsolidieren zu lassen, sondern sofort den nächsten Schwächungsschritt nachzuschieben. Das war der sogenannte Wiener Schiedsspruch vom 2. November 1938, in dem sich Italien als Vasall Deutschlands und Nazi-Deutschland aufschwangen, Weltenrichter zu spielen, und entschieden, die ungarischen Forderungen sind in dem und dem Umfang zu befriedigen. Das Wichtige an dieser erpresserischen Logik ist, daß jene, die sich in München zu Miterpressern hatten degradieren lassen, nämlich England und Frankreich, vom Wiener Schiedsspruch ausgeschlossen blieben. Sie wurden beiseite geschoben. Hitler hatte gesehen, daß sie erpressbar blieben. Wozu sollte er also deren in München vertraglich geregelte Mitbestimmungsrechte respektieren. In ihrer amputierten Existenz war die Tschechoslowakei rein und ausschließlich ein deutsches Interessengebiet, in dem England und Frankreich nichts mehr zu suchen haben sollten. Das beste Beispiel, wie die erpresserische Logik von München auch den Miterpressern gegenüber funktionierte, war das sogenannte Garantieverprechen, daß Großbritannien für die Rest-Tschechoslowakei abgegeben hatte.“ Es wurde nicht honoriert. Denn als am 15. März 1939 Nazi-Panzer und motorisierte Kolonnen gen Prag rollten, „entfiel das Völkerrechtssubjekt Tschechoslowakei, und damit erlosch auch jede Garantieverpflichtung.“ Die Überreste der gleichfalls amputierten Slowakei erhielten den Status eines deutschen Vasallenstaats.

Wenngleich die Annexion und Ausplünderung dem großen deutschen Finanz- und Industriekapital, zumal den Rüstungskonzernen, eine reichhaltige Beute bescherten, konnte ein beträchtlicher Teil dieser Gewinne, wie Kurt Pätzold

anmerkte, für die Kriegsvorbereitung „nicht sofort und in vollem Maße mobilisiert werden. Österreich wurde im März 1938 besetzt, ein Jahr später wurde die Tschechoslowakei liquidiert. Das waren relativ kurze Zeiträume für den erforderlichen Anpassungsprozeß.“ Martin Moll erinnerte darüberhinaus daran, daß es sich beim Anschluß Österreichs „nicht ausschließlich um einen Raubzug handelte, der ein kahles Feld zurückließ, sondern daß im Gegenzug umfangreiche deutsche Investitionen getätigt wurden, die vor allem der Rohstoffgewinnung und der Grundstoffindustrie (*Reichswerke Hermann Göring* in Linz) galten.“ Deutsche Investitionen erforderten auch etliche Raubobjekte in der ehemaligen Tschechoslowakei und später in Polen.

Weil die Einverleibung der im Nazi-Jargon zynisch sogenannten „Rest-Tschechei“ ohne Konsultation und Mitwirkung Großbritanniens und Frankreichs geschah, definierte Karl Heinz Roth diesen Aggressionsakt als Schwelle zum Krieg: „Der kritische Punkt, von dem an klar war, daß die Westmächte mit großer Wahrscheinlichkeit bei weiteren Expansionsschritten eingreifen würden, war nach diesem 15. März 1939 erreicht. Die deutsche Diplomatie, die NS-Bürokratie, auch Wirtschaftsführer, haben das nicht gesehen. Zumindest im wirtschaftspolitischen Kontext muß davon ausgegangen werden, daß der Überfall auf Polen noch ein Teil dieser Annexionskonzeption war, einer Expansionsstrategie, die noch nicht auf den großen Krieg setzte. Im Fall Polen war die Isolierung des ins Auge gefaßten Opfers zum ersten Mal gescheitert, und das war die Auslösung des Zweiten Weltkriegs.“

Manfred Messerschmidt untermauerte Roths These mit Ergebnissen seiner militärhistorischen Forschungen: „Da gab es Stimmen, die sagten: Nur nicht zu früh und alles aufs Spiel setzen, während Hitler die Meinung vertrat: Die Zeit möglichst nutzen. Großbritannien und Frankreich sind unentschlossen und werden das schon passieren lassen. So wie sie den Anschluß Österreichs hingenommen und dann mit uns den Vertrag von München wegen des Sudetenlands geschlossen haben, so werden sie wahrscheinlich die Garantie für Polen nicht honorieren. Wenn wir aber Polen annektiert haben, gebieten wir über gewaltige landwirtschaftliche, Rohstoff- und Industrieressourcen wie das Oberschlesische Industriegebiet. Das verschafft uns wieder eine Atempause, um in der Rüstung eine neue Quantität zu erzielen, und dann haben wir den Rücken frei.“

Auch Kurt Pätzold bekräftigte Roths These. Er zitierte die in letzter Minute erfolgte britische Intervention zu Gunsten Polens: „Am 23. August 1939 fuhr der britische Botschafter Henderson zu Hitler nach Berchtesgaden und erklärte ihm: ‚Wir werden nicht zulassen, daß Sie das, was Sie als Polnische Frage bezeichnen, gewaltsam lösen.‘ Das war der Versuch, Hitler zu beeinflussen, auf die kriegsgerische Annexion Polens zu verzichten und stattdessen neuerlich mit dem bewährten Instrument der politischen Erpressung zu operieren. Darauf lief die von Henderson übermittelte Botschaft ja letzten Endes hinaus.“

Hitler und die Nazi-Eliten setzten jedoch aufs Vabanque. Der Angriff auf Polen war längst beschlossen, allerdings genauso wenig durchgeplant worden wie der Anschluß Österreichs. „Hitler hat den Überfall auf Polen mit den Generalen nicht wirklich planerisch durchgesprochen“, faßte Messerschmidt die gesichteten Wehrmachtsdokumente zusammen. „Im April 1939 hat er ihnen gesagt: Am 1. September muß die Wehrmacht kriegsbereit sein. Erst danach wurden im Generalstab Einsatzpläne ausgearbeitet und infrastrukturelle Maßnahmen ergriffen: In der Nähe der polnischen Grenze wurden in aller Eile Straßen und Feldflugplätze angelegt. Immer wieder bemühte sich Hitler, den Generalen einzureden, er würde den günstigsten Zeitpunkt und Mittel und Wege finden, so daß die Westmächte nicht eingreifen würden.“

Auch der Angriffskrieg gegen Polen erbrachte nicht ausreichend Beute, um Nazi-Deutschland die notwendige Rüstungsüberlegenheit für den großen Krieg um die Weltherrschaft zu gewährleisten. Jede Aggression rief gleichsam das Erfordernis zu weiteren Aggressionen hervor. „Wir müssen davon ausgehen“, zog Karl Heinz Roth das Fazit aus der Phase des „Kriegs vor dem Krieg“, „daß das Ziel die Eroberung eines kontinentaleuropäischen Wirtschaftsraums mit zentraler Fundierung in einer zerschlagenen Sowjetunion und in der Ausbeutung der sowjetischen Ressourcen war. Das Ziel wurde nicht erreicht, so daß immer neue Eskalationsschritte realisiert werden mußten, deren Realisierung mit immer stärkeren Gewaltmomenten verbunden war. Es gab also eine Logik zum Krieg hin, aber diese Logik war in ihren einzelnen Schritten nicht durchgeplant. In der Konfrontation mit den jeweiligen historischen Konstellationen war sie in starkem Maß von Zufälligkeiten abhängig. Das war die klassische Konstellation des Vabanque. Auf Vabanque ließen die Nazis sich ein, um bei wachsenden Schwierigkeiten irgendeinen Weg zu finden, der es ihnen ermöglichte, das strategische Ziel zu erreichen: Nazi-Deutschland als Weltmacht.“

Als ein typisches Beispiel für die Zufälligkeit der Kriegsentscheidungen, für das planlose Reagieren der Nazis auf sich unerwartet einstellende neue „historische Konstellationen“, bezeichnete Roth den „Angriff auf Jugoslawien und Griechenland, der dem Angriff auf die Sowjetunion vorausging. Er war nicht eingeplant. Es war eine Reaktion auf die Weigerung Jugoslawiens, sich dem Antikominternpakt anzuschließen. Es kam in Jugoslawien zu einem Regimewechsel, der nicht toleriert wurde.“ Ein anderes Beispiel planlosen Reagierens war der Überfall auf Norwegen, ausgelöst durch nicht vorausgesehene britische Manöver.

Wie schon das wilhelminische imperialistische deutsche Kaiserreich hatte das Nazi-Regime Südosteuropa und darüberhinaus ressourcenreiche Territorien in Vorderasien, im Kaukasus, am Kaspischen Meer im Visier seiner Expansionsphantasien. Die eine Annexion einleitenden Erpressungsinstrumente der Nazis ähneln auf wahrhaft verblüffende Weise denen der Bundesrepublik Deutschland und der NATO. Folglich boten sich vielfältige plausible und debattable Vergleichsmöglichkeiten mit den zur gegenwärtigen Zerschlagung

Jugoslawiens, deren vorletzter Akt der Raketen- und Bombenkrieg dieses Frühjahrs war, eingesetzten propagandistischen, ökonomischen und militärischen Verfahrensweisen.

Obwohl die Korrespondenzen zu den historischen Präzedenzen sorgfältig ausgearbeitet waren, hinterließen die Referate zum aktuellen Balkankrieg ob der ihnen innewohnenden spekulativen Momente und des Mangels an verlässlichen Dokumenten der Kriegstreiber ein Gefühl des Unbehagens, des Unnügens. Kurt Pätzold brachte es auf den Punkt: „Nachdem wir fünfzig Jahre lang mit zunehmender Intensität über den Zweiten Weltkrieg geforscht haben, kennen wir heute eine Vielzahl von Fragen, auf die wir gerne Antworten wüßten. Das ist auch bei dieser Konferenz deutlich geworden. Als die Rede von dem Krieg gegen Jugoslawien war, wurden merkwürdigerweise nicht so viele offene Fragen formuliert. Da konnte man für einen Moment den Eindruck haben, da ist eigentlich mehr oder weniger alles klar. Das zweifle ich in jeder Weise an.“

Mitteilung über die Gründung der Dr. Heinz-Jung-Stiftung

In Frankfurt am Main wurde zum 1. 5. 1999 die Dr. Heinz-Jung-Stiftung gegründet. Die Stiftung verdankt ihre Entstehung dem großherzigen Testament der am 10. 7. 1998 verstorbenen Frau Frieda Weispfennig, der Mutter des im August 1996 verstorbenen marxistischen Wissenschaftlers Dr. Heinz Jung.

Gemäß §2, Ziff. 3 der Stiftungsverfassung ist der Stiftungszweck wie folgt bestimmt:

„Zweck der Stiftung ist die Förderung von Forschungsvorhaben und wissenschaftlichen Arbeiten in der Weiterentwicklung der philosophischen Erkenntnisse von Karl Marx und Friedrich Engels, insbesondere durch Vergabe von Preisen und/oder Stipendien an junge Wissenschaftler, die im Sinne des Stiftungszweckes arbeiten.“

Die Stiftung ist mit einem Grundvermögen von DM 330.000,-- ausgestattet. Der Stiftungszweck ist aus den Erträgen des Stiftungskapitals zu erfüllen. Das Grundvermögen ist in seinem Bestand ungeschmälert zu erhalten und kann durch Zuwendungen erhöht werden.

Ansprechpartner für die Stiftung ist zur Zeit: Hellfried Graf, Kaiserstr. 44a, 63065 Offenbach.

Werner Goldschmidt

Gerechter Krieg für eine gerechte Weltordnung?

„Wir haben Recht und Gerechtigkeit
auf unserer Seite.“
(Der ehemalige NATO-Generalsekretär
Solana Ende März 1999)

„Nach dieser westlichen Interpretation
könnte der Kosovo-Krieg einen Sprung
auf dem Wege des klassischen Völker-
rechts der Staaten zum kosmopolitischen
Recht einer Weltbürgergesellschaft werden.“
(Jürgen Habermas, 29. April 1999)

Der Kategorie 'Gerechtigkeit' haftet im Zusammenhang mit 'Krieg' etwas eigentümlich Unzeitgemäßes an; man fühlt sich an das Mittelalter, die Rechtfertigung der Kreuzzüge, allenfalls an die frühe Neuzeit erinnert, an scholastische Debatten um die Frage, wie man sich rechtmäßig, d.h. mit Gottes Wohlgefallen, das Land und die Reichtümer des eben 'entdeckten' Amerikas – auch gegen den Widerstand der dortigen Ureinwohner – und notfalls mit Gewalt aneignen könne, also eher an die Zeiten des entstehenden, als an die des entwickelten Völkerrechts.¹ Und doch hat die Rede vom 'gerechten Krieg' am Ende des 20. Jahrhunderts eine ganz unerwartete Konjunktur erfahren. Wir, d.h. die durch die großen Medien unterrichtete (vielfach aber wohl eher desinformierte!) Öffentlichkeit in den westlichen Ländern, glauben doch jetzt wieder ganz genau unterscheiden zu können: Der Balkan(Jugoslawien oder Kosovo)-Krieg war ein 'gerechter', der Kaukasus(Tschetschenien/Dagestan)-Krieg² hingegen ist ein 'ungerechter' Krieg. Der erstere wurde zur Wahrung der Menschenrechte, letzterer zur Unterdrückung eines (oder mehrerer) nach Freiheit und Selbstbestimmung strebenden Volkes (resp. Völker) geführt. So gesehen liegt der Fall tatsächlich auf der Hand: Menschenrechte, Freiheit und demokratische Selbstbestim-

¹ Die neuere wissenschaftliche Literatur zum Thema 'gerechter Krieg' ist äußerst spärlich. Bekannt geworden ist in den letzten Jahrzehnten lediglich das Werk von M. Walzer (1977, dt. 1982), das aus Reflexionen über den Vietnamkrieg und die amerikanische Anti-Kriegsbewegung hervorgegangen ist. Vgl. auch Höhle 1997, S. 1022ff. In dem umfangreichen Werk über 'Frieden und Krieg' von R. Aron (1962) taucht die Kategorie 'Gerechtigkeit' nicht einmal im Sachwortregister auf.

² Die Unsicherheit in der Benennung ist bezeichnend für das bisher unzulängliche Begreifen dieser Kriege; der Verf. nimmt sich davon nicht aus. Der Hauptgrund dafür, den Begriff Balkan-Krieg vorzuziehen, ergibt sich aus der Einsicht in den Zusammenhang der verschiedenen neueren Jugoslawien-Kriege mit den ökonomischen, politischen, kulturellen und militärischen Konfliktfeldern der ganzen Balkan-Region. Vgl. P. Gowan 1999.

mung sind grundlegende, für viele sogar unabdingbare gesellschaftlich-politische Werte – einerlei ob man sie nun als ewige Naturrechte oder als historisch-zivilisatorische Errungenschaften interpretiert – deren Verletzung als im höchsten Maße 'ungerecht', deren Wahrung daher als ebenso 'gerecht' erscheinen muss.

Gewiss, diese Sichtweise ist naiv - und die Schlussfolgerung trivial!? Die Sichtweise ist naiv, weil sie als Faktum unterstellt, was allererst zu klären wäre, nämlich die jeweils tatsächlichen, 'gerechten' oder 'ungerechten' Motive, Handlungen usw. der Kriegsparteien. Die Schlussfolgerung ist allerdings insofern nicht trivial, als es - zumindest in der Gegenwart – durchaus bedenkenswerte Argumente dafür gibt, Kriege prinzipiell abzulehnen, ganz unabhängig von der moralischen oder politischen Qualität der möglichen Kriegsgründe.

Marxistische Klassiker

Die marxistischen 'Klassiker' waren bekanntlich keine Pazifisten. Wenn gleich sie – vor allem wegen der raschen Entwicklung der Waffen- und Kriegstechnik schon zu ihren Lebzeiten - hinsichtlich der physischen Kriegsfolgen immer skeptischer geworden sind, haben sie die Möglichkeit 'gerechter', im Sinne von 'zu rechtfertigender' Gewalt und damit auch die Möglichkeit 'gerechter' Kriege zumindest prinzipiell anerkannt. Freilich weist die marxistische Gerechtigkeitsperspektive über den bürgerlichen Rechtshorizont weit hinaus, sie ist vielmehr die einer sozialhistorisch wie geschichtsphilosophisch fundierten Revolutions- und Emanzipationstheorie, mit dem Endziel einer neuen Weltordnung, „in der die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die frei Entwicklung aller ist.“³

„Die Marxisten haben [den Clausewitzschen Satz: 'Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln' - WG] ... mit Recht stets als theoretische Grundlage ihrer Auffassungen von der Bedeutung eines jeden konkreten Krieges betrachtet. Marx und Engels haben die verschiedenen Kriege stets von diesem und keinem anderen Standpunkt aus beurteilt.“⁴ Kriege sind demnach im Grunde ebenso 'gerecht' oder 'ungerecht' wie die konkrete Politik, als deren Fortsetzung sie jeweils zu begreifen sind. Eine eigene, von der Politik unabhängige Qualität kommt dem Krieg in dieser 'rea-

³ MEW 4, 482. In welchem Sinne politische Werte wie Menschenrechte, Freiheit und Demokratie in diese Gerechtigkeitsperspektive von Marx gehören, kann hier nicht erörtert werden. Vgl. den Bericht über die neuere angelsächsische Diskussion von D. Göcmen in diesem Heft.

⁴ W. I. Lenin, Sozialismus und Krieg, LW 21, 304f.; vgl. auch LW 24, 396ff. „Man muß untersuchen, aus welchen historischen Bedingungen heraus der betreffende Krieg entstanden ist, welche Klassen ihn führen und mit welchem Ziel sie ihn führen.“ A.a.O., 396. Daraus lässt sich ableiten: „Die gerechten Kriege können, als Befreiungskriege gegen den Imperialismus, bald die Form eines Bürgerkriegs (der unterdrückten Klassen), bald die eines Verteidigungskriegs (der unterdrückten Nationen und Völker) annehmen.“ Art. 'Krieg', in: Krit. Wörterb. d. Marxismus, 1986, Bd. 4, S. 709f., Berlin. Vgl. auch Geras 1989; Moellendorf 1994.

listischen' Sichtweise nicht zu. Die sich daraus ergebenden theoretischen und praktisch-politischen Defizite beim Begreifen der politischen Probleme der Gegenwart, wie voraussichtlich auch der Zukunft, im nationalen, vor allem aber im internationalen Zusammenhang, haben mit dem um 'Gewalt' zentrierten modernen Politikbegriff⁵ zu tun, den Marx, Engels und Lenin, bei allen sonstigen Differenzen, mit bürgerlichen Autoren wie Hobbes, Hegel, Max Weber oder Carl Schmitt teilen!

Ich bin nun – ohne dies hier näher ausführen zu können – von zweierlei überzeugt: erstens hat Lenin in Bezug auf die Bewertung von Kriegen durch Marx und Engels recht⁶ und zweitens ist dieser Standpunkt aus analytischer (nicht aus normativer!) Sicht auch heute noch nicht prinzipiell überholt⁷ – unter der Voraussetzung allerdings, dass man den Leninschen, aber auch den Marx' oder Engelsschen Politikbegriff kritisch erneuert. Insbesondere der ökonomistische und/oder der klassentheoretische (beide sind nicht notwendigerweise identisch!) Reduktionismus, der das Politikverständnis auch bei den genannten 'Klassikern' vielfach dominiert, schließlich gar die weitere Reduktion dieser Momente der Politik auf Gewalt im Stalinismus, hat sich geradezu verheerend für den Sozialismus/Kommunismus in der Theorie und – naturgemäß noch mehr – in der Praxis erwiesen.

Natürlich haben die Fragen der Ökonomie und des Verhältnisses der gesellschaftlichen Klassen zueinander im nationalen und internationalen Zusammenhang nach wie vor eine herausragende Bedeutung für die Politik, und

⁵ Man darf vor allen Dingen 'Gewalt' nicht mit 'Macht' gleichsetzen; 'Macht' ist eine viel komplexere soziale Kategorie, wenngleich auch sie nicht als die zentrale Kategorie der Politik anzusehen ist. Vgl. Goldschmidt 1999.

⁶ Vgl. C. Ancona, 1980; W. Hahlweg, 1980; J. L. Wallach, 1968.

⁷ Aus alledem folgt freilich weder, dass Kriege unvermeidlich sind, noch, dass man nicht alles versuchen sollte, um Kriege zu verhindern – selbst wenn sie 'gerecht' sind, oder vielleicht besser, wenn sie zu rechtfertigen wären. Lenin, der gewiss nicht übermäßig zart besaitet war, betonte, dass jeder Krieg mit 'Greuel, Bestialitäten, Leiden und Qualen' verknüpft ist. Seine These, dass es dennoch 'fortschrittliche' Kriege gegeben habe (LW 21, 299), mag bis zum Beginn des 20. Jhdt. nicht ohne Recht gewesen sein, sie gilt seither, erst recht aber für die Zukunft nicht mehr. Entscheidend hierfür ist, dass die moderne Kriegstechnik – heute vor allem den noch wenigen Atom-mächten, in nicht allzu ferner Zukunft wohl aber auch zahlreichen mittleren und kleineren Staaten, wenn nicht gar anderen Akteuren (bis hin zu Terroristengruppen u.ä.) - ein Gewaltpotential bereitstellt, das nicht mehr nur einzelne Gräueltaten möglich macht, sondern ganze Bevölkerungen, potentiell die ganze Menschheit – und mit ihr praktisch alle Formen höheren Lebens auf der Erde - mit Vernichtung bedroht. Es versteht sich von selbst, dass dies nicht das Ziel irgend einer rational vertretbaren 'Politik' sein kann. Das Hauptziel aller Politik, die sich moralisch rechtfertigen lässt, muss daher heute mehr denn je gerade die Verhinderung von Kriegen sein. Im Völkerrecht hat sich diese Einsicht schon nach der Erfahrung der beiden Weltkriege des 20. Jhdt.s in einem strikten Gewaltverbot in den internationalen Beziehungen durchgesetzt. Aber die moralisch unbedingte Forderung, ja nicht einmal der geltende Völkerrechtsgrundsatz, dass die Politik sich nicht mehr mit Gewalt im Krieg fortsetzen dürfe, verhindert allerdings nicht, dass gerade dies auch heute noch geschieht. Auf diese 'realistische' Voraussetzung muss sich der Analytiker zunächst einmal einlassen, auch und gerade wenn er sich gegen jede Form des Bellizismus wendet. Kriegsursachenforschung ist in diesem Sinne eine der Voraussetzungen für Kriegsverhinderung.

nach dem Gesagten auch für die gegenwärtigen – wie wohl auch zukünftigen – Kriege, aber sie waren weder in der Vergangenheit noch sind sie in der Gegenwart, und vermutlich auch in der Zukunft, niemals die einzigen, manchmal auch nicht einmal die vorrangigen Problemlagen, auf die die konkrete Politik resp. die konkreten Kriege zurückzuführen sind.

Im (zweiten) Golfkrieg, um ein Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit zu nehmen, ging es gewiss vorrangig um Öl (im ersten, weltpolitisch vielleicht weniger bedeutenden, aber was die Zahl der Opfer anbelangt, sogar noch blutigeren Krieg zwischen Iran und Irak allerdings ebenso gewiss nicht!) und nicht etwa vorrangig um die Befreiung Kuwaits oder gar um den Schutz von Kurden und Schiiten im Irak – alles Aspekte, die wohl eine legitimatorische, im einzelnen vielleicht eine strategische oder taktische, jedenfalls aber sekundäre Rolle spielten, nicht jedoch den wesentlichen Kriegsgrund ausmachten. Selbstverständlich ging es aber auch dabei nicht bloß um dieses konkrete Öl, das zu dieser Zeit aus den kuwaitischen Ölquellen floss oder vielmehr hätte fließen können, sondern – wie immer in der Politik – gewissermaßen um ein 'abstraktes', d.h. um das Prinzip 'Öl'. Es ging darum, dass sich einzelne 'Diktatoren', Regierungen, Nationen oder Völker, aus welchen Motiven auch immer, nicht gewaltsam in den Besitz der von den großen internationalen (zumeist jedoch bloß international agierenden, tatsächlich aber 'amerikanisch' profitierenden!) Konzernen exploatierten Rohstoffquellen bringen können.⁸ Dies sollte vor allem die Lehre für Saddam Hussein und alle seine potentiellen Nachahmer sein – wenngleich der Krieg dann tatsächlich auch noch eine Reihe ganz anderer Lektionen bereithielt.

Im Jugoslawien-Krieg, wie übrigens auch in den beiden 'großen' Kriegen nach 1945, in Korea und Vietnam, fehlt freilich ein solches mehr oder minder unmittelbar aus der Ökonomie herzuleitendes, und politisch allenfalls verdichtetes Motiv⁹ – wenn man nicht die Leerformel von der 'letzten Instanz' bemühen will. Tatsächlich werden uns für den Krieg um das Kosovo von den verschiedensten Seiten (Medien, Politiker, Wissenschaftler, Experten aller Art) auch eine ganze Reihe anderer, nicht-ökonomischer Kriegsgründe genannt. Dabei muss man natürlich unterscheiden zwischen den mehr oder minder 'inneren' Konflikten, d.h. den ökonomischen, politischen und kulturellen Gegensätzen zwischen den Völkern, Religions- bzw. Sprachgemeinschaften des ehemaligen Jugoslawiens und den entsprechenden Gewalthandlungen unter ihnen, sowie den 'äußeren' Konflikten, die sich hauptsächlich zwischen Serbien und den NATO-Staaten entwickelt haben, und die im Bomben-Krieg gegen Serbien zum Ausbruch gekommen sind. Natürlich

⁸ Öl ist freilich nicht bloß 'schwarzes Gold', es hat aufgrund seines spezifischen Gebrauchswerts über seine ökonomische 'Profitabilität' hinaus u.a. auch eine politische, genauer: machstrategische Qualität.

⁹ Man denke an Lenins berühmte Formel „Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik...“ In: LW 32, 73. Dass es hier – wie in jedem Krieg – Kriegsgewinnler gibt, ist unbestreitbar. Vgl. Wolf 1999.

sind diese verschiedenen Konfliktfelder auf dem Balkan weder unabhängig voneinander zu begreifen, noch determiniert etwa eines dieser Felder alle anderen – nur in ihrer Gesamtheit und – wie sich zeigen wird, allerdings ungleichgewichtigen – Wechselwirkung ergeben sie das komplizierte Geflecht von Ursachen und die eigentümliche Dynamik, die zu diesem Krieg geführt hat. Die 'konkrete Analyse der konkreten Situation', wie die einschlägige Forderung unter Marxisten lautet, ist daher von allen einseitigen Schemata, Reduktionismen etc. freizuhalten, hier wäre in methodischer Hinsicht etwa an Marx' klassische Analyse des 18. Brumaire zu erinnern.

Zum analytischen Ansatz der 'Geopolitik'

In diesem Sinne scheint es mir daher auch nicht falsch, bisher von Marxisten eher vernachlässigte politikwissenschaftliche oder -strategische Konzepte, darunter auch die von Peter Scherer¹⁰ vorgeschlagene Perspektive der 'Geopolitik' auf ihre analytische Kraft hin zu prüfen.¹¹ Bereits im klassischen Konzept der 'Geopolitik'¹² bündeln sich nämlich eine Reihe zweifelsfrei wichtiger Faktoren (Räume, Ressourcen, Macht u.a.), die in der internationalen Politik eine Rolle spielen, und insofern entspricht es durchaus der Forderung nach einem komplexen Analyseansatz. Aber man muss dieses in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts von Vordenkern und politischen Praktikern des Imperialismus entwickelte Konzept ganz erheblich modifizieren, wenn es unter den Bedingungen der Gegenwart noch seine analytische Kraft entfalten soll. Prinzipiell erkennt Scherer das auch an, wenn er – unter Berufung auf die 'Klassiker' diese Genres – welthistorisch verschiedene Expansionstypen unterscheidet. Aber er entwickelt solche notwendigen Differenzierungen für die aktuelle Analyse nicht weiter. Dabei ist es offensichtlich, dass der geographische 'Raum' im engeren Sinne heute eine viel geringere (militär-)strategische und politische Rolle als etwa noch zu Beginn des 20. Jhdts. spielt, insbesondere ist seine bloße Ausdehnung immer weniger wichtig geworden, ebenso wie das klassisch-imperialistische Expansions- und Annexionsstreben.

Eine gewisse, vor allem militärstrategische Bedeutung kommt hingegen immer noch der physischen Struktur der Räume zu (Land/Meer, Gebirge/Ebenen, Seen, Flüsse, Klima etc.). Ökonomisch, politisch und militärstrategisch wichtiger aber sind Bevölkerungsdichte und materielle wie kulturelle Infrastrukturen – und nach wie vor das allerwichtigste, der 'natürliche

¹⁰ Vgl. Scherer, 1999.

¹¹ Hier soll keineswegs einem beliebigen Eklektizismus das Wort geredet werden. Betont wird – angesichts der kaum bezweifelbaren Defizite marxistischer Politikanalyse – lediglich die Notwendigkeit einer kritischen (!) Offenheit gegenüber allen (wenigstens einigermaßen rational erscheinenden) politikwissenschaftlichen Ansätzen; von daher auch die Bedeutung einer Rekonstruktion marxistischer Politikwissenschaft, vgl. Deppe 1999a. Zur berechtigten Skepsis hinsichtlich des Zustands der nicht-marxistischen Politikwissenschaft vgl. Krippendorf 1999.

¹² Vgl. H. J. Mackinder 1919 (urspr. 1904).

Reichtum' (weniger die Fruchtbarkeit von Klima und Boden, vielmehr die Rohstoffe) eines Raumes und die Zugänge zu ihm.

In neueren geopolitischen Konzepten, so etwa bei Brzezinski, spielen nun aber genuin politische Faktoren wie Macht, Machtkonzentration und Machtstreben, eine wachsende Rolle. Die 'politische Geographie' ergibt sich demnach keineswegs unmittelbar aus der rein räumlichen oder territorialen Geographie. Brzezinski unterscheidet u.a. zwischen 'geostrategischen Akteuren' (zumeist (National)Staaten oder Staatenbündnisse) und 'geopolitischen Dreh- und Angelpunkten' (zumeist politische Grenzen überschreitende Territorien), wobei erstere sich durch ihr Machtpotential und ihr spezifisches Machtstreben (politische Ziele, Visionen, wirtschaftliche und/oder politische Expansionsgelüste etc.), letztere durch ihre besondere geo-politische Lage (d.h. nicht nur im 'natur'-räumlichen Sinne, sondern auch in der politischen Beziehung etwa zu den jeweils interessierten geostrategischen Akteuren) gekennzeichnet sind.¹³

Folgt man Brzezinski, so kommt man hinsichtlich des 'euro-asiatischen Zentralraumes' zu zwar ähnlichen, aber keineswegs gleichen Resultaten wie Scherer. Nach Scherer ist „Baku, ein altes Objekt imperialistischer Begierde, ... erneut zum Dreh- und Angelpunkt des geopolitischen Gefüges in Osteuropa und Westasien geworden. ... Von Baku aus gesehen ist der Endpunkt der Pipeline in Pakistan nicht weiter entfernt als die Schwarzmeerküste Bulgariens. Man muß diesen Kartenausschnitt und diesen großen Maßstab vor Augen haben, um das Verhältnis der USA zum Balkan zu verstehen.“¹⁴ Also doch wiederum: Öl; nur dieses Mal nicht direkt, sondern in geo-politischer Perspektive. Auch Brzezinski betont die geo-strategische Bedeutung und die weltpolitische Brisanz des Raumes, den er als 'eurasischen Balkan' bezeichnet. Er hebt drei Aspekte hervor, erstens, den natürlichen Reichtum der Großregion zwischen dem Schwarzen Meer und der chinesischen Westgrenze an Ressourcen (neben Öl, vor allem Erdgas, wichtige Mineralien und nicht zuletzt auch Gold!), zweitens das Machtvakuum, das in der Schwäche der betreffenden Staaten (Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan usw. bis Afghanistan) besteht und drittens, die Ambitionen der benachbarten regional- oder geo-politischen Akteure Russland, Türkei und Iran, evtl. später China. Nach Brzezinski besteht das strategische Interesse der USA an diesem Raum vor allem darin, den bisherigen „geo-politischen Pluralismus“, d.h. die Konkurrenz zwischen den genannten regionalen Mächten, zu erhalten, zugleich aber auch einen Krieg zwischen ihnen zu verhindern, um indirekt Einfluss neh-

¹³ Vgl. Brzezinski, 1999, S. 66ff. Einen eher klassisch-machttheoretischen Ansatz, in der Tradition der 'realistischen' Morgenthau-Schule, vertritt Huntington, 1999. Vgl. grundlegend Morgenthau (1948)19937, 'neorealistisch': Waltz 1979. In Deutschland Link 1998, speziell zu den USA Schwarz 1999, kritisch Czempel 1998, ders.1999.

¹⁴ Scherer, S. 18. Später heißt es gar: „Denn es ist klar: Wer immer das Gelände zwischen dem Persischen Golf im Süden und der kasachischen Steppe im Norden beherrscht, kann den Weltherrschaftsanspruch der USA in Frage stellen.“ S. 19.

men zu können und um mehrere Zugangswege zu den Rohstoffen offen zu halten – von daher etwa auch das Interesse an unterschiedlichen Pipeline-Projekten, die aus der Sicht der USA, aber auch Westeuropas und des Fernen Ostens, vor allem ein Transport-Monopol Russlands verhindern sollen.¹⁵ Was bei Brzezinski aber gänzlich fehlt, ist der Hinweis auf einen geopolitischen Zusammenhang des von ihm sog. "eurasischen Balkans" mit dem "europäischen Balkan", der Terminus dient ihm lediglich als Metapher oder Vergleich („ethnischer Hexenkessel“, „Machtvakuum“). In der Tat scheint es nicht nur 'rein' geographisch weit hergeholt, den europäischen Balkan, oder noch enger, den Kosovo als Zugang zu den eurasischen Reichtümern um Baku zu interpretieren. Scherer gibt dann auch das Scheitern seiner geopolitischen Interpretation am Ende implizit selber zu, wenn er „die Lektionen des Krieges gegen Jugoslawien“ zusammenzufassen sucht.¹⁶ Von den vier dort aufgezählten „Interessenkreisen“ bezieht sich nämlich nur einer (der dritte, eben erwähnt und m.E. wenig überzeugend) auf seine vorangegangenen geo-politischen Überlegungen, die drei anderen (Abstrafung regionaler Machthaber, Beschränkung des westeuropäischen Einflusses, Schwächung der UNO und des Völkerrechts) liegen auf einer ganz anderen kategorialen Ebene. Womit gesagt sein soll, dass der geo-politische Ansatz, selbst wenn man ihn adäquat anwenden bzw. kritisch weiterentwickeln würde, für die Analyse des Balkan-Krieges eher wenig hergibt – im Falle des Kaukasus-Krieges wäre dies gewiss ganz anders.

Zur machtpolitischen Analyse

Tatsächlich verdienen die von Scherer angeführten, im engeren Sinne nicht 'geopolitischen', sondern eher klassisch macht-politischen Aspekte des Balkan-Krieges besondere Aufmerksamkeit. Hierüber ist viel gesagt und geschrieben worden¹⁷; es wäre vermessen zu glauben, hierzu noch etwas wirklich originelles beitragen zu können. Es sollen lediglich einige Überlegungen zum bisher aus kritischer Sicht wenig beachteten Thema 'gerechter Krieg' in der Perspektive einer 'gerechten Weltordnung' vorgetragen werden.

Legitimation kriegerischer Gewalt

Peter Gowan – um hier weiterhin an die Diskussion in dieser Zeitschrift anzuknüpfen – hat mit Nachdruck auf die politische Bedeutung der morali-

¹⁵ Brzezinski, S. 215ff.

¹⁶ Scherer, S. 19.

¹⁷ Die sehr kontrovers geführte Diskussion ist schon jetzt so umfangreich geworden, dass hier auf den Versuch verzichtet wird, auch nur wichtigsten Beiträge hier aufzulisten. Neben den in dieser Zeitschrift erschienenen Texten von Gowan, Heuer, Scherer und Stuby sei verwiesen auf die Beiträge in den Blättern für deutsche und internationale Politik (s. Literatur) sowie auf die deutschsprachigen Sammelbände von Albrecht/Schäfer, Balzer u.a., Cremer/Lutz, und Schmid, sowie auf die Sammlung von Erklärungen Intellektueller und anderer für die FAZ bei Schirmmayer 1999.

schen Legitimation des militärischen Eingreifens der NATO-Mächte auf dem Balkan hingewiesen – und zwar vor allem, wenn gleich nicht nur, für die Zustimmung der Öffentlichkeit in den westlichen Ländern.

Nun gehört die Berufung auf höhere moralische Werte zur Rechtfertigung des Krieges mindestens seit den Zeiten der französischen Revolution. Aber in der Vergangenheit handelten es sich dabei häufig um den Rekurs auf eher partikularistische, völkisch-nationalistisch-chauvinistische, schließlich sogar um rassistische Werte resp. Pseudo-Werte, man denke etwa an die sog. deutschen „Ideen von 1914“.¹⁸ Die Berufung auf 'gerechte' Kriegsgründe ist also an sich keineswegs neu, vielmehr sogar die Regel. Alle Kriegsparteien, sofern sie sich nicht ausschließlich oder vorwiegend auf Söldnertruppen stützen, sondern das Leben von Soldaten und Zivilisten des eigenen Volkes aufs Spiel setzen, berufen sich auf die 'gerechte Sache', die sie im Krieg (regelmäßig) zu verteidigen vorgeben; selbst Hitler behauptete lediglich 'zurückzuschlagen' – und nicht etwa anzugreifen.¹⁹

Universalistische Kategorien spielten im kriegesischen Legitimationsdiskurs, nach einem amerikanischen Präludium im 1. Weltkrieg (Wilson), allerdings erst nach 1945 eine bedeutendere Rolle; und selbst diese waren vielfach nicht frei von kulturspezifischen Konnotationen (Verteidigung des 'Abendlands', der 'westliche Wertegemeinschaft' etc. – so z. B. im Korea- und Vietnam-Krieg und insgesamt im sog. Kalten Krieg).

Der moralische Diskurs im Kontext des Balkan-Krieges von Solana über Fischer, Scharping bis hin zu Intellektuellen wie Beck oder Habermas bedient sich nun aber eines weitgehend uneingeschränkt universalistischen Vokabulars (Menschenrechte), und im Falle Habermas' (nicht so bei Beck!) sogar eines moralphilosophisch und politik-theoretisch anspruchsvoll elaborierten begrifflichen Instrumentariums in der vorsichtig optimistischen Perspektive einer gerechteren Welt(friedens)ordnung ('kosmopolitische Demokratie').²⁰ Zumindest Habermas' Position lässt sich – nicht nur, aber auch wegen ihrer theoretischen Seriosität – nicht einfach als politische Rhetorik abtun. Umso wichtiger ist es, sich mit solchen Positionen kritisch, und d.h. auch gründlicher, auseinander zu setzen.

Humanitäre Intervention

Manche Kritiker solcher Position haben nämlich schon insofern zu kurz gegriffen, als sie dazu neigten, den Rekurs auf die Menschenrechte als bloße (!) Ideologie abzutun, und das Ausmaß der Verbrechen, vor allem der Serben,

¹⁸ Vgl. See 1975; Boehme 1975.

¹⁹ Das Verbot des Angriffskrieges, wie es seit dem Briand-Kellog-Pakt (1928), endgültig mit der Verabschiedung der Charta der Vereinten Nation (1945) geltendes Völkerrecht geworden ist, ist im Bewusstsein der modernen Menschheit so tief verwurzelt, dass es offen niemand mehr zu bezweifeln wagt; was freilich bisher tatsächlich Angriffskriege nicht verhindert konnte.

²⁰ Vgl. Habermas 1999a, 1999b. Habermas bezieht sich dabei vor allem auf Held 1995, S. 219ff.

zu leugnen oder doch nur eher widerwillig anzuerkennen. Es kann nicht darum gehen, die alten Reflexe der politischen Linken wieder zu beleben. Das serbische Regime ist in keiner Weise 'sozialistisch' zu nennen und verdient von daher auch keinerlei A-priori-Solidarität von Marxisten und anderen Sozialisten. Es ist vielmehr ein national-chauvinistisches Regime, das den Namen 'sozialistisch' zu Unrecht trägt und zur Täuschung im Inneren wie Äußeren benutzt, sich tatsächlich aber mit nationalistischer Propaganda, mit Terror und Gewalt gegen Oppositionelle und Minderheiten an der Macht hält. Dass die albanisch-kosovarische UCK keine Befreiungsbewegung im oben genannten Sinne ist, sondern sich in ihren chauvinistischen Zielen nicht prinzipiell von dem serbischen Regime unterscheidet, besagt nur, dass keine der kämpfenden inner-balkanischen Konfliktparteien umstandslos Recht und Gerechtigkeit auf ihrer Seite hat, sondern vielmehr alle Seiten eher das Unrecht. Opfer sind allerdings die vielen Menschen in den verschiedenen Staaten und Regionen des Balkan, die nicht unmittelbare Parteigänger der jeweiligen Machthaber sind, sie verdienen unsere Solidarität, weil ihr Bedürfnis nach einem friedlichen Zusammenleben, wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung und politischer Selbstbestimmung – auch im marxistischen Sinne – gerecht ist.

Peter Gowan erklärt zu den Gewalttaten im ehemaligen Jugoslawien unzweideutig: „Der Krieg in Bosnien brachte schreckliche Verbrechen, die an den Spanischen Bürgerkrieg, an Irland in den 20er Jahren, an die Wehrmacht und die Einsatzgruppen an der Ostfront im Zeiten Weltkrieg, an die Amerikaner in Vietnam oder die türkischen Sicherheitskräfte im Osten der Türkei heute erinnern. Die Verbrechen wurden nicht nur von bosnischen Serben begangen, aber deren Verbrechen waren am deutlichsten sichtbar. Und ohne Zweifel wurden noch mehr solcher Verbrechen im Kosovo von serbischen Sicherheitskräften begangen ...“²¹ Die Vertreibung von mehreren Hunderttausend Menschen, die Ermordung und Vergewaltigung Tausender wenn nicht Zehntausender sind schwerste Menschenrechtsverletzungen und bedeuten zudem eine Bedrohung des Friedens und der internationalen Sicherheit, die – von wem auch immer begangen, und sie wurden nicht nur von Serben, aber zumindest in Bosnien und im Kosovo offenkundig²² überwiegend von serbischen Militärs, Milizen, Freischärlern oder einfach von zivilen Plünderer-Banden, planvoll oder planlos, das lässt sich heute nicht mit letzter Gewissheit sagen, begangen – eine humanitäre Intervention der Weltge-

²¹ Gowan, S. 84.

²² Dies gilt ungeachtet der bisher nur in Ansätzen untersuchten aber keineswegs zu leugnenden Tatsache der gezielten Desinformation durch die Informationspolitik der Kriegsparteien ebenso wie der z.T. skandalösen Manipulation der 'freien' Medien in allen beteiligten Staaten. Als Beispiel für erste Untersuchungsansätze vgl. Hundseder, Kriegsberichterstattung, Schreiben unter Manipulation, Zensur und Lüge, in: Cremer/Lutz 1999 und Prokop, Politischer Missbrauch von Opfer-Bildern, in: Balzer u.a. 1999.

meinschaft legitimiert, ja sogar moralisch gefordert hätten²³ - wohlgerne, der Weltgemeinschaft, d.h. der Vereinten Nationen, und nicht irgendeiner, und sei es noch so mächtiger Partikularorganisation (etwa der NATO oder gar der USA), es sei denn, sie habe ein entsprechendes Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen.²⁴

Die Betonung der persönlichen Verantwortung der Täter für die von ihnen begangenen Handlungen, sowie die Forderung nach ihrer Bestrafung durch ein internationales Gericht, muss aber in einer politischen und moralischen Untersuchung zugleich mit der Frage nach den Ursachen verknüpft werden, mit der Frage nach der politischen Verantwortung für eine Gesamtsituation, in der solche Gräueltaten erst möglich geworden sind.²⁵ Die Antwort auf diese Frage, die zusammenfällt mit der Frage nach den Ursachen der Balkan-Krise in den 90er Jahren, ist sicherlich derzeit noch weder vollständig und noch endgültig zu geben. Dennoch sind - wie Gowan's Darstellung zeigt - wesentliche Grundlinien heute schon überschaubar.

Machtpolitische Ursachen

Jedenfalls ist danach klar, dass die „Balkan-Tragödie“ (Gowan) ihre Ursachen nicht primär in den ethnischen oder religiösen Konflikten der balkanischen Völker oder auch nur ihrer zumeist chauvinistischen Führer bzw. Führungscliquen hat, sondern vor allem - wenngleich nicht ausschließlich - in den spezifischen und z.T. konfligierenden Interessen und Machtstrategien der westlichen Staaten - insbesondere Deutschlands und der USA, aber auch Großbritanniens und Frankreichs, in der für alle ungewohnt unübersichtlichen Lage in Europa nach dem Zusammenbruch des 'Realsozialismus' und der Vereinigung Deutschlands. Die seit langem schwelenden inner-

²³ Vgl. Deibel/Nuscheler, 1996. Zur moralphilosophischen Problematik vgl. Walzer, S. 136ff. Der völkerrechtliche Status 'humanitärer Interventionen' ist umstritten. Vgl. etwa Kühne 1999, Paech 1999; Preuß 1999. Selbst wenn man mit Paech (und der Mehrzahl der Völkerrechtler!) zu der Überzeugung gelangt, dass das geltende Völkerrecht letztlich keine Handhabe für eine 'humanitäre Intervention' bietet, ist die moralische (!) Legitimität solcher Intervention damit noch keineswegs erledigt. Auch der Hinweis auf möglichen Missbrauch überzeugt hier wenig, denn kein Recht, kein moralisches Gut, und sei es noch so hochrangig oder -wertig ist jemals vor Missbrauch sicher gewesen; dieser Einwand ist daher zunächst prinzipiell irrelevant - wohl aber ist er Ernst zu nehmen in der moralischen, politischen und rechtlichen Beurteilung des konkreten Einzelfalls. Dies vor allem wird im Folgenden versucht.

²⁴ „Amerikanische Politiker nehmen fortwährend für sich in Anspruch, für die 'internationale Gemeinschaft' zu sprechen. ... Die Gemeinschaft, für die die Vereinigten Staaten sprechen, umfasst in der überwiegenden Mehrheit der anstehenden Fragen bestenfalls ihre angelsächsischen Vettern (Großbritannien, Kanada, Australien, Neuseeland); in vielen Fragen sprechen sie auch für Deutschland und einige kleinere europäische Demokratien; in einigen Fragen, die den Nahen Osten betreffen, für Israel und für Japan, wenn es um die Durchsetzung von US-Resolutionen geht. Dies sind wichtige Staaten, aber sie sind nie und nimmer die globale internationale Staatengemeinschaft.“ So der 'Realist' Huntington, S. 552.

²⁵ Vgl. Gowan, a.a.O.

jugoslawischen Konflikte sind demnach durch die politische und ökonomische Intervention²⁶ dieser Mächte teils bewusst, teils unbewusst verschärft worden, was dem z. T. extremen Nationalismus der dortigen Führer und Führungscliquen nicht unerheblichen Auftrieb gab. Dabei spielte Anfangs Deutschland eine führende Rolle in der Beschleunigung der Auflösung Jugoslawiens (Förderung und Anerkennung der Unabhängigkeit Sloweniens, Kroatiens), später (Bosnien, Kosovo) die USA, nicht zuletzt auch, um eine deutsche Hegemonial-Stellung in diesem Raum - oder langfristig gar in ganz (Mittel-Ost, Süd-Ost)Europa - zu verhindern; darin wurden sie teils von Großbritannien, teils von Frankreich in wechselnden Konstellationen unterstützt. Es ging in Jugoslawien demnach vor allem um ein neues politisches Konzept für Europa und um eine neue militärische Strategie für die NATO.²⁷

In Gowan's Darstellung des klassisch-machtpolitischen Pokerspiels zwischen rivalisierenden 'Freunden', unter gelegentlicher Einbeziehung Russlands, erscheinen die balkanischen Staaten, die jugoslawischen Völker, deren Politiker und Ideologien nun freilich in einem solchen Maße als bloße Objekte der Politik der größeren westlichen Mächte, dass deren Eigeninteressen und Strategien allenfalls als bloß abgeleitete Größen erscheinen. Auch wenn man das große Ungleichgewicht zwischen den beteiligten politischen Kräften berücksichtigt, die Überlegenheit der westlichen Mächte, insbesondere der USA, die relative Schwäche Russlands, die Hilflosigkeit der UN etc., darf doch das spezifische Gewicht der serbischen Politik (Milosevic), wie auch das der Kroaten (Tudjman), der bosnischen Muslime oder der Kosovo-Albaner (UCK) etc. sowie die Dynamik ihres Nationalismus und der wechselseitigen Feindschaft nicht vergessen werden²⁸, die ihrerseits z.T. mörderische Fakten geschaffen haben, die nicht einfach 'von Außen' gesteuert worden sind - und im übrigen auch gar nicht so gesteuert werden konnten, wie dies Diplomaten und Geheimdienstler aller Art zu wünschen pflegen und/oder uns manchmal Glauben zu machen suchen. Diese zuletzt genannte Sorte von 'Politikern' hegt nämlich - ähnlich wie die Militärs - ihre spezifischen Allmachtsphantasien, die zumindest im Falle der Militärs in den letzten Jahren mehrfach, und gerade im Bombenkrieg gegen Serbien erneut auf den Boden der Realität zurückgeholt worden sind. Es wäre zwar falsch, diese Illusionen gar nicht zu berücksichtigen, ebenso falsch aber auch, sie analytisch überzubewerten, um ihnen am Ende gar selbst aufzusitzen (z.B. in den auch in diesem Falle wie-

²⁶ Zu den entsprechenden ökonomischen Interessenlagen und Strategien, die hier natürlich auch eine, wenngleich - hierin ist der Verf. anderer Meinung als diese Autoren - für den eigentlichen kriegserischen Konflikt nicht unbedingt dominierende Rolle spielten vgl. Chossudovsky 1997, 1999; Wolf 1999.

²⁷ Jugoslawien war damit auch zum Kampfplatz um die zukünftige politische Gestalt Europas geworden. Vgl. Gowan, S. 72ff., hier insbes. S. 73.

²⁸ Nur so lässt sich übrigens auch die von Gowan nicht bestrittene Verantwortung balkanischer Politiker auf den verschiedensten Seiten des Konfliktes für die zahlreichen und brutalen Menschenrechtsverletzungen überhaupt begreifen und begründen.

der grassierenden 'Verschwörungstheorien'), was bei Gowan gewiss nicht der Fall ist. Dies alles wäre jedenfalls in einer umfassenden 'konkreten Analyse der konkreten Situation', die wohl erst in Zukunft möglich sein wird, zu berücksichtigen.

Einstweilen müssen und können wir uns mit dem wichtigsten Resultat von Gowan's Analyse begnügen, dass die politischen Ursachen – nicht die Intensität – der 'Balkan-Tragödie' in letzter Instanz in den Hegemoniekämpfen zwischen den größeren NATO-Mächte angesichts einer zunächst unübersichtlichen Lage nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges zu suchen sind.

Inzwischen haben sich die machtpolitischen Nebel insoweit gelichtet, als zumindest die militärischen, in vieler Hinsicht auch die politischen Kräfteverhältnisse und Strukturen innerhalb der NATO, nunmehr weitgehend geklärt scheinen. Die USA haben ihren Anspruch und ihre Fähigkeit demonstriert, eine welt-hegemoniale Position notfalls eben auch in Europa, nicht nur gegenüber den unmittelbar betroffenen balkanischen Ländern, sondern – als bewusster Nebeneffekt – auch gegenüber den einzelnen west-europäischen Mächten wie ihrer Gesamtheit (!), erfolgreich durchzusetzen. Zugleich wurde – gegen den wenigstens diplomatischen Widerstand einiger europäischer Länder, etwa Italiens oder Griechenlands – die neue NATO-Strategie²⁹ nicht nur offiziell verabschiedet, sondern im Kosovo zugleich proto-typisch erprobt. Welche Lehre die westeuropäischen Länder für ihre längerfristige außenpolitische Strategie daraus ziehen werden, bleibt abzuwarten. Immerhin deutet einiges darauf hin, dass zumindest hier die Einsicht zu wachsen beginnt, dass 'humanitäre Interventionen' ohne UN-Mandat nicht 'nur' völkerrechtswidrig sind, sondern auch realpolitisch unüberschbare Risiken für den Weltfrieden nach sich ziehen.

Menschenrechtliche Legitimation von Macht und Gewalt?

Die schweren Menschenrechtsverletzungen, kollektiver Mord und Terror auf dem Balkan, wurden in dieser 'realistischen' (machtpolitischen) Interpretation von den USA – in mehr oder minder freiwilliger Kooperation mit anderen NATO-Staaten – letztlich bloß als Anlass genommen, um die Strategie der Etablierung einer neuen Weltordnung mit kriegesischen Mitteln zu erproben. Es scheint auf der Hand zu liegen, dass die Instrumentalisierung eines moralisch hehren Zieles, hier der Bekämpfung von Menschenrechtsverletzungen,

²⁹ „Es ging um die künftigen Aufgabenstellungen und Befugnisse der NATO unter drei Gesichtspunkten: dem der funktionalen Limitierung (Verteidigung oder auch Krisenmanagement), dem der geographischen Beschränkung (Vertragsgebiet oder nicht eingegrenztes Umfeld des 'transatlantischen Raums') sowie dem der völkerrechtlichen Fundierung (gebunden an die Mandatierung durch den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen oder 'Selbstmandatierung'). Wie das neue Strategische Konzept ausweist, ist in allen drei Punkten zugunsten einer Aufhebung bisheriger Beschränkungen entschieden worden.“ Pradetto, S. 806. Damit haben sich die USA in allen Punkten durchgesetzt.

für strategische Zwecke nicht als 'gerecht', sondern im Gegenteil als zynisch und moralisch verwerflich anzusehen ist. Dagegen hat man nun argumentiert, die Motive der Handelnden seien vom Standpunkt einer nicht formell-deontologischen, sondern material-konsequentialistischen Moral (Verantwortungsethik!) letztlich unerheblich, entscheidend seien vielmehr die Folgen, dass nämlich den unerträglichen Menschenrechtsverletzungen ein Ende gesetzt und zugleich eine Warnung an andere potentielle Menschenrechtsverletzer ausgesprochen worden sei. Damit sei in gewissem Sinne ein Vorgriff auf eine zukünftige Weltordnung (kosmopolitische Demokratie, demokratische Weltbürgergesellschaft) getan, in der schwere und weltweit nicht bestrittene Menschenrechtsverletzungen nicht länger straffrei bleiben würden, eine Vorstellung die schließlich von jedem denkbaren universalistisch-moralischen Standpunkt aus grundsätzlich positiv einzuschätzen wäre.

So oder so ähnlich haben nicht wenige westliche Intellektuelle argumentiert.³⁰ Habermas und andere haben schließlich an solche Folgerungen die weitere Forderung gestellt, dass der Rekurs auf kriegesische Gewalt auch in Fällen schwerster internationaler Verbrechen nur als allerletztes Mittel einzusetzen sei, wenn alle Schlichtungs- und Verhandlungsmöglichkeiten ausgeschöpft sind, und dann wiederum gar ein Bruch des Völkerrechts (die Verletzung der UN-Charta, der Rechte des Sicherheitsrates etc.) nur als außerordentliche Ausnahme im Sinne der Nothilfe zu rechtfertigen wäre. Darüber hinaus müsse die Verhältnismäßigkeit der militärischen Mittel gewahrt werden und im Ergebnis des Einsatzes ein 'gerechter Frieden' herauskommen. Nimmt man diese Anforderungen an eine 'gerechte' Intervention zusammen, so bricht spätestens im Rückblick auch der Versuch einer konsequentialistisch-moralischen Legitimation der NATO-Bombenangriffe gegen Serbien in sich zusammen. Denn weder wurden im Vorfeld des Krieges die friedlichen Konfliktregulierungsmechanismen (OSZE-Mission) bzw. die Verhandlungsmöglichkeiten (Rambouillet) wirklich ernsthaft ausgeschöpft³¹, noch wurde der Bomben-Krieg selbst strikt auf Maßnahmen zur Verhinderung der konkreten Menschenrechtsverletzungen begrenzt. Stattdessen wurden außer militärischen Zielen auch zivile Objekte getroffen und dabei zahlreiche Menschenopfer in Kauf genommen.³² Schließlich setzte sich nach der

³⁰ Genannt sei hier – pars pro toto – nur der für seine blühende soziologische Phantasie und für seine innovatorische, in Paradoxien schwelgende Formulierungs'kunst' zu Recht ebenso berühmte wie berüchtigte U. Beck; vgl. hier ders., 1999. Dass Beck auch hier wesentlich exzentrischer formuliert als die meisten seiner Kollegen, für die er hier exemplarisch stehen soll, muss freilich zugegeben werden. Eine breitere Sammlung kontroverser Stellungnahmen bei Schirmacher 1999.

³¹ Zur OSZE-Mission: Loquai 1999. Zu Rambouillet: Zumach, „80 Prozent unserer Vorstellungen werden durchgepeitscht“. Die letzte Chance von Rambouillet und die Geheimdiplomatie um den 'Annex B', in: Schmid 1999.

³² Eine glaubhafte 'Bilanz' der Opfer des Krieges liegt meiner Kenntnis nach bisher nicht vor. Zu ersten Einschätzung, auch der finanziellen Kosten vgl. Karadi/Lutz, Der Preis des Krieges ist seine Legitimität. Zu den Kosten und Folgekosten des Kosovo-Krieges, in: Cremer/Lutz 1999 und Gose, Der Preis des Krieges, in: Albrecht/Schäfer 1999.

offiziellen Beendigung der Kampfhandlungen im Kosovo, trotz der Anwesenheit multi-nationaler KFOR-Truppen, die Serie schwerer Menschenrechtsverletzungen (politische Morde, Vertreibungen u.ä.) fort, nun aber vorwiegend in anderer Richtung, d.h. begangen von Kosovo-Albanern an Serben und Roma. Habermas hatte für den Fall solcher – im übrigen nicht unvorhersehbarer – Konsequenzen immerhin vorsichtig angedeutet, „daß sich (dann) retrospektiv die Frage nach der Legitimation noch einmal ganz anders stellen würde“ – entscheidend aber ist, dass die Antwort nunmehr anders ausfallen müsste. Dieser Krieg war eben kein „Sprung auf dem Wege des klassischen Völkerrechts der Staaten zum kosmopolitischen Recht einer Weltbürgergesellschaft“³³, vielmehr eher ein Schritt auf dem Weg zur Zerstörung des modernen Völkerrechts und der internationalen, friedensstiftenden Institutionen zugunsten einer hegemonial-hierarchischen Weltordnung, in der die ökonomischen, politischen und kulturellen Belange der USA resp. der dort herrschenden Klasse(n) als oberster Zweck und höchster Wert gelten sollen.³⁴

Pax Americana - die 'wohlwollende Supermacht' in einer 'gerechten Weltordnung'?

Hegemonie sei so alt wie die Menschheit, behauptet Brzezinski in seinem Buch über 'Amerikas Strategie der Vorherrschaft'. Neu an der aktuellen Vorherrschaft der USA seien lediglich ihr plötzliches und unerwartetes Zustandekommen, ihr weltweites Ausmaß und die Art und Weise ihrer Ausübung.³⁵ Zumindest die ersten beiden der genannten neuen Merkmale sind kaum bestreitbar, das dritte bedarf freilich besonders kritischer Prüfung.

Die neue Rolle der USA als einziger und zugleich 'einsamer' Supermacht (Huntington) ergab sich in der Tat unerwartet, insofern niemand, weder die 'Sowjetologen' noch die außenpolitischen Experten der 80er Jahre, den baldigen Zusammenbruch der Sowjetunion (und des sie umgebenden 'sozialistischen Lagers') vorhergesehen hatte.³⁶ Mit diesem sich 1989 und in den beiden Folgejahren mit atemberaubendem Tempo vollziehenden Prozess brach zugleich die gesamte, seit 1945 bestehende bipolare Weltordnung zusammen. „Zum erstenmal seit zwei Jahrhunderten besaß die Welt in den neunziger Jahren kein internationales System und keine Struktur. ... Was immer die Zukunft bringen mochte: Die Tatsache, daß alle alten Akteure des Welt dramas außer einem einzigen verschwunden oder transformiert worden waren, bedeutete, daß ein dritter Weltkrieg der alten Art zu den am wenigsten wahr

³³ Habermas 1999b, S. 6 Sp. 1, S. 1 Sp. 3.

³⁴ Dies findet sich – fast – alles, teils positiv, teils kritisch formuliert bei Beck 1999.

³⁵ Brzezinski 1999, S. 17.

³⁶ Allenfalls sowjetische Dissidenten hatten – damals viel belächelt – den baldigen Untergang der Sowjetunion prophezeit.

scheinlichen Aussichten gehörte. Aber das bedeutet ganz und gar nicht, daß auch das Zeitalter der Kriege zu Ende gegangen sei.“³⁷

Nicht wenige hatten in der damaligen Situation gehofft, dass nunmehr eine 'neue Weltordnung' geschaffen werden könne, die nicht auf militärischer Gewalt, sondern auf demokratisch legitimer Herrschaft und Macht gestützt ist, die den Krieg zwar noch nicht durch das Recht, wohl aber durch den Kompromiß und vor allem durch eine moderne, auf Prävention gerichtete Politik ersetzen wird. Schließlich sollte nach dem Ende der großen Konfrontation eine weitgehende Entmilitarisierung und Abrüstung möglich sein und die sich daraus ergebende 'Friedensdividende' für eine rasche und friedliche Entwicklung vor allem der armen Länder genutzt werden.³⁸

Solche 'idealistischen' Hoffnungen waren freilich von vornherein trügerisch, insofern sie die 'Logik' der bisherigen Machtpolitik allein oder vorwiegend aus dem bipolaren (Ost-West)Konflikt der vorangegangenen Jahrzehnte abgeleitet hatten, nicht jedoch aus den immanenten Widersprüchen eines internationalen kapitalistischen Systems, das gerade nach dem Verschwinden des sog. sozialistischen Lagers sich nunmehr sogar ungehinderter entfalten konnte als zuvor. An die Stelle der erhofften neuen Friedensordnung traten vielmehr zahlreiche Kämpfe um eine ökonomische und machtpolitische Neupositionierung – so z.B. auch in Europa, wo es vor allem um die Stellung des neuen Deutschlands und des ökonomisch wie politisch dramatisch geschwächten Russlands ging.

An mehreren weltpolitischen 'Bruchzonen' – um dieses Wort aus dem Vokabular der Geo-Politiker hier doch einmal aufzunehmen – führten diese Positionskämpfe schließlich auch zu militärischen Konflikten, in denen nicht nur Nationalstaaten traditionellen Zuschnitts beteiligt waren, sondern auch eine ganze Reihe neuer Akteure auftraten, die mit inzwischen etablierten völkerrechtlichen Begriffen wie 'Befreiungsbewegungen' u.ä. kaum zu fassen waren. „In den Jahren nach 1989 fanden mehr militärische Operationen in mehr Gebieten von Europa, Asien und Afrika statt als irgend jemand erinnern konnte, wenngleich nicht alle von ihnen auch offiziell als Kriege eingestuft wurden: in Liberia, Angola, im Sudan und am Horn von Afrika, im ehemaligen Jugoslawien, in Moldawien, verschiedenen Ländern des Kaukasus und Transkaukasiens, im dauerexplosiven Nahen Osten, im ehemals sowjetischen Zentralasien und in Afghanistan. Da ... oft nicht klar war, wer gegen wen kämpft und warum, konnten diese Aktivitäten auch nicht irgend einer klassischen Rubrik von 'Krieg' – international oder Bürgerkrieg – untergeordnet werden. ... Kurzum, das Jahrhundert endete mit weltweiten Unruhen, deren Beschaffenheit unklar war, und verfügte über keinerlei Mechanismen, um sie zu beenden oder unter Kontrolle halten zu können.“³⁹ Späte-

³⁷ Hobsbawm 1995, S. 688f., 690.

³⁸ Vgl. Czempel 1993, Vorwort.

³⁹ Hobsbawm 1995, S. 690, 693.

stens Mitte der 90er Jahre schien anstelle der erhofften neuen Friedensordnung, die von vielen Außenpolitikern so gefürchtete 'Hobbessche Situation' (des 'Kriegs aller gegen alle') eingetreten zu sein.

Die Feststellung Hobsbawms, dass das System der internationalen Beziehungen nach dem Ende des Kalten Krieges durch „keinerlei Mechanismen“ zur effektiven Kontrolle und Eindämmung gewaltförmiger Konflikte mehr reguliert werden konnte, war einerseits Faktum, andererseits aber umso erklärungsbedürftiger, als eine solche Situation geradezu nach einer Aktivierung und Aufwertung der Rolle der Vereinten Nationen als dem völkerrechtlich berufenen 'Hüter der neuen Weltordnung' hätte drängen müssen. Hiergegen verwahrte sich aber vor allem – und mit erheblichem Erfolge – die einzige verbliebene 'Supermacht' USA, die ihrerseits die Chance sah, die Rolle des 'Weltpolizisten' zu übernehmen, um überall dort mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln – notfalls also auch mit militärischer Gewalt – zu intervenieren, wo es in ihrem nationalen Interesse liegt, bzw. genauer: was die jeweilige US-Regierung zum nationalen Interesse erhob und ggf. zum 'internationalen Interesse' (der 'internationalen Gemeinschaft') erklärte. Diese hegemoniale Strategie wurde und wird mit den Mitteln des Völkerrechts und innerhalb der bestehenden internationalen Organisationen betrieben, notfalls aber auch gegen diese bis hin zum formellen Bruch mit beidem, so etwa schon im Falle der militärischen Interventionen in Grenada oder Panama.

In der 'realistischen' Sicht der us-amerikanischen außenpolitischen Strategen hatten die Vereinten Nationen, wie übrigens das gesamte nach 1945 weiterentwickelte System des Völkerrechts, im Augenblick des Zusammenbruchs der bipolaren Konfrontation und der Herausbildung eines (weitgehend) unipolaren Systems ihre eigentliche Voraussetzung, die Existenz einer Pluralität (jedenfalls aber mindestens zweier) souveräner, gleichberechtigter Staaten, und damit letztlich ihren Daseinsgrund verloren.⁴⁰ Natürlich wird diese Analyse, die zugleich außenpolitische und daher immer auch diplomatische Strategie ist, nicht offiziell verkündet, vielmehr verhüllt sich diese Strategie in der Forderung nach einer 'Fort(!)entwicklung' des Völkerrechts und der UN-Ordnung, wodurch zugleich der faktische Bruch mit beiden Institutionen als 'Vorgriff' auf eine im internationalen (Friedens)Interesse notwendige Neuordnung dargestellt werden soll. Dabei spielt auch der weltweit anerkannte moralische Status der Menschenrechte insofern eine Rolle, als sie zu einer Kritik einzelner Regelungen des Völkerrechts, von Institutionen der UN (Vollversammlung, Sicherheitsrat, Denunziation des Vetos anderer (!) als 'Blockadepolitik'⁴¹) usw. instrumentalisiert worden sind.

⁴⁰ „Außenpolitik wird am besten ohne Völkerrecht gemacht.“ Ch. Krauthammer, *The Course of Legalism*, zit. n. Paech 1998.

⁴¹ Mindestens seit den 80er Jahren, war der Sicherheitsrat weniger häufig durch das berüchtigte 'Njet' der Sowjetunion als vielmehr durch das 'No' des Vertreters der USA 'blockiert'.

Allerdings war diese Politik nur teilweise erfolgreich. Es gelang den USA zwar, von den UN und dem Sicherheitsrat in Einzelfällen ein Mandat für 'humanitäre Interventionen' oder zur 'Abwendung einer Gefahr für den internationalen Frieden' zu erlangen, aber der selektive Charakter dieser 'Menschenrechtspolitik' (Somalia ja, Ruanda, nein; Bosnien, später Kosovo ja, Türkisch-Kurdistan nein), ihre Anwendung nach bloßen Opportunitätsge-sichtspunkten widersprach so offenkundig dem universellen Anspruch der Menschenrechte, dass diese Politik weltweit rasch an Glaubwürdigkeit verlor. Hinzu kam die mehrfache Weigerung der USA, in Fragen der Abrüstung, der Umwelt, bei der Entschuldung der armen Länder, bei der Errichtung eines internationalen Strafgerichtshofs usw. internationalen Regelungen zuzustimmen, die von zahlreichen Staaten im Interesse des Friedens und einer gerechten Weltordnung unterstützt worden waren, schließlich die langanhaltende Verweigerung der Mitgliedsbeiträge für die UN. All dies entlarvte die Behauptung der USA, ihre weltpolitische Führungsrolle zum Wohle aller (The benevolent Empire⁴²) wahrnehmen zu wollen.

US-Politiker sollten daher „die Illusion aufgeben, die Vereinigten Staaten seien eine wohltätige Hegemonie und es bestünde eine natürliche Übereinstimmung zwischen ihren Interessen und Werten und denen der übrigen Welt. Diese Übereinstimmungen gibt es nicht. ... Wohltätige Vorherrschaft gibt es ... nur vom Standpunkt der Hegemonialmacht aus. 'Nur in den Vereinigten Staaten liest man vom Wunsch der Welt nach amerikanischer Führung', bemerkt ein britischer Diplomat. 'Überall sonst liest man von amerikanischer Überheblichkeit und Einseitigkeit', fordern inzwischen klügere 'Realisten' wie Huntington, denn „während die Vereinigten Staaten regelmäßig mehrere Länder als 'Schurkenstaaten' brandmarken, werden sie selbst in den Augen vieler Länder zur Schurken-Weltmacht.“⁴³

Huntington warnt die US-Außenpolitiker vor der Gefahr von 'anti-hegemonialen Koalitionen', dabei könnte es sich nicht nur um ein – noch ziemlich unrealistisches – Bündnis zwischen Russland, China und Indien ('Primakow-Doktrin') handeln, als wichtigsten Schritt zu einer solchen Koalition betrachtet er vielmehr die Gründung der Europäischen Union mit einheitlicher Währung (Euro) und empfiehlt indirekt das altbewährte Mittel, „kulturelle Unterschiede, Eifersüchteleien und Rivalitäten“ zwischen den größeren Mächten zu schüren, um sie davon abzuhalten, sich gegen die Supermacht zu verbünden. Nach Gowan hat genau diese Strategie der amerikanischen Jugoslawien-Politik seit der diplomatischen Intervention in Bosnien zugrunde gelegen⁴⁴, und sie scheint auch zur Disziplinierung etwa der französischen Opposition gegen einzelne Aspekte ('Selbstmandatierung') der

⁴² Vgl. R. Kagan 1998.

⁴³ Huntington, S. 553.

⁴⁴ Gowan, S. 73. Zur Vorgehensweise der USA gegenüber den europäischen NATO-Verbündeten vgl. Link 1998, S. 133f.

neuen NATO-Strategie beigetragen zu haben. Der von diesem Standpunkt aus aber wohl größte, und merkwürdigerweise bisher wenig thematisierte 'Erfolg' der US-Außenpolitik aber besteht, neben der weiteren Schwächung der UNO und des Völkerrechts, in der praktischen Liquidierung der OSZE, als einer potentiell wirksamen regionalen Sicherheitsorganisation unter der völkerrechtlich abgesicherten Schirmherrschaft der UN, und damit zugleich auch in der zumindest aktuellen Ausschaltung Russlands aus der europäischen, wenn nicht der internationalen Politik.

Literatur

- Albrecht, U./Schäfer, P. (Hg.), 1999, Der Kosovo-Krieg. Fakten, Hintergründe, Alternativen, Köln.
- Ancona, C., 1980, Der Einfluß Clausewitz' 'Vom Kriege' auf das marxistische Denken von Marx bis Lenin, in: Dill, G. (Hg.), 1980, Clausewitz in Perspektive, Frankfurt/Berlin/Wien.
- Aron, R., 1962, Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt, Frankfurt/M.
- Balzer, B. u.a., 1999, Nach dem Balkan-Krieg. Die NATO, die neue Weltordnung und die Gewerkschaften. Supplement der Zeitschrift Sozialismus 10/99.
- Beck, U., 1999, Über den postnationalen Krieg, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8.
- Boehme, K. (Hg.), 1975, Aufrufe und Reden deutscher Professoren im Ersten Weltkrieg, Stuttgart.
- Brzezinski, Z., 1999, Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft, Frankfurt/M.
- Chossudovsky, M., 1997, Die Zerstörung des früheren Jugoslawiens und die Rekolonialisierung Bosniens, in: Z Nr. 29
- Chossudovsky, M., 1999, Wie Jugoslawien zerstört wurde. Wirtschaftliche Hintergründe und strategische Interessen, in: Contraste, Mai 1999.
- Cremer, U./Lutz, S. (Hg.), 1999, Nach dem Krieg ist vor dem Krieg, Hamburg.
- Czempiel, E. O., 1993, Weltpolitik im Umbruch. Das internationale System nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. München.
- Czempiel, E. O., 1998, In der Realismusfalle. Kritik einer außenpolitischen Maxime, in: Merkur, Jg. 52, 1, Nr. 586.
- Czempiel, E. O., 1999, Kluge Macht. Außenpolitik für das 21. Jahrhundert, München.
- Debiel, T./Nuscheler, F. (Hg.), 1996, Der neue Interventionismus. Humanitäre Einmischung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, Bonn.
- Deppe, F., 1999a, Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge, Hamburg.
- Deppe, F., 1999b, Die Risiken der 'neuen Weltordnung' und die Strategie der NATO, in: Balzer u.a., 1999.
- Geras, N., 1989, Our Morals. The Ethics of Revolution, in: Socialist Register.
- Goldschmidt, W., 1999, Politik, in: Sandkühler, H. J. u.a. (Hg.), Enzyklopädie Philosophie, Hamburg.
- Gowan, P., 1999, Die NATO-Mächte und die Balkan-Tragödie, in: Z, Nr. 38.
- Habermas, J., 1999a, Die postnationale Konstellation. Politische Essays, Frankfurt/M.
- Habermas, J., 1999b, Bestialität und Humanität. Ein Krieg an der Grenze zwischen Recht und Moral, in: Die ZEIT, 54. Jg., Nr. 18.
- Hahlweg, W. 1980, Lenin und Clausewitz, in: Dill, G. (Hg.), 1980, Clausewitz in Perspektive, Frankfurt/Berlin/Wien.

- Held, D., 1995, Democracy and the Global Order. From the Modern State to the Cosmopolitan Governance, Cambridge.
- Heuer, U.-J., 1999, Deutschland führt wieder Krieg, in: Z, Nr. 38.
- Hobsbawm, E., 1995, Das Zeitalter der Extreme, München/Wien.
- Hösle, V., 1997, Moral und Politik. Grundlagen einer politischen Ethik für das 21. Jahrhundert, München.
- Huntington, S. P., 1999, Die einsame Supermacht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5.
- Mackinder, H. J., 1919 (1904), Democratic Ideals and Reality, New York.
- Kagan, R., 1998, The benevolent Empire, in: Foreign Policy, Summer 1998.
- Krippendorff, E., 1999, Unzufrieden. Vierzig Jahre Politische Wissenschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 8.
- Kühne, W., 1999, Blockade oder Selbstmandatierung. Zwischen politischem Handlungsdruck und Völkerrecht, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 5.
- Link, W., 1998, Die Neuordnung der Weltpolitik. Grundprobleme globaler Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, München.
- Loquai, H., 1999, Eine ungenutzte Friedenschance? Die OSZE-Mission im Kosovo, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 9.
- Moellendorf, D., 1994, Marxism, Internationalism, and the Justice of War, in: Science & Society, Vol. 58, 3.
- Morgenthau, H. J., 1993 (1948ff), Politics Among Nations, The Struggle for Power and Peace, Boston et al.
- Scherer, P., 1999, Geopolitische Aspekte des Kosovokrieges, in: Z, Nr. 39.
- Münkler, H., 1999, Den Krieg wieder denken. Clausewitz, Kosovo und die Kriege des 21. Jahrhunderts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 6.
- Paech, N., 1998, Recht in Zeiten der Hegemonie, Freitag.
- Paech, N., 1999, 'Humanitäre Intervention' und Völkerrecht, in: Albrecht/Schäfer (Hg.), 1999.
- Pradetto, A., 1999, Zurück zu den Interessen. Das Strategische Konzept der NATO und die Lehren des Krieges, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7.
- Preuß, U. K., 1999, Zwischen Legalität und Gerechtigkeit. Der Kosovo-Krieg, das Völkerrecht und die Moral, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 7.
- Schirmacher, F. (Hg.), 1999, Der westliche Kreuzzug. 41 Positionen zum Kosovo-Krieg, Frankfurt/M.
- Schmid, Th. (Hg.), 1999, Krieg im Kosovo, Reinbek b. Hamburg.
- Schwarz, K.-D., 1999, Weltmacht USA. Zum Verhältnis von Macht und Strategie nach dem Kalten Krieg, Baden-Baden.
- See, K. v., 1975, Die Ideen von 1789 und die Ideen von 1914. Völkisches Denken in Deutschland zwischen Französischer Revolution und Erstem Weltkrieg, Frankfurt/M.
- Stuby, G., 1999, Stiller Abschied von der 'Friedensstaatlichkeit' des Bonner Grundgesetzes nach 50 Jahren? In: Z, Nr. 39.
- Wallach, J. L., 1968, Die Kriegslehre von Friedrich Engels, Frankfurt/M.
- Waltz, K. N., 1979, Theory of International Politics, Reading/Mass. u.a.
- Walzer, M., 1982, Gibt es den gerechten Krieg? Stuttgart.
- Wolf, W., 1999, Bombengeschäfte. Zur politischen Ökonomie des Kosovo-Krieges, Hamburg.
- Zürn, M., 1987, Gerechte internationale Regime, Frankfurt/M.

Japan - Verlierer der „Globalisierung“?

Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik in Japan

Seit dem „Platzen der Seifenblase“ 1990 hat Japan zwei Depressionsphasen ohne einen dazwischenliegenden Aufschwung durchgemacht. Der Finanz-Krach, der einen Verfall der Großbanken, Lebensversicherungen sowie Effektenfirmen auslöste und der noch im Gange ist, war mit einer Entwertung von Wertpapieren sowie Immobilien verbunden. Die zweite Stufe der Krise, die „Selektion“ unter den Lokalbanken und den industriellen Unternehmen, nimmt gerade erst ihren Anfang. Der Produktionsindex des verarbeitenden Gewerbes fiel vom Höhepunkt 1991 bis zum Tiefststand 1993 um 14,8 Prozent, um sich dann langsam wieder zu erholen. Aber er erreichte den früheren Stand nicht mehr und sank 1998 mit -6,9 Prozent wieder stark ab. Als das Bruttoinlandsprodukt erstmals nach eineinviertel Jahren im ersten Quartal 1999 gegenüber dem vorhergehenden Quartal um 1,9 Prozent wieder zunahm, wurde das als große Sensation herausgestellt - als ob die lange Depression damit überwunden worden wäre. Gleichzeitig stiegen aber der Prozentsatz der Vollarbeitlosen und die Zahl der Bankrotte sowie die Summe der Schulden weiter an.

Auffällig ist der niedrige Leitzins. In „Z“ Nr. 15 (September 1993, S. 23) schrieb ich mit Empörung und Ärger über „die künstliche Herabsetzung des japanischen Zinssatzes (bis zu 2,5 Prozent!)“. Wieviele Ausrufungszeichen wären für den jetzigen Zinssatz von 0,5 Prozent seit September 1995 in Japan nötig? Der niedrige Zinssatz entlastet die Banken, Pensionsfonds und Stiftungen zum Nachteil der Einleger und Versicherten (darunter viele Arbeiter und Angestellte, die aus solchen Einlagen eine Rente beziehen), die faktisch Negativzinsen vergütet bekommen.

Dieser niedrige Zinssatz stellt nicht nur den Ernst der Lage der japanischen Wirtschaft und Politik dar, sondern er symbolisiert auch die sich vertiefenden Widersprüche in den wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zwischen Japan und den USA. Die Leitzinssenkung ist sicher auch ein Element expansiver Konjunkturpolitik. Sie soll aber ebenfalls den Kapitalexport in die USA stimulieren, was u. a. auch durch einen künstlich überhöhten Yen-Kurs erleichtert wird. (Vgl. auch Follath/Wagner über Japan als „verwirrte Nation“, Der Spiegel, H. 26/1998.)

I. Eine kurze Bemerkung zur Krisenanalyse

Die Entwicklung eines kapitalistischen Landes muß *erstens* stets im Zusammenhang mit anderen Ländern gesehen werden, die jeweils auf verschiedener Entwicklungsstufe stehen, entsprechend dem früheren oder späteren Start des Kapitalismus - sog. unterschiedliche „Generationen“. England gehört zu

der ersten Generation, gefolgt von Deutschland, Frankreich und den USA, schließlich Rußland und Japan. Seit einiger Zeit sind auch manche ASEAN-Länder hinzugekommen. Je später der Kapitalismus auftritt, desto stärker mischt sich der Staat in seinen Entwicklungsprozeß ein, verwächst mit ihm und gliedert ältere Gesellschaftsschichten ein, ohne deren konservative, kulturelle und wirtschaftliche Lebensweise völlig zu zerstören. Auch unter deren Einfluß wird die Konjunkturentwicklung verzerrt und deformiert. Dabei ist es von Bedeutung, daß es zwischen den verschiedenen „Generationen“ kapitalistischer Länder nicht nur eine Konkurrenz auf gleicher Ebene gibt, sondern auch große Rangunterschiede sowie Herrschafts-Abhängigkeits-Beziehungen. Die Weltmarktkrisen entstehen also nicht einfach durch den Ausbruch immanenter Widersprüche der kapitalistischen Länder, sondern auch als deformiertes Resultat der Wechselbeziehungen des Weltmarktes.

Zweitens ist die weltgeschichtliche Entwicklungsetappe des Kapitalismus seit dem Ende des 19. Jahrhunderts als Monopolkapitalismus charakterisiert. Zwar ist der skizzierte „Generationsunterschied“ noch von Bedeutung, aber die Macht- sowie Hegemonieverhältnisse wechseln von Zeit zu Zeit, wie es z.B. am Anfang des 20. Jahrhunderts zwischen England und den USA geschehen ist. In dieser Etappe erscheint die spezifische, relativ stabile Akkumulationsbewegung der Monopolkapitale ziemlich verzerrt: Sie ist geprägt durch inländische Monopolprofite, Kapitalexport, billigere Löhne sowie die Rohstoffpreise ihrer Kolonien, die Kontrolle des internationalen Geldkapitalmarktes unter der Hegemonie des Monopolkapitals und durch Mechanismen zur Abwälzung von Krisenlasten auf die unteren Klassen und Schichten der Gesellschaft und auf rückständige Länder.

In dieser Entwicklungsetappe herrschen jedoch chronischer Kapitalüberschuß sowie chronische Übervölkerung. Deren Erschöpfung als eine der Ursachen der Krise ist daher schon sehr selten. Dabei könnte der Waren- und Kapitalexport die krisenhaften Widersprüche einigermaßen mildern, aber er bereitet zugleich auch den Weg des Krisenexportes vor.

Der japanische Kapitalismus entwickelte sich in der monopolkapitalistischen Etappe in der für ein Land der „nachgewachsenen Generation“ typischen Weise. Es war immer sein unbedingtes Ziel, früher gekommene kapitalistische Länder einzuholen, um den eigenen Untergang aus wirtschaftlicher und militärischer Schwäche zu vermeiden. Dazu brauchte Japan eine starke, anfangs eher absolutistische, später staatsmonopolistische Staatsmacht.

Drittens entwickelte sich seit der großen Weltwirtschaftskrise 1929-32 der Staatsmonopolistische Kapitalismus, in dessen Rahmen mit der Aufgabe des Gold-Standards die Fiskalpolitik des Staates als Stabilisator diente und sich der wirtschaftliche Unterschied zwischen hochentwickelten kapitalistischen Ländern einerseits und schwachentwickelten nichtkapitalistischen Ländern sowie jenen mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau andererseits erweiterte. Länder auf verschiedenen Entwicklungsstufen stehen nicht nur einfach nebeneinander, sondern sie sind oft durch Dominanz-Beziehungen

miteinander verbunden. Dabei wollten einige Großmächte die inneren Widersprüche sogar durch den Weltkrieg überwinden. In diesem Zusammenhang spielten und spielen Währungsmanipulationen zusammen mit dem vom hegemonialen Staat kontrollierten Floatingsystem auch eine große Rolle als Mechanismen der Umverteilung von Gewinnen und Einkommen.

Unter diesen Bedingungen konnten die hochentwickelten Länder des staatsmonopolistischen Kapitalismus kurzfristig scheinbar erfolgreich die Widersprüche überwinden, die sie bisher unvermeidlich in periodische Krisen hineingestoßen hatten, und stetiges Wachstum hervorbringen. Zugleich jedoch kumulieren unter diesen Bedingungen die latenten Widersprüche über einige Perioden hinweg, bis es schließlich zu einem viel größeren Ausbruch kommt. Ursachen sind ein ungeheures Defizit des Staatshaushalts als Resultat unbegrenzter Ausgaben zur Konjunkturförderung, die globale Erweiterung des Klassen- und Schichtenunterschiede bei Einkommen und Lebensstandard, der Zusammenstoß der konjunkturpolitisch beschleunigten Akkumulation mit den Naturgrenzen - Rohstoffquellen, Selbstreinigungskapazitäten, Stabilität sowie ökologische Regeneration der Natur.

Viertens tritt endlich die Besonderheit jedes kapitalistischen Landes als an der Oberfläche wahrnehmbarer Unterschied zutage. So hat der japanische Kapitalismus sowohl als Kapitalismus der „nachgewachsenen Generation“ wie (seit den 30er Jahren) als staatsmonopolistischer Kapitalismus von Anfang an einen engen Zusammenhang mit der Staatsmacht angestrebt. Dazu kommt seit Beginn der Nachkriegszeit eine durchgehende politische, militärische sowie ökonomische Unterordnung und Abhängigkeit von den USA. Dabei stützten sich die Mächtigen Japans auf alle möglichen traditionellen Strukturen und reproduzierten sich zu einer vollausgebildeten Ochlokratie, die oft für Ausländer ein altmodisches und/oder exotisches Aussehen hat.

In diesem Zusammenhang spielt das Erziehungssystem eine entscheidende Rolle. Es zielt in erster Linie darauf ab, das „mit dem Strom Schwimmen“ und die Anpassungsfähigkeit auszubilden. Zugleich soll es das Geschick kultivieren, Spitzentechnik anzuwenden, statt die eigenen schöpferischen Fähigkeiten zu entwickeln. Es weicht vorsichtig dem Ziel aus, Kinder und junge Leute zu souveränen Persönlichkeiten mit vernünftiger kritischer Auffassungsgabe zu erziehen.

II. Besonderheiten der japanischen Wirtschaftsentwicklung seit Mitte der 70er Jahre

Seit Wiederherstellung eines eigenständigen Reproduktionszyklus nach dem Zweiten Weltkrieg hat der japanische Kapitalismus bis Mitte der 70er Jahre alles unternommen, um mit finanzieller, ökonomisch-politischer und sogar diplomatischer Hilfe des Staates ein technologisches Spitzenniveau in der Weltwirtschaft zu erreichen. So wurden z.B. 1960 Patente und know-how für die Computer-Technologie durch eine ansonsten juristisch gar nicht mögliche Vereinbarung zwischen MITI (Ministry of International Trade and Industry)

und IBM an fünfzehn japanische Großunternehmen der Elektronikbranche vergeben. Das MITI gestattete IBM trotz gesetzlicher Beschränkung durch den Devisenkontrollakt Finanztransfers ins Heimatland. Die Einfuhr der neuen Technologien wurde mit Steuererleichtung oder -befreiung gefördert. Daneben wurde eine hohe und beschleunigte Akkumulation sowohl durch das Abschreibungssystem wie durch die vom Finanzministerium organisierte Gemeinschaftsfinanzierung der Großbanken gesichert.

Japan konnte auf diesem Wege zwar ein aufsehenerregendes Wirtschaftswachstum erreichen, machte aber zwei scharfe Krisen (1964-65 und 1974-75) durch. Als Reaktion auf die erste Krise begann die Regierung zur Konjunkturbelebung Staatsanleihen (745 Mrd. Yen) auszugeben. Damit sollte auch der damals zerrüttete Wertpapierhändler Yamaichi gerettet werden. Bei der zweiten Krise gab die Regierung nicht nur über 1,5 Billion Yen als Anleihen aus (die Staatsschuld summierte sich auf 10,5 Billionen Yen), sondern finanzierte auch in großem Maße öffentliche Arbeiten, um den Großunternehmen der Baubranche Vorteile zu bringen. Zugleich organisierte die Regierung unter dem Vorwand der Handels- sowie Kapitalliberalisierung den sogenannten „Forschungsverbund Super-LSI“, der Großunternehmen unter Umgehung der Antimonopol-Gesetzgebung zur Verfügung stand, um in der Halbleitertechnologie eine Spitzenstellung in der Welt zu erreichen. Gerade durch derartige Maßnahmen in Verbindung mit enormen Subventionen sowie der Förderung der „Genryo Keiei“ (Verschlankung der Unternehmen) konnte die japanische Wirtschaft die Krise schneller überwinden und es bis zur „Nr. 1“ bringen. Dies geschah jedoch zu Lasten der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger. Daneben wurde der Aufschwung durch den sogenannten „warmen Regen“ der Ausfuhr unterstützt, der unvermeidlich Handelskonflikte vor allem zwischen Japan und den USA hervorrief.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre wurde die japanische Wirtschaftslage vor allem mit dem Schlagwort „Verwaltungsreform“ charakterisiert. Nach Thatcher und Reagan setzte Ministerpräsident Nakasone die Privatisierung der Staatsbahn sowie der öffentlichen Telekommunikation, die Abschaffung der kostenlosen ärztlichen Behandlung für die Alten, die Beschneidung des Personalbestandes der Sozialeinrichtungen u.a.m. durch. Jedoch brachte diese „Reform“ keine Verminderung der Staatsverschuldung, da die Ausgaben für verschwenderische Bauten bei Stagnation der Binnenwirtschaft weiter zunehmen (die Staatsschuld wuchs auf 110 Billionen Yen).

Schon vor der „Seifenblasen“-Zeit kumulierten also die Widersprüche über einige Konjunkturperioden hinweg bis zum Höhepunkt. Dennoch wurden mit wachsendem Tempo Finanz-Mittel in die erweiterte Reproduktion gesteckt (vgl. Abschnitt III). Durch Ausgabe von Wandelschuldverschreibungen, von Warrant-Bonds und/oder von Aktien zum jeweiligen Preis, wurde die Akkumulation der Real-Kapitale nicht nur im Inland, sondern auch weltweit vorangetrieben, bis die Überproduktion und der Überschuß der Anlageinvestitionen offen zutage traten. Die Ausweitung der Selbstfinanzierungsquote der

Industrieunternehmen schränkte das Anlagefeld für Geldkapital ein und führte zwangsläufig zum Run auf spekulative Dividendenpapiere, Immobilien sowie US-Bonds. Bemerkenswerterweise stiegen sogar viele der großen Industriekapitale in die Finanzspekulation ein, statt ihr Kapital im eigenen Unternehmen anzulegen. Hier zeigte sich deutlich das Entstehen der „Seifenblase“ unter dem Druck des Kapitalüberschusses.

Yoshikazu Miyazaki machte darauf aufmerksam, daß die Wachstumsrate der Realökonomie 1990 viel höher war als erwartet, dagegen der Kurssturz stärker (Miyazaki 1992, S.7). Er interpretierte das nach P. F. Drucker als Ausdruck einer grundsätzlichen Änderung der Struktur der Weltwirtschaft, besonders der Unabhängigkeit der „Symbolökonomie“ (Kapitalbewegung, Devisenkurs und Finanzsphäre) gegenüber der Realökonomie (ebd., S.14). Deswegen, so schrieb er, gehe in entwickelten Ländern meistens der „credit crunch“ (Finanzkrach) der Rezession aufgrund der mangelnden wirksamen Nachfrage voran. Das ist zweifellos richtig. Aber gleichzeitig muß darauf hingewiesen werden, daß diese Entkoppelung auch das kumulierte Resultat der gewaltigen Ausgaben ist, die weltweit über mehrere Konjunkturperioden hinweg aus dem US-Staatsfonds (als Leitwährung und zugleich als inconvertibles Papiergeld) getätigt wurden, um Krisen zu vermeiden und die Konjunktur künstlich zu beleben (daneben handelte es sich auch um Rüftungsausgaben). Für Japan zeigt Miyazaki mit reichem statistischem Material völlig richtig, daß die Direkt- und die Wertpapier-Portfolio-Investitionen nach einer Reihe von Liberalisierungsmaßnahmen im Finanzsystem entsprechend amerikanischer Forderung 1984 anstiegen, dann aufgrund des extrem niedrigen Zinssatzes eine in- und ausländische Spekulation einsetzte und schließlich der Krach 1990 folgte.

In der Mitte der 90er Jahre beschleunigte sich die Krise im asiatischen Raum und griff auch auf das Real-Kapital Japans über. Zugleich kam es in den drei größten Industriezweigen - der Automobil-, der Elektronik- und der Telekommunikations-/Informationsindustrie - zu globalen Umgruppierungen unter dem Druck von Überproduktion und internationaler Konkurrenz: z.B. Nissan - Renault, Nihon Telecom - BT/AT&T und Fujitsu - Siemens. Die Unternehmen sind dabei momentan unfähig, eine andere Perspektive zu entwickeln, als die Belegschaften auszudünnen und die brachliegenden Anlagen zu vernichten.

In dieser angespannten Konjunkturphase setzte Premier Hashimoto im April 1997 die Erhöhung der Verbrauchssteuern von 3 auf 5 Prozent durch und erklärte, schrittweise die Staatsverschuldung (250 Billionen Yen) zu reduzieren. Aber es verstand sich von selbst, daß der private Verbrauch vom gleichen Zeitpunkt an stark zurückging und die damals scheinbar in einer Wiederbelebungsphase befindliche Konjunktur einbrach. Hashimoto zerstörte damit selbst seine Existenzbasis als Politiker. Obuchi, der jetzige Premier, klammerte demgegenüber die „Staatshaushaltsreform“ aus und änderte den Kurs der Fiskalpolitik abrupt in Richtung auf expansive Ausgabengestaltung.

Zugleich setzte ein geradezu unverschämter Einschub öffentlicher Gelder in große Unternehmen ein, um deren spekulativ verspieltes Kapital zu decken. Die Staatsschuld dürfte bis Ende 1999 327 Billionen Yen erreichen und zusammen mit der Verschuldung der Gemeinden bis Ende 2000 auf etwa 600 Billionen Yen ansteigen.

III. „Besiegtes Land im Krieg des Geldes“?

Mototada Kikkawa schrieb in seinem Buch „Maneh Haisen“ („Besiegtes Land im Krieg des Geldes“, 1998), daß das sog. 'Japan-money', das als ungeheurer Leistungsbilanzgewinn hauptsächlich aus dem Japan-USA-Handel in der ersten Hälfte der 80er Jahre stammte, den Devisenkurs dadurch in Richtung auf Wertsteigerung des Dollars trieb, daß es über den Kauf amerikanischer Staatsanleihen wieder in die USA zurückströmte (Kikkawa, 1998, S. 43). Darüber hinaus tätigt Japan im Gegensatz zur BRD den Einkauf bis heute auf Dollar-Basis. Kikkawa schreibt ferner, daß dies zur Entwertung des japanischen Reinvermögens in Folge einer schnellen Erhöhung des Yen-Kurses in den USA nach dem „Übereinkommen in Plaza“ (1985) von über 40 Prozent führte (ebd., S. 71).

Kikkawa stellt richtig dar, daß die japanische Handelsbilanz während der 80er Jahre jährlich einen extrem hohen Überschub auswies, obwohl der Devisenkurs zwischen Yen und Dollar damals zwischen zwei Extremen schwankte (ebd., S. 65). Offensichtlich war das dank intensiver Rationalisierung der japanischen Produktionsbetriebe möglich. Noch entscheidender war jedoch die Finanzierung des gewaltigen Handelsdefizits der USA durch den fortgesetzten Kauf amerikanischer Staatsanleihen durch japanischen Anleger - trotz der 40-Prozent Entwertung des Yen durch den Kursverlust.

Kikkawa betont ferner, daß japanische Kreditinstitute nach wie vor US-amerikanische Staatsobligationen auf Dollar-Basis (Dollar als Leitwährung) anlegen. Eben dies zieht zusammen mit der stets von den USA anhängigen Leitzinspolitik Japans das gewaltige japanische Finanzvermögen aus dem Außenhandelsgegnis bei niedrigeren Yen-Kursen zum amerikanischen Kapitalmarkt, wo es dann aber bei erhöhtem Kurs wieder entwertet wird.

Wenn man davon ausgeht, daß dieses Verhalten nicht auf völliger Unkenntnis des Weltkreditsystems basiert, so kann man sogar so weit gehen zu sagen, daß die japanische Regierung auf die Souveränität im wirtschaftlichen sowie im politischen und militärischen Bereich gegenüber den USA verzichtet. Ein ehemaliger Beamter des Finanzministeriums hat gesagt, daß keine anderen Zeitungen in ihren Schlagzeilen so nervös über den schwankenden Devisenkurs zum Dollar berichten wie die japanischen und daß dies die starke Abhängigkeit des Yens vom Dollar in aller Deutlichkeit zeigt (Akahata, 25.8.1998).

„Ist Japan wirklich ein unabhängiger Staat?“ fragt der ehemalige Abteilungs-
chef der USA-Abteilung der NHK-Bank Yoshiki Hidaka in seinem Buch

„Nihon imada dokuritsu sezu“ („Japan steht noch nicht auf eigenen Füßen“, S. 445). Er behauptet, daß die Japan-USA-Beziehung und die japanische Politik während der mehr als 50 Jahre Nachkriegszeit nichts anders als eine Burleske seien (ebd., S. 14). Obwohl Hidaka im Gegensatz zu seiner radikalen Fragestellung meistens nur die abgestandenen Klatschgeschichten der diplomatischen Beziehungen zwischen Japan und den USA berührt, ohne grundsätzliche Antworten zu suchen, ist die Frage im Titel seines Buches doch erfrischend und erstaunlich - hätte sie bis dato höchstens die KPJ oder die inzwischen aufgelöste SPJ gestellt.

Die japanische Staatsbank entschied im September 1998, den Zinsfuß des Geldmarktes (unconditional overnight call rate) auf 0,25 Prozent zu senken, und danach im Februar 1999 weiter auf Null Prozent. In beiden Fällen wurde Forderungen des US-Finanzministeriums entsprochen. Die institutionellen Anleger, besonders Großunternehmen im Bereich der Lebens- und Schadensversicherung, erlitten teilweise katastrophale Verluste. Schon 1997 brach Nissan Seimei zusammen, jüngst Toho Seimei. Die Hauptursache dieser Zusammenbrüche waren, wie Kikkawa zeigt, ungeheure Devisenverluste, Folge der einseitigen Konzentration auf den Kauf von US-Staatsbonds.

„Die USA mischen sich in die japanische Innenpolitik ein“, erklärte Hidaka im September 1989 anlässlich der Vorstellung des Kaifu Kabinetts - offener und deutlichere Worte als je zuvor (Hidaka, S.446). Unter dem politischen Druck, den Bush auf den japanischen Ministerpräsident Kaifu ausübte, fing die Seifenblase an zu platzen. Hidaka führt die Ursache der Abhängigkeit Japans von den USA tiefenpsychologisch auf die irrationale Furcht Japans vor Atomwaffen und den daraus resultierenden Respekt der japanischen Premiers vor den USA zurück. Er vergißt, daß die politischen, militärischen sowie ökonomischen Rahmensetzungen des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrages von 1951 eine fast allseitige Abhängigkeit Japans von den USA festgeschrieben haben. Follath und Wagner stellen im „Spiegel“ zwar durchaus richtig die Frage, „warum ausgerechnet sie (die Japaner) - trotz ihrer Exporterfolge - als Verlierer der Globalisierung dastehen“, aber die Antwort liegt nicht in der „shintostischen Schöpfungsgeschichte“ und einer daraus entspringenden rätselhaften Mentalität der Japaner, sondern, realistischer und viel wesentlicher, in der Unterordnung Japans im Rahmen der japanisch-amerikanischen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen.

IV. Umbau der japanischen Wirtschaft

In der heutigen Krise Japans zeigen sich wenigstens fünf Widerspruchsbeziehungen. Es sind dies Widersprüche Japans erstens mit den USA, zweitens mit anderen, insbesondere asiatischen Ländern, drittens Widersprüche zwischen den japanischen Großunternehmen selbst, viertens Widersprüche zwischen ihnen und Kleinunternehmen, Bauern, Fischern usw., sowie, fünftens, Widersprüche zwischen Großkapital und Lohnarbeitern. Die Überwindung jedes dieser Widersprüche kann dabei in grundlegend gegensätzliche Rich-

tungen erfolgen. Der von den Kapitalisten eingeschlagene Weg zur Überwindung von Krisen wird immer auf ihr eigenes Überleben zu Lasten der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen ausgerichtet sein, d.h. er trägt wesentlich klassenantagonistische Züge. Heute zeigt dieser Weg der Krisenüberwindung mit Hilfe der Staatsmacht einen noch ausgeprägteren Klassencharakter als gewöhnlich. Die Konjunkturmaßnahmen orientieren sich nicht nur ungeschminkt an dem für die „internationale Konkurrenzfähigkeit“ unerläßlichen Gewinn, sondern sie decken auch die Verluste von Großunternehmen, Immobilienspekulanten, Großbanken und sogar die von Gangstern und Politikern ab.

Wie schon erwähnt wurden ab letzten März von Nippon Ginko (Bank of Japan) kurzfristige Darlehen de facto zinslos gewährt. Ein Vorstandmitglied der amerikanischen Notenbank FRB kritisierte dies als „Schiffahrt ohne Seekarte“. Aber diese Schiffsreise wird in Wirklichkeit aus der Ferne von der US-Regierung gelenkt. Der Ausstieg aus dieser Politik ist der einzige Ausweg, wenn man nicht in das drohende Platzen der amerikanischen „Seifenblase“ hineingezogen werden will, und es wäre ein Weg, die von den „hedge funds“ auf dem Weltkreditmarkt ausgehenden Störungen unter Kontrolle zu bringen sowie die Beziehungen zwischen Japan und den USA auf eine gleichberechtigte Grundlage zu stellen.

1998 gingen in Japan 19.171 Unternehmen mit Schulden von über 10 Mio. Yen (ca. 150.000 DM) bankrott - die zweithöchste Zahl an Bankrotten pro Jahr in der Nachkriegszeit. Die gesamte Schuldensumme - über 14 Billion Yen, ca. 200 Md. DM - war in keinem Jahr zuvor so groß.

Trotz des seit nunmehr sechs Jahren anhaltenden extrem niedrigen Zinsniveaus kontrahiert die von den Banken gewährte Darlehenssumme fortlaufend. Obwohl öffentliche Geldmittel von über 30 Billionen Yen (ca. 430 Md. DM) zur „Stabilisierung des Finanzsystems“ an Großbanken sowie andere große Kreditinstitute flossen, hielt die Darlehensverzögerung der Banken besonders an kleinere Betriebe an. Hier sind die „Teilung des Verlustes“ (Das Kapital III) und der Überlebenskampf der Kapitale im Gang.

Im April 1999 erreichte Japan mit über 5 Prozent eine Rekordarbeitslosigkeit. Dabei muß man wissen, daß die Arbeitslosenquote in der japanischen Statistik nicht alle registrierten Arbeitslosen als „Vollarbeitslose“ erfaßt, sondern nur diejenigen Lohabhängigen, die in der vergangenen Woche keine Stunde gearbeitet haben.

Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei, die im wesentlichen von kleinen selbständigen Produzenten betrieben werden, wurden seit den 60er Jahren durch die Politik der „Liberalisierung des Welthandels“ schutzlos der internationalen Konkurrenz ausgesetzt und den Unternehmen, die ihre Produkte weiterverarbeiten, untergeordnet. So verminderte sich die Zahl der Haupterwerbstätigen in der Landwirtschaft von 12 Millionen (1960) auf 2,8 Millionen (1995). Die durch die Landreform kurz nach dem II. Weltkrieg aus dem halbfeudalen Grundbesitzersystem befreite japanische Landwirtschaft wurde

ab den 60er Jahren als einer der „unprofitablen Zweige“ allmählich zurückgeschnitten, um zuerst die „flüssige oder stockende relative Überbevölkerung“ (Marx, Das Kapital I) für das rasche industrielle Wachstum zu liefern. In den 70er Jahren wurde sie dann zugunsten einer Politik der Ausweitung von Agrarimporten zum Ausgleich für den gewaltigen Handelsgewinn geopfert. Das neue Grundgesetz der Landwirtschaft, das jetzt in Beratung ist, zielt auf eine weitere Liberalisierung. Es richtet sich gegen die Forderung der Bauern, die Selbstversorgungsrate des Landes mit Nahrungsmitteln zu dessen Sicherheit zu erhöhen und eine Ausnahme vom Liberalisierungsprinzip zu machen.

Der Ausschuß zur „Beratung der Wirtschaftsstrategie“, ein Beratungsorgan des Ministerpräsidenten, legte im Februar 1999 einen Bericht über „Die Strategie zur Reorganisation der japanischen Wirtschaft“ vor. Darin ertönt als basso continuo das Schlagwort „Strukturreform“. Gemeint ist eine durchgreifende Rationalisierung sowie Deregulierung auf neoliberaler Grundlage. Es geht um die Liberalisierung des Leiharbeitsystems, die Privatisierung des Pensionswesens, die Erhöhung der Verbrauchssteuern, die Konzentration auf den Unternehmensgewinn als zentrale Größe, die Umorientierung von Egalität auf Konkurrenz als Grundwerte, um die Verwirklichung der „kleinen Regierung“ („schlanker Staat“) u.a.m. Dazu schlägt der Bericht eine Strategie vor, nach der in den nächsten zehn Jahren eine dreistufige Reformpolitik ablaufen soll: erstens Beseitigung der „Seifenblasen-Wirtschaft“ (1999-2000); zweitens „Rückgewinnung der Wachstumslinie“ und Gesundung der Wirtschaft (2001-2002); drittens Rekonstruktion des Staatshaushalts. Vor der dritten Stufe beabsichtigt die Regierung mit einer fast unbegrenzten Ausgabe von Staatsanleihen die Großbanken und Großunternehmen zu sanieren und dabei die Kosten dieses Programms auf die Bevölkerung abzuwälzen. Dies soll durch Erhöhung der Verbrauchssteuern, durch Abbau der Sozialfürsorge und der Erziehungs- sowie Kultureinrichtungen bei Senkung des Lebensstandards durch Zunahme der Inflation erfolgen.

Im März 1999 fand mit vergleichbarer Zielsetzung im Anschluß an die Vorlage des „Reformberichts“ eine Beratung zur Konkurrenzfähigkeit der Industrie statt. Vorgeschlagen wurde gemäß einer Forderung des Unternehmensverbandes Japans (Keidanren) die Beseitigung der „drei Überschüsse“: der Überschüsse bei Schulden, bei Kapitalanlagen sowie bei der Beschäftigung. Ein Privatinstitut schätzt den Gesamtanlageüberschuß der auf der 1. Abteilung von TSE (Tokyo Stock Exchange) notierten Firmen auf etwa 17,5 Billionen Yen. Sieht man von den beiden anderen „Überschüssen“ ab, so zeigt sich die eigentliche Absicht des Verbandes mit Blick auf die Beseitigung des Kapitalanlage-Überschusses darin, daß bei der zweiten Stufe des Sanierungsplans öffentliche Finanzmittel zur Sanierung der Industriebetriebe eingebracht werden sollen, wie dies zugunsten der Kreditinstitute und Immobilienfirmen bei der ersten Stufe des Reformplans der Fall war. So beabsichtigt die Regierung z.B. mit öffentlichen Geldern brachliegende Bauplätze von

Unternehmen der Eisen- und Stahl-Branche, der Erdöl-, Chemie- und Textilindustrie aufzukaufen, einschließlich der von den Unternehmen spekulativ erworbenen Immobilien.

Daneben ist die Annulierung der eingefrorenen Schulden sowie des außerordentlich hohen Verlusts aus Wertpapierspekulation für viele Industrieunternehmen ein ernstes Problem. Am 28. Mai 1999 berichteten sechs von neun Großunternehmen der Elektroindustrie z.B. über enorme Jahresfehlbeträge. In diesen Fehlbeträgen ist auch der durch Spekulation erlittene Verlust eingeschlossen. Es wird sogar die Umwandlung von Schulden in Aktienbesitz von Banken (incl. der eingeschossenen öffentlichen Gelder) geplant.

All dies zeigt: Die Umstrukturierungsmaßnahme von oben ist nicht allein drastisch durch den Klassengegensatz geprägt, sondern sie trägt deutliche Züge einer „Überlebensstrategie“. Dies gilt mehr noch mit Blick auf das Gesamtkapital als auf Einzelkapitale. Von 1990 bis Ende Januar 1999 verschwanden schon sechs von zwanzig Citybanken, sieben von 68 zweitrangigen Lokalbanken, 58 von 454 Stadt- sowie 75 von 407 anderen Kreditgenossenschaften. Weiterhin wird vor allem ein beschleunigter Zusammenbruch von zweitrangigen, ja sogar von erstrangigen Lokalbanken erwartet.

Noch wesentlicher ist die Gefahr, daß diese „Strategie“ trotz ihrer optimistischen Perspektive eine weitere ernsthafte Krise oder dauerhafte Depression nach sich zieht.

V. Veränderung des Beschäftigungssystems in Japan

Lange Zeit blieb die Rate der Vollarbeitslosigkeit unter 3 Prozent. 1995 überschritt sie 3 Prozent, im April 1998 4 Prozent und im April 1999 erreichte sie 4,8 Prozent, darunter bei Männern 5,0 Prozent. Der niedrigere Prozentsatz bei weiblichen Arbeitslosen bedeutet keine Bevorzugung am Arbeitsplatz. Dahinter steht im Gegenteil die starke Zunahme von unsicheren Arbeitsstellen wie z.B. Teilzeitbeschäftigung. Die Zahl der Vollarbeitslosen stieg auf über 3,4 Millionen, ein Niveau, das bisher noch nie erreicht wurde. Die Entlassungswelle unter dem Schlagwort „Reorganisation“ des Unternehmens ist gerade erst der Anfang. So hat die NEC-Gruppe die Entlassung von 15.000 Arbeitern angekündigt, die Sony-Gruppe will 17.000, die Nissan Diesel AG 3.000 Beschäftigte entlassen. Zusammen sind das 27 Prozent der Gesamtbeschäftigten dieser Unternehmen. Bei großen Einzelhandelsunternehmen (Supermärkte, Kaufhäuser) stehen Entlassungen zwischen 700 und 3.000 Beschäftigten je Unternehmen an. Die Zahl der Angestellten in der Hochbauindustrie verminderte sich zwischen 1993 und 1998 um etwa 30.000, ohne daß ein Ende des Personalabbaus schon abzusehen wäre.

Das in Japan erst 1948 eingeführte Arbeitsrecht (Gesetz zur Regelung der Arbeitsbedingungen) wurde im September 1998 geändert. Das Prinzip des 8-Stundentages wurde aufgegeben; statt dessen wurde der sogenannte „deformierte Arbeitstag“ (flexibilisierte Arbeitszeit) eingeführt, ein Arbeitstag, den

der Unternehmer nach Belieben verlängern oder verkürzen kann, ohne eine Überstundenzulage zu bezahlen, solange die Gesamtarbeitsstunden pro Jahr durchschnittlich unter 40 Stunden pro Woche bleiben. Die maximale tägliche Arbeitszeit wurde auf 10 Stunden, die Wochenarbeitszeit auf 52 Stunden verlängert. Jedoch ist in Wirklichkeit z.B. in Postämtern schon der 16-stündige Nachtdienst eingeführt und im Falle der Omnibusfahrer in einem Privatunternehmen sind 11 Stunden an fünf Tagen pro Woche ohne Überstundenzulage bereits ganz alltäglich.

Weiterhin wird neuerdings allgemein der sogenannte „leistungsbemessene Arbeitstag“ eingeführt (laut Gesetzesänderung sollte diese Regelung erst in einem Jahr in Kraft treten). Die Regelung sieht vor, daß der Lohn nicht nach Arbeitszeit, sondern nach einem vom Unternehmer einseitig vorgegebenen Leistungs-Niveau bemessen und bezahlt wird; bisher war dies nur bei einigen Berufsgruppen möglich. Die Folge: Zwang zu massenhaften Überstunden ohne Zulage.

Das 1986 in Kraft gesetzte Leiharbeitssystem, das bisher auf 26 Berufsgruppen (z.B. Dolmetscher) begrenzt war, wird grundsätzlich überall zugelassen. Dadurch können Betriebe von den Leiharbeits-Firmen, bei denen sich viele Arbeitssuchende eintragen lassen, Arbeiter zu äußerst nachteiligen Arbeitsbedingungen „ausleihen“. Anders als die Festangestellten haben die Leiharbeiter keine Sozialversicherung, keinen Urlaub, sie erhalten die niedrigsten Löhne und können jederzeit entlassen werden. Die Arbeitgeber weisen jede Verantwortung als anstellende Firma von sich. Der Prozentsatz dieser Beschäftigtengruppe mit den schlechtesten Anstellungsbedingungen wächst. Das System lebenslänglicher Beschäftigung, das in den 80er Jahren als eine besondere Tugend Japans gelobt wurde, ist in Privatbetrieben schon de facto aufgehoben.

Trotzdem ist die Gegenbewegung der Arbeiter schwach. Diese Schwäche ergibt sich jedoch nicht allein aus der ideologischen Kontrolle mit Hilfe „traditioneller Tugenden“, sondern sie hat ihre wesentlichen Ursachen in den inneren Problemen der japanischen Arbeiterbewegung: Die japanische Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung, die nach dem II. Weltkrieg zum erstenmal einen legalen Status gewonnen hatte, wurde schon 1949/50 auf Anweisung der US-Besatzungsmacht einer „Säuberungsaktion“ unterworfen. Der Prozentsatz der organisierten Arbeiter an allen Beschäftigten fiel vom Höhepunkt 1949 (55,6 Prozent) auf ca. 32 Prozent 1960. Dann kam die Spaltung der Bewegung und ihre von oben, von einer Koalition aus Gewerkschafts- und Unternehmerverbandsführung durchgesetzte Neuorganisation nach rechts. Zeitweilig stieg der Organisationsgrad auf bis zu 35 Prozent, aber dann sank er bis unter 20 Prozent. Unter diesen Umständen konnten mit Hilfe der rechts orientierten Gewerkschaften in der zweiten Hälfte der 70er Jahre Massenentlassungen - als „freiwillige Kündigung“ deklariert - durchgesetzt werden; in den 90er Jahren erfolgte das gleiche unter den Schlagworten „Verschlan- kung des Unternehmens“ und „Reorganisation der Industrie“.

Dringende Aufgabe bleibt die Weiterentwicklung der klassenbewußten Gewerkschaften (Zenroren, vgl. „Z“ Nr.15, S. 33) und der von ihnen geleiteten Organisationen und Aktionen der Aktionseinheit. Krisen- und Klassenbewußtsein gegenüber dem sinkenden Lebensstandard und den reaktionären Manövern von Politik und Unternehmern verbreiten sich jedoch ziemlich rasch.

Literatur

- Asahi-Shinbun Presse, Wirtschafts-Abteilung, 1998: Keizai Kiki (Die Krise der japanischen Wirtschaft), Asahi-Shinbun Press
- dies., 1999: Kinyu Doran (Der finanzielle Aufruhr Japans), Asahi-Shinbun Press
- Follath, Erich/Wagner, Wieland, 1998: Zwischen Sumo und Selbstmord, in: Der Spiegel, 26/1998
- Kikkawa, Mototada, 1998: Maneh Haisen (Besiegt Land im Krieg des Geldes), Bungei-Shunju Verlag
- Hayasaka, Keizo, 1993: Macht und Herrschaft in Japan heute, in: „Z“ Nr. 15 (September 1993), S. 23 - 34.
- dies., 1995: Development and Status Quo of Japanese Science and Technology Policies, in: Artes Liberales, Nr. 57, Iwate Universität
- dies., 1997: „Shihon no Kajo“ Ron no Taiketeiki Ichidzuke ni tsuite (Zum Begriff „Kapitalüberschuß“ im Marx'schen Kapital), in: Marx-Engels-Marxismus-Forschung, Nr. 31, Hassakusha Verlag
- Hayashi, Naomichi, 1997: The Japanese Economy Today: 50 Years after World War II. Osaka University of Economics & Law Press
- dies., 1998: Nihon Keizai o Do Miruka? (Wie charakterisieren wir die gegenwärtige japanische Wirtschaft?), Aoki-Shoten Verlag
- Hidaka, Yoshiki, 1996: Nihon imada dokuritsu sezu (Japan steht noch nicht auf eigenen Füßen), Shueisha Verlag
- Miyazaki, Yoshikazu, 1992: Fukugo Fukyo (Die zusammengesetzte Depression), Chuo-Koronsha Verlag
- Nihon Keizai Shinbun Presse (Hrsg.), 1999: Zeminaru - Nihon Keizai Nyumon (Seminar - Einführung in die japanische Ökonomie), Nihon Keizai Shinbun Presse
- Otsuki, Hisashi, 1998: Kinyu-Kyoko to Biggu-Ban (Finanzkrise und Big-Bang), Shin-Nihon-Shuppansha Verlag
- dies., 1999: Gendai no Kyoko to Kinyu, Sangyo no „Dai-Saihen“ (Gegenwärtige Krise und „die große Umstrukturierung“ von Finanzwirtschaft und Industrie), in: Keizai (Wirtschaft), Nr.46
- Uehihashi, Katsuto, 1998: Dojidai eno Hatsugen (Sturmglöcke zur Mittwelt), Iwanami-Shoten Verlag
- Yamamoto, Yuji, 1998: Kyoko to Gigoku (Wirtschaftskrise und Skandale), Ushio-Shuppan Verlag
- Yoshino, Toshihiko, 1998: Kigyo Hokai (Zusammenbruch einer Firma, Yamaichi-Shoken), Seiryu-Shuppan Verlag

Rußlands dorniger Weg zum Kapitalismus

Forschungen und Positionen russischer Sozialwissenschaftler¹

Über die politischen, wirtschaftlichen, sozialen u.a. Schwierigkeiten der russischen Gesellschaft nach der abrupten und erstaunlich widerstandslos erfolgten Liquidierung der staatssozialistischen Institutionen im Zusammenhang des von Jelzin initiierten stillen Putsches zur Auflösung der UdSSR im Herbst 1991 sind die BürgerInnen im vereinigten Deutschland durch mehr oder minder zutreffende Berichte der Massenmedien einigermaßen informiert. Intensiver interessierte Zeitgenossen und -genossinnen können sich zusätzliche Erkenntnisse aus politischen Magazinen, politologischer Fachliteratur wie auch aus einer Reihe von Bucherscheinungen verschaffen. Spärllich, insbesondere im Verhältnis zum Umfang der russischen Produktion, ist jedoch die Zahl der Übersetzungen entsprechender Literatur ins Deutsche. Wissenschaftlich, aber auch allgemein politisch-gesellschaftlich interessierten LeserInnen sei deshalb der hier angezeigte Sammelband mit 24 Arbeiten von 28 russischen SozialwissenschaftlerInnen über Tendenzen und Probleme des russischen „Transformationsprozesses“ nahegelegt.

Die Herausgeber, beide Mitinitiatoren und Exponenten der Soziologie als verspätet anerkannter akademischer Fachdisziplin in der DDR bzw. UdSSR, hatten erhebliche und zeitraubende finanzielle und organisatorische Schwierigkeiten bis zur Sicherung des Erscheinens des Buches zu überwinden. Deshalb reflektieren die aufgenommenen Arbeiten den Stand der russischen Reformen und deren Rezeption durch die Bürgerinnen und Bürger nur für die Phase 1989-1994. Thematisch gliedern die Herausgeber die Beiträge in die folgenden vier Teile: I. Identität und Wertorientierungen der Russen heute; II. Sozialstruktur und Lebensbedingungen im Umbruch; III. Intellektuelle, Macht und Herrschaft der Eliten; IV. Rußland im Widerstreit der Perspektiven. Die Mehrzahl der Arbeiten hat den Charakter von Forschungsberichten, basierend überwiegend auf mit Methoden der empirischen Sozialforschung ermittelten Daten und Befunden.

Die Vielzahl und Vielfalt der Themen und der präsentierten Resultate, die Verschiedenheit der den Untersuchungen vorausgesetzten theoretischen Paradigmen, der angewandten Erhebungsmethoden und auch der erkennbaren gesellschaftlich-politischen Positionen und Wertungen der VerfasserInnen erlauben nur eine selektive Vorstellung und Diskussion der Forschungsprojekte, die der Mehrzahl der Berichte zugrunde liegen, sowie ihrer Ergebnisse. Ich verfare deshalb wie folgt: Zunächst werden zusammenfassend einige für

¹ Helmut Steiner, Wladimir A. Jadow (Hrsg.), Rußland - wohin? Rußland aus der Sicht russischer Soziologen, Berlin 1999 (trafo-Verlag), 402 Seiten.

die LeserInnen relevante Feststellungen getroffen. Danach referiere ich Merkmale und Resultate gut der Hälfte der Beiträge.

Über die AutorInnen und ihre Beiträge

Alle Autoren und Autorinnen arbeiten als Sozialwissenschaftler. Ihre deutliche Mehrzahl gehört der älteren Generation an. Folglich haben sie - zumindest formal - noch nicht selbst Soziologie studiert; der absolvierten Fakultät nach sind sie Philosophen, Historiker, Juristen, Wirtschaftswissenschaftler; auch ein Architekt, ein Mathematiker, ein Elektrotechniker gehören dazu. Die beiden erstgenannten Fakultäten überwiegen. Einige der Verfasser, wie I.S. Kon, W.A. Jadow, T.I. Saslawskaja, J.A. Lewada, L.A. Gordon sind Vorkämpfer der (Wieder-)Anerkennung der Soziologie als distinkte Fachwissenschaft in der UdSSR in den sechziger Jahren.

Die Zäsur des Endes der UdSSR 1991 und des 1992 folgenden schlagartigen Übergangs zur Markt- und Privatwirtschaft kann durchaus als gesellschaftlicher Umbruch bezeichnet werden und wird von den Autoren (und den Probanden ihrer Befragungen) auch so verstanden. Das scheint in wissenschaftlicher, ideologischer und wohl auch soziokultureller Hinsicht allerdings nicht (oder jedenfalls nicht so ausgeprägt) der Fall zu sein. Berücksichtigt man, daß die im vorliegenden Sammelband berichteten Untersuchungen teilweise bereits 1989 (oder nur wenig später) konzipiert wurden, so dürften die LeserInnen erstaunt sein über die Vertrautheit der Autoren mit den Theorien und Paradigmen der westlichen Soziologie sowie mit deren standardmäßigen empirischen Ermittlungsmethoden und -techniken. Dieser Befund belegt, daß die Wissenschaftler bereits zu Sowjetzeiten Zugang zur westlichen Fachliteratur und damit die Möglichkeit zur Rezeption jener methodologischen und theoretischen Konzepte hatten. Daß sie - in oft recht unkritischer Weise - bereits seit längerem von den Erhebungsinstrumenten westlicher Sozialforschung Gebrauch machten, war zumindest ihren deutschen, angelsächsischen etc. KollegInnen bekannt.

Beiträge in der führenden sowjetischen soziologischen Fachzeitschrift „Voprosy sociologii“ ließen jedoch bereits in den 70er und 80er Jahren gewisse Rezeptionsschwächen erkennen, die sich auch in einem Teil der Beiträge des Sammelbandes finden: unkritische und auch unzureichend fundierte Übernahme westlicher Theorien, und in der Forschungspraxis Überwiegen der einfachsten, zugleich aber problematischsten empirischen Verfahren wie standardisierte Umfragen und Interviews. In einigen der Aufsätze des hier angezeigten Buches kommen solche Mängel z.B. darin zum Ausdruck, daß bei der Explikation des theoretischen Ansatzes unterschiedliche Paradigmen z.B. aus Systemtheorie, Handlungstheorie und Phänomenologie vermischt werden und daß überhaupt eine Diskrepanz zwischen ambitioniertem theoretisch-methodischen Design der Untersuchung und recht dürftigen Befunden konstatiert werden muß.

In der Einleitung des Sammelbandes zeichnet der Mitherausgeber Helmut Steiner ein dezidiert kritisches und überwiegend negatives, nach meinem begründbaren Urteil aber realistisch-zutreffendes Bild von Verlauf und Resultaten des ökonomischen und politischen Umbruchs der Sowjetgesellschaft. Eine vergleichbare Einschätzung findet sich bei so gut wie keinem Autor und keiner Autorin. Bei dieser Feststellung ist zwar einerseits zu konzedieren, daß 1994, im dritten Jahr des „Transformationsprozesses“, alle durchaus gesehenen Widrigkeiten mit unvermeidbaren Anfangs- und Übergangsproblemen erklärt werden konnten. Andererseits gab es aber schon seinerzeit Anzeichen genug dafür, daß unter den gegebenen historischen, materiellen, sozialen u.a. Voraussetzungen der Sprung in einen 'zivilisierten Kapitalismus' illusionär war. Die positiven Perspektiven, die nicht wenige AutorInnen sehen, entspringen wohl auch durchaus verständlicher Hoffnung. Zu unterscheiden ist allerdings zwischen normativer Orientierung und Realisierungsperspektive der russischen Wissenschaftler: Norm ist für die deutliche Mehrzahl der VerfasserInnen die liberal-kapitalistische westliche Gesellschaft, für realistisch halten sie dagegen für absehbare Zeit nur eine wirtschaftlich „gemischte“ Gesellschaft, die den tradierten und tief verinnerlichten russischen Werten von Gemeinschaft, Solidarität, Gerechtigkeit, Sicherheit, Egalität Rechnung trägt.

Einstellungen, Wertorientierungen und Haltungen 1989-1994

N. Lapins Untersuchung der „soziokulturellen Reformation in Rußland“ (21-37) basiert auf zwei Befragungen von je ca. 1000 Testpersonen mit teils identischer Fragestellung 1990 und 1994. Der Erhebung liegt ein recht elaborierter modernisierungstheoretisch-kulturalistischer Ansatz zugrunde, hinter dessen Ambitioniertheit die Resultate zurückbleiben. Die leitende Fragestellung zielt dahin, ob sich die soziokulturelle Entwicklung Rußlands in den westlichen Trend, der unkritisch zum Maßstab genommen wird, einfügt. Konstatiert wird die Herausbildung „konfligierender Werte“ und ein Fluktuieren zwischen „restaurativen“ (totalitären; Typus „machtliebender Egoismus“) und reformatorischen (demokratisch-liberalen) Werten (Typus „unternehmensfreudiger Nonkonformismus“). Zwischen beiden Tendenzen verortet Lapin den Typus „Konsumentenkonformismus“. Insgesamt sieht er eine allerdings noch ungefestigte Entwicklung zu Wertpräferenzen in „zivilisiert-demokratischer Richtung“. Er konstatiert eine Reihe einstellungs- und verhaltensmäßiger „Modernisierungshindernisse“. U.a. liefert dieser Beitrag ein Beispiel dafür, wie sich die gesellschaftliche Position des Verfassers in den benutzten Termini ausdrückt.

Auch N.F. Naumowa (38-53) geht es um Konstruktion einer „Typologie des Verhaltens in einer instabilen Gesellschaft“. Die Verf. stützt ihre Argumentation sowohl auf system- und handlungstheoretische Paradigmen wie auch auf chaostheoretische, und sie benutzt die entsprechenden Kategorien. Die Methode standardisierter Erhebungen (drei Telefoninterviews mit je ca. 500

Probanden und eine Leserumfrage) verspricht schwerlich der Erzielung von Resultaten, die dem ambitionierten konzeptionellen Ansatz der Untersuchung gerecht zu werden vermögen. Z.B. wurde in den vier Erhebungen danach gefragt, was soziale Gerechtigkeit bedeutet. Naumowa konstatiert einen raschen Wandel der Wertvorstellungen in Richtung der Abkehr von den im Sozialismus propagierten und auch internalisierten Normen, Anpassung an die neuen Realitäten, Verfestigung und zugleich Spreizung der Einstellungsdivergenzen; 1993 aber auch einen deutlichen Trend zur Resignation. Über 20% der Befragten bejahen die Vorgabe „Es gibt keine Gerechtigkeit“. Der „neue soziale Raum“ ist gemäß der Interpretation der Erhebungsergebnisse durch die Verf. gekennzeichnet durch Destabilisierung sozialer Integration, Hinwendung zur Familie, Angespanntheit zwischenmenschlicher Beziehungen, geringes Vertrauen in die Mitmenschen, Abnahme von Identifikationen. Der Behauptung eines „universellen Krisenbewußtseins“ liegt m.E. eine fragwürdige Interpretation der Reaktion der Befragten deshalb zugrunde, weil die dafür vorgegebenen 11 Sätze überwiegend schwer- und mißverständlich sind (siehe S. 50). Ausgeprägte Hoffnungslosigkeit, zugleich jedoch hohe Geduldbereitschaft wertet die Autorin als möglichen Indikator für systemische Destabilisierung.

Der Beitrag des prominenten sowjetischen Demoskop J.A. Lewada „Homo Sowjeticus fünf Jahre danach“ (54-66) kommt ohne Präsentation eines ambitionierten theoretisch-methodischen Designs seiner empirischen Erhebungen aus. Er berichtet in tabellarischer Form eine Fülle von Ergebnissen zweier hinsichtlich der Fragestellung vergleichbarer repräsentativer Stichprobenerhebungen in den Jahren 1989 und 1994, die er nur knapp und zurückhaltend interpretiert. Sie sprechen zureichend für sich. Auch diese Umfragen beabsichtigen die Ermittlung veränderter Einstellungen und Wertorientierungen. Einige Beispiele: Eine Einschätzung der Bedeutung 15 wichtiger politischer Ereignisse im auslaufenden Jahrhundert zeigt auf Rang 1 mit hoher Konstanz den Großen Vaterländischen Krieg (fast 75%); auf Rang 2 in beiden Befragungen die Oktoberrevolution, 1994 aber mit 16 Prozentpunkten weniger als 1989, auf Rang 3 (natürlich nur 1994) den Zerfall der Sowjetunion. Gleichfalls unverändert stehen auf den Plätzen 4 und 5 die Tschernobyl-Katastrophe und der Raumflug Gagarins. Auffallend: Die letzten Ränge (11-15) nehmen aktuelle Ereignisse ein - Jelzins gewaltsame Auflösung des Parlaments im Oktober 1993, Jelzins Putsch von 1991, der Fall der Berliner Mauer, Gajdars Wirtschaftsreform und die Wahlen vom Dezember 1993. Interessant ist auch die Wertung von fünf Epochen der Sowjetgeschichte: Revolution, Stalin, Chruschtschow, Breschnew, Perestrojka. Ungeachtet der scharfen gleichsam amtlichen Polemik gegen die „Stagnationsperiode“ unter Breschnew zur Zeit der Perestrojka schneidet diese in der Einschätzung der Befragten am besten ab, dicht gefolgt von der Chruschtschow-Ära. Stalin-Zeit und Perestrojka werden am negativsten gewertet. Zu Recht konstatiert Lewada, daß es Phasen relativer politischer Ruhe waren, die die Befragten bevorzugen. Von sieben vorgegebenen Veränderungen im Laufe der Pere-

strojka und des gesellschaftlich-politischen Umbruchs werden positiv eingeschätzt (in der Rangfolge): Meinungs- und Pressefreiheit, Annäherung an den Westen, Ausreisefreiheit und Gewerbefreiheit; negativ dagegen: Mehrparteiensystem, Streikrecht und Zerfall der UdSSR. Zutreffend verweist Lewada auf den Widerspruch deutlicher Ablehnung der Perestrojka und Hochschätzung der durch sie bewirkten politisch-rechtlichen Veränderungen. Eine Frage zur Ermittlung toleranter und intoleranter Haltungen gegenüber vorgegebenen Formen abweichenden Verhaltens, aber auch körperlicher Gebrechen, offenbart überwiegende, zum Teil im Ausdruck brutale Intoleranz („liquidieren“ der betreffenden Personen); dennoch zeigt der Zeitvergleich tendenzielle Zunahme von Toleranz. Zugleich konstatiert der Verf. Abnahme der Schätzung von Werten, die in der Sowjetzeit hochgehalten wurden (64).

W.A. Jadows Studie zur „Formierung der sozialen Identität der Persönlichkeit“ (73-107) ist offenbar Teil einer umfassenderen Untersuchung des Verhältnisses Individuum - Gesellschaft unter dem Aspekt der Ausbildung personaler Identität. Konkreter geht es um Probleme der Identitätsbildung unter instabilen gesellschaftlichen Bedingungen: Umbruch der Werte, Normen, Institutionen, Machtstrukturen, der sozialen Stratifikation etc. Der theoretische Abschnitt (75ff.) verweist auf umfassende Rezeption westlicher soziologischer und psychologischer Paradigmen. Identität ist für Jadow „Selbstbestimmung des Individuums innerhalb von sozialen Beziehungen“. Es geht ihm um Zusammenführung soziologischer (von den Kollektiven ausgehender) und psychologischer (auf das Individuum konzentrierter) Ansätze. In der totalitären Gesellschaft sieht der Autor erzwungene, fiktive Identifizierung des Individuums mit der Gesellschaft, in der nachtotalitären konstatiert er Verstärkung identitätsblockierender Konflikte des Individuums infolge divergierender Positionen und Interessen zwischen den und innerhalb der sozialen Gruppen. Das Paradigma sozialer Identität muß, so Jadow, die besonderen kollektiven Dispositionen des russischen Sozialcharakters berücksichtigen (78).

Von den vielfältigen vom Verf. mitgeteilten Resultaten der Untersuchung seien verkürzt aufgelistet (90-96):

- ausgeprägtes Bedürfnis der Probanden, sich in Gemeinschaften und Gruppen wiederzufinden;
- Zunahme einer diffusen Feindseligkeit, wachsende Entfremdung von Machtstrukturen, Ablehnung von Personen(gruppen), die sittliche Werte ignorieren;
- Bedeutung des sozialen Selbstgefühls zur Erklärung der sozialen Gruppenidentifikation;
- Arbeiter zeigen die stärkste Neigung zum Kollektivismus sowie zur Fixierung auf soziale Indikatoren der Orientierung und Identifizierung. Arbeiter leiden mehr als andere Gruppen unter der aktuellen Unbestimmtheit ihres sozialen Status²;

- Unternehmer zeichnen sich durch den größten Optimismus aus, sie sind zukunftsorientierter als andere Gruppen. Sie identifizieren sich mehr mit ihrer Arbeit als mit der Familie. Allerdings neigen sie mehr zu Gruppenkonformität, als erwartet;

- im Beobachtungszeitraum formierten sich keine klassenmäßigen Bezugsgruppen für Solidarität;

- die Ausgangshypothese von Veränderungen in Richtung zielorientierter (statt wertorientierter) Identifikationen hat sich *nicht* bestätigt.

Der aufmerksame Leser wird manche Widersprüche zwischen den mitgeteilten Befunden entdecken; ähnliche finden sich auch in anderen Beiträgen.

Besonderes Interesse kann die Untersuchung von L. A. Gordon und E. W. Klopow „Die russische Arbeiterbewegung und das Massenbewußtsein der Werktätigen“ beanspruchen (271-297). Die Verfasser konzentrieren sich bereits seit Anfang der 70er Jahre auf - häufig gemeinsame - Forschung zur Lage, zum Bewußtsein und zu weiteren Aspekten der Soziologie der Arbeiter und Angestellten. Die Befunde der hier mitgeteilten Studie basieren auf zwei unterschiedlichen Quellen, zum einen auf landesweiten Umfragen des „Zentrums zum Studium der Öffentlichen Meinung“ (WZIOM), zum anderen auf der Fallstudie einer Moskauer Uhrenfabrik. Einleitend referieren die Verf. die sozioökonomische und politische Umbruchsituation in der UdSSR 1989/90, die sie aufgrund der seinerzeit spektakulären Streiks im westsibirischen Kohlenbergbau als ein Wiederaufleben der russischen Arbeiterbewegung interpretieren, das sie vor allem im Entstehen „Unabhängiger Gewerkschaften“ und deren Aktivitäten erblicken.² Der Auftrieb alternativer Gewerkschaften, die sich 1989 als SozProf (Sozialistische Gewerkschaften) in einem Dachverband zusammenschlossen, blieb aber zeitlich begrenzt. Schon mit der weiteren Verschlechterung der wirtschaftlich-sozialen Lage der arbeitenden Bevölkerung ab 1992 traten sie in eine Stagnationsphase ein. Diese Situation ist der Ausgangspunkt des Interesses der Autoren an der Erforschung des aktuellen Arbeiterbewußtseins. In starker Verkürzung die wesentlichen Befunde:

1993/94, im 2. und 3. Jahr des ökonomischen Systemumbruchs, beurteilten gemäß Umfragen des WZIOM nur 6% der qualifizierten Arbeiter die materielle Lage ihrer Familien als sehr gut oder gut, 41% als schlecht oder sehr schlecht, der Rest als erträglich. Negativer noch fällt das Urteil der Beschäftigten der Moskauer Uhrenfabrik aus: 66% sind mit ihrer materiellen Lage „überhaupt nicht zufrieden“. Dieser Einschätzung entsprechend nahm die

² Sozioökonomische Voraussetzung dieser Streikbewegung war die rapide, bereits Ende 1988 einsetzende Verschlechterung der materiellen Lebensverhältnisse, die die Bergarbeiter in besonderem Maße traf. Politischer Hintergrund war der populäre Kampf Jelzins gegen Gorbatschow, dessen „Perestrojka“ durch die wirtschaftlichen Mißerfolge diskreditiert war. M.E. läßt sich die Streikbewegung in Rußland 1989/90 mit der der polnischen Solidarnosc von 1980ff. vergleichen; beide wurden, von sozialen Mißständen ausgehend, hochgradig politisiert.

Zustimmung befragter Arbeiter zu den ökonomischen Systemreformen ab. Lag im Herbst 1993 bei qualifizierten Arbeitern die Zustimmung zur Marktwirtschaft noch 2 Prozentpunkte über der Ablehnung, so sprach sich bei der gleichen Umfrage im Sommer 1994 eine Mehrheit von 16 Prozent gegen die Marktreformen aus (unqualifizierte Arbeiter in noch höherem Maße). Die Befragungen zeigen zugleich eine starke Zunahme der Stimmen für ein geringes, aber sicheres Einkommen gegenüber einem hohen risikobeladenen. Zugleich aber - und das werten die Verf. als gravierenden Widerspruch - gehen die Arbeiter nicht nur nicht zu offenem Protest über, sie sprechen sich sogar explizit gegen solche Aktionen aus. Im Frühjahr 1993 stimmen z.B. weniger als 12% der Sentenz zu „Im Kampf um ihre Rechte müssen jetzt die Werktätigen weithin zu ... Demonstrationen und Streiks greifen“ (282).

Den aktiven Einsatz für die eigenen Interessen müssen, so betonen die Verf., die Gewerkschaften organisieren. Nach einer landesweiten Befragung 1994 haben ca. 23% der Beschäftigten von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, aus der Gewerkschaft auszutreten, etwa zwei Drittel gehören der umgebildeten früheren Staatsgewerkschaft und 8-9% einer der neuen Gewerkschaften an. Erstaunlich ist in der gleichen Umfrage das Ergebnis der Frage, welche Gewerkschaft die Interessen der Beschäftigten am besten vertritt: Zwei Drittel beantworten sie nicht, das restliche Drittel verteilt sich fast zu gleichen Teilen auf die alte und eine neue Gewerkschaft, obgleich doch hinsichtlich der Mitgliedschaft eine enorme Diskrepanz besteht. Ein weiteres Befragungsergebnis bringt Licht in die scheinbare Ungereimtheit: 80% von Mitgliedern geben als Grund, weshalb sie der Nachfolgewerkschaft angehören, an „aus Gewohnheit“ oder „weil alle drin sind“, nur 13% „weil sie meine Interessen vertritt“. Diese Antwort geben aber 43% der Mitglieder von SozProf (285). Bei einer WZIOM-Umfrage stimmen zwei Drittel hinsichtlich der Bedeutung, die Gewerkschaften haben, der Vorgabe zu: „Sie spielen praktisch keine Rolle“.

In der Moskauer Uhrenfabrik, in der die Autoren Befragungen und Gruppeninterviews durchführten, sind alte und SozProf Gewerkschaft vertreten, letztere minoritär. SozProf, obgleich nach Urteil der Verf. ähnlich sozialpartnerschaftlich orientiert wie ihre größere Konkurrenz, initiierte einen betrieblichen Streik zur Durchsetzung eines neuen Kollektivvertrags, während die Mehrheitsgewerkschaft zusammen mit der Betriebsleitung für Beibehaltung des alten war. Der Streik war erfolgreich und eine Befragung ergab (Tabelle S. 291), daß die Mitglieder von SozProf eine wesentlich höhere Wertschätzung ihrer Organisation und Bindung an diese zeigen, als die Angehörigen der größeren. Nicht verwirklicht hat sich jedoch die von den Autoren gefolgerte Erwartung einer zunehmenden Abwanderung aus der überkommenen Gewerkschaft zu SozProf.

Der sozialstrukturelle Wandel

Teil II des Sammelbandes umfaßt sechs Beiträge zum Thema „Sozial-

strukturen und Lebensbedingungen im Umbruch“. Hier werden mehrere Aspekte von verschiedenen Ansätzen her untersucht und eine Fülle von Einzelbefunden mitgeteilt. Diese Vielfalt ist wiederum schwerlich zu signifikanten Aussagen zusammenfaßbar, weshalb ich nur zwei der Aufsätze etwas eingehender vorstelle.³

T.I. Saslawskaja berichtet über die neue „Business-Schicht der russischen Gesellschaft“. Das ist ein für den soziostrukturellen Wandel Rußlands wesentliches und spannendes Thema, geht es doch um eine neue soziale Klasse von Privateigentümern, die es in der Sowjetzeit allenfalls in gewisser Analogie - die Direktoren und Manager der Staatsbetriebe - gab. Daß wir im Ergebnis der Studie der prominenten Soziologin relativ wenig Signifikantes erfahren, z.B. über die Rekrutierung der Klasse, liegt nicht an der in theoretischer, kategorialer und sachlicher Hinsicht reflektierten Untersuchung, sondern nicht zuletzt an der Realität des Gegenstandes, nämlich einer sehr inhomogenen, in sich vielfach differenzierten, schwer abgrenzbaren Unternehmerschaft und an den unzulänglichen Informationen, die die amtliche sozialökonomische Statistik zu diesem Thema bereitstellt (133). Der Studie liegen unterschiedliche Quellen zugrunde, sowohl Befragungsergebnisse wie die Auswertung vorhandener Daten und Befunde. Die erschwerte Abgrenzbarkeit, Nichtunterscheidung zwischen Industrie, Gewerbe und Handwerk in der Statistik, häufig gleichzeitige Ausübung abhängiger und selbstständiger Arbeit und nicht zuletzt die starke Verbreitung informeller wirtschaftlicher Betätigung schränken die zuverlässige Erfassung einer Unternehmerschaft, wie sie in westlichen Gesellschaften identifizierbar ist, stark ein.

In den tabellenförmig präsentierten Befunden werden, je nach den Quellen und den referierten Untersuchungen, zwei, vier, sechs oder sieben „Business-Gruppen“ unterschieden, was wiederum zusammenfassende Resultate kaum zuläßt. Beispiele aus der Tabelle „Status-Charakteristika der Business-Schicht“ (148) dokumentieren vor allem für westliche Rezipienten schwer nachvollziehbare Eigentümlichkeiten der russischen Unternehmerschaft.⁴ Die Hauptbeschäftigung von 51% der befragten Business-Leute ist Unternehmertätigkeit, von 37% individuelle Arbeit⁵ und von 12% Arbeitnehmertätigkeit. 64% arbeiten im Privatsektor, 36% im Bereich der Aktiengesellschaften⁶ und 6% im staatlichen Sektor. 32% der Betriebe der Befragten fallen unter die materielle Produktion, 52% gehören zu Handel und Dienstlei-

³ Die Entscheidung für diese Reduktion rechtfertigt sich auch deshalb, weil m.E. drei der Beiträge aufgrund des Ansatzes und/oder zu enger bzw. fehlender Zeitvergleiche nicht sehr aussagekräftige Befunde liefern. Das gilt nicht für den Aufsatz zur sozialen Entwicklung des russischen Dorfes, den ich der Raumersparnis wegen nicht referiere.

⁴ Ich referiere hier nur Daten für die in dieser Tabelle von einer „weiteren“ abgegrenzte „engere“ Business-Schicht, d.h. unter Ausschluß der angestellten Manager.

⁵ Eine in dem Beitrag nicht erklärte Kategorie.

⁶ In Rußland kann man diesen Sektor als halbstaatlichen kennzeichnen, weil der Staat in vielen Fällen mehr oder weniger große Aktienanteile hält.

stungen, 6% in den sozialen Bereich. 68% arbeiten in Betrieben mit bis zu 20 Beschäftigten (!), 32% in größeren. 33% nehmen eine leitende Dienststellung ein, 67% eine ausführende.⁷ 38% dieser Business-Leute beziehen ein Einkommen, das „Reichtum“ bedeutet (gegen 8% bei den abhängig Beschäftigten). 41% haben einen „begrenzten Wohlstand“, 20% leben in „Elend und Armut“ (!).

Einige Einzelresultate, die die Verf. abschließend mitteilt (149-151), sind wenig überraschend: Unternehmer sind vor allem Männer jungen oder mittleren Alters. 37% haben Hochschulbildung⁸ (gegenüber 24% der abhängig Beschäftigten). Die Business-Schicht schätzt die aktuelle Wirtschaftslage optimistischer ein als die Vergleichsgruppe der Arbeitnehmer. 46% der Businessmen meinen, daß die Effektivität ihrer Arbeit von ihnen selbst abhängt, ein doppelt so großer Anteil wie die abhängig Tätigen. 35% der Unternehmer rechnen mit einer Verbesserung ihrer Position in den nächsten Jahren, fast dreimal so viele wie die übrigen Beschäftigten. 51% der Lohnabhängigen würden ein geringeres, zukunftsicheres Einkommen vorziehen, aber nur 20% der Geschäftsleute. Obgleich vermutlich von der Initiatorin der Untersuchung nicht bewußt intendiert, zeugen die hier nur verkürzt referierten Befragungsergebnisse vom hybriden Charakter der neuen russischen Gesellschaft zwischen Staatssozialismus und einem Kapitalismus, dessen endgültige Ausformung noch offen ist.

Thematisch, räumlich und methodisch begrenzte Untersuchungen vermögen Aspekte gesellschaftlicher Verhältnisse oft konkreter und anschaulicher zu erhellen als aufwendige Makroforschungen. In gewissem Maße gilt das auch für die Studie von J.I. Gilinskij zur „Obdachlosigkeit in St.Petersburg“, wobei die Einschränkung weniger der Autor verantwortet als das Thema: quantitativ ist Obdachlosigkeit 'naturgemäß' nur in etwa zu ermitteln. Ich beschränke mich auf einige für die für die frühere UdSSR und das heutige Rußland spezifische Momente:

Zu Sowjetzeiten war de jure wohnungslos, wer keine 'propiska' hatte, keine amtlich bestätigte Eintragung von Wohnort und Adresse im Personalausweis. Sie begründete das Aufenthaltsrecht. Die neue russische Verfassung und ein besonderes Gesetz von 1993 hoben die oblikatorische propiska auf, woran sich jedoch viele Kommunen nicht halten, Moskau und St.Petersburg sogar aufgrund eigener Gesetze (171). Infolge dessen gibt es weiterhin sowohl Menschen ohne Aufenthaltsrecht, die dennoch faktisch oder vertraglich über

⁷ Ein Beispiel für die nicht seltenen Widersprüche in den Tabellen und Texten. In Anbetracht der in Anmerkung 3 mitgeteilten kategorialen Bestimmung muß es sich hier um Eigentümer handeln, weshalb nicht nachvollziehbar ist, daß zwei Drittel dieser Befragten eine ausführende Tätigkeit ausüben.

⁸ Wie schon im Staatssozialismus (vermutlich sogar schon zur Zarenzeit) schließt noch heute diese Kategorie auch abgebrochenen Hochschulbesuch ein.

eine Wohnung verfügen⁹, wie andere, die das Aufenthaltsrecht, aber keine Wohnung haben. Es ist das eines von vielen Beispielen für die Fortdauer des in der Sowjetunion verbreiteten Sachverhalts, daß formell geltende Gesetze seitens der Ordnungskräfte und Administrationen ignoriert wurden, ohne daß bürgerliche Rechte und Ansprüche, die sie förmlich begründeten, faktisch durchsetzbar waren.

1994 wurden für Petersburg 30 - 50.000 Obdachlose geschätzt. Ein 1993 gegründeter Hilfsfonds „Nachtasyl“ hatte im folgenden Jahr mehr als 11.000 de jure-Obdachlose registriert; Gilinskij stützt seine Studie auf Auswertung der von diesem Fonds angelegten Kartei sowie auf Interviews mit 400 Obdachlosen. Er unterscheidet nach Anlaß bzw. Ursache von Obdachlosigkeit acht Kategorien: ehemalige Strafgefangene; Menschen, die aus sozialen oder persönlichen Gründen zu dieser Lebensweise gedrängt wurden; solche, die ihre Wohnung durch Kündigung oder Gerichtsbeschuß verloren; Personen, die sich verbergen wollen; Flüchtlinge aus anderen Regionen Rußlands oder der früheren UdSSR; entlaufene Kinder und Jugendliche; illegale Immigranten aus dem Ausland; Menschen, die in Notlage ihre Wohnung verkauften. Unter den Petersburger Obdachlosen sind (im Verhältnis zu den Anteilen an der Gesamtbevölkerung) Männer deutlich über- und Frauen unterrepräsentiert, ebenso 18-49-Jährige gegenüber jüngeren und älteren Wohnungslosen. 41% der Befragten nächtigen bei Bekannten, 25% in Kellern und auf Dachböden, 17% in Bahnhöfen, 14% bei Verwandten, ebenso viele in unbewohnten Gebäuden. Kommunale Obdachlosenheime oder Nachtasyle gab es 1994 nicht. Der Befragung zufolge - ein weiterer Unterschied zur uns bekannten Lage von Obdachlosen - leben 59% derer in St. Petersburg von regelmäßigen oder sporadischen Arbeitseinkünften, 11% beziehen eine (sicher geringe) Rente, 14% betteln, 20% leben von Bekannten oder Verwandten (durch Mehrfachangaben über 100%). 63% der Befragten nannten Einkünfte unterhalb des seinerzeit amtlichen Existenzminimums, 25% darüber hinausreichende, 12% machten keine Angabe. Auf eine weitere Untersuchung des Autors über das Bettelwesen im heutigen Rußland (180ff.) kann nur noch verwiesen werden. Anders als heute in Anonymität und auch Illegalität verdrängt, gab es Armut und Obdachlosigkeit auch zu Sowjetzeiten, heute mit hoher Wahrscheinlichkeit aber in größerem Ausmaß (auch noch gegenüber 1994, dem Basisjahr dieser Studie).

Intellektuelle und Politik

Zu diesem Thema finden sich zwei Beiträge im Teil III des vorliegenden Buches. Sie werden hier knapp vorgestellt wegen der gar nicht zu überschätzenden Bedeutung, die russische Intellektuelle für den Zusammenbruch der

⁹ In den 70er und 80er Jahren wurde die Anzahl der Bewohner Moskaus, die über keine propiska verfügten, bis in Millionenhöhe geschätzt. Zumeist gingen diese regulär oder 'schwarz' einer Arbeit nach und waren bei Verwandten oder Freunden untergekommen.

staatssozialistischen Machtstruktur und Gesellschaftsordnung erlangten. Beide Aufsätze gehören zu den wenigen des Sammelbandes, die essayistisch sind, denen mithin nicht Befunde empirischer Sozialforschung zugrunde liegen. Leider bleibt der Artikel von B.W. Firsov (202-212) ohne realen Erkenntnisgewinn. Einleitend betont der Verf. die Notwendigkeit der Unterscheidung der Begriffe 'Intelligenz' und 'Intellektuelle', teilt dem Leser aber nicht mit, worin die Differenz liegt. Allerdings läßt sich deuten, daß er den Terminus 'Intellektuelle' beschränken will auf publizistisch-agitatorische Protagonisten der „Moderne“ im Sinne von bürgerlicher Gesellschaft und Marktökonomie (203), eine durchaus willkürliche Festlegung. F. bezieht sich, chronologisch sprunghaft, auf die jüngere russische Geschichte. Er beklagt - nicht grundlos - die „Etatisierung der Intelligenz“ (204) in der Sowjetära, wobei er die Nivellierung ihrer Gehälter auf das Niveau von Arbeiterlöhnen hervorhebt und anerkennend die entsprechenden Einkommensdifferenzen (1:4 bis 1:6) in der Zarenzeit mitteilt. Daß in dieser Hinsicht bis heute noch keine Revision erfolgte, ist wohl nicht letzter Grund seiner Klage über die Stellung der Intelligenz im nachsowjetischen Rußland (209).

G.S. Batygins Aufsatz (185-192) „Die Macht und die Intellektuellen“ bietet dagegen wesentlich mehr Ausschluß; vor allem, weil er die Rolle von Protagonisten der russischen (diese Einschränkung ist im gegebenen Kontext zulässig) Intelligenz bei der Nutzung der von Gorbatschow postulierten 'glasnost' hervorhebt: „Die Technik einer publizistischen Attacke gleicht der Technik einer politischen Kampagne. Von der Entlarvung 'schlechter' Personen gehen die Publizisten über zur Kritik der Machtinstitutionen, vor allem der 'Bürokratie' und der 'Beamtschaft' - Begriffe, die mit negativer Bedeutung beladen sind.“ (188/89). Allerdings bliebe dieser sich in historisch äußerst kurzer Frist (1987-89) durchsetzende Prozeß unbegreifbar, wenn die in schneller Abfolge zugespitzte Polemik der Medienvertreter, Wissenschaftler und auch von Angehörigen der Staats- und Parteiprominenz nicht auf den fruchtbaren Boden einer bis dahin zwar schweigsamen, aber weithin desillusionierten Gesellschaft gestoßen wäre, deren Individuen und Gruppen sich zu einem erheblichen Teil bereits in Privatheit, Lethargie oder Zynismus geflüchtet hatten.

Zur Foliè seiner Argumentation wählte der Autor ein 1927 erschienenenes, heute kaum noch bekanntes Buch eines angelsächsischen Autors mit dem Titel „Naturgeschichte der Revolution“. U.a. entwickelt dieser - wie fast 100 Jahre zuvor schon A. de Tocqueville - die oft bestätigte (wenn auch nicht völlig verallgemeinerbare) These, daß objektive Armut und Unterdrückung nicht ausreichen, massenhafte und entschlossene soziale Protestbewegungen auszulösen, sondern daß den pauperisierten und mißachteten Schichten vermittelt werden muß, daß sie ihnen zukommender Rechte und Ansprüche wider gültige Normen beraubt wurden, ihre Erhebung somit legitim ist. Weiterhin gehört zu solcher Agitation die Anprangerung von Mißwirtschaft, Verschwendung, Korruption, Ausbeutung, Willkür etc. Und es sind eben die

'Intellektuellen', die diese Vermittlerrolle wahrnehmen (187). Batygin referiert seinen Gewährsmann Layford Edwards zunächst in einer Weise, die die zur Zeit der 'Perestrojka' benutzte Argumentationsstrategie evident hervortreten läßt. Schließlich bezieht er sich aber auf diese auch direkt und ausdrücklich.

Nomenklatur-Kader und neue russische Elite

Die scheinbare Leichtigkeit der Überführung der im Laufe von zwei Generationen gefestigten staatssozialistischen politischen Machtstruktur und der zentral und rigide gelenkten Planwirtschaft in zwar bis heute hybrid und unkonsolidiert gebliebene, jedoch eklatant andersartige sozioökonomische und politische Verhältnisse ist noch immer eine rätselhafte Tatsache. Zwei Beiträge im Teil III unseres Sammelbandes konzentrieren sich auf Fragen der Transformation der alten und der Gestalt der neuen Machtelite. Der Aufsatz von O.W. Kryschtanowskaja (213-243) gehört zu den aufschlußreichsten des Buches. Die Autorin steht dem Sektor Eliteforschung am Institut für Soziologie der Russischen Akademie der Wissenschaften vor, und sie leitete zwischen 1989 und 1994 eine Untersuchung zum genannten Thema, die 3.610 Personen erfaßte (exakt aufgeschlüsselt 213-15). Nach einer höchst informativen Skizze der Struktur der sowjetischen Nomenklatur berichtet sie über deren Transformation noch unter Gorbatschow, d.h. bis 1991 (218-230).

Obgleich ich in diesen Jahren den Prozeß der 'Perestrojka' laufend und intensiv in sowjetischen Zeitungen und Periodika verfolgte, kommt dieser Report für mich einer Sensation gleich, und zwar im Hinblick auf das hier dokumentierte Ausmaß, in dem nicht nur der politische, sondern auch der sozioökonomische Umbruch bereits 1988-91 eingeleitet und forciert wurde. Bisher habe ich den letzteren erst den Gajdar-Reformen ab 1992 zugerechnet. Mein Irrtum resultiert wohl daraus, daß es - so Kryschtanowskaja - Gorbatschow ab etwa 1988 gelang, parteiintern Kompetenz- und Machtverschiebungen durchzusetzen, deren Bedeutung verschleiert und/oder von Medien und Öffentlichkeit unterschätzt wurden. Hinter den publizierten Entscheidungen und offenbaren Vorgängen der politischen Liberalisierung vollzogen sich demnach jedoch folgenreiche weitere machstrukturelle und sozioökonomische Entwicklungen: mit institutionellen Neuerungen verbundene Macht- und Kompetenzdemonstration von KPdSU-Organen (z.B. faktische Auflösung des Sekretariats des Zentralkomitees, Kompetenzreduktion des ZK zugunsten des neuen 'Kongresses der Volksdeputierten', Entzug der Kontrollmacht der KPdSU-Organen über die Wirtschaft); eine umfassende Verlagerung parteilicher und staatlicher Unionsvollmachten auf die Republiken; der Beginn der Kommerzialisierung und Privatisierung besonderer Bereiche der Wirtschaft. Letzteres spielte sich zunächst in einer Arkansphäre weniger privilegierter Institutionen und Organisationen der Partei und des Staates ab, die das exklusive Recht zu profitgerichteter Wirtschaftstätigkeit und bald auch zum Erwerb von Staatsvermögen (Betriebssteile, Immobilien

u.a.) erhielten. Banken wurden privatisiert und die neuen Börsen waren es von Beginn an. Eigentümer waren noch nicht private Individuen, aber eben jene Institutionen, die Bereiche ausgliederten, die zusammen mit Teilen staatlicher Betriebe und Banken besondere 'Gemeinschaftsunternehmen', z.B. auf Aktienbasis bildeten.

Im zweiten Teil ihres Aufsatzes präsentiert die Verf. Resultate der genannten Untersuchung. Das geschieht in tabellarischer Form, die Merkmalsvergleiche zwischen den politischen Eliten unter Breschnew, Gorbatschow und Jelzin und auch die Bestimmung des Ausmaßes von personellen Kontinuitäten zwischen ihnen erlauben. Ich beschränke mich auf wenige Angaben zum letzteren (Tabelle 12, 242): Die Spitzenführung der Jelzinschen Elite bestand (offenbar 1994) zu 75% aus Vertretern der alten Nomenklatur, von denen 21% aus dem Apparat der KPdSU, aber mehr als 63% aus den Sowjets kamen. Fast ebenso hoch war der Anteil von Nomenklaturkadern in Jelzins Regierung, keiner kommt jedoch aus der KPdSU, 42% kommen aus der Wirtschaftselite, 27% aus den Sowjets. Die neue regionale Elite besteht zu mehr als 82% aus Vertretern der alten Nomenklatur, die sich zu fast 79% aus der Elite der Sowjets rekrutieren. Auch in der Wirtschaftselite unter Jelzin gehörten 61% schon zur einstigen Nomenklatur, 38% kamen aus der Wirtschaft, ebenso viele aus dem Komsomol.¹⁰ Am geringsten ist der Nomenklaturanteil in der heutigen Parteienelite: 57%. Das erstaunt nicht, existieren heute doch liberale, nationalistische u.a. Parteien, deren Protagonisten eher den einstigen Dissidenten angehörten oder nahe standen.

Der Artikel von R.W. Rykwina „Einfluß der neuen herrschenden Elite auf Verlauf und Resultate der russischen Reformen“ (244-260) bietet einigermaßen kundigen LeserInnen recht wenig substantielle Information. Es handelt sich eher um einen Essay über die Defizite und Negativeigenschaften der heutigen politischen Klasse Rußlands. Diese benennt die Verf. zutreffend, ortet die Ursachen allerdings recht naiv in falschen Haltungen und moralischen Defiziten: „Die Mängel der Leitungstätigkeit der neuen regierenden Elite erklären sich aus ... der Hierarchie ihrer Werte und Prioritätensetzung, ihren sozialen Orientierungen, moralisch-sittlichen Eigenschaften.“ (246) Empirisch bezieht sie sich auf eine 1993 und 1994 wiederholte Befragung des WLZOM von 200 'Experten': vorgegebene Maßnahmen und Entwicklungen sollen beurteilt werden nach dem Kriterium stabilisierende oder destabilisierende Wirkung. Eine Mitteilung des wenig eindeutigen Resultats erübrigt sich m.E.; für die im Titel formulierte Fragestellung könnte es bestenfalls Indizien liefern. Wenn Rykwina dagegen der regierenden Elite ankreidet, sie habe der „Bündelung zweier unvereinbarer Rollen“, der des Berufspolitikers und des Geschäftsmannes zugelassen, ist sie im Recht und be-

¹⁰ Kommunistischer Jugendverband. Dieser merkwürdig erscheinende Sachverhalt erklärt sich daraus, daß ein Institut des Komsomol die erste Organisation war, der kommerzielle Betätigung erlaubt wurde.

nennt damit durchaus Folgenreiches für die „Resultate der russischen Reformen“. Sie sieht die „Bündelung“ z.B. in der Interessenkonkordanz zwischen Regierung und Geschäftsleuten hinsichtlich privater Aneignung von Volksvermögen durch Förderung kommerzieller Strukturen, in der Teilnahme der politischen Elite an den legalisierten Formen privater Bereicherung, der Hinnahme der Erosion der Systeme sozialer Sicherung. Zutreffend ist ferner die Feststellung, daß sich die neue Elite nicht auf die breite Bevölkerung stützen kann. Die Autorin benennt auch wesentliche Gründe dafür, daß nachhaltige Proteste und Widerstand ausbleiben. Das alles ist nicht falsch, aber doch weithin bekannt.



Kuhhandel des Jahrtausends?

Sonderheft zur »millennium round«
der Welthandelsorganisation WTO

Themen unter anderem:

- **Weltmarkt & Freihandel**
Neoliberal ins 3. Jahrtausend
- **Patentierter Gene**
Wem gehört die Saat?
- **Internationaler Agrarhandel**
Soja, Vieh & Milch
- **Dienstleistungen – Offene Märkte, geschlossene Gesellschaft**

52 Seiten, DM 6,-
erscheint im Oktober '99, Bestellung bei:

iz3w ► PF 5328 · D-79020 Freiburg
Fon (07 61) 740 03 · Fax 70 98 66
E-Mail: iz3wfreiburg@t-online.de
Internet: <http://www.iz3w.org>

- ☐ ich bestelle Exemplare
des iz3w-Sonderheftes zur WTO-
Millennium-Round

Name

PLZ/Ort

Straße

Unterschrift

Datum

Das Jahrzehnt der Neuen Linken

Drinnen

Als im Sommersemester 1999 Ekkehart Krippendorff seine Abschiedsvorlesung an der Freien Universität Berlin (FU) hielt, fand dies überregionale Beachtung. Die Rede wurde komplett in den „Blättern für deutsche und internationale Politik“¹ und gekürzt in der „Frankfurter Rundschau“ abgedruckt.

Aufmerksamkeit verdiente sie schon wegen der Person, die durch ihren beruflichen Weg und einen damit anfänglich verbundenen „Fall“ als eine Art Leitfigur der intellektuellen Linken in der Bundesrepublik und Westberlin gelten darf.

1965 hatte der Rektor der FU den Publizisten Erich Kuby, der dort einen Vortrag hielt, eingeladen, weil er ihn für eine Art Nestbeschmutzer hielt. Das „Spandauer Volksblatt“ mit seinem linken Redakteur Stefan Reisner bekam Wind von der Sache. Es war von dem Wissenschaftlichen Assistenten Krippendorff informiert worden. Dessen Vertrag wurde deshalb nicht verlängert. Unmittelbar darauf - und aus diesem Anlaß - befand sich die Universität im Aufruhr, der nicht mehr endete und schließlich - jetzt mit anderen Themen - in die Eskalationen von 1967/68 mündete.

1965 war es zunächst um - akademische - Bürgerrechte gegangen: Freiheit der Meinungsäußerung vor allem, Gleichberechtigung von Lehrenden und Lernenden. In den Inhalten und Protestformen ließ man sich stark von den US-amerikanischen Bürgerrechts- und Studentenbewegungen inspirieren. Daß der dortige Studentenverband „Students for a Democratic Society“ (SDS) dieselben Initialen hatte wie ein sozialistischer Verein in Westdeutschland und Westberlin, fiel zunächst nur den - damals noch nicht sehr zahlreichen - Mitgliedern dieser Gruppe (die an den Bewegungen an der FU anfänglich nicht stärker beteiligt war als z.B. der Sozialdemokratische Hochschulbund, SHB) auf. Die Protestversammlungen fanden oft im Henry-Ford-Bau statt. Niemand kam dabei auf ironische Gedanken.

Ekkehart Krippendorffs spätere Habilitationsschrift „Die amerikanische Strategie“ behandelt die „expansive Sicherungspolitik“ der USA. Daß er nicht gleich von Imperialismus redete, mochte, wer wollte, als Taktik in einem akademischen Verfahren ansehen, die dem Verfasser zunächst noch nicht einmal nützte: Man ließ ihn durchfallen. Nach Umwegen - unter anderem über Italien - gelangte er in den siebziger Jahre doch auf eine Professur an der FU, wo er nun am eigenen Leibe und Kopf die Erfahrungen einer intellektuellen-Generation in diesem spezifischen Milieu vollzog.

¹ Ekkehart Krippendorff, Unzufrieden. Vierzig Jahre Politische Wissenschaft. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 8/1999, S. 991-1001.

Seine Abschiedsvorlesung kann insofern als eine Art Bilanz gelesen werden. Sie beginnt mit Goethe und Friedrich Meinecke. Letzterer, ein Ideen-Historiker, kann je nach Geschmack als ein Mann der Inneren Emigration im Dritten Reich oder als Vertreter einer sozialliberalen Variante deutscher imperialistischer Politik dargestellt werden. Krippendorff erwähnt anerkennend seinen Vorschlag nach 1945, „mit der Bildung einer Art von Netzwerk von 'Goethe-Gemeinden' ein Signal für den dauerhaften Ausstieg Deutschlands aus der Machtpolitik setzen zu können, als ersten Schritt zu einem Wiederaufbau, der ein wirklicher Neubeginn wäre.“² Als seine akademischen Lehrer nennt er Arnold Bergstraesser und Theodor Eschenburg, die er als die einzigen Vertreter des Fachs Politische Wissenschaft im Jahr seines Studienbeginns - 1954 - bezeichnet. Abendroth übersah er, merkt aber in einer Fußnote an: „Nachträglich wurde ich darauf aufmerksam gemacht, daß der als Herausgeber der Marxschen Frühschriften bekannt gewordene Siegfried Landschut, den die Universität Hamburg 1933 vertrieben hatte, dort seit 1951 ebenfalls einen Lehrstuhl für Politische Wissenschaft innehatte. (...) Auch der Lehrstuhl Wolfgang Abendroths in Marburg trug zeitweise die Bezeichnung 'Wissenschaft von der Politik'.“³ Die letztere Bemerkung ist nicht genau. Nicht „zeitweise“, sondern während der gesamten Lehrtätigkeit Abendroths trug dessen Marburger Professur eine andere Bezeichnung: „wissenschaftliche Politik“. Auch die Ergänzung belegt also eine Tatsache, die nicht gegen ihren Autor spricht und die er wohl auch gar nicht leugnen würde: daß ein marxistisches Verständnis seines Fachs ihm fremd geblieben ist. Stattdessen bekennt er sich in seiner Abschiedsvorlesung zu einer letztlich streng normativen Verständnis von Politik, das radikaldemokratisch und liberal in dem Punkt ist, in welchem im neunzehnten Jahrhundert auch das „Manifest der Kommunistischen Partei“ sich mit den Bürgerlichen einig wußte. Dies war das Ziel einer Gesellschaft, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Voraussetzung für die freie Entwicklung aller ist.“⁴ Die hier zu beschreibende Haltung legt sich in der Eigentumsfrage nicht fest. Weder hält sie - wie Marx und Engels - das Privateigentum für das entscheidende Hindernis auf dem Weg zu diesem Ziel, noch - wie die Altliberalen - für eine Voraussetzung des angestrebten Zustands. Insofern kann man diese Position linksliberal nennen. In der Bundesrepublik und in den anderen Ländern des Westens verband sie sich mit einem konsequenten Pazifismus. (Krippendorff behält ihn bei, in der zitierten Rede unter anderem durch seine dezidierte Kritik des Kosovo-Kriegs der NATO.) Kombinieren wir diese Merkmale, so haben wir auch schon zusammengetragen, was die Neue Linke der sechziger Jahre auszeichnete. In der Bewegung von 1968 färbte sie sich sozialistisch ein, um

² Ebd., S. 1001.

³ Ebd., S. 993.

⁴ Karl Marx, Friedrich Engels, Manifest der Kommunistischen Partei. In: Dies., Werke (MEW) Band 4, S. 459-493. Hier: S. 482.

Anfang der achtziger Jahre bei den „Grünen“ dieses Merkmal wieder abzulegen. Übrig blieb eine „Bürgerrechtspartei“, welche seit 1999 allerdings auf eine bis dahin essentielle Gemeinsamkeit mit der Neuen Linken verzichtete: den Pazifismus. Insofern Krippendorff ihn durchhielt, erscheint er als einer der ältesten Repräsentanten einer Bewegung, die - wie die kürzlichen Auseinandersetzungen im „Komitee für Grundrechte“ zeigen - sich in dieser Frage mittlerweile nicht mehr einig ist.

Der Begriff Neue Linke war in der Bundesrepublik und in Westberlin allerdings älter als die Bewegung von 1965 und stand von Anfang an im Zusammenhang mit dem Sozialismus, genauer: mit dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund. Ein wichtiges Datum war hier dessen Delegiertenkonferenz 1959 in Göttingen.⁵ Das Grundsatzreferat Jürgen Seiferts und die Personalentscheidungen definierten die Distanz zur SPD und zogen eine Trennungslinie zur „konkret“-Gruppe und zur illegalen KPD. Damit bezog die SDS-Mehrheit eine Position, die in der Folgezeit als „Neue Linke“ bezeichnet wurde. Der Marxismus wurde - anders als in der SPD - nicht ausgegrenzt, die Trennungslinie zur KPD war schärfer als die zur Sozialdemokratischen Partei, mit der man gerade auf dieser Delegiertenkonferenz wieder zu einem taktischen Arrangement zu kommen versuchte. Bekanntlich hielt dies nicht lange: Mit dem Unvereinbarkeitsbeschuß der Bonner Spitze 1961 war nicht nur ein formaler Schlußstrich gezogen, sondern der SDS holte in den folgenden Jahren theoretisch und praktisch nach, was ihm gerade administrativ passiert war: einen eigenständigen Weg neben den traditionellen Parteien der Arbeiterbewegung zu finden, von denen er die eine als stalinistisch, die andere als autoritär-bürokratisch und etatistisch wahrnahm. Diese Abgrenzung war zunächst wichtiger als die positive Selbst-Definition, die innerverbandlich pluralistisch gehalten wurde. So wurde die Rezeption als „undogmatisch“ verstandener Sozialismus-Auffassungen möglich. Über sie stellten sich zugleich Kontakte zu dissidentierenden Zirkeln der alten Arbeiterbewegung her, nicht nur zum Trotzismus, sondern auch zu den Traditionen der „Zwischengruppen“ vom Ende der Weimarer Republik. In dem Maße, in dem die SPD die Anpassung an die CDU betrieb, sich zur NATO bekannte und Zustimmung zu einer - wenngleich nach ihren Vorstellungen modifizierten - Notstandsgesetzgebung signalisierte, verselbständigten sich gegenüber diesem Kurs Teile ihres Vorfeldes, etwa bei den Naturfreunden und in der IG Metall und einigen anderen Einzelgewerkschaften. Sie gehörten in Wirklichkeit zur „Alten“ Arbeiterbewegung. Diese war im Grund eine andere Welt als diejenige, welche die Kritische Theorie der Frankfurter Schule, die die Souveränität dialektischen Denkens gegenüber der Empirie der meisten praktischen Bewegungen - auch der Lohnabhängigen - zu wahren suchte, kannte. Das pluralistische Selbstverständnis des SDS machte ihn zum Kata-

lysatoren des schwer Vereinbaren. Dem Adjektiv „neu“ kam dabei eine nachgeordnete programmatische Bedeutung zu. Mit ihm schmückte sich die Verbandsleitung: „neue kritik“. Das Buch „Am Beispiel Österreichs“ von Joseph Buttinger wurde damals mit großer Zustimmung gelesen. Dies war eine Abrechnung mit der im Februar 1934 besiegten österreichischen Sozialdemokratie. Statt ihrer festen Struktur wurden die „Revolutionären Sozialisten“ - eine locker organisierte Widerstandsgruppe - als „neuer“, zukunftsweisender Typus dargestellt. In diesem Zusammenhang fiel sogar einmal der Begriff „neuer Mensch“.

Als Buttinger 1962 vor der Frankfurter Gruppe des SDS referierte, war die Überraschung groß: Er präsentierte sich als ein Liberaler, der scharf gegen Castros Kuba Stellung nahm. Mit dieser „antitotalitären“ Position nahm er eine Entwicklung vorweg, die einige Mitglieder der westdeutschen Linken in den 90er Jahren vollziehen sollten. In Peter Weiss' „Vietnam Diskurs“ wurde er später als einer der Berater des Präsidenten Kennedy im Indochina-Krieg dargestellt.

Zum Selbstverständnis der Neuen Linken in der Bundesrepublik und in Westberlin gehörte ihre Äquidistanz im Systemkonflikt. Der Protest gegen Zwangsmaßnahmen im Machtbereich der UdSSR war für sie ebenso selbstverständlich wie die Kritik an der Außenpolitik der USA. (Als Vertreter einer „Kritischen Friedensforschung“ war Krippendorff kritisch gegenüber den Vereinigten Staaten und grenzte sich zugleich vehement von der sowjetischen Außenpolitik und - in der Bundesrepublik und Westberlin - von Organisationen, die diese vertraten, ab.) Insofern die Organisationen der Alten Linken im Kalten Krieg Partei nahmen, war die Trennungslinie zu ihnen markiert. An ihr und an der eigenen pazifistischen und radikaldemokratischen Substanz orientierte sich auch die konkrete Politik der Außerparlamentarischen Opposition in den sechziger Jahren: die Ostermärsche der Atomwaffengeegner, die Kritik an der Notstandsverfassung und am Vietnamkrieg, auch die Bewegung zur Hochschulreform. Die antiautoritäre Revolte 1967-1969 stellte dies teilweise in einen bewußt anarchistischen Kontext, in dem die bisherigen Intentionen aber nicht prinzipiell verworfen wurden.

Dabei war die Wendung gegen die empirisch vorhandene Arbeiterbewegungs„normalität“ der sechziger Jahre, die 1968 besonders schroff ausfiel, kein Bruch mit der bisherigen Neuen Linken, sondern verschärfte eine Distanzierung, die es bis dahin dort ebenfalls schon gegeben hatte. Sie betraf letztlich auch den Kern des Marxschen Werks: die Bedeutung, die dort die Mehrwerterzeugung durch die Arbeiterklasse und das Verhältnis zwischen Kapital und Gewerkschaften hatten.

In der hier beschriebenen Form ist die Neue Linke in der Bundesrepublik und Westberlin auf die sechziger Jahre beschränkt. Die Distanz zu den real existierenden sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien wich danach einer polarisierenden Identifikation (das Sozialistische Büro in Offen-

⁵ Willy Albrecht, Der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS). Vom parteikonformen Studentenverband zum Repräsentanten der Neuen Linken, Bonn 1994, S. 340ff.

bach mit seiner Zeitschrift „Links“ schien hier gegen eine Art linken „Zeitgeist“ zu stehen), die Ostermärsche hörten auf und wurden durch die Unterstützung der sozialliberalen Ostpolitik ersetzt. Mit der Entspannung wurde der Rahmen, in dem sich die bisherige Äquidistanz entfaltete und durch dessen Ablehnung sich auf außenpolitischem Gebiet die Neue Linke legitimiert, in Frage gestellt. Sie war zu Ende.

Die Neue Linke in der Bundesrepublik ist ein Produkt dessen gewesen, was sie selbst als „Restauration“ bezeichnete und was tatsächlich einen wachsenden Reformbedarf produziert hatte. Sie gruppierte sich um und löste sich damit auf, als die offizielle Regierungspolitik dessen Bedienung zu ihrer Aufgabe machte.

Die neuen sozialen Bewegungen der späten siebziger und der achtziger Jahre schienen einige Motive der sechziger Jahre wiederaufzunehmen. Äquidistanz in einem neuen Wettrüsten prägte die Friedensbewegung, die Partei der „Grünen“ hatte einen radikaldemokratischen und menschenrechtlichen Impuls, und tatsächlich haben einige der Repräsentanten der älteren Neuen Linken sich ihr als Mitglieder oder Sympathisanten genähert. Die frühere Spannung zur klassischen Arbeiterbewegung baute sich aber nicht mehr auf: dieser Gegenpart galt als erledigt.

„Grün schlägt Rot“ - so haben Andrei S. Markovits und Philip S. Gorski diesen Vorgang zusammengefasst.⁶ Allerdings ist dabei letztlich die klassische Arbeiterbewegung - so schwach und desorientiert sie gegenwärtig ist - weniger unter die Räder gekommen als das, was früher die Substanz der Neuen Linken ausmachte. Indem sich die von Markovits/Gorski so gefeierte Grüne Partei 1999 der Strategie der NATO unterordnete und einen Angriffskrieg mittrug, ist sie den Weg Buttingers gegangen. Damit ist das Revival der Neuen Linken innerhalb dieser schnell altgewordenen neuen Organisation beendet. Elmar Altvaters empörte Distanzierung von der Haltung seiner Partei, der Grünen, im Jugoslawien-Krieg ist ein fast schon dramatischer Ausdruck dieser Trennung.

Zur Geschichte der Neuen Linken in der Bundesrepublik gehört auch die Geschichte ihrer Wahrnehmung. Hier wird man eine Außen- und eine Innensicht unterscheiden müssen.

Erstere sah die verschiedenen außerparlamentarischen Oppositionen als einheitlicher an, als sie in Wirklichkeit waren, indem sie sie auf ihre kleinste Gemeinsamkeit reduzierte: den Widerspruch gegen die Politik der bis 1969 christdemokratisch geführten Bundesregierungen und gegen die Anpassung der SPD an den von den bürgerlichen Parteien vorgegebenen Kurs.

Die Binnensicht wird - wie vorstehend versucht - auf den Unterschied zwischen den „Alten“ und der „Neuen“ Linken in diesen Oppositionen selbst

⁶ Andrei S. Markovits, Philip S. Gorski, Grün schlägt Rot. Die deutsche Linke nach 1945, Hamburg 1997.

achten. Insofern dabei verschiedene sozialistische Varianten gegeneinander standen, sind diese Konflikte mittlerweile ebenso historisch konsumiert wie ihre Protagonisten. Für die normativ-radikaldemokratische und linksliberale Variante, welche neben ihnen immer bestand, gilt, daß sie spätestens seit dem Machtantritt der rotgrünen Regierung gespalten ist: einige akklamieren die „Linke in der Regierung“⁷, andere verharren in einem offenbar nur noch marginalisierten Protest, der gerade in den anstehenden wirtschafts- und sozialpolitischen Streitfragen zu eigenständigen Positionen nicht mehr imstande ist.

Draußen

Wie gezeigt, war in der (alten) Bundesrepublik die Entstehung einer Neuen Linken stark vom Kalten Krieg und von dem Bemühen, seine Parteilungen zu vermeiden, und durch ein kompliziertes Verhältnis zur Arbeiterbewegung bestimmt. Es war im Kern eine Bewegung von Intellektuellen.

In den skandinavischen Ländern und in Großbritannien dagegen entwickelte sie sich in den Arbeiterparteien selbst, war nicht immer eine Abweichung von deren Kurs, sondern bestimmte diesen zumindest in den kommunistischen Organisationen mit. Die Trennung der damaligen Kommunistischen Partei Dänemarks (der heutigen Sozialistischen Volkspartei) von der sowjetischen Politik seit 1958⁸, die Programmdebatte der Kommunistischen Partei Schwedens (heute: Linkspartei) 1956-1964⁹ haben eine stabile linkssozialistische Linie neben den mehrheitssozialdemokratischen Parteien begründet, die bis heute - trotz zeitweiliger Tolerierung von sozialdemokratisch geführten Regierungen - hauptsächlich durch Opposition gekennzeichnet ist. Auslösende Ereignisse waren in beiden Fällen - ebenso wie bei der in diesen Zusammenhang gehörenden Trennung prominenter britischer Intellektueller von der KP (aus ihr ging unter anderem die „New Left Review“ hervor) - der XX. Parteitag der KPdSU und die Ungarn-Intervention der Warschauer Vertragsorganisation 1956. Die weitere Geschichte dieser Parteien und Gruppen war aber in der Folgezeit nicht mehr in erster Linie durch diese Ausgangspunkte bestimmt, sondern durch die Verarbeitung des Widerspruchspotentials der jeweiligen kapitalistischen Länder (und deren Außenpolitik) von einer radikaldemokratischen Position aus und unter bald starker Betonung auch kulturalistischer Themen. (Wenn heute die Vorsitzende der schwedischen Linkspartei bekanntgibt, ihr bedeute Pippi Langstrumpf mehr als Karl Marx, so ist dies etwas mehr als ein Scherz.) Durchaus analog zur deutschen Ent-

⁷ Symptomatisch und folgenreich hierfür: Jürgen Habermas, Bestialität und Humanität. In: DIE ZEIT Nr. 18, 29. April 1999, S. 1, 6, 7.

⁸ Bergholt Holmgaard, Die Kommunistische Partei Dänemarks. In: Ake Sparring (Red.), Kommunisten im Norden. Stockholm/Köln 1966. S. 51-74; Ursula Schmiederer, Die Sozialistische Volkspartei Dänemarks. Eine Partei der Neuen Linken, Frankfurt/Main 1969.

⁹ Ake Sparring, Die Kommunistische Partei Schwedens. In: Ebd., S. 17-49

wicklung war dies verbunden mit einer Verschiebung der sozialen Basis hin zur Intelligenz und zu einer allmählichen Entfernung von der Dominanz der klassischen sozialen Frage.

Als Vorläufer des späteren Eurokommunismus lassen sich diese frühen Bestrebungen kaum ansehen. Sie haben bis heute ihre Autonomie gegenüber der Sozialdemokratie gewahrt und unterscheiden sich darin zum Beispiel von der italienischen, aus dem PCI hervorgegangenen Linksdemokratischen Partei, die inzwischen Mitglied der Sozialistischen Internationale ist und - für die skandinavische Neue Linke undenkbar - die NATO-Strategie mitträgt.

Die zweite große zeitweilige „eurokommunistische“ Partei der siebziger Jahre, die FKP, rechnet sich wohl selbst inzwischen wieder zur „Alten“ Linken, die Gruppen der Vereinigten Linken in Spanien sind durch die eurokommunistische Episode der früheren Kommunistischen Partei nicht mehr zu charakterisieren.

Die Tatsache, daß wir es hier durchgehend mit Massenparteien zu tun haben, macht einen Vergleich mit der deutschen Neuen Linken fast unmöglich - insbesondere angesichts der Tatsache, daß entweder die Option eigener Regierungsbeteiligung nicht völlig ausgeschlossen oder doch die Möglichkeit der - und sei es indirekten - Einflußnahme auf die „offizielle“ Politik mitgedacht wird. Der in Westdeutschland so wichtige Gesichtspunkt der „Fundamentalopposition“ hat dort kaum einmal eine Rolle gespielt, dafür umso mehr die Chance, als Massenopposition materielle Verbesserung für die eigene Basis zu erreichen.

In den USA ist die gesamte - schwache - Linke jenseits der (allezeit winzigen) KP nach 1945 immer eine „neue“ Linke gewesen. Sie wurde von Intellektuellen getragen, und ihr marxistischer Teil war als „Academic Marxism“ an einigen Universitäten ebenso relativ unangefochten wie ohne praktische Wirkung außerhalb derselben. Einer ihrer bedeutendsten Vertreter, Paul M. Sweezy, hat schon früh, in einer nur auf den ersten Blick scheinbar ausschließlich historisch interessierten Debatte, eine wichtige Scheidelinie hin zum klassischen Arbeiterbewegungs-Marxismus gezogen. In der von ihm ausgelösten Diskussion mit Maurice Dobb über das Wesen des Feudalismus und die Entstehung des Kapitalismus Anfang der fünfziger Jahre¹⁰ stand der Betonung der innergesellschaftlichen Ausbeutung (Dobb) der Hinweis auf die Akkumulation in der Peripherie (Sweezy) gegenüber. Durch die gesamte Geschichte der westlichen Linken - einschließlich des „Western Marxism“ - zieht sich seitdem der Konflikt zwischen einer Auffassung, die das Verhältnis Kapital-Arbeit in den Mittelpunkt stellt, und einer anderen, welche wech-

selnden „Peripherien“ (von kulturellem und intellektuellem Protest bis zu den Bewegungen in den in Unterentwicklung gehaltenen Ländern) eine mobilisierende Bedeutung zuspricht. Die zweite Richtung scheint auf unabsehbare Zeit zu überwiegen.

Blick zurück aus dem Jahr 3000

Die Politische Archäologie des Jahres 3000 wird sich schwertun herauszufinden, ob die Alte und die Neue Linke des Jahres 1999, deren Spuren sie entdeckt haben mag, Reste einer untergegangenen oder Anfänge einer neuen Bewegung waren oder ob sich beides kaum unterscheidbar mischte.

Dabei wäre eine solche Untersuchung auch aktuell wichtig, um herauszufinden, wo in dem gegenwärtig herumliegenden Gedanken-, Publikations- und Organisationsmaterial Ausgangspunkte für politische Initiativen gewonnen werden können. Bei der Sichtung wird man um den Akademischen Marxismus nicht herumkommen. Ein - zugegeben: feuilletonistischer - Versuch, eine solche Bilanz anzuregen,¹¹ stieß im Westen mehrheitlich auf schlechte Laune und betretene Schlipse.

Na, dann eben nicht. So wird die Bestandsaufnahme wohl einer Dissertation des Jahres 3000 vorbehalten bleiben. Dort wird man lesen können, daß Altvaters akkumulationstheoretisch begründete Überlegung von „Inwertsetzung“ und „Außerwertsetzung“ unter anderem auch Material für den radikaleren Flügel des Feminismus und der Ökologie-Bewegung hätte bereitstellen können, daß aber nicht mehr zu ermitteln sei, inwieweit dies genutzt wurde; daß Joachim Hirschs Thesen über den Sicherheits- und den nationalen Wettbewerbsstaat vom lesenden Teil der Autonomen zur Kenntnis genommen wurden. Ambivalent sei die Gramsci-Rezeption seit den siebziger Jahren einzuschätzen: Einige hätten die Grenze zum liberalen Zivilgesellschafts-Diskurs überschritten. Ab 1989 seien die Erörterungen über den Staatsmonopolistischen Kapitalismus ohne ersichtlichen Grund weithin abgebrochen worden. Die Arbeiten der Memorandum-Gruppe gehörten insofern zum besseren Ende des Akademischen Marxismus (und Keynesianismus), als sie nicht universitären Trends, sondern Anforderungen insbesondere aus Teilen der Gewerkschaften folgten. Gleiches gelte für den praktischen Antifaschismus und sein Verhältnis zu den Schriften z.B. Reinhard Kühnls. Akademischer Marxismus und gewerkschaftliche Linke - beide in ihren jeweiligen Bereichen schwach - hätten sich gegenseitig gestützt. Erstaunlich sei, wie - jenseits von Marktgängigkeit und universitärer Besoldung - einzelne Zeitschriftenprojekte („Konkret“, „Sozialismus“) sich hätten halten können.

Die Autoren, welche dabei genannt werden, gehörten meist gewiß alle einmal zur Neuen Linken. Da diese aber, wie gezeigt, mit den sechziger Jahren endete, können sie nicht unter diese subsumiert werden. Das ist Geschichte,

¹⁰ Paul Sweezy, Maurice Dobb, Kohachiro Takahashi, Rodney Hilton, Christopher Hill, Georges Lefebvre, Giuliano Procacci, Eric Hobsbawm, John Merrington, Der Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus. Mit einer Einführung und einem Postskript von Rodney Hilton, Frankfurt am Main 1978.

¹¹ Georg Fülberth, Marxismus Emeritus. In: DIE ZEIT Nr. 30, 22. Juli 1999, S. 37.

in der Bundesrepublik beschränkt auf die Zeitspanne zwischen der Verabschiedung des Godesberger Programms der SPD 1959 und der Wahl Brandts zum Bundeskanzler 1969.

Deshalb ist erfreulich, daß am Karl-Liebknecht-Haus nicht mehr das Transparent hängt, welches 1996 dort zu sehen war: „PDS - die Neue Linke“. Wäre es geblieben, dann hätte dies bedeutet, einen Anachronismus durch einen anderen zu ersetzen.



Name/Vorname

Straße/Nummer

PLZ/Ort/Telefon

☐ Ich habe 15 Mark (Scheck, Bargeld) dieser Bestellung beigelegt.

☐ Ich ermächtige Sie, die Testabo-Gebühr von meinem Konto abzubuchen.

Kündige ich das Test-Abo nicht, beziehe ich ein reguläres Abo zu monatlich

☐ 30 DM (Sozial) ☐ 45 DM (Normal) ☐ 59 DM (Soli)

Kontonummer/Geldinstitut/BLZ

Datum/Unterschrift

Mein Testabo kann ich bis zum Ablauf der dritten Testwoche kündigen. Melde ich mich nicht mehr bei Ihnen, dann wandelt sich das Testabo in ein reguläres Abo um. Dieses verlängert sich monatlich, wenn ich es nicht 20 Tage vor Ablauf des Monats kündige. Ich kann diese Bestellung innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich bei Verlag 8. Mai, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin, widerrufen.

Datum/Z. Unterschrift

Coupon bitte einsenden an: Verlag 8. Mai,
Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin,
Fax 030/53 33 43 43

Die Tageszeitung
junge Welt

Thomas Collmer

Das 'übergreifende Allgemeine' als Grundfigur der Dialektik?

Ein Diskussionsbeitrag zu Hans Heinz Holz' „Einheit und Widerspruch“

In Z 37 hat Reinhard Mocek den großen Dreibänder von Hans Heinz Holz zur Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit vorgestellt und betont, „im Grunde genommen“ sei es „ein Diskussionsbuch“ – von dem zu wünschen sei, daß es „die Debatten unter den Marxisten wieder auf philosophische Geleise bringt“. Ich möchte auf diesen Wunsch, den ich teile, mit einem Diskussionsbeitrag reagieren, der sich freilich auf einige Kernaspekte dieses ebenso umfang- wie inhaltsreichen Werkes beschränken muß. Mocek hat die Diskussion bereits eröffnet, indem er herauskristallisiert hat, daß Holz „unter der geschichtsphilosophischen Verankerung marxistischer Politik eben nicht das erneute Hervorholen von Zukunftsbildern, sondern das Wiedervermitteln eines philosophischen Weltbewußtseins“ versteht. Es geht Holz, so Mocek, um „die metaphysische Begründung“ des Anliegens einer politischen Bewegung. Diese Begründung erfolge im Sinne der „Grundfrage der Philosophie“ in „einem großen widerspiegelungstheoretischen Zusammenhang“ – wobei Mocek darauf hinweist, daß Holz sich auf Argumente gegen die Widerspiegelungstheorie nicht einläßt, und daß seine Vorschläge zum (Neu)Aufbau des dialektischen Materialismus „sich kaum von den bisherigen Lehrbuchdarstellungen unterscheiden“. Im Vordergrund stehe der Anspruch, „die Dialektik in ihrer historischen Begrifflichkeit, ja fast Idealgestalt vorzuzeigen“.1 Insofern wird plausibel, so die Kritik von Mocek, daß die Dialektik für Holz völlig untanigiert aus der vorläufigen historischen Niederlage des Sozialismus hervorgeht. Ich möchte diese in der Rezension von Mocek – unter dem Eindruck der gigantischen Arbeitsleistung von Holz – nur vorsichtig vorgebrachte Kritik etwas verschärfen, indem ich versuchen werde, zu zeigen, warum das Dialektikmodell, das Holz vorschwebt, weder sachadäquat noch zeitgemäß ist.

I

Daß im Titel Einheit und Widerspruch die ‚Einheit‘ nicht zufälligerweise an erster Stelle steht, wird unter historischen, systematischen und methodologischen Gesichtspunkten deutlich. „Dialektik ist, was sie ist, nur in der Einheit ihrer Geschichte“, sie ist selber Geschichte und ebenso „deren systematischer Begriff“ (Vorwort, Bd. 1, XIV).2 Dialektik als Wissenschaft des Gesamtzu-

¹ Reinhard Mocek, Dialektik kennt keine Niederlage, in: Z. Nr. 37 (März 1999), 206ff.

² Alle Seitenzahlen in Klammern beziehen sich auf: Hans Heinz Holz, Einheit und Widerspruch. Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit, 3 Bde., Stuttgart/Weimar 1997.

sammenhangs (Engels) meint „Einheit von Logik, Erkenntnistheorie und Ontologie“ (Bd. 3, 335), „Ontologie der Welt, des Wissens und der Praxis“ (336). Es geht um ein System materialistischer Dialektik, das ‚offen‘, aber doch hinreichend dezidiert ist, um sozusagen als Platzanweiser sowohl für die Einzelwissenschaften als auch für philosophische Strömungen fungieren zu können (vgl. Holz’ Redeweise von der „Positionierung“, Bd. 3, 526 Anm. 21). Das Werk endet bei Lenin. Daß die ‚Einheit‘ Vorrang hat, führt z.B. dazu, daß geschichtsphilosophisch die Dialektik von Kontinuität und Bruch von der Kontinuität beherrscht wird. Das ist freilich konkretisierungsbedürftig. Sieht man in der Krise des Sozialismus einen historischen Kontinuitätsbruch, so müßte dies innertheoretisch berücksichtigt werden; sieht man darin nur die Kontinuität des Kapitalismus bestätigt, so gab es ohnehin schon genug Gründe, diese nicht im Sinne eines kontinuierlichen vernünftigen Fortschritts zu interpretieren. Mit anderen Worten, solche abstrakten Schemata sind zunächst einmal bloß formell. Daß die Dominanz von Einheit und Kontinuität im Anschluß an Lenin mit dem Erkenntnismodell der unendlichen Approximation zusammengebracht wird (welches in sich dialektisch ist, insofern man einerseits der Sache immer näher kommt, obzwar eine ‚ewige‘ Annäherung auch bedeutet, daß man nie ‚endgültig‘ ankommt), verdeutlicht, daß auf Fortschrittsoptimismus keineswegs Verzicht geleistet werden soll.

‚Einheit‘ ist Einheit ihrer selbst und der Nichteinheit – diese spekulative Figur wird in dem Sinne ausgelegt, daß alles Einzelne den Gesamtzusammenhang widerspiegelt. ‚Spekulation‘ wird von Holz ganz im Sinne von speculum (Spiegel) aufgefaßt, statt auch die Vielschichtigkeit von speculati auszuwerten: ins Weite blicken, d.h. das Ganze im Blick haben, so umherschauen, spähen, auskundschaften. Nun hat Hegel darauf hingewiesen, daß das angebliche Identitätsaxiom $A = A$ Verschiedenheit ausdrückt: ‚dasselbe‘ A kann nur fixiert und bekräftigt werden, indem es zweimal ausgedrückt, sich entgegengesetzt wird und diese beiden Verschiedenen dann abstrakt verbunden werden. Bei Holz findet man nur eine Analyse des $A = A$ in der Leibnizschen, der Fichteschen und Schellingschen Fassung, nicht in der Hegelschen. Holz scheint die Identität allen Ernstes für den „ersten Grundsatz jedes Denkakts“ zu halten (Bd. 2, 329) – das steht in diametralem Gegensatz zu Hegel, der betonte, es sei „kein Denkgesetz, sondern vielmehr das Gegenteil davon“. Auch eine Theorie des Widerspruchs fehlt dementsprechend. Kurz: In der Analyse des „Konzept(s) des Selbstunterschieds des Selbstigen“⁴ geht Holz keineswegs weit genug. Man darf auch mutmaßen, warum: Das ‚kritisch-negative Tun‘ der Dialektik soll ein ‚spekulativ-positives Resultat‘ haben, und sei es auch nur im Sinne einer Erneuerung der Metaphysik (die schon bei Hegel kompensatorisch einsprang in einer Situation, wo es mit der Veränderung

³ Hegel, Werke (ed. Moldenhauer/Michel, Frankfurt/M. 1969ff. u.ä.) Bd.6, 45 (Vgl. auch Bd.8, 237: „So ist dieser angeblichen Erfahrung der Schule die allgemeine Erfahrung entgegensetzen, daß kein Bewußtsein nach diesem Gesetze denkt“.)

⁴ Holz im Editorial zu: Dialektik Nr. 1/1992 (ed. H. H. Holz): Strukturen der Dialektik, 8.

der Verhältnisse haperte). Entsprechend werden alle Ansätze, die meinen, Hegel habe sich parteiisch für die Identität gezeigt, von Holz explizit oder implizit zurückgewiesen, obwohl Hegels Nachweis, daß Identität wesentlich Negativität sei, auch die Möglichkeit eröffnet (vielleicht konsequenter), einen Primat der Negativität, des Sich-von-sich-Unterscheidens, zu vertreten („die eigentliche Bestimmung ist der Unterschied“⁵). Er zeigt sich nicht nur ebenso parteiisch für Identität und Einheit wie Hegel selber, sondern in noch weit höherem Maße. Daß man nirgendwo sorgfältige Analysen der Gebrauchsweisen von ‚Selbigkeit‘ (nur das meint Hegel mit ‚Identität‘, die ‚Gleichheit unter einem Gesichtspunkt‘ behandelt er konsequenterweise als Form des ‚Unterschieds‘) und ‚Einheit‘ findet (wir alle wissen, wie schillernd dieser Begriff verwendet zu werden pflegt), liegt wohl an Vorbehalten gegenüber Sprachanalyse. Nicht nur werden triviale Analytizität und Erkenntniswahrheit zusammengeworfen, wenn es heißt, „daß das Identische wahr sei – *identica sunt vera* – hat schon Leibniz als ein jeder denkbaren Axiomatik vorgeordnetes Axiom erkannt“ (Bd. 2, 335); mehr noch, für Holz ist es „klar, (...) daß die Identität als Seinsform jedem Denkinhalt und auch dem Denken selbst vorgehen muß, wenn Sein und Denken überhaupt sollen gedacht werden können“ (Bd. 3, 336).⁶ Wozu bloß hat Hegel so viel Mühe und hunderte von Seiten Text darauf verwandt, das ‚Werden zu sich‘ als konstitutiv für jedes Etwas, erst recht für die Reflexionsbestimmung der abstrakten Selbigkeit zu erweisen?

Was Explikation von Dialektik angeht, schwört Holz ausschließlich und allein auf die Figur des ‚übergreifenden Allgemeinen‘, im Anschluß an Josef Königs Arbeiten aus den dreißiger und vierziger Jahren.⁷ An dieser „logischen Grundformel“ (Bd.1, 12) hängt seine gesamte Dialektikdeutung, und am Ende des dritten Bandes (vgl. 437) wird deutlich, daß hieraus, ebenfalls im Anschluß an König, auch die ‚Widerspiegelung‘ gewonnen wird. Der Primat der ‚Einheit‘ ist Primat des ‚Allgemeinen‘. Nun ja, für Hegel ist die Vernunft „positiv“, insofern sie „das Allgemeine erzeugt und das Besondere darin begreift“⁸, und jedes Erzeugen eines Allgemeinen ist für ihn Setzen von Identität im Sinne abstrakt-verständiger Verfestigung; diese wird durch die dialekti-

⁵ Hegel, Werke Bd. 6, 36 (Hervorhebung von Hegel).

⁶ Auch in dem Aufsatz „Gegensatz und Reflexion“ steht Holz diametral gegen Hegel und die an ihn anschließende dialektische Tradition: „Die in der axiomatischen Geltung des Identitätssatzes sich ausdrückende Verstandesform, die ihrer Aufhebung in die Dialektik des Begriffs so hartnäckig widersteht, geht nicht von sich aus in die Denkform der Einheit der Gegensätze über; der Fortgang von der formalen Logik zur Dialektik vollzieht sich vielmehr als Folge des Versuchs, die Inhalte der Erfahrung im Denken abzubilden, also die Wirklichkeit auf den Begriff zu bringen“ (in: Dialektik Nr. 1/1992, 15f.).

⁷ Vgl. J. König, Sein und Denken, Halle 1937. Siehe bei Holz folgende Stellen: Bd.1, 7, 11f., 37, 377, 382, 401, 408, 430, 438, 441f.; Bd.2, 59, 74, 144, 278, 288, 302, 320, 326, 347; Bd.3, 2, 8, 22, 24f., 44, 67, 92f., 99, 119, 160, 167, 179, 220f., 276–280, 286, 308f., 341, 352, 411, 415, 430f., 435ff., 440, 512f.

⁸ Hegel, Werke Bd. 5, 16.

sche Vernunft wieder aufgelöst, verflüssigt und ‚aufgehoben‘ im Sinne eines Sich-von-sich-Unterscheidens (Negativität) und dadurch Selbstkonstruktion (Selbstorganisation) des Prozesses; eines Prozesses freilich, in den schon ‚an sich‘ eingefüttert ist, was am Ende ‚gesetzt‘ wird. Entsprechend trägt der leitende Totalitätsbegriff (bei Hegel: Geist) untangiert das Ganze und expliziert in der historisch je avanciertesten Philosophie sich selbst. Er greift nicht nur über, sondern durchdringt, bestimmt („negiert“, denn *omnis determinatio est negatio*), differenziert und integriert alles, aber nicht im Sinne des ‚Allgemeinen‘, sondern von Totalität des Einzelnen, Besonderen und Allgemeinen; einer Totalität, die diesen drei Momenten zugleich (antinomisch) gegenübersteht. Schon insofern hinkt der flache Begriff ‚übergreifendes Allgemeines‘. Zwar findet sich die Rede vom ‚Übergreifen‘ auch bei Hegel, doch im Hinblick auf das ‚Allgemeine‘ ist etwa folgende Formulierung aussagekräftiger: „Und dies Allgemeine ist nicht nur etwas außer und neben anderen abstrakten Qualitäten oder bloßen Reflexionsbestimmungen, sondern vielmehr das alles Besondere Durchdringende und in sich Beschließende.“⁹ Wenn nun Hegel seine Begriffsbestimmungen meist nach dem formellen Dreischritt ‚Identität – Nichtidentität – Identität der Identität und der Nichtidentität und damit Sicherstellen der je spezifischen Totalität als eines neuen Allgemeinen‘ entwickelt¹⁰, so reicht es z.B. nicht aus, zu rekonstruieren, wie Sein in Nichts kontiniert, also sich selber und seinen Selbstunterschied ‚übergreift‘, sondern wie die neue Bestimmung, das Werden (die aus dem Ineinanderübergehen selber gewonnen wird bzw. dieses auf den Begriff gebracht ‚ist‘), beide Momente übergreift und sie und dabei sich selber fortbestimmt (es ist nämlich ‚Einheit‘ von Entstehen und Vergehen und integriert insofern nun Seiendes und Nichtseiendes inklusive dem Nochnicht- und Nichtmehr-Seienden). Dies nur, sehr verkürzt, als Erinnerung daran, daß schon im Hegelschen Verfahren das ‚Allgemeine‘ und das ‚Übergreifen‘ bei jedem Schritt auf mehrfache Weise im Spiel ist. ‚Der Begriff selbst‘ generiert seine Bestimmungen, insofern ‚übergreift‘ Identität.

Eine materialistische Umdeutung, die zugleich weiter ‚öffnen‘ will, müßte wohl zunächst einmal klarstellen, daß sich beim ‚übergreifenden Allgemeinen‘ recht unterschiedliche Figurationen ergeben: Objekt übergreift Subjekt und sich selbst, das heißt, es hat mit dieser Selbstbezüglichkeit, dem Sich-von-sich-Unterscheiden und dem ‚Daruntergeworfensein‘ (*subiectum*) genau die Struktur, die als ‚Subjekt‘ bezeichnet wird, ist damit also selbst als Totalität und in beiden Momenten zum Subjekt geworden (dieser strukturelle Sinn markiert auch eine der Hegelschen Verwendungsweisen von ‚Subjekt‘, und nun müßte man bereichs- und niveauspezifisch weiter konkretisieren). Hingegen: Sein übergreift Bewußtsein, doch ist eben nicht genau damit als Totalität und in beiden Momenten das Sein selber zum Bewußtsein geworden. Indes

⁹ Hegel, Werke Bd 8, 327 (§ 175 Zusatz)

¹⁰ Es ist klar, daß man zwischen ‚einzelner‘ konkreter Totalität und ‚Totalität aller Totalitäten‘ dabei jeweils unterscheiden muß.

kann man, wie bei Sein und Bewußtsein, in bestimmtem Sinne sagen, daß die objektive Realität auch dann noch den Begriff übergreift bzw. ihm zugrundeliegt, wenn und indem dieser die objektive Realität übergreift (zusammennimmt, *conceptus*). Dabei sollte man aber bedenken, daß Marx, darin ein besserer Hegel-Schüler als Holz, nicht mit dem ‚übergreifenden Allgemeinen‘, sondern mit der ‚übergreifenden Totalität‘ im Sinne einer Dialektik zwischen dem Bestimmenden und dem Bestimmten arbeitet: „Das Resultat, wozu wir gelangen, ist nicht, daß Produktion, Distribution, Austausch, Konsumtion identisch sind, sondern daß sie alle Glieder einer Totalität bilden, Unterschiede innerhalb einer Einheit. Die Produktion greift über, sowohl über sich in der gegensätzlichen Bestimmung der Produktion, als über die anderen Momente. Von ihr beginnt der Prozeß immer wieder von neuem.“¹¹ ‚Produktion‘ taucht innerhalb dieser dialektischen Figur also zweimal auf: als vermittelnd und bestimmend, und als selbst vermitteltes und bestimmtes Moment – wobei innerhalb der vom Primat der Produktion bestimmten Totalität, also auch für die Produktion als darin noch einmal spezifisch bestimmte (denn wie produziert wird, konstituiert einen Gesellschaftstypus, z.B. den kapitalistischen) gilt: „Es findet Wechselwirkung zwischen den verschiedenen Momenten statt. Dies ist der Fall bei jedem organischen Ganzen.“¹²

Wendet man unter methodischem Gesichtspunkt die Figur des ‚übergreifenden Allgemeinen‘ auf das Allgemeine selbst an (solche Selbstanwendung ist bei Hegel stets eine Feuerprobe), so steht der Figur, daß Allgemeines sich besonders, also aus sich selbst zum Besonderen und Einzelnen wird, die Figur, daß Einzelnes vermittelt das Besondere zum Allgemeinen wird, gleichwertig gegenüber: Schon indem man ‚das Einzelne‘ bzw. ‚das Besondere‘ als solches ausspricht, hat man es zum Allgemeinen gemacht, und im Entwicklungsgang der Logik ist jede Begriffsbestimmung einzelnes Allgemeines, wie auch Hegels ständiger Singular ‚der Begriff‘ das Allgemeine als übergreifendes Einzelnes ausspricht. Alles dies müßte man dialektisch entwickeln – bei Holz davon keine Spur. Inwiefern und mit welchen Gründen innerhalb eines bestimmten Gegensatzes (der, wie schon Hegel wußte, obschon ihm das nicht sehr behagte, eine ‚vollständige Disjunktion‘ von nicht bloß zwei, sondern auch genau drei oder vier oder fünf oder sechs Gliedern sein kann) ein Pol das bestimmende Moment ist und inwiefern nicht, müßte genau herausgearbeitet werden, ansonsten wäre Dialektik in bloß formelle Rhetorik zurückgefallen.

Marx konnte aus historischen Gründen formulieren, daß eine besondere Klasse, das Proletariat, „als allgemeine Klasse (...) in ihrem besonderen Interesse den allgemeinen Gesellschaftszweck“ verkörpere (Bd. 3, 278, Hervorheb. von Holz). Marxisten haben jedoch oft dazu tendiert, sich einen überfliegenden Verortungsschematismus, wie er bei Hegel aus dem ‚absoluten Wissen‘ resultieren sollte, aus einem abstrakt in Anspruch genommenen Klassenstandpunkt

¹¹ Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW Bd. 42, Berlin 1983, 34.

¹² Ebd.

heraus zuzubilligen. „Klassenkämpfe sind aber Kämpfe von Menschen mit (...) taktischem Geschick und strategischen Konzepten“ (Bd. 3, 307, Hervorheb. T.C.) – genau das ist wohl der Grund, warum das Königsche Modell als adäquat empfohlen wird und andere Modelle als ‚pseudodialektisch‘ abqualifiziert werden: Mehr Differenzierung z.B. wäre strategisch vom Übel. Wenn aber gar nicht erst versucht wird oder werden soll, das Modell des ‚übergreifenden Allgemeinen‘ selber auf seine dialektische Reichweite hin abzuklopfen, kann der Anspruch, Systemdialektik zu betreiben, nur hohl bleiben.

II

Blenden wir uns kurz ein in die kenntnisreichen Einzelinterpretationen. Nachgezeichnet wird, wie die Bewußtseinsveränderung zur Neuzeit geprägt wurde durch „eine neue Selbstbezüglichkeit des Subjekts“ (Bd.1, 43): Descartes' neue Begründung der Erkenntnisgewißheit im ‚natürlichen Licht‘ der Subjektivität inaugurierte die Ablösung religiöser Autoritätsgläubigkeit durch Mündigkeit und Vernunft, als Selbstverpflichtung des Denkens zur Rechenschaft über seine Resultate. Bereits mit Galilei hatte sich „das Prinzip theoriegeleiteter experimenteller Forschung“ durchgesetzt (107), die Integration der Naturwissenschaften in den Produktionsprozeß schlug sich philosophisch nieder. Descartes hinterließ seinen Nachfolgern ein mechanistisches Weltbild und das Problem, wie die ‚Übereinstimmung‘ zwischen *res extensa* und *res cogitans* aufzufassen sei. In beider Hinsicht vollzogen Spinoza und Leibniz entscheidende Schritte, Holz verdeutlicht daran sein Grundkonzept: „Wesentliche Aufgabe der Philosophie“ sei „das Denken der Einheit“ (268). Spinozas Lösung schloß „die Abwertung der Vielheit, Zeitlichkeit und Bewegung ein“ (241), während man bei Leibniz eine viel stärkere Dialektisierung findet. Indem er den mechanistischen Naturbegriff überwindet und ihn als Teilwahrheit integriert, markiert er für Holz den „ersten Höhepunkt in der Geschichte der neuzeitlichen Dialektik“ (Vorwort, Bd. 1, XV). Der Begriff der Kraft und der notwendige Bezug jedes Einzelnen auf das Ganze der Welt haben materialistische Aspekte, Leibniz' Wiederaufgreifen des aristotelischen Begriffs der ‚Entelechie‘ meint „eine in komplexen Wirkungszusammenhängen sich erzeugende Selbststeuerung“ (Bd. 1, 391), die verblüffend modern wirkt.¹³ Gott ist bei Leibniz, so Holz, nur noch der Titel für die „Totalität der selbsttätigen Welt“ (297), die Idee eines unendlichen Verstandes „nur eine metaphysische Hilfskonstruktion“ (405). Die Kontinuität Leibniz-Hegel, mit dem Vermittlungsglied Schelling, wird in vielen Aspekten erhellend herausgeschält (auch dazu wurde Holz offenbar nicht zuletzt durch J. König inspiriert¹⁴). „Nennen

¹³ Hegels Motto, es komme „alles darauf an, das Wahre nicht als *Substanz*, sondern ebenso sehr als *Subjekt* aufzufassen und auszudrücken“ (Werke Bd. 3, 22f.), ist unzweifelhaft bei Leibniz vorbereitet: „La Substance est un Etre capable d'Action - Die Substanz ist ein der Tätigkeit fähiges Wesen“ (Vernunftprinzipien der Natur und der Gnade, Hamburg 2. Aufl. 1982, 2f.).

¹⁴ Königs Schrift „Das System von Leibniz“ (1946) wird von Holz gleich im ersten Satz des Editorials zu Dialektik Nr. 1/1992 erwähnt (vgl. 7).

wir (mit Hegel) die Konstruktion einer intensionalen Totalität extensionaler Unendlichkeit ‚spekulativ‘, so ist die Leibnizsche Monadenphilosophie in der Neuzeit der erste spekulativ-dialektische Entwurf einer Theorie des Gesamtzusammenhangs“ (447). Schelling konzipiert dann ein reines Sichselbstsetzen als ursprüngliche Produktivität der Natur, dabei geht es ihm „um die Totalität und Einheit der wirklichen Welt“ (Bd. 2, 317). Mit seiner als Kraft sich verwirklichenden Materie knüpft er „an die Tradition der Leibnizschen Metaphysik an, die durch Kants Kritik verschüttet worden war“ (319); sein Organismus wirkt wiederum auf Hegel.

Holz' Intention, Leibniz für die beabsichtigte Veredelung der Widerspiegelungstheorie in Anspruch zu nehmen, offenbart sich vollends im 3. Band: „Lenin hat den dialektischen Charakter der wechselseitig sich repräsentierenden Monaden und den materiellen Charakter des Gesamtzusammenhangs deutlich herausgearbeitet“ (Bd. 3, 406). Der ‚vollständige Begriff‘ (*notio completa*) eines Einzelnen impliziert seine Relationen zu allen anderen Einzelnen und das Ganze, das aus eben diesen Relationen besteht: Welt als Totalität aller Relationen und das Einzelne korrespondieren einander. Das ist in der Tat eine Einheitskonstruktion, jedoch eine, die letztlich abstrakt bleibt. Das Singuläre, so wäre wohl zu kritisieren, kann gerade nicht erfaßt werden, indem man sagt: „Jedes Ding (Erscheinung, Prozeß etc.) ist mit jedem verbunden“ (Lenin), denn die Frage ist wie. Zu sagen: „Die Allgemeinheit des Einzelnen ist materiell begründet im universellen Vermittlungszusammenhang“ (407), ist richtig, aber völlig blaß. Es ist nur eine Variante der uralten ‚Entsprechung‘ von Makro- und Mikrokosmos. Auch mit Redeweisen von ‚Übereinstimmung‘ oder ‚Isomorphie‘ ist nichts zu gewinnen, wenn man keine wahrheitstheoretischen Präzisierungsversuche unternimmt. Daß man ‚irgendwie‘ mit einer Kombination von Korrespondenz, Kohärenz und Praxis arbeiten muß, ist trivial, und man wird wohl auch Evidenz (was ‚leuchtet‘ argumentatorisch ‚ein‘ und was nicht?) und Konsens (z.B. über Strategien) hier und dort hinzunehmen müssen, aber die Frage ist eben wie. Mit dem gloriosen ‚übergreifenden Allgemeinen‘ könnte man sagen, daß bei Hegel die Kohärenz (des Gesamtzusammenhangs) die Korrespondenz ‚übergreift‘. Mit der Verankerung dieser gesamten Konstruktion in der gesellschaftlichen Praxis könnte man sodann die Praxis als übergreifend aufstellen. Sie ist aber wiederum tätiges Korrespondieren der Materie mit sich selbst, und inwieweit die Ergebnisse der Praxis (Theorie als Teil davon verstanden) Objektivität ‚widerspiegeln‘, war ja gerade die Frage. Wieweit man diese komplexen Konstellationen ausdifferenziert, ist wiederum eine Frage des Konsenses über Strategien – sofern der Konsens nicht einfach via Macht durchgesetzt wird, insofern ist er selber wieder an die Praxis verwiesen. Ein Konsens aus ‚vernünftiger Einsicht‘ verschiebt das Problem auf Evidenz, und wenn man nun sagt, was sich da als mehr oder weniger ‚durchsichtig‘ zeige, sei eben der Gesamtzusammenhang des Ganzen, so sind wir glücklich wieder bei der Kohärenz und haben uns im Kreis bewegt. Genau solche Strukturen gehörten und gehören zur ‚Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit‘; in diesem Buch werden sie durch

Simplifizierung abgewürgt.

Dabei muß die Frage erlaubt sein, ob strategisch-taktische Simplifizierungen der Theorie (als theoretischer Praxis) nicht ihren Teil dazu beitragen haben, daß die Sozialismusversuche dieses Jahrhunderts den bekannten Scherbenhaufen hinterließen. Dazu sagt Holz in diesem Werk nichts. Und obwohl nicht Vollständigkeit angestrebt wird, sondern ‚Knotenpunkte‘ im Fortgang dialektischen Denkens herausgearbeitet werden sollen, darf man schon fragen, ob nicht z.B. Lyotards Klarstellung, ‚Postmoderne‘ könne man als die permanente Geburt (oder Selbsthervorbringung) der Moderne selber verstehen¹⁵ – nämlich durch einen ihr von Beginn an immanenten Gegendiskurs hindurch, der endlich unabweisbar wurde, nachdem Kapitalismus den Faschismus und Sozialismus den Stalinismus hervorbracht hatten – sehr wohl in die ‚Problemgeschichte der Dialektik in der Neuzeit‘ gehört (zumal es sich im Kern um eine dialektische Figur handelt, bei der eher die Moderne die Postmoderne zu übergreifen scheint als umgekehrt). Wenn Holz es sich schon leistet, Friedrich Schlegel zum Vater der Postmoderne zu erklären – historisch war damals aber noch kaum zu erahnen, welche Virulenz immanente Vernunftdialektik (als Selbstkritik von Vernunft und damit Fortsetzung des Aufklärungsprojekts) im 20. Jahrhundert erhalten sollte (nicht nur durch den politisch-ökonomischen Geschichtsverlauf, sondern z.B. auch durch Freuds Entdeckung der Gesetzmäßigkeiten des Unbewußten) – wenn er also dieses Thema schon nicht völlig außen vor läßt, so darf man wohl einen etwas ernsthafteren Umgang damit fordern.

III

Mit Hegel vollzieht sich ein „Sprung über die Grenzen der bisherigen Philosophie hinaus“ (Bd. 3, 1), er markiert jenen „absoluten Gegensatz“ (Feuerbach), den der Marxismus fortführt. Der Gegenstand der Hegelschen Philosophie „ist nicht unmittelbar die Welt, sondern das wissenschaftliche Wissen von der Welt“ (6) – doch dabei ergibt sich eine „Doppelbedeutung der Logik, das System der Begründung wissenschaftlichen Wissens und der Ort der Epiphanie des Absoluten zu sein“ (Bd. 3, 183), das absolute Wissen maßt sich an, „die eigentliche Wirklichkeit selbst zu sein“ (283). Die Gegenstände dieser Gedanken „erscheinen als ihr Inhalt“, insofern wird ihnen „der Name Materie beigelegt“ (7) – bedeutet dies, daß man per ‚Umkehrung‘ die wirkliche, objektive Welt erhält? Doch welche Verzerrung, Verkürzung, Ausschnitthaftigkeit hat der ‚Spiegel‘ des Wissens bewirkt? Ist das Wissen/Denken in der Lage, diesen eigenen Trug, die eigene Perspektivität restlos aufzulösen? Nein, es bleibt ein unkalkulierbarer Rest. Die selektiven, komplexitätsreduzierenden, relativierenden Aspekte von ‚Wissen‘ können nicht vollständig durchdrungen werden. Entsprechend muß die Rede von ‚Isomorphie‘ einen grundlegenden Harmonismus voraussetzen, dessen Reichweite eben nicht vollständig präzi-

¹⁵ Vgl. z.B. Lyotard, *Postmoderne für Kinder*, 2. Aufl. Wien 1996, 26.

siert und so ‚gesetzt‘ werden kann – womit diese Redeweise von Grund auf fragwürdig wird. Will man die von Holz angesprochene ‚Doppelbedeutung‘ der Hegelschen Logik nicht mitschleppen, kann es keine einfache ‚Umstülpung‘ geben, sondern nur komplizierte Akzentverlagerungen – vor dieser schmerzhaften Konsequenz schreckt Holz aber zurück. Vereinfacht ausgedrückt: Wir wissen nicht, wieviel fehlt, denn wüßten wir es, würde im Grunde nichts fehlen. Indes: Vieles, das in der Praxis zunächst zu ‚funktionieren‘ scheint, zeitigt später völlig unerwartete Folgewirkungen, die zu Paradigmenwechseln nötigen (usw.). Holz trägt dieses praktische Dilemma nicht aus. Ich versuche in einigen Hauptkritikpunkten zusammenzufassen, warum das, was am Ende für die dialektische Theorie und Methode herauskommt, m. E. so dünn und enttäuschend ausfällt:

1.) „Dialektik ist stets eine Logik der Bewegung, der Veränderung, der Zeitverfassung“ (Bd. 1, 9). Dies wird dahingehend übertrieben, daß die berühmt-berüchtigte Hegelsche ‚Bewegung des Begriffs‘ einen rein zeitlichen Sinn erhält. „Hegel erarbeitet in der Wissenschaft der Logik ein neues wissenschaftslogisches Paradigma – die Logik des Gesamtzusammenhangs in der Zeit, also in der Form der Bewegung“ (Bd. 3, 130, Hervorheb. von Holz): Hegel habe „die Transformation der Metaphysik“ aus der „Zeit-Struktur des Wirklichen“ entwickelt (22), entsprechend sei bei ihm auch „die axiomatische Geltung des Identitätsprinzips in der Logik des Werdens, d.h. der Zeitlichkeit des Seins aufgehoben“ (49). So soll schließlich die angestrebte Einheit von historischem und dialektischem Materialismus fundiert werden. Doch diese simplifizierende Lösung überzeugt keineswegs, auch wenn es richtig ist, daß bei Hegel die Geschichtlichkeit des Geistes (in der Phänomenologie des Geistes) als wissenstheoretische Voraussetzung für die Selbstabstraktion des ‚reinen Seins‘ in der Wissenschaft der Logik auftritt. Es gibt hier bei Holz ein paradoxerweise an Heidegger erinnerndes Ausweichen vor der Diskursivierung in die Temporalisierung.¹⁶ Herausarbeiten wäre vielmehr, wie man mit Hegel einen historisch-temporalen und einen strukturellen Sinn begrifflicher Selbstbewegung nichtreduktiv in Einklang bringen kann. Räumt man dem zweiten Aspekt nicht eine gewisse Eigenständigkeit ein, so kapituliert man kampflos vor den Einwänden der Analytiker (man würde dann das ‚zugleich‘ im Nichtwiderspruchsprinzip bloß temporal auffassen statt im Sinne struktureller Simultan-Aspektivität und interner Relation), und das hat Dialektik keineswegs nötig. Es ist oft gezeigt worden, wie man Hegels Anspruch immanenter Selbstkritik der formalen Logik modernisierend aufgreifen kann, ohne einfach per metabasis eis allo genos das Terrain zu wechseln. So hat es mehrfach Versuche gegeben, die ‚Bewegung des Begriffs‘ in der Struktur der Antinomie zu verankern, wo bekanntlich eine Aussage oder ein Prädikat in ihr

¹⁶ In der Tat fällt auf, daß Holz sich in „Gegensatz und Reflexion“ (a.a.O.) nur von Heideggers Subjektivismus abgrenzt, aber nicht von seiner grundlegenden Temporalisierung des Seins des Seienden selbst auf Kosten jeglicher Diskursivierung, vgl. a.a.O., 14. Dialektik sei „die Logik der Bewegung, der Veränderung, der Zeit“ (ebd.), das geht auch hier sogleich ineinander.

kontradiktorisches Gegenteil umschlagen, und zwar so, daß beide Pole (durch wechselseitige Implikation) unmittelbar ineinander oszillieren¹⁷ – diese Ansätze werden von Holz überhaupt nicht in Betracht gezogen, weder einer Erwähnung noch einer Auseinandersetzung gewürdigt. Simultanität und Sukzessivität erhalten bei ihm nur einen temporalen Charakter, der Aspekt auszulegender Strukturkomplexität wird dem nicht nur untergeordnet, sondern nivelliert. Das ist, ganz wie im Fall des Identitätssatzes, eindeutig ein Rückfall hinter Hegel, und beides hängt auch miteinander zusammen. So sagt Hegel, das Wesen sei „das vergangene, aber zeitlos vergangene Sein“¹⁸; die dialektische Bewegung der Idee, welche das Verständige über „den falschen Schein der Selbständigkeit seiner Produktionen wieder verständigt und in die Einheit zurückführt“, sei „nicht zeitlich“ zu verstehen.¹⁹ Oder: „Das formelle Denken aber macht sich die Identität zum Gesetze, läßt den widersprechenden Inhalt, den es vor sich hat, in die Sphäre der Vorstellung, in Raum und Zeit herabfallen, worin das Widersprechende im Neben- und Nacheinander außereinander gehalten wird.“²⁰ Daß wir heute nicht mehr auf die gleiche Weise vom ‚reinen Begriff‘ reden können wie Hegel, ändert nichts daran, daß dialektisches Denken nach wie vor eine strikte Diskursivierung dialektischer Strukturen fordert; bei der Holzschen Variante besteht die Gefahr, nicht nur ins Pseudodialektische, sondern ins Antidialektische zurückzufallen. Einerseits zeigt sich sein Dialektikverständnis über Historisches erhaben (kennt insofern auch keine Niederlage), andererseits wird ein rein formelles ‚Übergreifen‘ des Historisch-Zeitlichen über das Logische konstruiert, das die diskursive Rekonstruierbarkeit dialektischer Logik abstrakt desavouiert. Daß Holz der Dialektik in beider Hinsicht keinen Gefallen tut, dürfte auf der Hand liegen.

2.) Als Kehrseite solcher Temporalisierung bringt das ‚übergreifende Allgemeine‘ nur eine statische Leerform auf. Wie die Figur des Selbstunterschieds, daß „das Allgemeine das Allgemeine seiner selbst und seines Gegenteils ist; daß die Gattung Gattung ihrer selbst und ihres Gegenteils ist“²¹, den dialektischen Widerspruch fundieren oder dieser selbst sein soll, wird nicht aufgezeigt. Wenn z.B. Natur wissenschaftstheoretisch (als Gewußtes) rekonstruiert wird, ‚übergreift‘ Wissen Natur (vgl. Bd. 2, 326), auch wenn diese als das Wissen ‚übergreifende‘ (es allererst ermöglichende und hervorbringende) expliziert wird – ‚übergreifen‘ meint hier offenbar durchaus Unterschiedliches. Oft wird einfach einer von mehreren möglichen Gegenbegriffen aufgestellt, wie es gerade paßt, z.B. ‚Leiden‘ zu ‚Handeln‘: Das Handeln sei ein ‚übergreifendes

¹⁷ Vgl. Arend Kulenkampff, *Antinomie und Dialektik. Zur Funktion des Widerspruchs in der Philosophie*, Stuttgart 1970; Thomas Kesselring, *Die Produktivität der Antinomie. Hegels Dialektik im Lichte der genetischen Erkenntnistheorie und der formalen Logik*, Frankfurt/M. 1984.

¹⁸ Hegel, Werke Bd. 6, 13.

¹⁹ Hegel, Werke Bd. 8, 371 (§ 214).

²⁰ Hegel, Werke Bd. 6, 563.

²¹ Josef König, *Vorträge und Aufsätze*, Freiburg 1978, 33f.

Allgemeines‘, „insofern es das Leiden als Art unter sich begreift“ (Bd. 1, 350; das bezieht sich hier auf Leibniz‘ Unterscheidung von vis activa und vis passiva). Nun pflegt aber ‚Handeln‘ auf sehr unterschiedliche Weise gebraucht zu werden: ‚untätig sein, statt zu handeln‘ hat eine andere semantisch-pragmatische Struktur als ‚leiden versus handeln‘; das abstrakte Schema von Gattung und Art ist hier überfordert. Entsprechend unrealistisch wäre die Annahme, eine Art von formaler oder struktureller Kernsemantik schön übersichtlich ontologisieren zu können – schon bei Hegel haperte es sichtlich, wieviel mehr erst heute, wo man viel mehr über das Funktionieren (und Nichtfunktionieren!) von Sprache weiß als zu Zeiten Hegels! Eine hierarchisierende Linearität des ‚übergreifenden Allgemeinen‘ ließe sich z.B. nie und nimmer auf der Figur der ‚bestimmten Negation‘ aufbauen, nicht nur weil es nicht immer eine bestimmte Negation gibt (zum Allgemeinen z.B. gibt es bei Hegel exakt drei Gegenbegriffe: das Einzelne, das Besondere und die Totalität), sondern weil immer wieder konstruktive Entscheidungen über Anschlüsse und Verästelungen, strukturell-simultane Verweisungen zu tätigen sind, für die sich Linearität und Hierarchie selber nur als begrenzt adäquate Strukturmittel erweisen. Bei Hegel ist solche Komplexitätsproblematik bereits ständig virulent. Was ist z.B. mit der bestimmenden Reflexion als der „Einheit der setzenden und äußeren Reflexion“?²² Sie ist nicht nur ein Fortschritt, sondern durch ihre verfestigende Funktion (die darin besteht, sich den eigenen Bestimmungen zu unterwerfen) auch eine mittlere (vermittelnde) Katastrophe. Sie gegenüber den beiden Typen, die sie zu sich ‚aufhebt‘, als ‚übergreifendes Allgemeines‘ konzipieren zu wollen, wäre bloß irreführend, denn sie ist selbst eine immanent sich besondernde Weiterführung des ‚Setzens‘ (Explizierens, Realisierens, Manifestierens), insofern ist die ‚setzende Reflexion‘ das ‚Übergreifende‘, und zugleich ist sie ein Außersichkommen des abstrahierenden Verstandes, wie es überhaupt jedes fixierte Zwischenresultat darstellt; insofern kann man die ‚äußere‘ als übergreifend konzipieren, aber alle drei sind selbstabstraktive Vereinseitigungen von Negativität, und Negativität als ‚übergreifendes Allgemeines‘ zu konzipieren, wäre Unsinn, insofern sie die lebendige Selbstkritik jedes Allgemeinen ist. Dies nur als ein Beispiel! Selbst wenn der Doppelsinn von ‚Überwölben‘ und ‚Übergreifen auf das Andere‘ kenntlich gemacht würde (‚übergreifen‘ kann bekanntlich auch ‚sich ausweiten‘ oder ‚infizieren‘ bedeuten), und wenn eine Einheit von Vor- und Rückgriff expliziert werden würde (nicht einmal das geschieht!), würde es noch nicht ausreichen. So aber ist das grandiose ‚übergreifende Allgemeine‘ nur eine abstrakte Leerform, das verabsolutierte Positive unter Stilllegung der lebendigen Negativität.

3.) Dem Verfahren, unanalysiert auf unterschiedliche Gegenbegriffe zurückzugreifen, eng verwandt ist der Trick, Ambiguitäten z.B. des Ausdrucks ‚Materie‘ zu nutzen – mit weitreichenden Konsequenzen. Daß ‚Materie‘ (z.B. bei Hegel) auch im Sinne von ‚Inhalt‘ verwendet wird, im Gegensatz zu ‚Form‘,

²² Hegel, Werke Bd. 6, 32.

soll für die intendierte ‚Umstülpung‘ erhalten: „Genau nach dem schon öfter erwähnten dialektischen Schema des übergreifenden Allgemeinen läßt sich das Verhältnis von Materie und Form, Materie und Geist definieren“ (Bd. 1, 364) – als ob das nicht ein himmelweiter Unterschied wäre. Inhalt und materielle Realität werden in jener ‚Einheit‘, um die es um jeden Preis gehen soll, pseudodialektisch zusammengeworfen. Es erscheint mir nicht ohne weiteres zulässig, bei ‚praedicatum inest subiecto‘ das grammatische Subjekt hegelianisch im Sinne von ‚Substanz-als-Subjekt‘ aufzufassen, dies dann „mit der These von der Spiegelung der Welt in der Substanz“ zusammenzublenzen (Bd. 1, 354f.) und das Ergebnis in einem materialistischen Kontext als Überschreitung material-analytischer Urteile auf Urteile über die materielle Welt zu nutzen – dabei gerät ‚Enthaltensein‘ zu einer Metapher, die den ‚absoluten Idealismus‘ lediglich mit einem materialistischen Vorzeichen versieht.

Zur Illustration kann hier eine Aufsatz-Passage von Holz angeführt werden: „Josef König (...) charakterisiert den Selbstunterschied des Einen, durch den es zum ‚Übergreifen‘ wird, das in seinem Anderen ist, durch die Struktur der Spiegelung. Der Spiegel ist das Eine, das ist, was es ist (nämlich Spiegel), dann und nur dann, wenn es sein Anderes (nämlich den ihm äußeren Gegenstand) als gespiegelten (als Spiegelbild) enthält; (...). Und so wie das Spiegelnde seinen Gegenstand als Spiegelbild enthält, so enthält das Denkende seinen Gegenstand als Begriff; in diesem Sinn greifen Spiegelbild bzw. Begriff über ihren Gegenstand über.“²³ Hier werden zwei unterschiedliche metaphorische Redeweisen von ‚Enthalten‘ schief zusammengekoppelt, um eine andere Metapher plausibel zu machen. Wenig später heißt es: „Und nur in einem solchen Gebrauch kann mit philosophischer Strenge von Widerspiegelung gesprochen werden, muß es dann aber auch, weil anders als durch die Metapher die reale Möglichkeit der logischen Relation des Übergreifens gar nicht vorgeführt werden kann“²⁴ – als wäre ‚Übergreifen‘ nicht selbst eine Metapher. Daß bis zu einem gewissen Grade in der Tat Metaphern nicht entbehrt werden können (auch in ‚Begriff‘ steckt ja noch das ‚Greifen‘ im Sinne praktisch-tätiger Auseinandersetzung mit einer Umwelt), entbindet nicht davon, sie sorgfältig zu analysieren, sonst kann von „philosophischer Strenge“ keine Rede sein.

Man müßte schon die Problematik, die darin liegt, die der Grammatik entnommene Subjekt-Objekt-Relation erkenntnistheoretisch umzufunktionieren, selber kritisch unter die Lupe nehmen, anstatt solche Umfunktionierung (wie Marx im Anschluß an Feuerbach) vom Idealismus einfach zu übernehmen und lediglich Subjekt und Prädikat zu vertauschen – heraus kommt nicht die erhoffte Umstülpung, sondern mangelnde Sprachreflexion. Die materielle Realität selber kann so jedenfalls nicht als dem Begriffsinhalt ‚immanent‘ demonstriert werden, sie wird vielmehr lediglich vom Begriff (formal-und-inhaltlich)

²³ H. H. Holz, Gegensatz und Reflexion, a.a.O., 20f.

²⁴ Ebd., 21.

bedeutet, und das wußten wir ohnehin. Zeigen-auf/anzeigen/aufzeigen und Sichzeigen-als-die-Sache-selbst (die sich anzeigt) müssen hier zumindest auch auseinandergehalten werden, ‚begriffsinhaltlich‘ und ‚materiell-wirklich‘ können nicht einfach kurzgeschlossen werden. Anders gesagt, man muß mit Ausdrücken wie Wissensinhalt, Denkinhalt, Begriffsinhalt unter zeichen- und bedeutungstheoretischen Gesichtspunkten vorsichtig sein, denn sie führen leicht in die Irre: der materielle Gegenstand selber kann gemeint, bedeutet, bezeichnet, erfahren sein, aber er selber ist doch damit nicht vollständig in den begrifflichen oder Zeichenprozeß einbezogen/internalisiert; die Differenz zwischen dem Ontischen und dem Ontologischen, die von Holz sinnvollerweise betont wird, kann so nicht einfach wieder eingeebnet werden.²⁵ Holz verweist hier wiederum auf einen Gedankengang von Josef König, der mir ebenso irreführend erscheint wie das ganze ‚übergreifende Allgemeine‘ (vgl. Bd. 3, 436f.):

Jedes Denken ist Denken von etwas, das ist, insofern (!) es gedacht wird, klar. Das läßt aber zunächst einmal offen, in welchem Sinne es ‚ist‘, und auch, in welchem Sinne da etwas, das ‚ist‘, intendiert wird. Die objektive Wirklichkeit eines (materiellen) Gegenstandes kann nicht aus der Intentionalität herausgeklaut werden, objektive Wirklichkeit muß aber vorausgesetzt werden, damit überhaupt ‚gesetzt‘ – und auch vorausgesetzt – werden kann (Dialektik von Setzen und Voraussetzen). Der dialektische Beweis, der damit möglich wird, reicht in Praxis und theoretischer Praxis (korrekt analysiert) aus, und doch bleibt es bei einer fundamentalen Nichtidentität von Ontischem und Ontologischem, Bezeichnendem und Bezeichnetem (bzw. zu Bezeichnendem). Kann man nun nicht aber (vgl. Bd. 1, 186, zu Proklos/Descartes) sagen, daß im ‚Denken des Denkens‘ das ideale Sein und das reale Sein zusammenfallen? Nicht mit so weitreichenden Konsequenzen, denn es würde nur besagen, daß ‚reales Sein‘ bei unterschiedlichen Gegenständen auf sehr unterschiedliche Weise ausgesagt wird (Unterschiedliches bedeutet), was ja mit Hegels abge-

²⁵ Diese Problematik findet man schon bei Aristoteles berücksichtigt: In seiner ‚Lehre vom Satz‘ (*Peri hermeneias*) unterscheidet er zwischen *Bild von etwas sein* und *Zeichen für etwas sein* („Es sind also die Laute, zu denen die Stimme gebildet wird, Zeichen der in der Seele hervorgerufenen Vorstellungen, und die Schrift ist wieder ein Zeichen der Laute“, Edition Eugen Rolfes 16a / Hamburg 1974, 95). ‚Etwas anzeigen‘ ist noch nicht gleichbedeutend mit ‚als Bedeutungsträger im sinnvollen Satz im konventionellen Sinne eine Bedeutung haben‘; andererseits kann man willkürliche Konventionen treffen, die durch die Natur der Dinge nicht gedeckt sind, *Wahrheit* gründet aber notwendig in der Natur der Dinge. Aristoteles‘ Logik ist somit ein klassisches Beispiel für eine *ontologisch* fundierte Logik. Um so mehr sollten diejenigen, die das Bild des ‚Bildes‘ bzw. ‚Abbildes‘ überstrapazieren, zur Kenntnis nehmen, daß bei Aristoteles die Begriffe ‚Abbilder‘ der Dinge, die Worte aber nicht ihre Abbilder, sondern Zeichen für sie sind; die Vorstellungen sind Abbilder der Dinge, die Worte wiederum Zeichen der Vorstellungen. Natürlich ist dieser Lösungsversuch aus heutiger Sicht viel zu einfach und schematisch, klar ist aber auch, daß man sich, wenn man wie Wittgensteins *Tractatus* die mentalistische ‚Zwischenwelt‘ der ‚Vorstellungen‘ streicht, ein Problem einhandelt, das schon bei Aristoteles vorgebildet ist: ‚Zeichen für‘ bedeutet nicht ‚Abbild von‘. Und was nun die ‚Widerspiegelungstheorie‘ angeht: Sollen wir als moderne Dialektiker nicht nur hinter Hegel, sondern sogar hinter Aristoteles (zu Parmenides) zurückfallen?

stufte Ontologie bis zu einem gewissen Grade vereinbar ist; indes nivelliert er absolut-idealistisch diese Differenzen wieder in der Idee als der ‚Einheit von Begriff und Objektivität‘. Für den Ansatz der intendierten ‚Umstülpung‘ wäre der Hinweis also ungeeignet. Aus ‚Einhörner sind Fabelwesen‘ folgt rein logisch, per Existenzpräsupposition, ‚Es gibt Einhörner‘, aber damit ist eben überhaupt nicht verbunden, daß Einhörner nun als reale materielle Wesen existieren, und zwar folgt es auch nicht dadurch, daß das gesamte Denken und seine begriffliche Tätigkeit materiell bedingt und von der Natur hervorgebracht sind. Mit dem ‚Sein‘ als ‚Inhalt‘ des Denkens verhält es sich analog – nach der Hegelschen Stufenontologie wäre ja ‚Sein‘ noch blasser als das ‚Es gibt‘ des Existenzquantors, doch Hegel konzipiert eben (indem er z.B. aus der ‚absoluten Idee‘ das Sein als nun ‚freies‘ und objektiv angereichertes wieder hervorgehen läßt) seine gesamte Systemfigur als eine Art von großem ontologischem Gottesbeweis – dies muß eine offene materialistische Dialektik auflösen und kann das Ganze nicht einfach ‚umstülpen‘, sonst hat sie sich eine ähnliche Problematik ins Haus geholt, wie sie der unhaltbare (von Hegel ausführlich verteidigte²⁶) Gottesbeweis repräsentiert. Es bleibt nichts anderes übrig, als Strukturkomplexität und Differenzierungsreichtum gegenüber Hegel zu steigern. Falls Dialektik dann zu ‚kompliziert‘ wird, um sich noch als Weltanschauung für den philosophisch durchschnittlich interessierten Marxisten zu eignen, so mag das zwar bedauerlich sein. Aber nachdem Dialektik allzu oft für Selbstlegitimationszwecke mißbraucht wurde, sollte ein Interesse an Sachadäquatheit und Wahrhaftigkeit Vorrang haben.

4.) ‚Reflexion‘ wird von Holz sofort auf ‚Widerspiegelung‘ hin aufgefaßt, und zwar, da Hegel mit Leibniz gelesen wird, in einem strukturell-ontologischen Sinne. Die Komplexität des Reflexionsmodells bei Hegel (mit seinen Ansätzen zu einer positivismuskritischen Methodologie, die jedes vermeintlich einfache Unmittelbare kritisiert) bleibt damit unterbestimmt. ‚Reflexion in sich‘ wird praktisch selber als ‚Reflexion in Anderes‘ verstanden, bei Hegel wird aber die Bedeutung ‚Verfestigung‘ sehr wichtig (von Holz nicht rezipiert). Feinheiten einer Logik der Selbstreferenz wird nicht nachgegangen, weil auf der einen Seite ‚Identität‘ für Holz als fixe Größe feststeht (während es Hegel gerade um eine immanente Kritik des Fixierungsprozesses selber zu tun ist), und er andererseits jedes Allererst-zu-sich-Werden rein zeitlich auffaßt. Damit hat er sich wesentliche Möglichkeiten der Hegel-Deutung abgeschnitten, obwohl seine Betonung des Begriffs der Relation ihm eigentlich einen anderen Zugang eröffnen würde.

In diesen Kontext gehört nun auch die Überlastung der Metapher des Spiegels. Für eine Logik selbstreferentieller Prozessualität und prozedierender Selbstreferenz ist dieses Bild viel zu starr (insofern plausibel, daß bei Holz, da er an Widerspiegelung durchgängig festhalten will, Dialektik erstarrt!). Kann ein Spiegel auf sich selbst gerichtet sein? Ein Spiegel kann nur durch einen

²⁶ Vgl. Hegel, Werke Bd. 8, 347–350 (§ 193).

anderen Spiegel sich selbst spiegeln, so weit mag die Metapher noch stimmig sein. Aber verändert sich ein Spiegel rekursiv durch das Gespiegelte? Findet bei einem Spiegel ein dynamisch sich korrigierender Selbstrealisationsprozeß statt? Nein. Eine Wasserfläche wird zwar durch äußere Bedingungen bewegt und glättet ‚sich‘ unter Umständen wieder. Aber die Metapher hat eben ihre Grenzen. Sie kann höchstens auf das Problem hinweisen, wie denn der Spiegel seine eigenen Verzerrungen kritisch reflektieren und korrigieren kann, bzw. die Spiegelung selber, als Prozeß, Tätigkeit, müßte ihre Brechungen, Brüche, Frakturen hinreichend durchschauen können. Die gesellschaftliche und individuelle Praxis kann ‚sich‘ zwar in höherem Maße reflektieren und korrigieren als ein Spiegel (darum hinkt das Bild in beiden Richtungen!), aber es bleibt eben jener unkalkulierbare Rest, der schon angesprochen wurde, und der zu dem Problem führt, wie man größere, fundamentale Bestandteile ‚auswechseln‘ bzw. ‚korrigieren‘ kann, die das gesellschaftliche Ganze in gewisser Weise als falsch und verzerrt erscheinen lassen (speziell die gesellschaftliche Synthesisleistung abstrakt-menschlicher Arbeit in der wertgesetzlich geregelten Produktion und den wertförmigen Warenaustausch als Vermittler und Garanten bloß formeller Freiheit und Gleichheit). Hierzu gilt es eben nicht nur, den ‚Schein‘ beim Namen zu nennen, sondern das ihn produzierende Unwesen zu attackieren, d.h. den Spiegel zu zerschlagen oder ‚zurechtzurücken‘. Auch diese ‚praktische‘ Antwort führt aber irre: Der gesamte Spiegel der Natur kann nicht zerschlagen werden, Teile des gesellschaftlichen unter bestimmten Umständen schon; mit anderen Worten, die kohärente Fläche, die das Bild des Spiegels suggeriert, erlaubt nicht, in diesem Bild die ‚Sprünge‘ so zu plazieren, daß es ein erhellendes Bild bliebe.

All die bekannten Einwände gegen jede Abbildtheorie der Wahrheit (Was bildet eine Negation ab? Was bildet ein logischer Funktor ab? Was bilden ein falscher Satz, ein konjunktivischer Satz, ein hypothetisches Konditional ab? usw.) will ich hier gar nicht erst noch einmal aufführen. Das Abbildenden vermag lediglich als eine „Teilbestimmung“ im Gesamtzusammenhang zu fungieren, und auch über die „Unhaltbarkeit der Priorität der Bejahung im Wirklichkeitsbezug“ besteht weitgehend Konsens (gerade dies ist ja ein Aspekt, der die an Hegel anschließende dialektische Tradition, bei allen Differenzen, mit vielen modernen Analytikern verbindet).²⁷ Erkenntnistheoretisch wird die Spiegelmetapher wohl auch insofern immer irreführen, als dann die Frage auftaucht, wie denn die Region ‚hinter den Spiegeln‘ zu erreichen sei. Ich meine, daß man bei Ausdrücken wie ‚Widerspiegelung‘, ‚Übereinstimmung‘, ‚Äquivalenz‘ usw. sorgfältig abwägen sollte, was sie leisten können und was nicht; es macht keinen Sinn, sie zu überfordern.

²⁷ Herbert Hrachovec (mit dessen Darstellung Hegels und der Kritischen Theorie ich freilich nicht übereinstimme), Negation, in: H. Krings u.a. (ed.), Handbuch philosophischer Grundbegriffe Bd. 4, München 1973, 983, zitiert zustimmend Price und meint mit diesem, daß negative Strukturen/Sachverhalte/Tatsachen zumindest „gleich notwendig“ sind „wie die positiven“.

IV

Warum nicht akzeptieren, daß Lenin in mancher Hinsicht ein Orientierungspunkt bleiben kann und in vielen Fragen doch keine triftigen Antworten hat für die Probleme der Dialektik hier und heute? Hier ein Beispiel dafür, wie diffus die Argumentation im Lenin-Teil wird: Die intendierte „Umkehrung“ sei „möglich, weil die aus den Abstraktionen des Verstandes gewonnene Konkretion des spekulativen Begriffs (...) die unmittelbare Konkretheit der angeschauten und durch die Vorstellung in gegenständlicher Gestalt gesetzten Realität zur Voraussetzung hat“ (Bd. 3, 390) – nun, daß diese Voraussetzung gemacht werden muß, konzediert auch Hegel, aber diese vermeintlich ‚unmittelbare‘ Konkretheit erweist sich eben als auf schon immer hochkomplexe Weise vermittelt, und genau darum geht es (an Feuerbach wird von Holz der Rückfall zur ‚Unmittelbarkeit‘ mit Recht kritisiert, vgl. Bd. 3, 213). Die angebliche ‚Äquivalenz‘ zwischen materieller Bewegung und begrifflicher Bewegung kann nun aus praktischen Gründen vorausgesetzt werden: „Die Welt der Begriffe ist das Äquivalent der Welt des Seienden“ (400); doch wenn man nun daraus, nach Art antinomischer Äquivalenz, den unmittelbaren Umschlag von Idealismus in Materialismus ableitet, so bestätigt man lediglich noch einmal diese Voraussetzung als Setzung: eine klassische *petitio principii*. Holz’ Argumentation mit Marx und Lenin lautet: Da die „reale Einheit des Mannigfaltigen dem Akt des konkreten Begreifens vorausgehe“, Hegel aber eine Isomorphie voraussetze, erscheine ihm nun die Realität als ‚Produkt‘ des Begriffs, der Idee; folglich müsse man nur diese „genaue spiegelbildliche Umkehrung“, die Hegel „mit großer Genauigkeit“ vollziehe und entwickle, noch einmal umkehren, sozusagen zurückstülpen, um „wieder zur realen Gegenständlichkeit zu gelangen“ (409f.). Höchst merkwürdig, daß das Holzsche Modell, das die antinomische Äquivalenz als Dialektikmodell ja gerade nicht zugrundelegt, sondern diesen Ansatz offenbar stillschweigend ablehnt, nun selber ein unmittelbares Umschlagen von implizitem Materialismus in expliziten Idealismus und wieder in (nun expliziten) Materialismus für die Lösung hält. Doch leider wird gar nicht thematisiert, wie Antinomien zustandekommen und wie sie implizit aufgelöst werden, der dialektische Widerspruch daraufhin nicht untersucht (lediglich an den Kantischen Antinomien werden Linearität und Atomismus als Denkmodell aufgewiesen, das reicht nicht aus). Ohnehin ist diese suggestiv einfache Stülperei nicht stimmig: Wenn etwas offen bleibt, und Holz geht es doch wohl um ein ‚offenes System‘, kann von ‚genauer spiegelbildlicher Äquivalenz‘ zwischen der Welt der Begriffe und der Welt des Seienden eben gerade nicht gesprochen werden. So bleibt es hier dabei, die Hegel unterstellte Erschleichung des Beweisgrundes noch einmal selber zu vollziehen, und zwar auch noch mit dem Anspruch, Hegels System damit adäquat zu kritisieren! So etwas kann man allenfalls als Rhetorik werten, und selbst dann ist es eine Zumutung. Es wirkt so, als könne man sich diesen Handschuh nun getrost anziehen, nachdem man das von Hegel nach außen gekehrte Handschuhfutter wieder nach innen gekehrt hat. So etwas pas-

siert, wenn man das mißverständliche Marxsche Bild von der ‚Umstülpung‘ allzu wörtlich nimmt.

Leider muß man im einzelnen untersuchen, welche Hegelschen Abfolgen, Übergänge und Entwicklungen von Begriffsbestimmungen heute noch standhalten und welche nicht. Hegel, und sei es auch nur die Logik, komplett aufnehmen und bloß ‚übergreifen‘ geht nicht – Marx wäre heute der erste, der dies zugeben würde, und er verfuhr schon zu Lebzeiten nicht so undifferenziert, wie sich besonders an den Grundrissen zeigen ließe. (Aber wie will Holz überhaupt die internen Relationen von Begriffsbestimmungen überprüfen und kritisieren, wenn er die ‚Bewegung des Begriffs‘ ohnehin zeitlich versteht?) Und wie mit der Logik steht es erst recht mit dem Gesamtsystem. Wenn man die Gesamtfigur auflösen muß, erhält man vielleicht am ehesten das, was man mit einem Ausdruck des von Holz verachteten Adorno als komplexe ‚Konstellationen‘ bezeichnen könnte, und hier macht auch der Primat des Nichtidentischen seinen guten Sinn. Engels hat ja selber klargestellt, seine Schrift könne nicht den Zweck haben, „dem ‚System‘ des Herrn Dühring ein andres System entgegenzusetzen“²⁸ – warum kann man nicht ebenso Formulierungen wie ‚Umstülpung‘ und ‚Grundfrage‘ vor dem historischen Kontext sehen, in den sie gehören, statt aus ihrer Kanonisierung eine Systemphilosophie der ‚Ismen‘-Zuschauer zu projizieren? – Aber zurück zum zuletzt kommentierten Passus. Vorsorglich heißt es, ‚Ausdruck‘ bedeute ‚Widerspiegelung‘, seit Leibniz diese beiden Ausdrücke synonym gebraucht habe. Wenig tröstlich, im Gegenteil (es wird von Leibniz herübertransportiert, was man glaubt gebrauchen zu können, sei es auch noch so anachronistisch). Holz beruhigt: „Ob die Widerspiegelung korrekt oder unverzerrt, ob der Ausdruck richtig oder entstellend ist, erweist sich allerdings nur in einem nicht-theoretischen Verhältnis“ (413) – Praxis soll also hinreichen, die genaue Spiegelung zu verbürgen? Nein, und es wird auch gar nicht erst versucht, das Verhältnis von Kohärenz, Korrespondenz und Praxis wahrheitstheoretisch näher zu bestimmen. Jedoch, weitere Beruhigung mit Lenin: „Das Denken, das vom Konkreten zum Abstrakten aufsteigt, entfernt sich nicht – wenn es richtig ist (NB) (...) von der Wahrheit, sondern nähert sich ihr“²⁹ – ja, eben: wenn! Und man findet (anders als bei Hegel) keinen Versuch, ‚wahr‘ und ‚richtig‘ gegeneinander zu bestimmen. Da reicht es nicht aus, nur noch zu versichern: „In der Praxis wird die Einheit von Sein und Denken, das Sein als seinen Unterschied (das Denken) übergreifend, wiederhergestellt“ (ebd.). Der Lenin-Teil ist leider kein Höhepunkt, sondern ein Tiefpunkt des Werkes geworden. Ist solche Art ‚Rettungsversuch‘ mittels einer rationalistisch-metaphysischen Ontologie, die ihr Ziel, auch Erkenntnistheorie zu sein, nicht erreichen wird, wenn sie Zeichentheorie, Bedeutungstheorie und Sprachanalyse desavouiert bzw. glatt davor abtaucht, wirklich sinnvoll?

²⁸ Engels, Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Vorwort zur Auflage von 1878, in: MEW Bd. 20, Berlin 1973, 6.

²⁹ Lenin, Werke Bd. 38, Berlin 7. Aufl. 1981, 160 (Hervorhebung und Notabene von Lenin).

Nach dem Krieg ist vor dem Krieg

Gewerkschaftskonferenz „Nach dem Balkan-Krieg“
am 4. September 1999 in Frankfurt/Main

Mit Ruhm hatte sie sich nicht gerade bedeckt, die deutsche Gewerkschaftsbewegung vor, während und nach dem Kosovo-Krieg. Noch gut erinnerlich sind die Erklärungen des DGB-Vorsitzenden Dieter Schulte und wenig später die offizielle Resolution des DGB-Bundesvorstands, die der rot-grünen Bundesregierung im entscheidenden Punkt zustimmten - nämlich in der Behauptung, es habe zu diesem Krieg „im Interesse der Menschenrechte“ keine Alternative mehr gegeben. Noch in der DGB-Erklärung zum Antikriegstag am 1. September wurde diese Position wiederholt. Politische, nicht-militärische Konfliktlösungen verlangt dagegen das DGB-Grundsatzprogramm. Die deutschen Gewerkschaften verstanden ihr politisches Mandat immer auch als ein friedenspolitisches. Dass hier nun, mit dem ersten Krieg, der seit 50 Jahren auch wieder von deutschem Boden aus geführt wurde, schwere Defizite in diesem Selbstverständnis der deutschen Gewerkschaften vorlagen, war augenfällig. Um so wichtiger war es, dass sich fast 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer - mehr als erwartet - am 4. September im Frankfurter Gewerkschaftshaus zu einer Gewerkschaftskonferenz „Nach dem Kosovo-Krieg“ zusammenfanden.

Motivierend für die gute Beteiligung und die intensive Diskussion war sicherlich die vorangegangene Erklärung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gegen den NATO-Krieg gewesen, die von immerhin 15.000 Unterzeichnern aus dem gewerkschaftlichen Spektrum unterzeichnet worden war.

Der Marburger Politikwissenschaftler Frank Deppe analysierte die politischen und strategischen Hintergründe des Balkan-Krieges. Deppe arbeitete die neue Qualität dieses Krieges heraus - ein „Krieg neuen Typs“, wie er von seinen Apologeten selbst genannt wurde -, setzte ihn aber in den Kontext der Globalisierungspolitik, die scheinbar alternativlos weitergeht, und beschrieb ihn als integralen Bestandteil der neuen Weltordnung, wie sie sich für das 21. Jahrhundert abzeichnet. Kernelement diese Weltordnung, so Deppe, ist die Hegemonie der USA, die nicht nur ökonomischer und militärischer Natur ist, sondern sich auch in der Beherrschung der elektronischen Kommunikationssysteme ausdrückt. Die USA haben in Europa, u.a. auch in Südosteuropa, strategische Interessen. Aus dieser Interessenlage scheint sich durch den Krieg und nach ihm von allen denkbaren Optionen einer zukünftigen Gestaltung des politischen Systems in Europa jene durchzusetzen, die von der amerikanischen Führungsrolle in der NATO und im sich herausbildenden europäischen Sicherheitssystem geprägt ist. Damit wandte sich Deppe auch gegen jene Auffassungen, die aus der Not eine Tugend machen und ein positives Ergebnis des Kosovo-Krieges darin sehen wollen, dass doch immerhin Westeuropas Gewicht in der NATO und gegenüber den USA zugenommen habe. Tatsächlich suchen einige Länder wie Großbritannien und Deutschland privilegierte

Beziehungen zu den USA - Deutschland auch zu Lasten etwa der Beziehungen zu Frankreich. Die NATO-Strategie ist der neuen Konstellation inzwischen angepasst worden: als weltweit gültige Interventionsstrategie unter bewusster Umgehung der UNO. Die rot-grüne Bundesregierung hat dieser neuen Strategie zugestimmt, ohne den Bundestag zu fragen.

Deppe schlug auch den Bogen zu den Problemen, die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter stets unmittelbar berühren: den sozialen Verteilungsfragen. Die scheinbaren ökonomischen Sachzwänge der Globalisierung haben sich tief ins Alltagsbewusstsein eingefressen. Die eifrigsten Apologeten des Krieges, sagte Deppe, sind auch die Promotoren der „neuen Mitte“, der neoliberalen Umdeutung der Sozialdemokratie und des Abbaus des Sozialstaats.

Deppes Analyse wurde ergänzt durch ein Referat des Hamburger Friedensforschers Dieter S. Lutz, der für jene kleine Gemeinde von Friedensforschern steht, die vor dem Kosovo-Krieg nicht argumentativ kapituliert haben. Sein Ansatzpunkt waren die sicherheitspolitischen Widersprüche zwischen den USA und Westeuropa: Die NATO, so führte Lutz aus, wollte sich als entscheidender Machtfaktor an die Stelle der UNO setzen, angetrieben vor allem von den USA und ihrem Hegemonialinteresse. Die Politik versagte, Konfliktlösungsprävention auf dem Balkan wurde versäumt (oder bewusst hintergangen). Westeuropa, so schätzte es Lutz ein, ist aus dem Balkan-Krieg mitnichten als eigenständiger sicherheitspolitischer Faktor hervorgegangen; es ist vielmehr wie gehabt von den USA abhängig. Die Spaltung Europas in einen stabilen und einen instabilen Teil ist geblieben, die Idee eines zivilen Europa ist fürs erste erledigt.

Eine der Besonderheiten dieses Kriegs war seine Inszenierung als Medienereignis. Das war u.a. deswegen von großer Bedeutung, weil die „Verteidigung der Menschenrechte mit militärischen Mitteln“ das entscheidende Legitimationsmuster für die Öffentlichkeit war, und weil ohne diese Menschenrechts-Propaganda (einer sozialdemokratisch geführten Regierung) auch die Gewerkschaften nicht stillgehalten hätten. Wie dieser Krieg als Medienereignis inszeniert wurde, beschrieb anschaulich Franziska Hundseder, Bundesvorsitzende der Fachgruppe Journalismus in der IG Medien. Der Kommunikationswissenschaftler Dieter Prokop aus Frankfurt/Main zeigte eindrucksvoll, wie auch qualifizierte und gut informierte JournalistInnen zu Opfern und geistigen Mittätern bei dieser Propagandashow wurden.

Reichlich Stoff zum Nachdenken bekamen die anwesenden Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter mit dem Referat des Bremer Wirtschaftswissenschaftlers Jörg Hufschmid über die Kosten des Krieges. Die aufschlussreichen Zahlen, die Hufschmid sowohl über die Kriegführungskosten der beteiligten Länder, über die Kosten für die Betroffenen und die Folgekosten u.a. auch für den Wiederaufbau zusammengetragen hatte, sollen aus Platzgründen hier nicht wiederholt werden. Hufschmid kam jedenfalls zu dem Schluss, dass die NATO im Kosovo einen relativ billigen Krieg geführt hat - was zur Wiederholung verlocken könnte. Die Folgen für Jugoslawien sind dagegen teuer,

u.a., weil das Land in seiner Entwicklung um 20 Jahre zurückgeworfen wurde. Der Wiederaufbau des Balkans und seine Stabilisierung ohne Jugoslawien sei eine absurde Idee, sagte Huffschnid. In den befriedeten Gebieten komme jetzt das - vor allem amerikanische - Kapital zum Zuge, vorausgesetzt, es findet dort wenigsten minimale Verwertungsbedingungen vor.

Huffschnid rückte in der Diskussion um die Frage, ob es sich mit dem Krieg um eine historische Zäsur gehandelt habe, die Proportionen zurecht. Natürlich war es eine Zäsur, sagte er, aber sie war sozusagen nur der vorläufige Höhepunkt einer sich seit über zehn Jahren vollziehenden schleichenden, aber tiefgreifenden gesellschaftspolitischen Veränderung im Zeichen der Globalisierung. Parallel dazu habe es eine schleichende Gewöhnung an diesen Prozess gegeben. Das erkläre auch, warum es so wenig Protest in der Öffentlichkeit gab. Was hier geschah, sagte Huffschnid, war ein weiterer Schritt zu einem neoliberal-autoritären Gesellschaftsmodell, und sicher nicht der letzte.

Die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter müssten neu nachdenken über den Zusammenhang von Sozialabbau und Rüstung, sagte Huffschnid. Dieser Zusammenhang sei, zumindest was die Bundesrepublik betreffe, nicht so direkt wie manchmal angenommen. Bei uns sei die Demontage des Sozialstaats der Militarisierung weit vorausgegangen. Der Trend zur Militarisierung sei hierzulande in den letzten Jahren sogar rückläufig gewesen. Im neoliberalen Modell sei die Demontage des Sozialen ein ganz autonomer Faktor, der auch ohne Rüstung wirksam sei. Der Bonner Sparkurs, sagte Huffschnid, wäre auch ohne den Kosovo-Krieg nicht anders ausgefallen. Der Krieg setze mit seinen Folgen nun allerdings eine neue Rüstungsspirale in Gang, die möglicherweise in absehbarer Zeit weitere Sozialdemontage nach sich ziehen werde.

Die abschließende Podiumsdiskussion hob sich wohltuend ab von manchen anderen Veranstaltungen dieser Art, die nicht selten den Charakter von Pflichtveranstaltungen haben. Auf dem Podium diskutierten Berthold Balzer (Landesvorsitzender der IG Medien Hessen), Sabine Leidig (DGB-Kreisvorsitzende in Mittelbaden), Horst Schmitthenner (IG Metall-Vorstandsmitglied), Michael Sommer (stellv. Vorsitzender der Deutschen Postgewerkschaft) und Frank Spieth (DGB Landesvorsitzender in Thüringen) vor allem über die Frage, weshalb sich die Gewerkschaften eigentlich so schwer getan haben, gegen den Balkan-Krieg Stellung zu beziehen. Wenn auch die Debatte kaum kontrovers war, war sie doch durch intensives und selbstkritisches Nachdenken geprägt - was in den Gewerkschaften heute eine ebenso vernachlässigte Tugend ist wie in den Parteien. Konsens herrschte weitgehend darüber, dass es in diesem Krieg nicht wirklich um Menschenrechte ging, sondern um strategische Interessen. Die GewerkschafterInnen auf dem Podium berichteten darüber, auf welche Schwierigkeiten und Widerstände sie in den eigenen Reihen gestoßen waren, welche scharfen und oft unerwarteten Kontroversen sie auslösten, als die versuchten, ihre kritischen Positionen zu vertreten, so als habe es den langjährigen Anti-Kriegs-

Grundkonsens der Gewerkschaftsbewegung nie gegeben. Das Menschenrechts-Argument hatte in den Gewerkschaften volle Wirkung gezeigt, und auch von der gewerkschaftlichen Basis aus den Betrieben kam keinerlei Druck gegen den Krieg. Mit unterschiedlichen Akzenten brachten die Podiumsteilnehmer das mit der teilweise weit fortgeschrittenen Entpolitisierung der gewerkschaftlichen Diskussion in Verbindung.

Sabine Leidig konstatierte auch große Defizite in der Bildungsarbeit. Insgesamt, so offenbar der Konsens im Podium, ist das Versagen der Gewerkschaften im Kosovo-Krieg auch Ausdruck einer politischen Defensive der Gewerkschaften, die tiefere Ursachen hat als lediglich die Rücksichtnahme auf die „eigene“ Regierung. Michael Sommer, der im DGB-Bundesvorstand der umstrittenen DGB-Resolution zum Kosovo-Krieg übrigens selbst zugestimmt hatte, beklagte, die Gewerkschaften hätten seit Beginn der 90er Jahre die friedenspolitische Diskussion fast völlig aufgegeben. Neue Fragen wie die Rolle der UNO seien nie diskutiert worden. Horst Schmitthenner erklärte bündig: Wir haben die tiefgreifende Veränderung der NATO-Strategie und die schleichende Militarisierung der Politik verpennt. So hatten wir - die Gewerkschaften - auch keine tragfähige Idee zur politischen und zivilen Konfliktlösung, als es gerade darauf angekommen wäre. Frank Spieth sagte: Wir benötigen eigentlich einen konsequenteren politischen Gegenentwurf. Wir müssen uns befreien aus der „babylonischen Gefangenschaft“ des militärischen Denkens. Berthold Balzer schlug den Bogen zu den sozialen Fragen: Wer solche Kriege führt, sagte er, der schiebt auch den Ausstieg aus der Atomenergie auf den Sankt Nimmerleinstag und erwärmt sich für die soziale Kälte des Neoliberalismus. Die wenigen seither vergangenen Wochen haben ihm Recht gegeben. Wie wenig die Gewerkschaften insgesamt aus dem Kosovo-Krieg bisher gelernt haben, sieht man auch daran, dass sie die Neudefinition der NATO-Strategie und die Umformung der NATO in einer weltweit operierende Interventionsmacht widerstandslos hingenommen haben.

Die letzten Jahre waren eine Zeit, in der die gewerkschaftliche Linke dezimiert und in ihrem Einfluss weiter marginalisiert wurde. Diesen Trend hat die Frankfurter Tagung vermutlich nicht umgekehrt. Aber für die Selbstbesinnung der gewerkschaftlichen Linken dürfte sie eine wichtige, positive Rolle gespielt haben.

Die Beiträge von Frank Deppe, Dieter S. Lutz, Franziska Hundseder, Dieter Prokop und der Mitschnitt der Podiumsdiskussion sind als Broschüre im VSA-Verlag Hamburg erschienen. In dieser Sammlung fehlt leider der Beitrag von Jörg Huffschnid, der an anderer Stelle veröffentlicht wird.

Jürgen Reusch

Ostdeutsche Wirtschaft - Probleme und Perspektiven

Symposium der Berliner Rosa-Luxemburg-Stiftung, 17./18. September 1999

Nun offiziell anerkannt und mit staatlichen Mitteln gefördert, widmete die PDS-nahe Bundesstiftung Rosa Luxemburg ihr erstes Symposium den Perspektiven der ostdeutschen Wirtschaft. Im Eingangsreferat charakterisierte *Dr. Udo Ludwig* (Institut für Wirtschaftsforschung Halle) die ostdeutsche Wirtschaft durch die Verdrängung der einheimischen Anbieter vom Markt als eine klassische Transferökonomie. Die konjunkturelle Spaltung Deutschlands sei noch durch den Einbruch des Baugewerbes seit 1996 verschärft worden, ausgelöst durch die Veränderung des Fördersystems. Dennoch rechne sein Institut mit einer leichten konjunkturellen Belebung ab dem vierten Quartal, wenn es bei einer moderaten Lohnpolitik bleibe. Noch immer mache die Arbeitsproduktivität im Osten nur 55 bis 60 Prozent der Produktivität im Westen aus, so daß die Löhne über der Arbeitsproduktivität im Osten lägen. Der Kapitalstock in den Engpaßbereichen der Wirtschaft sei zu modernisieren und die industrielle Basis zu verbreitern. Ein Schwerpunkt sei die Ankurbelung der Nachfrage nach öffentlichen Bauinvestitionen zur Stärkung der Infrastruktur.

Die nachfolgenden Referenten *Helmut Holter* (Stellvertretender Ministerpräsident Mecklenburg-Vorpommern, PDS), *Prof. Dr. Christa Luft* (MdB, Vizevorsitzende der PDS-Fraktion) und *Dr. Edelbert Richter* (MdB, SPD) unterstützten die Auffassung Ludwigs von einer Transferökonomie, widersprachen aber seiner optimistischen Konjunkturprognose.

Für *Helmut Holter* zeigt sich in Mecklenburg-Vorpommern drastisch, wie Wirtschaftswachstum und Beschäftigung in Ostdeutschland entkoppelt seien. Die enttäuschten Erwartungen hätten eine Vereinigungskrise ausgelöst. Die düsteren Beschäftigungsaussichten führten zu einer starken Abwanderung von Leistungsträgern aus Mecklenburg-Vorpommern, so daß trotz längerer Lebenserwartung die Bevölkerung in diesem Bundesland weiter sinken werde: wahrscheinlich von jetzt 1,8 auf 1,6 Millionen im Jahre 2020. Von einer Chef-sache Ost sei beim Bundeskanzler nichts zu bemerken. Selbst aus der Wohnungsbauförderung ziehe sich der Bund systematisch zurück. Außerdem bestehe die Gefahr, daß die neuen Länder nach dem Beitritt Polens zur EU ihren Status als Z-1 Gebiete verlieren, was für Mecklenburg-Vorpommern den Verlust von 0,6 Milliarden DM jährlich bedeute. Und das in einer durch die bisherige Privatisierung gebeutelten Region (erinnert sei an den Subventionsbetrug der Bremer Vulkan zu Lasten der ostdeutschen Werften).

Christa Luft und *Edelbert Richter* sehen ebenso wie *Holter* eine Ursache des wirtschaftlichen Absturzes des Ostens im Versagen der Politik. So bemängelte *Christa Luft*, daß es zu keinem Zeitpunkt eine Stärke-Schwäche-Analyse der hiesigen Wirtschaft gegeben habe. Es fehle ein Konzept für einen selbsttra-

genden Wirtschaftsaufschwung, so daß viele Transfers versandeten. Das konzipierte Sparpaket werde negative Auswirkungen auf Beschäftigung und Existenzgründungen haben, weil die Investitionen der öffentlichen Hand besonders in den Kommunen zurückgingen. Um von der aktuellen Färbung der Bundesregierung unabhängig zu sein, denkt *Luft* über ein zu schaffendes Gesetz mit dem Namen „Zukunft Ost“ nach, denn eine beschäftigungs- und umweltfördernde Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft könne nicht einfach die alten Länder nachahmen.

Höhere Marktanteile für ostdeutsche Unternehmen und damit mehr Beschäftigung sind nach *Luft* möglich durch eine gezielte regionale Wirtschaftsentwicklung. Hierzu brachte sie konkrete Beispiele aus der Land- und Nahrungsgüterwirtschaft sowie dem Baugewerbe. Notwendig sei ein abgesenkter Mehrwertsteuersatz für arbeitsintensive Reparatur- und Dienstleistungen. Gemeinsam mit *Holter* forderte sie die Privilegierung regionaler Anbieter durch eine wesentliche Erhöhung der Grenze, oberhalb derer überregionale Ausschreibungen erfolgen müssen, damit der weitere Aufbau der Infrastruktur durch einheimische Unternehmen erfolge. Die Förderung der klein- und mittelständischen Unternehmen gehöre zur Gemeinschaftsaufgabe Ost. Ein öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) im sozio-kulturellen Bereich könne schließlich neue Arbeitsplätze schaffen, ohne solche in der Wirtschaft zu gefährden.

Für *Richter* ist eine wirtschaftspolitische Offensive gegen den neoliberalen Rückzug des Staates unabdingbar, damit wieder Arbeit statt Arbeitslosigkeit finanziert werden könne. Selbst in den USA gebe es staatliche Impulse für die Computerindustrie und Biotechnologien. Die Politik müsse nicht dümmer sein als die Wirtschaft, der Markt sei gar nicht so klug, sondern bedürfe der Steuerung. Existenzgründern im Osten müsse bei der Bereitstellung von Eigenkapital bei gleichzeitiger Aktivierung der Mitarbeiter geholfen werden. Die Mitarbeiterbeteiligung beim VW-Konzern könne hier als Modell dienen. *Richter* beklagte, daß immer dann, wenn er jetzt in der SPD-Fraktion sinnvolle Anträge zum Osten stelle, ihm bedeutet werde, das sei jetzt nicht mehr so nötig, da man regiere und schon wisse, was zu tun sei. Wie *Holter*, der das unsolidarische Auftreten der sächsischen und thüringischen Landesregierungen beklagte, wünscht sich *Richter* ein gemeinsames Auftreten der ostdeutschen Bundestagsabgeordneten gegen die Diskriminierung des Ostens.

In der anschließenden Diskussion verwies *Prof. Dr. Harry Nick* (Berlin) darauf, daß die Vermutung naheliege, daß den sozialen Wirkungen in Ostdeutschland die Absicht einer bestimmten Klientel zugrundeliege, die Ostdeutschen für 40 Jahre sozialistisches Experiment zu demütigen und zu bestrafen, ohne Rücksicht auf die eigenen Staatsfinanzen zu nehmen. Er erinnerte daran, wie Altschulden durch die Politik konstituiert und an private Banken abgetreten wurden. Eine solche Zahlungsprivatisierung sei einmalig in Europa.

Prof. Dr. Gerd Friedrich (Berlin) ging davon aus, daß in den 80er Jahren in der Alt-BRD die Nachfrage nach Arbeit schneller gestiegen sei als die Zahl der Arbeitsplätze. Jetzt sei es umgekehrt, wobei im Osten massenhaft Arbeitsplätze weggebrochen seien: allein drei Millionen in der Industrie. Wegen der wachsenden Zahl der Arbeitslosen und Rentner habe das Land ein Verteilungsproblem, das deshalb auch nicht durch ein Sparpaket, sondern nur durch die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gelöst werden könne. Die Belastung des Haushalts durch die Arbeitslosigkeit sei größer als die Zinszahlung wegen des Schuldenbergs. Aber es ginge der Bundesregierung, die vor der Massenarbeitslosigkeit kapituliere, nicht primär um Konsolidierung der Haushalte, sondern um den Abbau der Sozialstandards in Deutschland.

Für Dr. Hans Watzek (Minister a.D., Berlin) muß der ostdeutschen Landwirtschaft als Kerngebiet regionaler Wirtschaftskreisläufe vor allem auch in Mecklenburg-Vorpommern mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden, denn der ÖBS allein reiche keineswegs zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Durch Aufstockung der Tierbestände könnten auch wieder mehr Arbeitsplätze in der Landwirtschaft selbst entstehen. Wachsende Bedeutung erhielten die ländlichen Räume für den ökologischen Umbau.

Dank der Beschränkung des Einflusses der Treuhand auf den ehemaligen volkseigenen Grund und Boden und wegen der freien Entscheidung der Mehrheit der Bauern für ein gemeinsames Wirtschaften unterscheide sich die Entwicklung der ostdeutschen Landwirtschaft grundsätzlich von der anderer Wirtschaftsbereiche. Nach dem tiefen Einbruch 1991/1992 sei es zu einem Stabilisierungs- und Konsolidierungsprozeß gekommen, mit dem sich allerdings ein Teil der politischen Elite dieses Landes noch nicht abgefunden habe, wie die Behauptung von undemokratisch entstandenen Strukturen in der ostdeutschen Landwirtschaft durch Agrarminister Funke beweise. Für die aktuelle Politik forderte Watzek bauernfreundliche Entscheidungen über die Verwertung des ehemaligen volkseigenen Grund und Bodens sowie in der Frage der sogenannten Altschulden, die von den aufgelaufenen Zinsen schon übertroffen würden. Auch künftig müßten die Flächen bei denen bleiben, die sie bewirtschafteten.

Einen Schwerpunkt der Diskussion bildete die Frage des Produktivitätsrückstandes der ostdeutschen Wirtschaft, die als Begründung für ungleiche Löhne und Lebensverhältnisse herhalten muß. Nick sieht das Verhältnis von Produktivität und Einkommen immer an den nationalen Rahmen gebunden, also nationalstaatlich bestimmt. Der bulgarische Friseur hat sicher dieselbe Produktivität wie der deutsche, trotzdem ist der Lohn des deutschen um ein Vielfaches höher - wegen der unterschiedlichen gesamtgesellschaftlichen Entwicklung in beiden Ländern. Auch müsse man sich fragen, ob die westdeutschen Konzerne seit 1990 nur alte Klamotten im Osten investiert hätten, wenn über den maroden Kapitalstock hergezogen werde. Friedrich machte darauf aufmerksam, daß ostdeutsche Unternehmen nicht die Mindestgröße erreichten, um die durchschnittliche Effektivität in ihrer Branche zu erzielen. Um den Marktzugang

ostdeutscher Unternehmen zu fördern müsse wesentlich mehr getan werden. Bei zu kleinen Betriebsgrößen bleibe die Produktivitätslücke bestehen. Wenn es dann noch zu einer Krise komme, werde das vor allem für ostdeutsche Unternehmen verheerend.

Für Rolf Kutzmutz (MdB, PDS) war abgesehen von dem Wegbrechen des Binnenmarktes der ostdeutschen Betriebe durch die Leistungspraxis der großen Handelsketten auch die Strukturpolitik gegen eine steigende Produktivität in Ostdeutschland gerichtet, weil zugelassen wurde, daß große, auf den Märkten bekannte Kombinate zu kleinen Zulieferbetrieben westdeutscher Konzerne schrumpften, die dann wegen der niedrigen Preise eine geringere Wertschöpfung hervorbrächten als Finalproduzenten in den alten Ländern, wie Horst Wende (selbständiger Handwerksmeister, Berlin) ergänzte.

Dr. Bruno Hartmann (Berlin) macht besonders die Vernichtung der Forschungs- und Entwicklungskapazitäten in der ostdeutschen Industrie verantwortlich für eine niedrigere Wertschöpfung. Die Abwicklung von 85 Prozent der ostdeutschen Wissenschaftler habe darüber hinaus der Grundlagenforschung unwiderbringlichen Schaden zugefügt. Hartmann forderte anknüpfend an Luft den Ausbau eines gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektors.

In seiner Stellungnahme zu den Beiträgen machte Ludwig deutlich, daß sich der Produktivitätsrückstand der ostdeutschen Wirtschaft aus Berechnungen an Hand der Bruttowertschöpfung ergebe, weshalb er weder für Wertungen etwa der Arbeitsleistung der Ostdeutschen noch zur Begründung der These von der maroden Wirtschaft der DDR geeignet sei. Das ergebe sich schon aus den drei Hauptursachen des so berechneten Produktivitätsrückstandes, nämlich

1. der im Verhältnis zu den alten Bundesländern vorwiegend arbeitsintensiven Produktion;
2. der für die ostdeutsche Wirtschaft ungünstigen Struktureffekte infolge geringerer Betriebsgrößen und höherer Anteile von Branchen mit geringerer Wertschöpfung;
3. der Marktzugangsprobleme, wonach notwendige Preisnachlässe der ostdeutschen Firmen die Bruttowertschöpfung gegenüber vergleichbaren Firmen in den Altbundesländern verringerten.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war den Transferleistungen gewidmet. Zu diesem Thema referierten Prof. Dr. Klaus Steinitz (Berlin) und Karl Brenke (DIW Berlin). Steinitz ging im Unterschied zu Brenke davon aus, daß sich die speziellen Leistungen für die neuen Bundesländern nach Berechnungen der Bundesbank auf eine Größenordnung von knapp 50 Milliarden DM jährlich beliefen. Das wären bis 1999 kumulativ 400-450 Milliarden DM oder rund ein Drittel der allgemein als Nettotransfer angegebenen Größe von 1.200 Milliarden DM.

Einig waren sich beide Referenten, daß ohne diesen Finanztransfer die bedeutenden Leistungen bei der Modernisierung von Unternehmen und der Entwicklung von Infrastruktur nicht möglich gewesen wären, die Tätigkeit

vieler Kommunen lahmgelegt worden seien und Zahlungen für Arbeitslosen- und Altersübergangsgeld nicht hätten gesichert werden können. Dennoch hätten die Finanztransfers nicht verhindert, daß der wirtschaftliche Aufholprozeß und die Angleichung der Lebensverhältnisse seit 1996 abgebrochen seien. Die Hauptursache sahen beide Referenten darin, daß die Mittel zu wenig zielgerichtet für eine innovative und umweltorientierte Revitalisierung der Wirtschaft eingesetzt worden seien. Während Brenke das Ende der flächendeckenden Sonderförderung 2004 befürwortete, forderte Steinitz die Fortsetzung der Transfers bei vorrangiger Verwendung für solche Aufgaben, die zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, zur Erschließung regionaler Entwicklungspotentiale und zur Stärkung der Innovationsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft beitragen sowie auf die Erweiterung bzw. Wiederherstellung der finanziellen Handlungsfähigkeit der Kommunen gerichtet seien. In diesem Zusammenhang wies Steinitz die „Bestrafung“ der ostdeutschen Bevölkerung wegen ihres Wahlverhaltens bzw. die Nutzung der Transfers zu politischen Erpressung zurück. Er betrachtet die Sparvorschläge der Bundesregierung als kurzfristig und wenig zukunftsorientiert. Steinitz zitierte Heiner Flaßbeck, den ehemaligen Staatssekretär im Finanzministerium: „Wer die Steuern jetzt noch weiter senkt, ändert den Charakter dieser Gesellschaft fundamental, weil er die deutsche Einheit zum größten Teil von den Schwächsten der Gesellschaft finanzieren läßt, ohne über eine gesamtgesellschaftliche Solidarität überhaupt noch zu reden.“

Steinitz und in der Diskussion Nick verwiesen darauf, daß die Transferleistungen als eine unbestrittene solidarische Leistung der westdeutschen Bevölkerung wohl die Kehrseite des Vermögenstransfers von Ost nach West seien, der allerdings nicht der westdeutschen Bevölkerung, sondern nur einer Minderheit zugutekäme. Dabei wurde auf die neueste Publikation der PDS-Bundestagsfraktion von Rolf Mager und Manfred Voigt verwiesen („Transferleistungen im geeinten Deutschland. Nur Einbahnstraße von West nach Ost? Zum Verbleib des DDR-Vermögens“). Gerade westdeutsche Banken, Versicherungsgesellschaften, Handelsketten und andere Großunternehmen hätten von der „feindlichen Übernahme“ großer Teile des Ostvermögens profitiert. Deshalb dürfe bei der notwendigen Haushaltskonsolidierung auch nicht bei den sozial Schwachen gespart werden. Sollten die Transfers nicht fortgesetzt werden, dann werde Ostdeutschland nach 2004 ein Armutsgebiet, so Dr. Joachim Bischoff (Hamburg).

Erfahrungen über die regionale Entwicklung beim wirtschaftlichen Strukturwandel vermittelten am Beispiel Frankreichs und des Ruhrgebietes Michel Manaille (Espace Marx Paris, eine der FKP nahestehende Stiftung) und Dr. Hermann Bömer (Universität Dortmund). Fazit: Alle Politikebenen, das Land, der Bund und Europa müßten ihren Beitrag leisten für benachteiligte Regionen. Regionalpolitik sei wegen der Währungsunion erst recht eine Mehrebenenpolitik geworden. Der Staat könne aus der Verantwortung für Vollbeschäftigung nicht entlassen werden und müsse sich besonders der Verkürzung der Arbeitszeit widmen.

In ihren Schlußbemerkungen verwies Judith Dellheim (Berlin, Mitglied des Bundesvorstandes der PDS) in Auseinandersetzung mit den sächsisch-bayrischen Zukunftskonzepten auf den Unterschied zwischen der Konkurrenz um Maximalprofit und den Wettbewerb um Gestaltungsmöglichkeiten in den Regionen. Bei aller Anerkennung der Krisenregionen in den alten Bundesländern sei Ostdeutschland insgesamt - einschließlich Berlin - eine Krisenregion. Wenn die Bundesrepublik Gewinner der Agenda 2000 sei, so müßten insbesondere Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt an dem Nutzen beteiligt werden. Hierzu müßten regionale Leitbilder ausgearbeitet werden, worauf schon das Rostocker Manifest der PDS orientiere. Ausdrücklich unterstützte Dellheim den Vorschlag zur Absenkung der Mehrwertsteuer für Reparatur- und arbeitsintensive Dienstleistungen. Die Friseurin in Sachsen-Anhalt hätten hierfür schon Unterschriften gesammelt. Leider hätte auch der PDS-Landesvorstand darauf nicht reagiert. Der Lösungsansatz für globale Probleme, so Dellheim weiter, könne dagegen nur in einer Veränderung der Produktions- und insbesondere der Eigentumsverhältnisse bestehen.

Die Konferenzmaterialien werden publiziert.

Hans Luft

Zum Schaffen des Philosophen Ewald Wasiljewitsch Iljenkow

Symposium in Helsinki, 7./8. September 1999

Das Symposium über den sowjetischen Philosophen Ewald Wasiljewitsch Iljenkow (1924-1979), das von drei Instituten der Universität Helsinki (vom Philosophischen Institut, dem Institut für Arbeitsforschung und dem für die Ostforschung zuständigen Alexander-Institut) veranstaltet wurde, fand unter Beteiligung mehrerer international bekannter Forscher statt. Noch vor einigen Jahren wäre ein solches Treffen kaum zustande gekommen, da die Auffassung vorherrschte, daß mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion auch die dort betriebene Philosophie endgültig passé sei. In der letzten Zeit scheint sich der Wind jedoch gedreht zu haben, was wir als Organisatoren des Symposiums am eigenen Leib erfahren konnten: Das ausländische Interesse an der Veranstaltung war von Anfang an erstaunlich groß.

Zugegeben: Ein Comeback des „Diamat“ ist kaum zu erwarten, denn E. W. Iljenkow war in vieler Hinsicht ein Ausnahmefall unter seinen sowjetischen Kollegen. Er war ein Denker, den man schwer in ein vorgefasstes Schema pressen kann. Kein Dissident, aber dennoch immer in Kollision mit den Partei-Philosophen; ein Mann der sich als strammer Leninist verstand, aber dennoch Ideen entwickelte, die das offizielle Lehrgebäude des Leninismus untergruben. Trotz seiner Umstrittenheit findet Iljenkow auch im heutigen Rußland

Beachtung, während die meisten „Kaderphilosophen“ der Sowjetzeit längst vergessen sind. Merkwürdigerweise wurde Iljenkow im Gegensatz zu vielen anderen sowjetischen Philosophen in der DDR kaum übersetzt, so dass sein Hauptwerk *Die dialektische Logik*, die im Original 1974 erschien, auch heute nicht auf deutsch zugänglich ist. Die deutschen Leser können am besten anhand der Aufsatzsammlung *Dialektik des Ideellen* (LIT Verlag, Münster/Hamburg 1994) Bekanntschaft mit seinem Denken schließen, die von Gudrun Richter (auch sie nahm am Symposium teil) sorgfältig und mit großer Sachkenntnis zusammengestellt und übersetzt worden ist. Dort findet sich auch eine gute Einleitung zum Leben und Schaffen des Philosophen.

Zwei Gäste des Helsinkier Symposium kamen aus Rußland: Prof. Felix Michajlow (Russische Akademie der Wissenschaft), der Iljenkows persönlicher Freund war und viele seine philosophischen Ansichten teilte, und Dr. A. G. Nowochatko, Leiter des Iljenkow-Archivs in Moskau. Nach Michajlow sollte der Kern von Iljenkows origineller Version der Dialektik nicht im Subjekt-Objekt-Verhältnis, wie gewöhnlich im „Diamat“, sondern in der Wechselwirkung der Subjekte bestehen. Das Denken war für ihn ein intersubjektives und gesellschaftlich verankertes Phänomen, so daß er das Ideelle sogar außerhalb des Kopfes des Einzelnen, im Gesellschaftlichen, verortete. Dies ist übrigens einer der umstrittensten Punkte der Iljenkowschen Philosophie. Schon in der Sowjetzeit wurde sein „Hegelianismus“ getadelt, und auch beim Helsinkier Symposium wurde sein „identitätsphilosophischer Marxismus“ von mehreren kritisiert, wenn auch aus anderen Motiven.

Nowochatko nahm in seinem Vortrag Iljenkows Verhältnis zu Spinoza und Fichte auf. Iljenkows Interesse für Spinoza ist verständlich, wenn man sich daran erinnert, daß beide Philosophen den Dualismus zwischen Subjekt und Objekt überwinden wollten, der seit Descartes' Tagen in der abendländischen Philosophie vorherrschend gewesen ist. Laut Nowochatko hat Iljenkow ein Buch über Spinoza zu schreiben geplant, das jedoch unvollendet geblieben ist.

Der international vielleicht bekannteste Teilnehmer des Symposiums war Prof. David Bakhurst aus Kanada, einer der besten Kenner der Sowjet-Philosophie im Westen. Bakhurst hat eine interessante Geschichte der sowjetischen Philosophie geschrieben¹, die jedoch das Pech hatte, gerade 1991 zu erscheinen, als die UdSSR zusammenbrach, so daß man eine Weile glaubte, der Gegenstand des Buches sei antiquiert geworden. Das Vergessen und Verdrängen der geschichtlichen Erinnerung an die Erfahrungen der Sowjetzeit hatte dermaßen Bakhursts Besorgnis erregt, daß er in einem Aufsatz 1995 schrieb: „Will man, daß die kritischen Marxisten der Generation von Iljenkow unter unseren philosophischen Zeitgenossen noch bleiben werden, so kann das Projekt, ihre Arbeiten anzueignen, nicht weiter warten. Es ist eine wirkliche Gefahr, daß die intellektuelle Kultur, in der sie lebten, für immer verloren

¹ David Bakhurst, *Consciousness and Revolution in Soviet Philosophy. From the Bolsheviks to Evald Iljenkov*, Cambridge University Press, Cambridge 1991.

geht, wenn das russische Volk auf eine willkürliche Weise mit der Sowjetzeit abrechnet.“²

In Helsinki betrachtete Bakhurst eine äußerst interessante Facette der Kultur der „60er“ in der Sowjetunion, in dem er als Beispiel Iljenkows Kunsttheorie analysierte. Bakhurst nahm seinen Ausgangspunkt an dem Anstoß des Philosophen an einer Ausstellung amerikanischer Pop Art, die er im Zusammenhang mit einem philosophischen Kongreß in Wien im Jahr 1964 besucht hatte. In die UdSSR zurückgekehrt schrieb Iljenkow einen Aufsatz, in dem er auf das heftigste den Antihumanismus der Pop Art und das von ihr wiedergegebene trostlose, mechanizistische Weltbild geißelte. Ein oberflächlicher Betrachter würde in diesem Ausbruch des Philosophen lediglich sowjetischen Provinzialismus erblicken, der nicht imstande ist, die Raffinesse der westlichen Ästhetik zu begreifen, aber Bakhurst zeigte, daß Iljenkow auch hier seinem Programm treu blieb. Er hatte während der 60er Jahre ständig die technokratischen Tendenzen kritisiert, die in der Sowjetunion nach der Machtübernahme Chruschtschows vorherrschend wurden. Die Destalinisierung war natürlich zu begrüßen, sie war aber mit dem Standpunkt verknüpft, daß der Aufbau des Sozialismus lediglich eine Ingenieur-Angelegenheit sei, eine mehr oder minder rein technische Aufgabe, ohne tiefere humanistische oder kulturelle Zielsetzungen – ein Standpunkt, der für Iljenkow unerträglich war. Das Bild vom Menschen als eines mechanisierten Hampelmanns, das in der amerikanischen Pop Art durchschien, und der Technokratismus der Chruschtschow-Epoche waren für Iljenkow zwei Seiten derselben Medaille.

Etwas überraschend war, daß in Helsinki nur wenig über Iljenkows Verhältnis zum Marxismus gesprochen wurde. Mehrere Teilnehmer betrachteten Iljenkows Beitrag zur Theoriebildung der sowjetischen Psychologie, wie zum Beispiel Prof. Yrjö Engeström (Helsinki), der von dem Verhältnis der Dialektik-Konzeption Iljenkows zur Aktivitätstheorie der kulturhistorischen Schule sprach, und Prof. Wolfgang Jantzen (Bremen), der sich kritisch mit der methodischen Diskussion über das sogenannten Sagorsker Experiment mit taubstummen Kindern auseinandersetzte. Während Dr. Evert van der Zweerde (Nijmegen) sich über Iljenkows Stellung in der philosophischen Kultur der Sowjetunion äußerte, suchten viele andere Symposiumsteilnehmer Iljenkows Verhältnis zu postsozialistischen Denkrichtungen zu bestimmen. So sprach zum Beispiel Dr. Jussi Silvonen (Helsinki) über Gemeinsamkeiten zwischen Iljenkow und Foucault – beide seien „jenseits der Dichotomie von Geist und Materie“ zu verorten. Dr. Nikolaj Weresow (Oulu/Finnland) verglich die Vermittlungskonzepte des Ideellen und Materiellen bei Iljenkow, Wygotski und Merab Mamardaschwili, dem jüngst verstorbenen grusinischen Philosophen, der in den 90er Jahren in Rußland sehr en vogue gewesen ist. Dr. Janette Friedrich (Genf) betrachtete Iljenkows Verhältnis zu den modernen Sprachtheorien, vor allem zur Lehre des Würzburger Psychologen und

² Ders., *Lessons from Iljenkov*, in: *The Communication Review* Vol. 1 (2) 1995, S. 155-178.

Sprachwissenschaftlers Karl Bühler, und wies auf den grundlegenden Unterschied hin, daß der Begriff der Form in Iljenkows Theorie des Ideellen eine zentrale Rolle spielte, während Bühler den Frommbegriff für die Sprachtheorie abgelehnt habe. Auch *Tarja Knuutila* (Helsinki) analysierte Iljenkows Konzeption der ideellen Form auf der Folie der modernen Semiotik, u.a. von Umberto Eco.

Über Iljenkows Marxismusdeutung berichtete eigentlich nur der Redakteur *Pertti Honkanen* (Helsinki), der Iljenkows Analyse des Marxschen Kapitals mit den Theorien Althusser's, der Kapitallogiker und der japanischen Uno-Schule verglich. Nach Honkanen unterschied sich Iljenkow vom Mainstream der sowjetischen Marx-Forschung darin, daß er sich vor allem für die logische Struktur des *Kapitals* interessierte.

In mehreren Symposiumsvorträgen wurde Iljenkow mit solchen großen Namen der jüngeren russischen Ideengeschichte wie Michail Bachtin und Lew Wygotski verglichen. Die künftige Forschung wird zeigen, ob er sich unter diesen Klassikern einen Platz erobern kann. Sicher ist jedoch, daß sich in der Denker-Persönlichkeit Iljenkows viele Antinomien des Marxismus und der sowjetischen Philosophie verdichten, wie schon die Kontroverse um seinen Begriff des Ideellen zeigt. Und dies garantiert ein fortwährendes Interesse an ihm. In Rußland erscheint ständig neue Literatur über Iljenkow, und auch die Beiträge des Helsinkier Symposiums werden noch im Jahr 2000 vom Alexander-Institut publiziert.

Vesa Oittinen

Perspektiven des bundesdeutschen Sozialstaats

Christoph Butterwegge, Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, Leske & Budrich, Opladen 1999, 224 S., DM 33,-.

Der Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge leitet die Abteilung Politikwissenschaft am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität zu Köln und ist in den letzten Jahren immer wieder durch Veröffentlichungen sowohl zu dem Themenbereich Rechtsextremismus, Rassismus und (Jugend-) Gewalt¹ als auch zum Themenbereich Globalisierung, Sozialstaatsentwicklung und (Kinder-) Armut hervorgetreten.

In „Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik“ geht es hauptsächlich um einen kritischen Rückblick auf den liberal-konservativen Umbau des Sozialstaates durch die CDU/CSU/FDP-Koalition, die Folgen für die deutsche Gesellschaft und linke Alternativen und Strategien nach dem Regierungswechsel von Kohl zu Schröder. Es ist in neun Kapitel gegliedert. Dem einleitenden Kapitel mit Erläuterungen zu Terminologie, Theorie und Typologie des Sozialstaates folgen sechs Kapitel, in denen Butterwegge die Entstehung des deutschen Sozialstaates, die Ursachen seiner Krise, die Ideologie und Praxis der liberal-konservativen Bundesregierung sowie ihre Folgen für den Sozialstaat und die Gesellschaft beschreibt. Abschließend zeigt er in zwei Kapiteln Reformalternativen für eine konstruktive Weiterentwicklung des Sozialstaates und An-

satzpunkte einer Gegenstrategie auf. Ergänzt werden diese Ausführungen durch eine ausführliche und inhaltlich gegliederte Bibliographie.

In seiner Einleitung weist Butterwegge darauf hin, dass ein Sozialstaat der Dynamik sich wandelnder Machtkonstellationen, parlamentarischer Mehrheitsverhältnisse und Stimmungslagen unterliegt und bezüglich seiner Leistungen in hohem Maße von Wirtschaftszyklen und Wachstumsraten abhängt.

Butterwegge weist darauf hin, dass die Ausgestaltung des bundesdeutschen Sozialstaats nur vor dem Hintergrund der Systemkonkurrenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus verständlich ist und dass dieser an der Scheidelinie beider Systeme jahrzehntelang als „Schaufenster des Westens“ (36) diente. So ist es nicht verwunderlich, dass er nach dem Scheitern des sozialistischen Projektes und dem Ende dieser Systemkonkurrenz erheblich unter Druck gerät. Für Butterwegge zeichnet sich in der Sozialpolitik ein „postmodernes Mittelalter“ (16) ab, „das mit dem Alten nur bricht, um das Uralte (einer ständischen Privilegienherrschaft, verbunden mit dem Patriarchat und der Protektion durch Familien- bzw. Nachbarschaftsbeziehungen) unter dem Deckmantel ständiger Innovationsbereitschaft zu rekonstruieren“ (ebd.).

Die „historische Zäsur“ (39) sieht Butterwegge jedoch nicht erst 1989, sondern bereits beim Haushaltsstrukturgesetz 1975 - also noch zu Zeiten der sozial-liberalen Regierung. Es markiere das Ende der Nachkriegsperiode sozialpolitischer Expansion und den Beginn einer

Phase der Stagnation und Regression. Diese Entwicklung habe sich dann unter der liberal-konservativen Regierung fortgesetzt - und wohl auch darüber hinaus. Denn entgegen der von Butterwegge wenige Monate nach dem Wahlerfolg der SPD vom September 1998 geäußerten Hoffnung, dass der Sozialstaat „an einem neuerlichen Wendepunkt“ (51) stehe, verzichtet die Schröder-Regierung in der Sozialpolitik auf einen Bruch mit der Politik ihrer Vorgängerregierung.

Dass die klassische Einteilung in „links“ und „rechts“ in vielen Fällen brüchig ist, wird auch durch Butterwegges Hinweis unterstrichen, die bürgerlich-konservative und die grün-alternative Sozialstaatskritik ergänzten sich im Grunde wechselseitig. So gedeihe z.B. im Umkreis der nordamerikanischen Kommunitarier seit einiger Zeit die Ansicht, daß Rechtsansprüche auf Sozialleistungen zum „Anspruchsdenken“ und zu einer „Wohlfahrtsmentalität“ geführt hätten, und in der SPD-nahen Zeitschrift „Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte“ wurde 1997 ein kommunitaristisches Manifest der „Initiative für Bürgersinn“ abgedruckt, in dem es heißt: „Der Ausbau des Wohlfahrtsstaates ... hat ... in einem erschreckenden Maße die Bereitschaft zur Eigenverantwortung und den Willen zur eigenen Lebensgestaltung abgebaut.“ (117 f.)

In dem - auch in linken Kreisen verbreiteten - Anti-Etatismus sieht Butterwegge „das geistige Einfallstor für den Neoliberalismus und seine unsziale Standortphilosophie“ (182). Dem hält er Pierre Bourdieus Plädoyer für eine „Verteidigung des Staates“ entgegen und fordert „Maß-

nahmen der 'Reregulierung'“ (182). Eine Sichtweise, mit der sich zuletzt auch der französische Regierungschef Lionel Jospin in eine klare Gegenposition zu Toni Blair und Gerhard Schröder begeben hat.

Ganz im Sinne Oskar Lafontaines, eines anderen Widerparts dieser beiden 'modernen' Sozialdemokraten, räumt Butterwegge mit einigen Mythen der aktuellen politischen Diskussion auf. So tritt er energisch der Ansicht entgegen, die „Globalisierung“ sei ein naturwüchsiger Prozess. Tatsächlich basiere sie auf wirtschafts-, währungs- und finanzpolitischen Weichenstellungen der mächtigsten Industriestaaten. Konsequenterweise entkleidet er die „Standortdiskussion“ auch aller anderer mystischen Überhöhung und legt ihre tatsächliche Funktion offen: Es gehe schlicht und einfach darum, die Umverteilung von unten nach oben so zu begründen, daß sie sich als Sachzwang der politischen Legitimationspflicht entziehe.

Die neoliberale Philosophie nehme die wachsenden sozialen Ungleichheiten nicht nur billigend in Kauf, sondern setze sie als materielle Grundlage der forcierten Wettbewerbsdynamik sogar voraus; die soziale Polarisierung sei fester Bestandteil des Konzeptes der „Standortsicherung“.

Butterwegge mahnt zur genauen Analyse: Bei der neoliberalen Restrukturierung des Sozialstaates habe nicht bloß eine 'soziale Demontage' oder ein 'Abbau', sondern eben auch ein 'Umbau' stattgefunden. Das System der sozialen Sicherung werde nach privatwirtschaftlichem Muster

reorganisiert und in einen kapitalistischen „Sozialmarkt“ transformiert. Es finde also eine „Kolonialisierung des Wohlfahrtsstaates“ (102) durch den Kapitalismus statt.

Butterwegges Eintreten gegen die neoliberale Restrukturierung des Sozialstaates darf nicht als Plädoyer für ein konservatives Festhalten am Althergebrachten missverstanden werden. Vielmehr sieht er Reformen des Sozialstaates als überfällig an. Allerdings bedürfe es zwar „einschneidender Veränderungen des bestehenden Wohlfahrtsstaates, aber keiner Einschnitte ins soziale Netz“. (171)

Hauptansatzpunkt für Reformbemühungen solle die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sein. Eine sukzessive Verkürzung der Arbeitszeit und das Verbot bezahlter Überstunden seien wichtige Schritte zu ihrer Verringerung.

Mißtrauisch zeigt Butterwegge sich gegenüber Vorschlägen, den „Dritten Sektor“ als Auffangbecken für die von neuen Technologien 'freigesetzten' Arbeitskräfte anzusehen (Jeremy Rifkin) oder die Arbeitslosigkeit durch eine Aufwertung der „Bürgerarbeit“ zu bekämpfen (Ulrich Beck). Selbsthilfe habe als Forderung zur Lösung sozialer Probleme in der öffentlichen Diskussion wieder der Hochkonjunktur. Sie würde jedoch wiederholt benutzt, um Leistungsdefizite der staatlichen Sozialpolitik zu kaschieren oder zu kompensieren.

Ausführlich diskutiert der Autor verschiedene Modelle der Entkoppelung von Erwerbsarbeit und Einkommen (171ff.) und argumentiert überzeugend gegen eine „negative Einkom-

menssteuer“, ein „Bürgergeld“, die Subventionierung untertariflich entlohnter Beschäftigungsverhältnisse und den Vorschlag, ein garantiertes Grundeinkommen zu zahlen. Statt dessen spricht er sich für die Integration einer bedarfsorientierten Grundsicherung in das gegenwärtige bestehende Sicherungssystem aus, um dieses zu einem wirksamen Schutz gegen Armut zu gestalten.

Die von Butterwegge vorgeschlagene Strategie, alternative Konzepte zur Weiterentwicklung des Wohlfahrtsstaates durchzusetzen, besteht aus drei Elementen:

- dem Versuch, die „mediale Tabuisierung“ (188) sozialer Probleme durch eine „Rethematisierung des Sozialen“ (189), z.B. mittels einer regelmässigen Armutsberichterstattung, zu durchbrechen;
- einer „sozialpolitischen Doppelstrategie“ (195) aus Europäisierung und Kommunalisierung;
- einer Kooperation der 'alten' Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung mit den 'neuen' sozialen Bewegungen.

Ich persönlich sehe drei Schwächen des Buches: Erstens kann Butterwegges Versuch, Sozialstaat und Wohlfahrtsstaat zu definieren (11 ff.), nicht überzeugen; zumal er letztlich lapidar für eine synonyme Begriffsverwendung plädiert und im folgenden dann auch recht beliebig mal den einen, mal den anderen Begriff verwendet.

Zweitens kann es auch nicht überzeugen, zunächst eine Strategie, die sich auf einen „Aufstand der Armen und Arbeitslosen“ (200) stützt, zu verwerfen, um dann selbst auf die

„Mobilisierung von Marginalisierten“ (201) zu setzen.

Und drittens werden in dem 224 Seiten umfassenden Buch letztlich doch viele Vorschläge und Überlegungen, die man gerne ausführlicher erörtern sehen würde, nur stichwortartig angesprochen.

Diese Einwände können den Wert des Buches jedoch nur wenig schmälern: Es bietet einen kompakten Überblick über die aktuellen sozialpolitischen Diskussionen in Deutschland. Christoph Butterwegge greift in diese Diskussionen von links ein und spart dabei auch manche vermeintlich fortschrittliche Position nicht aus der Kritik aus. Wer eine solche Orientierung sucht, dem sei dieses nach kurzer Zeit in zweiter Auflage erschienene Buch empfohlen.

Hans Günter Bell

¹ Gerade eben ist von ihm, gemeinsam mit Gudrun Hentges, eine neues Buch herausgegeben worden: *Alte und Neue Rechte an den Hochschulen*, Münster 1999.

Wie die Globalisierung durch mehr Reichtum mehr Armut produziert

United Nations Development Programme, Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen, Bericht über die menschliche Entwicklung 1999, Bonn 1999, 298 Seiten, DM 49,50.

Seit zehn Jahren erscheint er jedes Jahr – der „Bericht über die menschliche Entwicklung“ des Entwicklungsprogramms der Vereinten Na-

tionen (UNDP). Die Jubiläumsausgabe des Jahres 1999 setzt – dies sei vorab gesagt – ebenso wie seine Vorläufer einen gewichtigen Kontrapunkt in den immer noch stark von neoliberalen Marktradikalismus geprägten internationalen Debatten über Wirtschafts- und Entwicklungspolitik.

Menschliche Entwicklung, so faßt der Bericht 1999 zusammen, „ist ein Prozeß, der die Wahlmöglichkeiten der Menschen erweitert“ (20): Keine Binsenweisheit in einer Situation, in der bei wachsendem wirtschaftlichen Reichtum vor allem den armen und abhängigen Teilen der Weltbevölkerung überall „Gürtel enger schnallen“ und Sparpakete als angeblich alternativlose Antwort auf die wirtschaftlichen und technischen Herausforderungen der Gegenwart empfohlen werden. Auch unsere Regierung (die ‚linkste‘ die wir je hatten) kürzt Sozialleistungen und Entwicklungshilfe und ersetzt letztere durch militärische Interventionen – natürlich im Interesse der Menschlichkeit.

Der vorliegende zehnte Bericht zur menschlichen Entwicklung widmet sich dem Problem des weltweiten Verhältnisses zwischen Arm und Reich vor dem Hintergrund der Globalisierung. Im ersten, der Zustandsbeschreibung gewidmeten Kapitel, präsentieren die Autoren eine kurze Bilanz der Verteilungsverhältnisse und ihrer Veränderung, sowohl jener zwischen den armen und reichen Ländern als auch der zwischen den sozialen Gruppen und Schichten innerhalb der Länder und Regionen. Die Globalisierung, so die Schlussfolgerung, sei bislang weltweit mit

einer rapiden Zunahme der sozialen Ungleichheit einher gegangen. Das Fünftel der Weltbevölkerung in den reichsten Ländern verfügt über

- 86 Prozent der Einkommen (gegenüber einem Prozent für das unterste Fünftel);
- 82 Prozent der Exportmärkte;
- 68 Prozent der Direktinvestitionen;
- 74 Prozent der Telefonanschlüsse;

Die 200 reichsten Personen der Welt verdoppeln ihr Vermögen alle vier Jahre. Die drei reichsten Dollarmilliardäre haben ein Vermögen, das größer ist als das jährliche Einkommen von 600 Millionen Menschen in den am wenigsten entwickelten Ländern.

Während sich die technischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten der Existenzsicherung laufend verbessern, wächst die Unsicherheit der Menschen, nimmt die Bedrohung durch ökonomische, militärische, ökologische und gesundheitliche Risiken und Krisen für die große Mehrheit der Weltbevölkerung zu.

UNDP hält die weltweite Zunahme von sozialer Ungleichheit und Unsicherheit nicht für die zwangsläufige Folge der Globalisierung – diese eröffne vielmehr neue Chancen, die allerdings bislang nicht ausreichend genutzt wurden.

Als Hauptproblem wird der Widerspruch zwischen der Dynamik der ökonomisch-technischen Entwicklung einerseits und der unzureichenden politischen Steuerung andererseits begriffen: „Die global integrierte Welt wird eine stärkere politische Steuerung brauchen, wenn sie

die Vorteile des weltweiten Marktwettbewerbs beibehalten und die Kräfte der Globalisierung für die Unterstützung menschlichen Fortschritts nutzen möchte.“ (17)

Der Widerspruch zwischen der ökonomisch-technischen Entwicklung einerseits und den fehlenden politischen Steuerungsmöglichkeiten andererseits wird auf zwei wichtigen Feldern genauer beschrieben: der Technologieentwicklung einerseits (Kap. 2) und der menschlichen „Fürsorge“ andererseits (Kap. 3; allerdings ist die deutsche Übersetzung hier unglücklich. Gemeint ist eigentlich die soziale Sicherheit im umfassenden Sinne).

In beiden Kapiteln wird die Notwendigkeit eines Ersatzes bzw. einer Kontrolle profitorientierter Steuerungsmechanismen durch politische, an die jeweils unterschiedlichen Bedingungen der Völker und sozialen Gruppen angepasste Maßnahmen gefordert. Für die Gesellschaft zentrale und überlebenswichtige Funktionen wie die Beherrschung der Risiken neuer Technologien und die Entwicklung menschlicher Fähigkeiten durch Einübung solidarischen Verhaltens dürfen UNDP zufolge nicht dem Profitprinzip geopfert werden. Die Märkte seien unfähig, diese Leistungen zu erbringen.

Die Steuerung der Globalisierung und der damit verbundenen Prozesse ist dem Bericht zufolge sowohl eine nationale (Kap. 4) als auch eine globale Aufgabe (Kap. 5).

Erste und wichtigste Voraussetzung für die Bewältigung der Globalisierung ist eine effiziente nationale politische Steuerung der makroökono-

mischen Rahmenbedingungen, der Finanzmärkte, der Wissenschafts- und Technologieentwicklung, der sozialen Standards. Dabei wird betont, daß diese Steuerung nicht einem zentralistischen Staatsapparat allein überlassen werden dürfe. Notwendig sei eine „Allianz nationaler Akteure“ (117). Leider ignoriert der Bericht die Tatsache, daß die meisten Entwicklungsländer – insbesondere jene Afrikas – historisch bedingte institutionelle Schwächen aufweisen, die eine solche Steuerung erschweren. Schon dadurch haben sie strukturelle Nachteile im internationalen Standortwettbewerb. Die den Entwicklungsländern im dritten Kapitel von UNDP empfohlene Einrichtung einer „Koordinierungsstelle für die Bewältigung der Globalisierungsfolgen“ (119) ist nicht nur ein hilfloser Vorschlag; seine Realisierung würde in Wirklichkeit eher dazu führen, den beklagten Kompetenzwirrwarr noch zu vergrößern.

Schlüssiger und besser durchdacht sind die Empfehlungen im fünften Kapitel für die Umsetzung einer neuen Weltordnungspolitik mit den Eckpfeilern der Stärkung der Entwicklungsländer in den internationalen Verhandlungen, einer Weltzentralbank, einer Weltumweltbehörde, einer Stärkung des UN-Systems, einer Welthandelsorganisation mit einem „fairen“ Mandat auch über die multinationalen Konzerne und einem Weltinvestitionstrust mit Umverteilungsmechanismus. Das fünfte Kapitel erscheint überhaupt – neben dem ersten Teil – als das am meisten lesenswerte. Es enthält im wesentlichen Überlegungen, die vor wenigen Monaten schon in einer

programmatischen Studie der UNDP über „Global public goods – International cooperation in the 21st century“ (New York, Oxford University Press 1999) veröffentlicht worden waren und reflektiert einen fortgeschrittenen Forschungsstand der Organisation.

Angesichts der vor allem im fünften Kapitel entwickelten Analysen und Vorschläge überrascht es auf den ersten Blick, daß der vorliegende Bericht in der Öffentlichkeit nur wenig registriert und vor allem kaum angegriffen wurde. Insbesondere hat man bislang vergebens auf die Reaktion jener Organisationen und Länder gewartet, die der Verwirklichung dieser Vorschläge entgegenstehen und deren Politik implizit kritisiert wird. Wenn z.B. eine Welthandelsorganisation „mit einem faireren Konzept“ (139) gefordert wird, so heißt das: Die bestehende WTO agiert unfair; wenn von den Mitgliedsstaaten ein stärkeres Engagement im UN-System verlangt wird, so richtet sich das vor allem gegen die USA, die nicht nur ihre Beiträge schuldig bleiben, sondern sich darüber hinaus immer dann über UN-Beschlüsse hinwegsetzen, wenn diese ihnen nicht passen.

Hier aber kneift UNDP in ihrem Bericht konsequent und seit zehn Jahren. Niemals werden Roß und Reiter genannt; immer werden Formulierungen gewählt, die niemandem wirklich weh tun. Niemals werden die Mächtigen dieser Welt unter Nennung von Namen und Adresse konkret kritisiert und angegriffen. Niemals tritt man den Brüdern und Schwestern der UN-Familie oder anderen internationalen Organisationen

auf die Füße, die – wie Weltbank und IWF, G7 und OECD – einen guten Teil der Verantwortung für die lauthals und materialreich beklagten Mißstände tragen. Und wenn mal eine Regelung – wie z.B. das Abkommen der WTO über geistiges Eigentum („TRIPS“) im dritten Kapitel – als interessengeleitetes Instrument der Multis des Westens entlarvt wird, dann kann man sicher sein, daß die Kritik letzten Endes durch unverbindliche „fromme“ Wünsche wie „Ausweitung der Participation“ „öffentliche Transparenz“ usw. (85f.) wieder entschärft wird.

Dieses Prinzip, niemals konkrete Akteure anzugreifen (wohl besser: angreifen zu dürfen) belastet die Wirkungsgeschichte des Berichts über die menschliche Entwicklung, dessen teilweise interessanten politischen Anregungen und Vorschläge (auch die Tobinsteuer zählt dazu) oft unbekannt, fast immer aber unverwirklicht bleiben. Durchgesetzt hat sich international allein der „Indikator der menschlichen Entwicklung“ (Human Development Index – HDI), der jährlich den bedrückenden Zustand in großen Teilen der Welt reflektiert, ohne daß sich im Sinne der Politikempfehlungen der Berichte wirklich etwas ändert.

Im vollen Bewußtsein dieser (sicherlich institutionell bedingten und nicht den Autoren anzulastenden) Schwäche kann der Rezensent den an internationalen Fragen interessierten Leserinnen und Lesern nur nahelegen, den Bericht 1999 (wie auch die anderen) aufmerksam zur Kenntnis zu nehmen. Die Investition lohnt sich.

Jörg Goldberg

Das Elend der Welt

Pierre Bourdieu u.a. (1997), *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Universitätsverlag Konstanz, Konstanz 1997, 848 S., DM 68,-.

Pierre Bourdieu und Mitarbeitende haben eine Sammlung von Interviews und theoretischen Texten vorgelegt, in denen der alltägliche und 'unsichtbare' Existenzkampf der sogenannten einfachen Leute, der „Mittellosen“, im gegenwärtigen Kapitalismus aufgezeigt wird; es geht insbesondere um den Zusammenhang von privaten Nöten und der Gewalt gesellschaftlicher Strukturen. Die Interviewten entstammen unterschiedlichen Klassenfraktionen und nehmen diverse soziale Positionen ein. Sie sind Fabrikarbeiter, Jugendliche (französischer und arabischer Herkunft), Polizistinnen, Kleinhändler, Sozialarbeiter, Lehrerinnen, Erwerbslose etc. Themen, die immer wieder auftauchen, sind vor allem der Rassismus, die soziale Konfrontation in den 'verwahrlosten' und isolierenden Vorstädten (Banlieus) und die Schule, die mit ihren unbittlichen und nur scheinrationalen Urteilen die sozialen Möglichkeiten der Betroffenen mehr oder weniger beschränkt.

Patrick Champagne analysiert die Sicht der Medien auf diese Probleme; Anlaß ist die Berichterstattung über die heftigen Unruhen, die in Vaulx-en-Velin ausgebrochen waren, nachdem die Polizei bei einer Kontrolle einen unbewaffneten Jugendlichen italienischer Herkunft umgebracht hatte. Jugendliche schlossen

sich zusammen, griffen mit Steinen eine Polizeistation an und steckten mehrere Supermärkte in Brand. Bewohner des Viertels nutzen die Gunst der Situation für Plünderungen. „Einer der ... anwesenden Lokaljournalisten erzählt, er habe Kinder vollbepackt mit süßem Gebäck, Zigaretten, Schachteln oder Sportschuhen gesehen. Eine ältere Dame hielt die Tür des Supermarktes auf, damit die übertollen Einkaufswagen besser hindurch kamen ...“ (78). Die mediale Berichterstattung sei offensichtlich durch folgende Merkmale gekennzeichnet: Eine wesentliche Triebkraft der Recherche sei die Konkurrenz, man orientiere sich an dem, was die jeweils anderen Sender, Zeitungen usw. 'berichten'. Besonders attraktiv seien dabei die spektakulärsten Formen der Gewalt, also die Ausnahmefälle. So würden spontane Interpretationen verstärkt und Vorurteile mobilisiert. Die Urteile der Betroffenen selbst kämen kaum zur Geltung. „Die (vorwiegend kommerziell bedingte) Sorge der landesweiten Medien, nur ja nicht Stellung zu beziehen oder das sozial sehr heterogene Publikum zu schockieren, führt zu einer künstlichen und verwässerten Darstellung aller Standpunkte.“ Die Beherrschten seien kaum in der Lage, den sich entwickelnden Diskurs zwischen Journalismus und herrschender Politik zu kontrollieren. „Anstatt daß sie selbst zu Wort kommen, wird über sie gesprochen.“ Und sprächen sie zu den Herrschenden, dann neigten sie dazu, dies in deren Diskurs zu tun. Man höre sie vor einer Kamera das wiederholen, was sie am Vorabend im Fernsehen gehört hätten. „Manchmal

sprechen sie sogar in der dritten Person über sich ('Die Jugendlichen wollen einen eigenen Raum als Treffpunkt').“ Champagne betont die besondere Situation der Erwerbslosen, insbesondere der Jugendlichen ausländischer Herkunft, deren Rebellion und Kriminalität eine Antwort auf den herrschenden Rassismus ist. Sie „kennen nur Frankreich und wollen wie jeder andere Franzose behandelt werden. Gerade weil sie sich integriert fühlen, ertragen sie ihre objektive Nichtintegration nur schwer. Sie erleben die Arbeitslosigkeit, von der sie mehr als andere Franzosen betroffen sind, als Ungerechtigkeit“ (84). Champagne weist darauf hin, daß Arbeitslosigkeit heute wesentlich schwerer zu ertragen sei als früher, auch weil die Distanz zwischen den dauernd provozierten Konsumwünschen und den vorhandenen Mitteln immer größer werde. Symbole des Konsums, wie z.B. Autos, würden daher bevorzugt zum Ziel von Attacken. Die Gewalt der Jugendlichen sei die Antwort auf die „unsichtbaren Gewaltakte, die sie seit der frühen Kindheit in der Schule, auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Markt der Geschlechterbeziehungen usw. erleiden“ (86). Man verstehe aber auch, daß ihr Aufruhr „den 'armen Weißen' ...“, die darauf bestehen, als 'Franzosen mit Stammbaum' betrachtet zu werden ... , auf die Nerven geht. Wie kann es auch anders sein, daß diese nie endenden Konflikte ... Empörung hervorrufen, die leicht auszubeuten ist.“

Diese Konflikte werden in den Interviews zur Sprache gebracht, sei es durch Ali, der wegen seiner Herkunft in viele Diskotheken nicht eingelas-

sen wird und der sich zu „Dummheiten“ verleitet fühlt, wenn er „schöne Jacken oder tolle Hosen“ sieht und keine „Kohle“ hat; sei es durch die drei Hausmeister, die wegen des „Vandalismus“ in Rage geraten und deren verschiedene Haltung zum Rechtsextremismus Champagne biographisch erklärt. Die Unterschiede lägen darin, daß „sie nicht aus der gleichen Klassenfraktion stammen ... Christian ... weiß, was Elend heißt. Natürlich verurteilt er diese Jugendlichen, aber er versteht sie auch ein bißchen, da sie genauso benachteiligt ... sind, wie er es in ihrem Alter war. Er kommt aus einer siebenköpfigen Familie ... Seine Mutter arbeitete als Aufwartefrau in einer Schule für behinderte Kinder. Sein Vater ... war Straßenwärter, hat aber ... in Folge eines ... Unfalls aufgehört zu arbeiten. ... Christian wird von der Vormundschaftsbehörde ... einer Pflegefamilie ... zugewiesen, da sich seine Mutter nicht mehr um die Kinder kümmern konnte und die Gerichtsvollzieher den größten Teil der Wohnungseinrichtung beschlagnahmt hatten. Mit 16 Jahren verläßt er ohne Abschluß die Schule ...“ (143) Christians jetzige Kollegen seien viel repressiver. Sie „verdanken“ es einer brutalen Erziehung in Form „drakonischer Beschränkungen ihrer Erwartungen und Bedürfnisse, nicht noch tiefer gefallen zu sein ... Sie können diese Jugendlichen nur von einem moralischen Standpunkt aus beurteilen: 'Man läßt zuviel durchgehen', 'Wenn sie auf die schiefe Bahn geraten, muß man sie mit Prügel wieder zurecht biegen, das ist alles' usw.“

Pierre Bourdieu faßt bekanntlich „Erziehung“ und „Bildungsgüter“ als Teil eines „kulturellen Kapitals“, das wesentlich die sozialen Möglichkeiten des Individuums bestimmt, wobei die ökonomischen Schranken der jeweils eigenen Klassenposition zugleich Schranken in den persönlichen Bildungsstrategien und Aufstiegserwartungen darstellen. Bourdieu untersucht nun genauer - am Beispiel typischer Vater-Sohn-Beziehungen - die Widersprüche des elterlichen Bildungserbes, das die Kinder anzutreten genötigt werden. Dieses Erbe könne, so Bourdieu, eine gewaltige Last darstellen, wenn der soziale Aufstieg der Eltern jäh abgebrochen wird. „So findet man viele Väter und Mütter, die ihre kompensatorischen Projekte auf ihre Söhne projizieren und so Unmögliches von ihnen verlangen.“ (653) Anforderungen der Erziehung enthielten oft zweischneidige Zwänge, z. B. dann, wenn „der Vater eine beherrschte Position einnimmt, und zwar entweder in ökonomischer ... Perspektive (Arbeiter, kleiner Angestellter), oder in symbolischer Perspektive (Angehöriger einer stigmatisierten Gruppe) ... Er sagt gleichzeitig: Sei wie ich, mache es wie ich und: Sei anders, geh' fort ... Eine so widersprüchliche Aufforderung muß dazu führen, daß man ... Schuldgefühlen ausgeliefert ist ... Ist der Erbe erfolgreich, so macht er sich des Verrats schuldig, scheitert er, so macht er sich schuldig, weil er den Vater enttäuscht.“ (655) Die Schule mache diese elterlichen Projekte oft zunichte und sei kaum in der Lage, die vielfältigen Bewältigungsstrategien der Schülerinnen und Schüler wahrzunehmen.

Sylvain Broccolichi und Françoise OEuvarard sprechen vom Räderwerk, von der Institution Schule, die „selbst kaum darüber aufgeklärt (ist), was sie von der Erfüllung ihrer Aufgaben abhält“ (575). Sie heben besonders ab auf die Einführung von Konkurrenz unter den Schulen, die zur Ghettoisierung sozial benachteiligter Schüler und zu einer allmählichen Aufgabe von Fördermaßnahmen führe. Doch auch in weniger „entmischten“ Schulen machen sich die sozialen Ungleichheiten noch geltend, z. B. durch die unterschiedlichen „Zweige“ und (gymnasialen) Abschlüsse. Broccolichi interviewte Claire, Muriel und Nadine, die befreundet und gemeinsam politisch aktiv sind (in der jeunesse communiste). „Im Gegensatz zu Muriel und Nadine, die sozial und kulturell privilegierten Familien angehören und es sich zutrauen, Pläne (Journalismus, Fotografie), die in Verbindung mit ihrem Geschmack und ihren außerschulischen Interessenschwerpunkten stehen, bringt Claire eher schüchtern ein Ziel vor - Außenhandel -, das sich nach den Einstellungschancen ('Man hat mir gesagt, daß es Berufsaussichten in diesem Bereich gibt') und ihrem schulischen Profil ('Ich bin vor allem in Sprachen gut') richtet.“ (559) Der Umstand, daß sie noch in ihrem ehemaligen Collège „gute“ Schülerinnen waren, erlaubt es den dreien, die Mißstände der Schule offen zu kritisieren - im Unterschied zu anderen. „Es läßt sich ... beobachten, daß die Fähigkeit zur Empörung sehr schnell an Elan verliert. Beim gegenwärtigen Stand des Schulwesens hat ein Schüler in schlechter Position ... kei-

ne andere Wahl, als sich Verhaltensweisen anzueignen (seine Schwächen vertuschen, von den besseren abschreiben), die ihn rasch daran hindern, sich im Recht zu fühlen, wenn er den mit seiner Lage zusammenhängenden Mangel an Hilfestellung und Beachtung kritisieren will.“ (565)

Abdelmalek Sayad analysiert die besondere Lage von Franzosen arabischer Herkunft. Besonders beeindruckend sind die Interviews mit dem algerischen Arbeiter Abbas, der aufgrund von Armut und Kolonialkrieg zur Auswanderung nach Frankreich gezwungen war, und seiner ältesten Tochter Farida, die sich mit Unterstützung ihrer Brüder und anderer Verwandter von der tyrannischen Kontrolle durch ihre Eltern befreien konnte. Michel Pialoux widmet sich den Kämpfen der Industriearbeiter bei Peugeot und kennzeichnet dabei u.a. den Gegensatz zwischen „alten Arbeitern“ und der immer größer werdenden Gruppe von Leiharbeitern in völlig deregulierten Beschäftigungsverhältnissen. Während die Alten sich durch die eher unsolidarische Haltung der Neuen provoziert fühlen, sehen die Leiharbeiter, die „darauf aus sind ..., 'Pluspunkte' zu sammeln, um ... übernommen zu werden“, in den Alten eine Gruppe von „verbrauchten, demoralisierten, frühzeitig gealterten Leuten, 'Meckerfritzen', die sich auf der Arbeit 'übel aufführen' (eine Haltung, die bis zur Sabotage führen kann)“ (315). Der kommunistische Gewerkschafter Hamid (die CGT erreicht in dem Werk 60 Prozent der Stimmen) berichtet von den vielfältigen Spaltungsstrategien der Kon-

zernleitung, z. B. von einem Prämiensystem, das einerseits individualisiert, andererseits aber beim individuellen Krankheitsfall die ganze Gruppe büßen läßt. Außerdem versucht die Leitung, durch „hilfestellende“ Einmischung ins Privatleben oder durch besondere „Nachsicht“ Arbeiter von sich noch mehr abhängig zu machen.

Am Schluß des Buches stehen sehr ausführliche und aufschlußreiche methodologische Darlegungen Bourdieus zur Situation des Interviews. Bourdieu zeigt die subtile Gewalt, die es zu vermeiden gilt, und über die sich die herkömmlichen „standardisierenden“ Methoden kaum Rechenschaft ablegen. Die Grundlage dieser Gewalt findet er vor allem in der sozialen Distanz und in der potentiellen „Definitions macht“ der Interviewenden. Ein Gegenmittel bestehe darin, die Interviewten die Fragenden selbst aussuchen zu lassen. „Sekundäre Solidaritätsbindungen“ könnten Aufrichtigkeit und Offenheit in einer Interviewsituation gewähren - neben Jugendfreundschaften etc. auch die „Komplizinnenschaft unter Frauen, die es nicht selten ermöglicht, die mit den unterschiedlichen gesellschaftlichen Bedingungen verknüpften Hindernisse zu überwinden, insbesondere die Furcht vor klassenspezifischer Verachtung ...“ (785). Im Gegensatz z. B. zu Meinungsumfragen dürfe den Betroffenen keine Problematik aufgedrängt werden, vielmehr müßten ihnen die Mittel an die Hand gegeben werden, um selbst die Grundlage ihres „Unbehagens“ zu entdecken. „Man kann hier also ... von einer zugleich provozierten und unter-

stützten Selbstanalyse sprechen. Nicht selten hatten wir das Gefühl, daß die befragte Person die gebotene Gelegenheit ergriff, sich Fragen über sich selbst zu stellen und die Angebote ..., die in unseren Fragen ... enthalten waren, für ein klärendes und aufdeckendes Arbeiten, gewinnbringend und schmerzhaft zugleich, zu nutzen.“ (792)

In meiner Besprechung habe ich auf eine systematische und theoretisch entwickelte Auseinandersetzung mit dem Band zugunsten einer anekdoten- und aspekthaften Darstellung verzichtet. Die theoretischen Konzepte Bourdieus können auch anhand anderer Veröffentlichungen kritisch diskutiert werden. Neben den Analysen besteht die Stärke des vorliegenden Buches auch und gerade in der so plastischen (Selbst-)Auskunft über individuelle Lagen in der Klassengesellschaft. Die Lektüre ist dazu geeignet, die Illusionen von der „nivellierten Mittelstandsgesellschaft“ und der „sozialen Harmonie“ zu durchbrechen und sich zu erinnern, welche tiefen Spaltungen und Nöte die bürgerliche Gesellschaft unvermeidlich und mit zunehmender Eskalation reproduziert.

Michael Zander

Von der Belle Epoque zum Zeitalter der Katastrophen

Frank Deppe, *Politisches Denken im 20. Jahrhundert. Die Anfänge*. VSA-Verlag, Hamburg 1999, 400 Seiten, DM 39,80.

„An der Jahrhundertwende beginnen wir den neuen Zeitabschnitt mit der

festen unerschütterlichen Überzeugung, daß es dem Sozialismus, der den heftigsten Stürmen getrotzt und sich als unverwundliche und unbesiegbare Macht erwiesen hat, den endlichen und vollen und dauernden Sieg bringen wird. Und in dieser erhebenden und begeisternden Hoffnung rufen wir an der Jahrhundertwende unseren Lesern zu: ein fröhliches Prosit Neujahr!“ Diese Botschaft der Deutschen Metallarbeiterzeitung vom Januar 1900 ist einmalig. In der Berichterstattung über den 50. Jahrestag der Gründung des Deutschen Gewerkschaftsbundes wenige Tage vor dem Ende des 20. Jahrhunderts dominierten die düsteren Prognosen: Bauernverbände des Industriezeitalters – von Zukunft keine Rede. Der radikale Perspektivenwechsel in den Jahrhundertbilanzen reflektiert die veränderten sozialen Verhältnisse: die „Wiederkehr der alten Monster“ heute – Arbeitslosigkeit, Armut, Krieg, Nationalismus – läßt Erinnerungen an das Zeitalter der Katastrophen (1914-1945) wach werden, während das Proletariat in der Belle Epoque (1896-1914) in einem kräftigen Wirtschaftsaufschwung (vergleichbar dem Golden Age nach dem Zweiten Weltkrieg) rasch an Zahl und Stärke zunahm. Zuversicht herrschte auch auf Seiten des Klassengegners: „Die politisch-militärischen und ökonomischen Fraktionen des herrschenden Blocks im Deutschen Reich blickten – mit Ausnahme der Großagrarien – optimistisch auf das kommende Jahrhundert. Sie erwarteten eine Fortsetzung des stürmischen industriekapitalistischen Aufschwungs.“ (70)

Doch heute wie damals bewegen sich

die dominanten ideologischen Strömungen in einem sehr fragilen Umfeld; die Fin-de-Siècle-Stimmungen der Stagnation, des Niedergangs, der Dekadenz der bürgerlichen Kultur waren nicht auf Fossile der alten Ordnung beschränkt. Durchbrochen wurde der Modernisierungsoptimismus von Proletariat und industrieller Bourgeoisie nicht nur durch die „Erschütterungen des bürgerlichen Weltbildes“, die Deppe anhand von Nietzsche, Bergson, Freud sowie des Marxismus beschreibt (109-129). Bereits im August 1914 brachen die Zukunftsentwürfe gleichsam mit dem Untergang der kämpfenden Klassen zusammen. Die Zäsur war eine doppelte: „das Ende einer Welt, die von der Bourgeoisie für die Bourgeoisie gemacht worden war“ (Hobsbawm zit. bei Deppe, 34) und das Ende der Arbeiterbewegung der II. Internationale: „Der Weltkrieg hat die Resultate der vierzigjährigen Arbeit des europäischen Sozialismus zunichte gemacht“ (R. Luxemburg, zit. bei Deppe, 128). Die Belle Epoque schien eine Phase der Ruhe und Stabilität zu sein, tatsächlich war es eine Zeit weitreichender Transformationsprozesse. Es markiert gerade die Stärke des Buches von Frank Deppe, die verschiedenen Ebenen, Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten des politischen Denkens in den Transformationsprozessen des frühen 20. Jahrhunderts aufgearbeitet und auf eine sehr überzeugende Weise dargestellt zu haben.

Deppes kritische Diskussion der Jahrhundertbilanzen läßt die Umwälzungen der Epoche deutlich werden. Dazu gehören in Stichworten: zum einen die Oktoberrevolution, die für

das 20. Jahrhundert den Stellenwert hat, der der französischen Revolution von 1789 für die Geschichte des 19. Jahrhunderts zukommt; zum anderen die Durchkapitalisierung der gesamten Gesellschaft als äußere und innere Landnahme, als imperialistische und sozialstaatliche Entwicklungsphase; die Durchsetzung des Primats der Innen- und dabei speziell der Wirtschafts- und Sozialpolitik nach dem Primat der Außenpolitik im 19. Jahrhundert; die Durchstaatlichung der kapitalistischen Gesellschaften, zunächst als Macht- und dann als Wohlfahrtsstaat und zugleich das Scheitern aller „Versuche, die Gesellschaft in ihren Grundstrukturen mittels staatlicher Macht verändern zu wollen“; die Umwälzung des Demokratiebegriffs im Zuge der Herausbildung und Pluralisierung der Zivilgesellschaft und damit der Entwicklung der Massenorganisationen und Massenmedien; die Wellen der Staatenbildung nach den beiden Weltkriegen. Alle diese Entwicklungsprozesse bilden sich bereits im Übergang ins 20. Jahrhundert heraus. Walter Rathenaus Formel „die Wirtschaft ist unser Schicksal“ ist der Schlüssel für das Verständnis unserer Epoche: „Die grundlegende Entwicklungstendenz dieses Jahrhunderts ... wird durch die Dynamik der Kapitalakkumulation bestimmt“ (37). „Der mit dieser Bewegung verbundene Begriff des Fortschritts ist 'eine moderne Kategorie, deren Erfahrungsgehalt und deren Erwartungsüberschuß vor dem 18. Jahrhundert noch nicht gegeben war'. Erst im 20. Jahrhundert wird der Fortschritt, der mit Wirtschaftswachstum, Produktivitätssprüngen, wissenschaftlich-

technischer Innovation usw. ineingesetzt wird, entfesselt.“ (44) Hier wird keinem kruden Ökonomismus das Wort geredet. Die zentrale Fragestellung lautet: In welchem Kontext vollzieht sich – im Übergang von der Großen Industrie zum Fordismus – die Herausbildung eines neuen Akkumulationsregimes, eben nicht nur als neue Qualität technologischer Innovationen, sondern wesentlich im Zuge der Durchsetzung einer neuen Regulationsweise als Resultat politisch-ideologischer Auseinandersetzungen. Hier wird deutlich, was Deppe unter „politischem Denken“ versteht. In ihm „reflektieren sich namentlich die beständigen Auseinandersetzungen um die Kohäsion von Akkumulationsregime und Regulationsweise, die keineswegs deterministisch vorgegeben ist, sondern sich stets im Ergebnis von sozialökonomischen, politischen und ideologischen Klassenausesetzungen herstellt.“ (37f.)

Nach der 1848er Revolution und der Entwicklung der Großen Industrie bis in die 1870er Jahre – eine Phase relativer Stabilität, in der der Klassenkonflikt auf dem Hintergrund der expansiven ökonomischen Entwicklung wenig politisiert war – tritt der Kapitalismus in eine Phase der Depression, die erst in den 90er Jahren überwunden wird. Hegemon des Weltwirtschaftssystems ist Großbritannien, aber die Dynamik der Entwicklung ist zugleich geprägt von der Industrialisierung des Deutschen Reichs und der Expansion des US-Kapitalismus. Neue Schlüsselindustrien (Chemie, Elektrotechnik etc.) kündigen die Herausbildung einer neuen Betriebsweise an; das alte Sy-

stem des Freihandels wird durch eine Politik des nationalen Protektionismus ersetzt. Im Inneren war das imperiale Zeitalter geprägt durch die Repression gegen die sich zu Massenbewegungen formierende sozialistische Arbeiterbewegung. „In der Verbindung von expansiver Außenpolitik und Machtstaatlichkeit im Inneren hatte sich ein politischer Diskurs durchgesetzt, der nicht länger von den harmonisierenden Prämissen des liberalen Denkens ('Nachtwächterstaat'...), sondern durch das sozialdarwinistische Deutungsmuster vom 'Survival of the Fittest', vom Überlebenskampf zwischen den Staaten, geprägt war.“ (131)

Deppe seziert das dieser Entwicklung entsprechende politische Denken anhand von Max Weber (Kapitel 3): der Analyse der Moderne als Rationalisierung, der Kritik des liberalen Fortschrittsoptimismus und Webers Bekenntnis zum nationalen Machtstaat und zu imperialistischer Machtpolitik. „Dieses Bewußtsein des Widerspruchs, der der Moderne immanent ist, reflektiert bei Weber zugleich jenen historischen Augenblick des Umschlages von der Ruhe der Belle Epoque bis zum Ersten Weltkrieg.“ (159) Die frühe Verarbeitung der Transformationsprozesse der bürgerlichen Gesellschaft ist der Hintergrund für die Weber-Renaissance in den Umbruchprozessen am Ende des 20. Jahrhunderts. Hinzu kommt die „cäsaristische Wendung der Führerauslese“ als Antwort auf die Krise der politischen Repräsentanz im Prozeß der „Massendemokratisierung“. „Wiederum wird deutlich, wie Weber – als Antwort auf die Erschütterungen seiner Zeit und

auf die Krise des Liberalismus – darum bemüht ist, Extreme gleichsam zusammenzuschweißen. Auf der einen Seite erkennt er die Notwendigkeit einer rationalen, bürokratischen Organisation in Wirtschaft und Staat an; auf der anderen Seite plädiert er für die großen charismatischen Führergestalten, die – indem sie das tägliche Plebiszit der Massenzustimmung von unten demagogisch geschickt inszenieren – der bürokratischen Erstarrung des gesellschaftlichen und politischen Lebens, damit der Zerstörung der Freiheit des Individuums, entgegenwirken.“ (172f.)

Eine weitere Linie der Verarbeitung der Krise des Liberalismus und des Einzugs der Massen in die Politik ist der Neomachiavellismus (Kapitel 4): Vilfredo Pareto als Theoretiker des Zeitalters der Katastrophen und George Sorel als Theoretiker des revolutionären Syndikalismus und der nationalen Rechten. „Es ist ihnen eigentümlich, daß sie in der sich deutlich abzeichnenden Auflösung des Liberalismus das Ende der Epoche sehen, die einst mit der Aufklärung begonnen hatte, um gegen 1870 einen letzten Höhepunkt zu erreichen. Es ist dabei gleichgültig, daß Sorel, im Gegensatz zu Pareto, den Niedergang des Liberalismus nicht bedauerte, sondern vielmehr begrüßte und zu beschleunigen suchte.“ (217)

Im Gegensatz dazu steht die politische Philosophie des amerikanischen Pragmatismus (Kapitel 5), die Horkheimer als Theorie der Geschäftskultur des US-Kapitalismus interpretierte, „in einer Periode, da Prosperität und Harmonie zwischen den sozialen Gruppen wie zwischen den Völkern vorzuliegen schienen und

keine größeren Katastrophen erwartet wurden“ (235), während Habermas das Erbe des Pragmatismus als „– neben Marx und Kierkegaard – dritte produktive Antwort auf Hegel verstanden (hatte), sozusagen der radikal-demokratische Zweig der Junghegelianer.“ (237) Beides ist einseitig, wenn man Deppe folgt und die sozialen Verhältnisse in Chicago als Laboratorium des gesellschaftlichen Umbruchs zum Fordismus, damit der Fundierung des „amerikanischen Zeitalters“ und einer Politik der Sozialreformen deutet (243) – wobei die Klassenverhältnisse als „systematische Schranke für die Realisierung demokratischer Kommunikationsgemeinschaften negiert“ wurden. (254)

Hervorragend ist das in der heutigen Zeit am kompliziertesten zu schreibende 6. Kapitel über „Imperialismus und Revolution: W.I. Lenin“. Zum einen, weil der Leitfaden lautet: „Dem Werk Lenins kann nur dann 'Gerechtigkeit widerfahren', wenn es im konkreten historischen Zusammenhang der Entwicklung des Marxismus und der Arbeiterbewegung zwischen 1890 und der revolutionären Konstellation am Ende des Ersten Weltkrieges interpretiert wird.“ (270) Zum andern, weil damit die Reichweite einiger der zentralen Beiträge Lenins zur Kapitalismusanalyse sehr kritisch diskutiert werden muß. Dies gilt nicht nur für die Parteikonzeption oder die Thesen zur Entwicklung von Alltagsbewußtsein, sondern gerade auch für die Imperialismustheorie. Sie ging davon aus, daß die Krisenpotentiale des Kapitalismus zwangsläufig in einem frühen Prozeß der Globalisierung eklatieren

mußten, da der Akkumulation im Inneren der Gesellschaft enge Schranken gesetzt seien. Doch anstelle des Eklatierens der Widersprüche imperialistischer äußerer Landnahme bildete sich die fordistische Betriebsweise heraus: „Der neue Wachstumsschub resultierte gerade aus der 'inneren Landnahme' (Lutz), d.h. aus der Massenproduktion von hochwertigen Konsumgütern, der enormen Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft, der Steigerung der Reallöhne und dem Ausbau des nationalen Wohlfahrtsstaates. Die Stabilität der Nachkriegsordnung beruhte gerade auf der Trennung der internationalen Regulationsformen von Handel und Geld, die durch die US-Hegemonie und die Rolle des Dollars als Weltgeld bestimmt wurden, und der relativen Autonomie der keynesianischen Wirtschafts- und Innenpolitik der kapitalistischen Industriestaaten.“ (315) Hinzu kommt die Fehleinschätzung der aus der inneren Landnahme resultierenden sozioökonomischen Strukturveränderungen (Strukturwandel, Zivilgesellschaft, „Kulturindustrie“), die nicht nur den Leninschen Parteitypus, sondern auch seine Analyse der Herrschaftskonzeptionen für den „Westen“ in Frage stellen.

Deppes Auseinandersetzung mit dem „Leninismus“ kann hier nur angedeutet werden – als Anreiz für die eigene Lektüre. Empfohlen werden muß auch das Kapitel über den anderen modernen „Staatengründer“, den ersten Präsidenten der Republik China: Sun Yat-sen (Kapitel 7). Der Hinweis kann aber zumindest deutlich machen, welche enorme Bandbreite des politischen Denkens in den

Anfängen des 20. Jahrhunderts Frank Deppe aufgearbeitet und mit enormen Kenntnissgewinn für die Leserin und den Leser verarbeitet hat.

„Wenn am Ende des Jahrhunderts dieses zu seinen Anfängen – zu den explosiven weltpolitischen Konfliktsituationen wie zu den ungelösten sozialökonomischen Problemen – zurückzukehren scheint, dann stellt sich die Frage nach dem Charakter seiner Entwicklung, nach den sozialen und politischen Triebkräften, die als Leitfaden für die Analyse der verschiedenen Formen des politischen Denkens dienen können.“ (33f.) – Auf diese Leitfrage gibt Deppe überzeugende Antworten.

Richard Detje

Deutsche Geschichte seit 1945

Georg Fülberth, Berlin-Bonn-Berlin. Deutsche Geschichte seit 1945, PapyRossa Verlag, Köln 1999, 315 S., DM 36,-.

Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen. Das Millennium naht und auch der Zusammenbruch der DDR jährt sich zum zehnten Mal. So verwundert es nicht, daß eine ganze Reihe von Autoren die Gelegenheit nutzt, um ihre Sicht der deutschen Geschichte in der zweiten Jahrhunderthälfte vorzustellen. Das Buch von Georg Fülberth reiht sich hier ein und unterscheidet sich doch von den meisten seiner Art. In Fülberths Sicht beispielsweise der DDR, die hier nicht nur die Funktion eines Schreck- und Gegenbildes zum 'Erfolgsmodell' Bundesrepublik zugewiesen be-

kommt, wird seine differenziertere Betrachtung deutlich.

Ausgangspunkt für Fülberths Darstellung ist die „neue Fassung der 'Deutschen Frage'“, wie sie sich nach 1945 stellte. Resultierte die alte „Deutsche Frage“ aus der Reichsgründung 1871 und der Stellung des Deutschen Reichs zu den übrigen europäischen Mächten, zusammengefaßt unter dem Stichwort des deutschen Sonderwegs, so konnte diese Frage 1945 zunächst als erledigt betrachtet werden. Die Antwort bestand nach zwei Kriegen und dem Völkermord in der Kontrolle dieses Staates durch die Siegermächte und die daraus resultierende Teilung.

Die neue Fassung der „Deutschen Frage“ bestand laut Fülberth nun darin, wie diese Teilung zu überwinden sei (15). Die Darstellung Fülberths zeichnet die Entwicklungstappen der Teilung und damit der beiden deutschen Staaten nach, um sie am Ende erneut mit der „Deutschen Frage“ zu konfrontieren. Nun, d.h. nach 1990, erscheinen beide deutsche Fragen beantwortet zu sein: Die Teilung ist überwunden und der „Sonderweg“ durch die „Verwestlichung“ verlassen, so zumindest in der Selbstwahrnehmung der Eliten. Fülberth widerspricht dieser Einschätzung nicht, aber er ergänzt sie um einen entscheidenden Tatbestand: Das vereinigte Deutschland hat weitgehend die hegemoniale Stellung erreicht, die mit den Kriegen 1914 und 1939 angestrebt wurde – jetzt jedoch nicht durch kriegserische Annexionen sondern durch ökonomische Potenz. Allerdings, und hier markiert Fülberth einen Unterschied zur historischen Ausgangssituation, muß die

politische Macht, die aus dieser Hegemonie erwächst, mit anderen Mächten innerhalb der EU geteilt werden (289).

Zwischen diese Reflexionen über die Veränderungen der deutschen Frage in diesem Jahrhundert stellt Fülberth die Geschichte der beiden deutschen Staaten zwischen 1945 (bzw. 1949) und 1989/90.

In der Entstehungsphase von BRD und DDR zwischen 1945 und 1949 geht Fülberth der Frage nach den Ursachen und Gründen der Teilung nach, wobei er auf der westlichen Seite die eindeutig treibenden Kräfte sieht. Nicht allein durch die Gegensätze der Besatzungsmächte, sondern auch „in den innenpolitischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen der Westzone selbst“ (18) bestanden Interessen, die die Zusammenarbeit mit der SBZ zu unterlaufen. Die Sowjetunion hatte zunächst allein aus ökonomischen Erwägungen (Reparationen) kein Interesse an einer Teilung.

Mit Blick auf die SBZ verdeutlicht Fülberth, wie aus dem spezifisch marxistischen Faschismusverständnis Eingriffe in die Besitzstrukturen erfolgten, ohne daß damit bereits eine ökonomische Festlegung verbunden gewesen sei (25 f.). Für Fülberth lag die deutschlandpolitische Initiative 1948/49 eindeutig auf westlicher Seite, wohingegen die Sowjetunion auf die Entwicklung reagierte – zunehmend, so Fülberth, nicht mehr stringent.

Der Weg in den Kalten Krieg, die Politik der Stärke im Westen, brachten im Osten eine innenpolitische Verhärtung hervor. Der daraus resul-

tierende Herrschaftstyp zu Beginn der 50er Jahre wird von Fülberth als stalinistisch definiert (69). Die Problematik des ungewollten Teilstaates und die fehlende Legitimation der von der Bevölkerung als Fremdherrschaft empfundenen Führung werden hier deutlich. Für die 60er Jahre macht Fülberth eine Veränderung aus, die Zustimmung zur DDR sei jedenfalls höher als zu Beginn gewesen.

Interessant in diesem Zusammenhang ist die These von einer „Staatsklasse“ der DDR, in der die wesentliche Stütze des Systems gesehen wird. Unterschieden wird diese „Staatsklasse“ von der Arbeiterklasse und Fülberth veranschlagt ihre Stärke auf „mehrere Millionen Mitglieder.“ „Zu ihr gehörten alle Personen, deren sozialer Status durch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und dessen bürokratische Verwaltung nicht nur objektiv gehoben wurde, sondern die auch bereit waren, aus Überzeugung und/oder zur Wahrung ihrer individuellen Interessen besondere Loyalitätsleistungen zu erbringen. Es handelt sich also um eine soziale und politische Kategorie.“ (128)

Die politischen Veränderungen und Transformationen sowohl in der DDR als auch in der BRD in den 60er und 70er Jahren werden ausführlich dargestellt und mit den ökonomischen Grundbedingungen verknüpft. So erscheint die politische Reformbewegung der 68er in der BRD im Zusammenhang mit ökonomischen Modernisierungsforderungen, ohne hierauf reduziert zu werden. Die sogenannte „Bewegungsphase“ der sozialliberalen Ko-

alition wird nur auf zwei Jahre datiert. Dann macht Fülberth Stagnation aus, die schließlich, mit dem von Hobsbawm so bezeichneten Ende des „golden age“ in der Mitte der 70er Jahre, zu einem neuen Typ kapitalistischer Akkumulation führt.

Auch für die DDR erscheint die ungelöste Frage der Ökonomie, hier vor allem die Frage nach der Planung und Leitung des wirtschaftlichen Prozesses, als Schlüsselereignis der weiteren Entwicklung. Laut Fülberth verzeichneten die realsozialistischen Staaten in der Mitte der 70er Jahre ihre größte internationale Anerkennung (vor allem die DDR) und gleichzeitig sei spätestens ab hier die Abstiegsphase auszumachen. Die ökonomischen Abhängigkeiten, verbunden mit der sich verändernden internationalen Situation hätten schließlich zu einer „Implosion“ der DDR geführt (252).

Deutlich wird noch einmal von Fülberth die Abhängigkeit der DDR von der Sowjetunion hervorgehoben. Als diese die DDR preisgab, war der Staat nicht mehr zu retten.

Fülberths Darstellung zeichnet sich vor allem durch ihren nüchternen und unaufgeregten Tonfall aus, der auch für die letzte Etappe der Entwicklung, bis in die unmittelbare Gegenwart, durchgehalten wird. Die Einbeziehung der internationalen Situation und die Anführung und Erörterung wichtiger ökonomischer Grunddaten für jeden Abschnitt der Entwicklung beider deutscher Staaten bieten dem Leser reichhaltige Informationsmöglichkeiten, so daß tatsächlich von einem Handbuch zur deutschen Geschichte nach 1945 ge-

sprochen werden kann. Dem dient auch die Zeittafel am Ende. Vielleicht hätten ein Abschnitt mit politischen und ökonomischen Grunddaten am Ende und ein Sachregister den Handbuchcharakter noch verbessern können.

Gerd Wiegel

Solidarität mit Heinz Dürrbeck

Edith Grosspietsch und Georg Benz (Hrsg.), Wissen, um zu handeln. Ein Buch der Solidarität mit Heinz Dürrbeck, Steidl Verlag, Göttingen 1998, DM 18,80.

Zivilcourage und den Mut, Justizskandale und Klassenjustiz ebenso beim Namen zu nennen wie verpasste Chancen der deutschen Gewerkschaftsbewegung und Kungeleien in deren Vorstandsetagen: Das gibt es noch, auch wenn Hans Preiss, einer der Autoren dieses Buches, die „politische und gesellschaftliche Desorientierung eines Großteils der Arbeitnehmer“ (194) und - muss man wohl hinzufügen - ihrer Gewerkschaften beklagt.

Bei der Lektüre des von Edith Grosspietsch und Georg Benz herausgegebenen Buches der Solidarität mit Heinz Dürrbeck, bei dem allerdings der 'mainstream' der deutschen Gewerkschaften durch vornehme Zurückhaltung glänzt, zeigen sich - in der Person Heinz Dürrbecks und mehr noch in seinem Lebens- und Leidenslauf wie auch in der Kontinuität seiner politischen Verfolgung - Macht und Ohnmacht der deutschen Gewerkschaftsbewegung im 20.

Jahrhundert. Um so mehr ehrt es die Autoren des Sammelbandes, dass sie in einer Vielzahl von Beiträgen ihre Solidarität mit Heinz Dürrbeck bekunden, Zeugnis für ihn und sein Leben ablegen und so das Ihre tun, „um den Prozess der politischen Rehabilitierung von Heinz Dürrbeck zu beschleunigen“ (8).

Drei Verhaftungen (1933 durch die SA, 1975 in seiner Frankfurter Wohnung und 1994 an der deutsch-österreichischen Grenze) stehen als Marksteine in Heinz Dürrbecks Leben und sind in der bisherigen deutschen Geschichte durchaus exemplarisch für viele aufrechte Gewerkschafter. Der Spionage-Vorwurf, 1975 wie 1994 erhoben, beruht - so das Resümee des Mitherausgebers Georg Benz in seinem Beitrag „Heinz Dürrbeck - Ein Opfer des Kalten Krieges“ - nicht auf Tatsachen. „Der Staatsanwalt konstruiert seine Anklage aus einem dubiosen Stasipapier und Protokollen aus dem Jahr 1964, die wir nur als Konglomerat aus Phantasieprodukten und Verleumdungen bezeichnen können.“ (61)

Wegbegleiter von Heinz Dürrbeck beziehen mit dem vorliegenden Buch „Stellung in diesem Justizskandal“ (8) und lösen damit ein, was IG Metall-Vorstandsmitglied Gabriele Ritter 1996 bereits vom IG Metall-Vorstand verlangt hatte. Zwei Interviews mit Heinz Dürrbeck aus den letzten Jahren (1992 und 1997, jeweils in Budapest, seinem Exil-Wohnort) zeigen einen Menschen, der nicht gebrochen wurde, der jedoch freimütig eingesteht: „Ich bin mit meiner Bildungsarbeit gescheitert, weil ich die Zahl der Gegner, die

ich mir dadurch geschaffen habe, nicht richtig eingeschätzt habe.“ (94) Zu Recht weist Hans Preiss („Kämpfe und Kampagnen 1972 bis 1989“) darauf hin, dass das seit 1994 vorliegende Papier der Abteilung Grundsatzfragen beim IG Metall-Vorstand mit dem Titel 'Reform und Erneuerung in der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit in der IG Metall', das ein völlig anderes, sozialpartnerschaftliches Verständnis von Bildungsarbeit postuliert, Heinz Dürrbecks Arbeit endgültig erledigen wollte.

Heinz Dürrbeck, 1912 in Stuttgart geboren, in Hannover aufgewachsen, gelernter Tischler und Schlosser, während der Weimarer Republik zur Arbeiterbewegung gestoßen, Betriebsratsvorsitzender in einem Elektrobetrieb in Hannover, wo er - wie der heutige IG Metall-Vize Jürgen Peters unter dem Titel „Bildung im NETZWERK“ schreibt - „viele Impulse gesetzt“ (309) hat, war von 1954 bis zu seinem Ausscheiden 1977 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, von 1962 bis 1972 zuständig für Bildungsarbeit. Das Bildungszentrum Sprockhövel, die - wie zwei ihrer Leiter schreiben - „in der Gewerkschaftswelt wohl imponierendste Bildungseinrichtung“ (207), wäre ohne ihn wohl nicht verwirklicht worden.

Aber nicht nur das äußere Zeichen Sprockhövel, vielmehr die intensive Ausweitung gewerkschaftlicher Bildungsarbeit (so stiegen die Teilnahmezahlen von 2.975 im Jahr 1962 auf 17.036 im Jahr 1972, als dieser Geschäftsbereich im IG Metall-Vorstand an Hans Preiss übergang), die Verbindung von gewerkschaftlicher Bildung und Wissenschaft, die

Veränderung der vorherigen 'Schulungen' zu erfahrungsbezogener Aktivierung und Beteiligung der Teilnehmenden wie auch die Handlungsorientierung seiner Bildungskonzeption, die in zahlreichen Beiträgen dieses Buches aufgegriffen wird, belegen das erfolgreiche und über sein Ausscheiden aus dem Gewerkschaftsapparat hinausreichende Wirken von Heinz Dürrbeck - und relativieren das von ihm selbst diagnostizierte Scheitern seiner Bildungsarbeit. Er hat umgesetzt, was eine Entschließung des 15. ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall 1986 fordern sollte, „daß wir handelnd in den Gang der Geschichte eingreifen können und müssen“.¹ Für ihn war gewerkschaftliche Bildungsarbeit - was die IG Metall einst in ihren Thesen postulierte - „Zweckbildung für die sozialen Auseinandersetzungen und kein Befriedungs- und Anpassungsinstrument“ (199).

Dass Bildungsarbeit, die gewerkschaftliches Bewusstsein stärken will und Gewerkschaft als Gegenmacht begreift, vor allem beim Gegner auf Widerstand stößt, hatte bereits Viktor Agartz in der Bundesrepublik erfahren müssen. Auch gegen ihn war - nach seinem Hauptreferat auf dem 3. DGB-Kongress 1954 und dem folgenden „Richtungsstreit über Grundsatzzfragen der Einheitsgewerkschaft“ (39) - die Keule des 'Landesverrats' geschwungen und ein entsprechender Prozess entfesselt worden, der jedoch dank vielfältiger Solidarität und auch dank seiner Anwälte Gustav Heine mann und Diether Posser mit einem Freispruch endete.

Heinz Dürrbeck sah und sieht sich dem gleichen Vorwurf ausgesetzt.

Bereits in den siebziger Jahren und jetzt erneut wird ihm, obwohl nie etwas bewiesen wurde, 'geheimdienstliche Tätigkeit' vorgeworfen. Überzeugend widerlegt Georg Benz in seinem Beitrag die haltlosen Anschuldigungen der Justiz gegen Heinz Dürrbeck. Dessen erneute Verhaftung und politische Verfolgung wird mit einem „Vermerk eines Unbekannten aus den umfangreichen MfS-Unterlagen bei der Gauck-Behörde“ (55) begründet, der zwar keine Unterschrift und keinen Adressaten kennt, aber erneut die bereits 1964 widerlegte Behauptung auf-tischt, Heinz Dürrbeck habe an der seinerzeitigen Entführung von Heinz Brandt nach Ostberlin mitgewirkt. Auch hier liefern die Ausführungen von Georg Benz, selbst jahrelang IG Metall-Vorstandsmitglied und Zeitzeuge der Geschichte, ausreichend Material und Belege, um die „Haltlosigkeit“ (62) auch der erneuten Anklage zu erweisen.

Heinz Dürrbeck: Opfer von Zuständen, in denen „Angriffe auf die sozialen und politischen Rechte ... zum Wesen kapitalorientierter Politik von Anfang an gehören“², aber auch Opfer - um die Worte des ehemaligen IG-Metall-Vorstandsmitglieds Heinz Preiss noch einmal zu benutzen - der „zunehmenden Anpassung an die Parteien, Arbeitgeber und ihre Verbände“ (202).

Heinz Dürrbecks Mahnung in der Broschüre zur Eröffnungsfeier von Sprockhövel sollte auch heute noch eine Forderung an die Adresse der an gewerkschaftlicher Bildungsarbeit Interessierten sein: „Ziel gewerkschaftlicher Bildung ist es, den abhängig Beschäftigten ihre Lage unter

den Bedingungen kapitalistischer Wirtschaft und Gesellschaft erkennbar zu machen und den gemeinsamen Weg zur Veränderung dieser Lage zu verdeutlichen. So gesehen, versteht sich gewerkschaftliche Bildung über die Aufgabe der Schulung zur effektiven Interessenvertretung hinaus erstrangig als gesellschaftspolitische Aufklärung und Bewusstseinsbildung.“ (212 und 214)

¹ Entschließung Nr. 20 des 15. Ordentlichen Gewerkschaftstages der IG Metall 1986.

² Ebd.

Friedrich Sendelbeck

DDR - eine abgebrochene Revolution

Stefan Bollinger, 1989 - Eine abgebrochene Revolution. Verbaute Wege nicht nur zu einer besseren DDR, trafo Verlag Dr. Wolfgang Weist, Berlin 1999, 345 S. (Gesellschaft - Geschichte - Gegenwart. Schriftenreihe des Vereins „Gesellschaftswissenschaftliches Forum e. V.“, Berlin, Bd. 17).

Der Verfasser will mit seiner Studie „eine problemorientierte Sicht auf die Ereignisse 1989/90 einschließlich ihrer nahen (1985/89) und fernen (1953, 1961, 1968) krisenhaften Vorgeschichte geben. Sie wird die begrenzte und untaugliche Rolle der staatssozialistischen Krisenregulierungsmechanismen aufzeigen. Dabei werden kritisch die Reformgeschichte des Staatssozialismus ebenso wie die gewollten und ungewollten Wirkungen der Perestroika gewürdigt.“ (S. 16) Damit ist aber noch

nicht das ganze Anliegen des Buches erfaßt. Man muß drei Gesichtspunkte hinzufügen: Bollinger bietet eine revolutionstheoretische Analyse der betreffenden Umbruchsprozesse, die sich durch eine gewisse Originalität auszeichnet; er rekonstruiert den historischen Verlauf der Ereignisse unter Bezugnahme auf die zahlreich vorliegende Literatur und auf neuerschlossene Quellen; und er will sich mit der „etablierten Geschichtswissenschaft (und das ist vornehmlich die des siegreichen Westens)“ auseinandersetzen, vor allem mit deren vorherrschendem Versuch, „sich irgendwie des Phänomens des Realsozialismus, dieser ‚Fußnote der deutschen Geschichte‘ (Stefan Heym) mehr oder minder elegant zu entledigen, indem erneut Etiketten verteilt werden“ (S. 24). Er begründet auch seinen konträren Standpunkt hierzu: „Was heute unternommen wird, um den Staatssozialismus postmortal als von Anfang an destruktiv, totalitär und inhuman zu diskreditieren, gerät letztlich zur Rechtfertigung des deutschen Faschismus und zur Verurteilung aller Versuche, z. B. der ‚neuen Ostpolitik‘, das Zusammenleben der beiden verfeindeten Gesellschaftssysteme friedlich und kooperativ zu gestalten.“ (S. 26) Zu diesem Zweck werde die „Geschichte von ihrem vermeintlichen Ende her“ umgeschrieben und die DDR aus dem Geflecht der wechselseitigen Beziehungen der beiden deutschen Nachkriegsstaaten herausgelöst, während er selbst bemüht ist, den Entwicklungsprozeß in seiner tatsächlichen historischen Abfolge und seinem äußeren Bedingungsgefüge darzustellen und zu beurteilen.

Für diese anspruchsvollen Aufgaben, denen sich Bollinger mit seiner Arbeit stellt, erweist er sich durchaus kompetent und sachkundig. Als Philosoph, Politikwissenschaftler und Historiker, mit dem Ende der DDR wie viele andere „abgewickelt“, hat er sich schon früher mit „krisen- und konflikttheoretischen Fragen“ der Geschichte des Sozialismus beschäftigt. Insofern liegt im Buch mit seiner Kombination von geschichtswissenschaftlicher und theoretisch-politologischer Herangehensweise das Hauptgewicht auf letzterem.

Buchtitel und Kapiteileinteilung reflektieren bereits das Konzept und den prosozialistischen politischen Standort des Verfassers, die er durchgängig und vielseitig zu begründen sucht. In folgender Struktur werden die Probleme behandelt: Vom schwierigen Umgang mit der Geschichte; Das Volk sucht einen Ausweg; Revolution oder Konterrevolution; Die Keime des Rückschlags; Die verlorene emanzipatorische Chance des Herbstes 1989; Eine verkaufte Revolution?

Für ihn war die Entwicklung der DDR kein „Nebenstrang“ deutscher Geschichte, währenddessen die der BRD somit den Hauptstrang verkörpert hätte. Er weist darauf hin, daß beide Staaten erstens als „Ergebnis der faschistischen Niederlage im 2. Weltkrieg und des Kalten Krieges“ entstanden und sie „teilweise idealtypisch die sich konträr weltweit gegenüberstehenden Gesellschaftssysteme“ verkörpert, zweitens „in den Traditionslinien der bisherigen deutschen Geschichte und der innenpolitischen Auseinandersetzungen,

wie sie besonders in der Weimarer Republik und im Kampf gegen den Faschismus bestimmend waren“, standen, drittens - „eingebunden in das jeweils eigene Blocksystem... - auch die Rolle des jeweiligen, durchaus musterschülerhaften Juniorpartners der eigenen Führungsmacht“ spielten, viertens „sich beide Staaten jeweils aus der Feindschaft zum anderen System“ legitimierten. Fünftens „waren wesentliche innenpolitische Entscheidungen hinsichtlich der Entwicklung des Lebensstandards und der sozialen Absicherung der Arbeiter und Angestellten von der Wahrnehmung der anderen Seite“ determiniert. Beide deutsche Staaten haben demnach gleichermaßen „den Hauptstrom deutscher Geschichte“ repräsentiert. (S. 38 f.)

Im Mittelpunkt seines Buches steht die Erkundung der Umstände, der Ursachen und des Charakters der Umbrüche von 1989-90, die dazu führten, daß aus den beiden Entwicklungssträngen des Hauptstroms deutscher Geschichte wieder nur ein Strang wurde, zumal dies nicht infolge von Verschmelzung, sondern infolge der Selbstaufhebung des östlichen Strangs geschah. Zu diesem Zweck untersucht er die innere Dynamik der realsozialistischen Entwicklung mit ihren teils genetisch, teils durch vermeidbare krisenhafte Erschütterungen bedingten Defiziten, die letztlich zu diesem Ergebnis führten. Unter der Rubrik „Die ausgefallene 3. Revolution“ bezeichnet Bollinger das, „was in Berlin und im ganzen Ostblock 1989/90 geschah... [als] Höhepunkt und zugleich Endpunkt einer Bewegung und eines Kampfes, der eigentlich zur Ver-

wirklichung einer Gesellschaft der Gleichen und Freien führen sollte. Er endete mit einem weitgehenden Verzicht auf dieses soziale Ziel...“ (S. 158) Im historischen Rekurs geht er auf die Krisen ein, die seit der Oktoberrevolution nach und nach zur Selbsterstörung geführt hätten, im wesentlichen „dem Verlust demokratischer Potenzen und damit an Legitimität“ sowie dem Mangel einer den Erfordernissen entsprechenden „Sozialismuskonzeption“ geschuldet gewesen wären (S. 160 f.). Die Begründung dieser These findet sich an verschiedenen Stellen und in unterschiedlichem Zusammenhang des Buches. So wendet er sich gegen die Abstempelung der DDR als totalitär. Es sei zwar richtig, „daß sich die staatssozialistischen Gesellschaften weit von ihren ursprünglichen Idealen entfernt hatten. Gleichzeitig blieb in ihnen stets der eigentliche Anspruch einer sozial gerechten, demokratischen, ausbeutungs- und unterdrückungsfreien Gesellschaft am Leben.“ Und diese Ideale hätten trotz mancherlei Verletzungen „über lange Zeit Menschen aller Altersgruppen zu gesellschaftlichem Handeln“ motiviert. Hierin habe ein wesentlicher Grund für die relativ lange Stabilität der DDR bestanden (S. 43). Doch letztlich vermochten die realsozialistischen Gesellschaften keine „wirkliche Alternative zum bestehenden kapitalistischen und industrialisierten Westen“ zu realisieren, da bei allen anerkennenswerten sozialen Leistungen und beibehaltenen Idealen wichtige zivilisatorische und zivilgesellschaftliche Errungenschaften, die nicht nur „bürgerliche Staffage“ sind, mißachtet wurden, wie z. B. „demo-

kratische Teilhabe, Individualität, persönliche Rechte und Freiheiten, Offenheit für Diskussion und Meinungsstreit, Toleranz“ (S. 155ff.). Der Verfasser betrachtet gewisse Defizite, die er benennt, unter dem Gesichtspunkt ihres Ursprungs, d. h. der Tatsache, daß „die sich sozialistisch gebenden Revolutionen nur in den unterentwickelten Regionen“ stattfanden, sowie des Unvermögens, sie im Verlaufe der Entwicklung klar zu erkennen und zu überwinden. Dies wiederum hing auch mit einem anderen Unvermögen der Führungen in den sozialistischen Ländern und dem Fehlen entsprechender institutioneller Mechanismen zusammen, in Anbetracht unterschiedlicher Interessen und denkbarer politischer und sozialer Bewegungen innerhalb dieser Gesellschaften nämlich „die Widersprüche und Konflikte politisch auszutragen und zu beherrschen“ (S. 206).

Das Ergebnis des Dilemmas zwischen richtigem Anspruch und Ideal einerseits und mißlicher Realität andererseits bestand schließlich in einer innenpolitischen Destabilisierung, und zwar auf zweierlei Weise: Zum einen geschah im Herbst 1989 „das Unglaubliche. Eine uneingeschränkt herrschende Partei, die sich auf einen Respekt gebietenden Apparat auch gewaltsamer Machtausübung stützen konnte, wurde innerhalb weniger Wochen paralysiert, hinweggefegt, teilweise umfunktioniert“. (S. 204) Die Masse der Parteimitgliedschaft war zu großen Teilen in Resignation verfallen und dem Parteiapparat, der unglaublich und konzeptionslos geworden war, entglitten. Der sodann Ende 1989 in der SED sich vollziehende Wandel sei zu spät ge-

kommen. Zum anderen hatte sich eine starke innergesellschaftliche Opposition formiert, die auf gesellschaftlichen Wandel drängte, und zwar im Sinne einer Reformierung der sozialistischen Ordnung zwecks Beibehaltung „einer eigenständigen sozialistischen DDR“ bis hin zum März 1990. Daß die DDR-Opposition noch „bis fünf nach Zwölf“ an der sozialistischen Option festhielt, bezeichnet der Verfasser - im Vergleich mit den anderen osteuropäischen Ländern - als Besonderheit (S. 92).

Rolle, Selbstverständnis und Zielvorstellung aller jener Kräfte, die im Herbst 1989 in der DDR einen Wandel für notwendig ansahen und auf ihn hinarbeiteten, sind für Bollinger die Grundlage für seine revolutionstheoretischen Überlegungen. Auf seine Weise greift er in die kontrovers geführte Diskussion und Bewertung der Vorgänge zwischen dem Herbst 1989 und dem Herbst 1990 ein: ob es sich um eine Revolution, um eine Konterrevolution oder um keins von beiden gehandelt habe. Er wendet den Revolutionsbegriff partiell an, indem er sich an Manfred Kossoks Urteil anlehnt. Dieser hatte bekanntlich von einer „Oktober- und Novemberrevolution“ 1989 gesprochen, die sich *innerhalb* der sozialistischen Gesellschaft vollzogen hätte, um aus einer unbewältigten Krise heraus lange angestaute Widersprüche zu einer Lösung zu bringen. Und diese *Herbstrevolution* sei „stecken geblieben“, indem bereits zum Jahresende 1989 „die Optionen der revolutionären Wende ausgeschöpft“ waren, sich eine „Wende in der Wende“ vollzogen hätte (S. 111f.).

Nach einer ausführlichen Analyse und Darstellung der Entwicklung resümiert Bollinger seine Einschätzung, indem er folgende Entwicklungsetappen skizziert: 1. Die lange schwelende akute Krise führte nach den „gefälschten Kommunalwahlen“ vom 7. Mai 1989 zum Durchbruch der Massenproteste mit der Leipziger Demonstration am 9. Oktober und zum „Ausbruch einer revolutionären Krise“; 2. Bis zur Maueröffnung am 9. November habe „die revolutionäre Phase mit Sturz der alten SED-Führung, Etablierung neuer politischer Strukturen und einer neuen politischen Kultur mit dem Ziel der Erneuerung des Sozialismus“ gedauert; 3. Den 9. November bezeichnet Bollinger als „Thermidor“ der Revolution, verbunden mit „dem Verlust der Initiative durch die Bürgerbewegungen... unter dem stärker werdenden Druck zur Wiedervereinigung und bei offener Einmischung der Bundesrepublik“; 4. „Kapitulation der Modrow-Regierung vor diesem Druck“ und deren Orientierung auf die „Herstellung der Einheit“. Die Wahlentscheidung vom 18. März 1990 bot der neuen Regierung das „Mandat für Verhandlungen... mit der Bundesregierung für den überstürzten Vollzug der Einheit“; 5. „Seit dem 1. Juli 1990 vollzog sich die Entwicklung in der DDR faktisch als die in einer besonderen Region der Bundesrepublik“. (S. 310)

Zur Erläuterung hat Bollinger bereits am Anfang seines Buches auf zwei Aspekte hingewiesen, die hier zu nennen sind: „Rasch zeigte sich, daß die gerade mündig gewordenen Bürger wieder Angst vor der eigenen Courage bekamen. Auch sie 'verab-

schiedeten' sich nun mehrheitlich aus ihrer Revolution und delegierten die Verantwortung an eine 'fremde' Macht.“ Hier ist allerdings zu ergänzen, daß diese errungene Mündigkeit ebenso rasch wieder in Frage gestellt wurde, da die alten und die neuen Bundesbürger - infolge existentieller Zwänge unter der Diktatur der Ökonomie, des Geldes, der Unsicherheit des Arbeitsplatzes und der Zukunftschancen - in vielerlei Hinsicht kaum weniger unmündig waren bzw. sind als die damaligen DDR-Bürger - unter den sozialistischen *diktatorischen* Machtverhältnissen. Der zweite an dieser Stelle genannte Aspekt betrifft die Tatsache, daß „der Verlauf der Ereignisse zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990 im Osten Deutschlands... nur ein - wenn auch wichtiger - Teil eines weltweiten Umbruchs der ökonomischen, politischen und schließlich sozialen Verhältnisse“ war (S. 10). Daraus läßt sich schließen, daß selbst eine vorbildlich gestaltete DDR den Zusammenbruch ihrer verbündeten östlichen Nachbarländer nicht überlebt hätte.

Da der Zusammenhang zur Gorbatschowschen Perestroika und zu deren Scheitern offenkundig ist, geht Bollinger selbstverständlich auch auf ihre Einwirkung auf die DDR sowie auf die Gegenreaktion der SED-Führung ein. Er spricht von dem „Perestroika-Syndrom“ dem keine geschlossene konstruktive Konzeption zugrunde lag, sowie davon, daß die DDR-Führung die Notwendigkeit von Perestroika generell nicht begriff. Hinzu kam, daß die neue sowjetische Führung ihrerseits zum einen zunächst jegliche vom sowjeti-

schen Sozialismusmodell abweichende DDR-Praxis sowie alle eigenständigen Schritte der DDR im Verhältnis zur Bundesrepublik in Richtung Verständigung und Zusammenarbeit beargwöhnte und sie auch unter Gorbatschow weiterhin die Kontrolle über die Politik der DDR beanspruchte, und daß zum anderen Moskau jedoch sehr bald ohne Einbeziehung und unter Mißachtung der Interessen der DDR sowie „ohne vorher ausgehandelten Gegenpreis eine Grundsatzentscheidung getroffen [hat], die von Bonn mit minimalen Zugeständnissen bezahlt werden mußte“. (S. 229) Die neue DDR-Regierung war seit Frühjahr 1990 auch für die UdSSR nur noch Objekt von Verhandlungen, die BRD-Regierung hingegen alleiniger Ansprech- und Verhandlungspartner.

Keineswegs kann man allerdings Gorbatschow den Zusammenbruch der DDR anlasten. Dennoch, so meint Bollinger, fällt es in der Tat schwer, „den realen Sinneswandel in Moskau [im Verhältnis zur DDR] nachzuvollziehen“ (S. 223). Für das Gorbatschowsche gemeinsame europäische Haus galt die DDR aufgrund ihrer Schwäche als „potentieller Störfaktor“ (S. 221). An dieser Stelle hätte sich angeboten, die Fehlkalkulation der sowjetischen Führung zu veranschaulichen, die darin bestand, daß man mit der DDR nicht einen Ballast für die Perestroika loswurde, sondern einen für die Perestroika entscheidenden Wirtschaftspartner, den die bevorzugte BRD nicht ausglich, sowie einen strategischen Vorposten, dessen Verlust die internationale Sicherheit der UdSSR erheblich beeinträchtigte und letztlich zu ihrer

inneren Destabilisierung beitrug. Bollinger beendet seine Untersuchung mit der Frage, was die Einheit den Menschen der ehemaligen DDR bringt und was ihnen verloren ging. „Der Zugewinn an materiellen Gütern, politischen Freiheiten, Selbstverwirklichung und Demokratie wird vergällt durch die Zerstörung zwischenmenschlicher Beziehungen, sozialer Unsicherheit, Massenarbeitslosigkeit, Egoismus und eine sozialreaktionäre Infragestellung nicht nur des Sozialismus, sondern der Leistungen des ganzen ‚sozialdemokratischen Jahrhunderts‘.“ (S. 309) Positiv bewertet er u. a., daß mit der Herstellung der Einheit „auch ein Ziel der Arbeiterbewegung erfüllt“ wurde, deren Vorstellungen ein deutscher Einheitsstaat entsprach und entspricht. Zu den wesentlichen Erfahrungen gehöre auch die Tatsache, daß die Bürgerbewegungen mit ihren Aktivitäten in der Lage seien, „Machtstrukturen eines scheinbar stabilen Staates zu erschüttern“. Ein „interessantes Resultat der Formierung postkommunistischer linker politischer Kräfte“ sei die Transformation der SED, einer „strikt ‚marxistisch-leninistischen‘ Partei zu einer moderaten, demokratisch-sozialistischen Strömungspartei“ (S. 314 ff.).

Gewisse Leistungen und sozio-kulturelle Errungenschaften würden, so konstatiert Bollinger, als „Mahnung und Alternativansprüche“ den Untergang der DDR überdauern, so die „Durchbrechung sozialer Schranken für Bildung und Kultur; weitgehend unentgeltliche Gesundheitsfürsorge; Garantie bescheidener Mindestsicherungen für jene, die nicht produktiv arbeiten (Rentner, Stu-

denten, Pflegebedürftige); Sicherung von Arbeit und damit sozialer Unabhängigkeit; potentielle materielle und rechtliche Gleichstellung der Frau sowie ihr Selbstbestimmungsrecht gegenüber dem ungeborenen Leben; weitgehende Abwesenheit von Wegwerfmentalität für materielle Konsumgüter; schließlich die demokratische Mitwirkung im Arbeitsprozeß oder bei Konfliktbeilegung in Wohngemeinschaften und Arbeitskollektiven; Dauerhaftigkeit genossenschaftlichen Eigentums“ (S. 317).

Sein Fazit: Es handele sich um „Leistungen und Resultate der auf den Sozialismus gerichteten sozialen Bewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung, sowie des Staatssozialismus. Sie sind Erfahrungen und Beispiele für künftige Alternativen.“ (S. 318)

Zum Schluß verlangt der durchweg und unreflektiert gebrauchte, einer unter Linken inzwischen verbreiteten Sprachregelung entnommene Terminus „Staatssozialismus“ und „staatssozialistisch“ einen kritischen Einwand. Er soll zum Ausdruck bringen, daß der ganze gesellschaftliche Organismus im „realen Sozialismus“ „verstaatlicht“, d. h. dem Staat untergeordnet und demnach eine sozialistische „Zivilgesellschaft“ nicht ausreichend ausgebildet und funktionsfähig war. Diesen realen Tatbestand erfaßt man aber nicht mit dieser Etikettierung; er verlangt vielmehr eine der Begrifflichkeit entsprechende Definition, die Bollinger nicht bietet. Andernfalls kann man, eben im Hinblick auf künftige sozialistische Alternativkonzepte, für die Bollinger selbst einsteht, aus dieser Terminologie im Sinne des traditio-

nellen politischen Anarchismus folgen, daß sozialer Fortschritt, daß Alternativen zum Kapitalismus und eine sozialistische Perspektive generell ohne angemessene Rolle und Funktion einer Staatlichkeit realisierbar seien bzw. zu realisieren wären.

Harald Neubert

Biographie eines davongekommenen Kriegsverbrechers

Rolf-Dieter Müller, *Der Manager der Kriegswirtschaft – Hans Kehr: Ein Unternehmer in der Politik des „Dritten Reiches“*. Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte – Neue Folge, hrsg. v. Gerhard Hirschfeld, Bd. 9, Klartext-Verlag, Essen 1999, 188 S. & 12 Din A 5-Seiten mit nachgelieferten Anmerkungen, DM 38,-.

Mit Fußnote 141 auf Seite 84 endet der Apparat; die folgenden 95 Textseiten sind anmerkungslos. Eine peinliche Insuffizienz bei einem Buch, das in der Reihe *Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte* erschienen ist. Fragt man beim Klartext-Verlag nach der Anamnese dieser Magersucht, erfährt man, bei der Übertragung von Festplatte auf Diskette habe der Computer die fehlenden Fußnoten verschluckt. Niemand in Lektorat oder Herstellung hat das Manko bemerkt. Es wurde erst auffällig, als sich düpiert fühlende Leser anriefen. Anstatt den mißratenen Band einzustampfen und einen makellosen zu drucken, bekommt, wer sich beschwert, drei doppelseitig bedruckte Din A4-Blätter übersandt.

Sie enthalten nicht die unterdrückten Fußnoten, sondern Quellenhinweise zu einzelnen Seiten, denn die Fußnotenzahlen im Text hat die gefräßige Maschine gleichfalls gelöscht.

Der Verfasser dieser kuriosen Mängelware ist der Potsdamer Militärhistoriker Rolf-Dieter Müller. Seine Monographie wirft diffuses Licht auf Leben und Untaten Hans Kehrls, eines maßlos ehrgeizigen, gewissenlosen NS-Wirtschaftsplanungstäters. Als Unternehmer – Erbe der großväterlichen Textilfabrik – hatte er versagt, wie Müller meint, weil „ihm der eigentliche ‚Biß zum Geldverdienen‘ fehlte.“ Um seinen „unstillbaren Drang, Verantwortung zu übernehmen und führen zu wollen,“ (21) dennoch auszuleben, trat Kehr 1933 der NSDAP bei (28) und boxte sich flink bis in die obersten Ränge der Kriegsverbrecher hinauf.

Im Wilhelmstraßenprozeß zu nur 15 Jahren Haft verurteilt, wurde Kehr schon nach einem Jahr entlassen. Er bereute nichts, wendete sich zum SPD-Genossen und diente – wie einst dem „Führer“ – nun in amtlichen wie privaten Funktionen dem Nachkriegswirtschaftswunder, u.a. als Reorganisator der IMBAU, einer Tochter des Baukonzerns Philipp Holzmann, als Mitglied einer „Enquête-Kommission zur Konzentration der Wirtschaft“, als Berater des als Kriegsverbrecher verurteilten Großkapitalisten Friedrich Flick und des Bundesfinanzministers Helmut Schmidt (167-173).

Zuerst erwarb sich Hans Kehr als „Scharfmacher“ (29) in seiner Branche Verdienste um das Autarkiestreben der devisenarmen Nazis. 1936

„veranlaßte“ er mehrere „mittelständische Textilbetriebe“, zur Eigenversorgung gemeinsam „vier neue Werke“ zur Zellwolle- und Kunstseideproduktion zu gründen. Sich selbst lancierte er in deren Aufsichtsräte (40). Das lenkte Görings Feldherrnblick auf den „genialen Schöpfer der deutschen Zellwolle“ (50). Der Reichsmarschall befahl den „Textilpapst“ Kehl (50) als Leiter des Textilverferats in die Vierjahresplanbehörde und räumte ihm größte „Ellbogenfreiheit“ ein (42).

Mit Hilfe der „Reichskleiderkarte“ steuerte Kehl ab Kriegsbeginn Textilverbrauch und -fertigung. „Um die individuelle Kaufentscheidung in den Produktionsplan einbinden zu können, griff er auf die Methoden des amerikanischen Gallup-Instituts [...] zurück und startete umfassende Repräsentativbefragungen bei den Einzelhändlern. [Die] einlaufenden Daten [ließ er] durch das damals modernste Hollerith-Verfahren“ erfassen, würdigt der geblendete Biograph Müller seinen Helden. „Kehl leistete damit bahnbrechende Vorarbeiten für eine staatliche Wirtschaftssteuerung“ (64).

Da Kehl – seinem „Führer“ hündisch ergeben – seine Ellbogen stets „pflichtbewußt“ einsetzte, wurde er 1938 zum „Generalreferenten für Sonderaufgaben“ im Reichswirtschaftsministerium befördert (47). Von dieser Machtposition aus betrieb er nach dem „Anschluß“ Österreichs die „reibungslose Eingliederung der österreichischen Wirtschaft. [...] Kehl verstand sich [...] als ‚Protector‘ der österreichischen Industrie. Die Vertreter der Reichsgruppe Industrie und der wichtigsten Wirt-

schaftsgruppen mußten sich [...] bei ihm ‚melden‘“ und ihm ihr Beutebegehren vortragen. „Da traf es sich gut, daß wichtige Großbetriebe in der Hand jüdischer Eigentümer gewesen waren“, die es zu arisieren galt und „deren Besitz neu verteilt werden konnte. Kehl [...] sah sich als Sachwalter der Reichsinteressen und setzte, wo es ihm gelang, eine Übertragung in staatliche Verfügung durch.“ (49)

Was Apologet Müller – Kehls Selbstdarstellung folgend – in „Protektion“ der österreichischen Industrie umdeutet, ist historisch unwahr. Kehls Verteidigung der „Reichsinteressen“ ist realer als beflissene Dankesbezeugung an seinen „Protector“ Göring zu interpretieren. Happiger als andere Beutergeier haben sich die Reichswerke Hermann Göring an Kehls „Neuverteilung“ des „jüdischen Besitzes“ in der „Ostmark“ und kurz drauf in der Tschechoslowakei bereichert.

Nach der erzwungenen „Angliederung“ des Sudetentlandes „erteilte“ Kehl der auf Arisierungsdiebstahl spezialisierten „Dresdner Bank den Auftrag [...], den gesamten [jüdischen] Braunkohlenbesitz aufzukaufen und an eine Tochtergesellschaft der Reichswerke Hermann Göring weiterzugeben, in deren Aufsichtsrat Kehl den Reichswirtschaftsminister vertrat.

Wenige Monate später,“ berichtet Müller voller Mitgefühl, „mußte er sich als wirtschaftlicher Liquidator der ‚Rest-Tschechei‘ bewähren. [...] Göring [äußerte] sofort den ‚Wunsch‘ auf Erwerb der Waffenwerke Brünn, der Škodawerke, des

Eisenwerks Wittkowitz und ihrer Tochtergesellschaften für seine Reichswerke.“ (51f.)

Ausplünderung der besetzten Gebiete war fortan vornehmste Pflichterfüllung des „Raubspezialisten“ Kehl (53). „Mit der ‚Ostfaser-[GmbH]‘ schuf Kehl eine reine Privatgesellschaft mit Kapitalbeiträgen der entsprechenden Wirtschaftsverbände. Dem Reichswirtschaftsminister blieb das Recht vorbehalten, den Aufsichtsratsvorsitzenden zu ernennen, wozu er natürlich Kehl berief. Der Schwerpunkt der Aktivitäten dieser Monopolgesellschaft [...] lag zunächst bei der Aufbringung und dem Abtransport von [rund 350.000 Tonnen] Rohstoffen“ aus den okkupierten sowjetischen Gebieten. Später ging es auch um „den Anbau und die Verarbeitung von Rohstoffen im Besatzungsgebiet [...] Mehr als 300 Betriebe mit etwa 30.000 Beschäftigten arbeiteten [...] für den ‚größten Textilkonzern Europas‘.“ (82)

Im polnischen Lodz verfügte Kehl die Arisierung und Modernisierung der Textilindustrie. „Die Einrichtung des großen Gettos [...] betrachtete Kehl [...] offenbar nur als unvermeidliches Ergebnis des technischen Fortschritts,“ entlastet Müller den SS-Brigadeführer und erdreistet sich, diesen als Retter jüdischer Leben zu reklamieren: „Als im Getto das große Sterben begann, erhielten viele durch die Arbeit in den neu errichteten Textilwerkstätten eine begrenzte Überlebenschance.“ (68)

Branche um Branche weitete Hans Kehl, selbsternannter Multi-Aufsichtsrat, SS-General und Prisenadmiral, seine Macht auf sämtliche

kriegsrelevanten Industrien im Reich und in den überfallenen Ländern aus, stets im Sinne seiner Parole: „Die Stunde ruft nach einer militanten Wirtschaft, die nicht stützt, was versagt, sondern ohne Rücksicht den Schwachen, Müden und Faulen, wo immer er sitzt, beseitigt und ersetzt.“ (96) Im Herbst 1943 holte Speer den in Härte und Gewissenlosigkeit bewährten omnipotenten „Generalreferenten“ mitsamt dessen Hauptabteilung II (Industrie) ins Reichsministerium für Rüstung und Kriegsproduktion. Als Speers „Chefmanager der totalen Kriegswirtschaft“ (118) leitete Kehl zwei von drei Ämtern: das „Rohstoffamt“ und das „zentrale Planungsamt“ (125).

Respektvoll erzählt Apologet Müller von Kehls „rastloser“ Tätigkeit in der letzten Kriegsphase, „um neue Aktivitäten anzustoßen, Krisen rechtzeitig zu erkennen und Ausweichlösungen zu finden. [...] Er erschien so als der unverzichtbare Motor des deutschen ‚Rüstungswunders‘.“ (119) Müller offenbart keinerlei Belege und Details für Kehls ihn anscheinend überwältigende „intellektuelle Fähigkeiten“ und „Aktivitäten“. Nach den von soliden Historikern erforschten Quellen steht freilich außer Frage, daß die Nazi-Rüstungsmagier Speer und Kehl gemeinsam die Verantwortung fürs „Durchhalten“ bis zum letzten Liter Treibstoff und bis zur letzten Patrone wie für die Schinderei bis zum Tod von Millionen Arbeitssklaven trugen: Juden, Sinti und Roma, Zwangsrekrutierte aus den überfallenen Ländern.

Mit dieser Kehl-Monographie ramponiert der bislang als seriös gelten-

de Historiker Rolf-Dieter Müller seinen Ruf. Seine kaum mit kritischen, vielmehr mit liebevollen Augen studierte Hauptquelle ist Kehrls Autobiographie¹, in der der Hauptkriegsverbrecher sich von jeder Schuld reinwäscht. Auf die Benutzung von Archivalien hat Müller verzichtet, obwohl es Tausende von Aktenstücken gibt, die Kehrls Verbrechen als oberster Planungstäter bezeugen. In Kehrls Selbstdarstellung einstimmend, schildert Müller den „Generalreferenten für Sonderaufgaben“, SS-Brigadeführer und Leiter des „zentralen Planungsamts“ als politisch tumblenden Technokraten und Opfer „persönlicher Tragik“. Kehrl war doch „stolz darauf, als ‚Krisenmanager‘ dem Vaterland gedient [zu haben] und ohne persönliche Schuld geblieben zu sein. So trug er an dem Schicksal, zu früh in diesem Jahrhundert geboren zu sein“ (177).

Aus Pflichtbewußtsein und unumstößlichem Glauben an „Führer“ und „Endsieg“ hätte Kehrl „die Verfolgung und Ermordung politischer Gegner des Nationalsozialismus, die Terrorisierung und Ausbeutung fremder Nationen, schließlich den völkermordenden Rassismus“ schlicht „übersehen“ (178). Die Apologie schlägt in Zynismus um, wenn Seelsorger Müller seinen reuelosen Beichtling als gehobenen Mitläufer einstuft und segnet: „Auch wenn Hans Kehrl [...] persönlich keinen Mordbefehl unterzeichnet oder ausgeführt [hat], trägt er doch zweifellos ein höheres Maß an Mitverantwortung

als die meisten anderen.“ (178) So müssen ihn die US-amerikanischen Richter in Nürnberg beurteilt haben, mit dem traurigen Ergebnis: ein Jährchen Haft statt Hängens am Galgen.

Mit dieser Mängelware weist sich Müllers Verstand – gnädig formuliert – als von der nämlichen „Naivität“ getrübt aus, die er seinem Helden zu Gute hält (166). Liest man indessen im Resümee, Hans Kehrl wäre lediglich vom „Nationalsozialismus ‚infiziert‘“ gewesen, er hätte zwar „an den düsteren Seiten des NS-Regimes“ mitgewirkt, aber „zu den Tendenzen einer Modernisierung von Staat und Gesellschaft im ‚Dritten Reich‘ beigetragen“, in anderen Zeitläuften hätte er „ein demokratischer Wirtschaftspolitiker werden können“ (179), dann verfestigen solche verlogenen Behauptungen und willkürlichen Spekulationen den Eindruck, Hans Kehrls Hofhistoriker Rolf-Dieter Müller habe sich mit dem Virus des neoliberalen Ungeists unserer Epoche ernsthaft „infiziert“.

Hans G Helms

1848 in Berlin

Rüdiger Hachtmann, *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte e.V., Braunschweig, Bonn), Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger, Bonn 1997, 1008 S., DM 98,-.*

Unter den ungewöhnlich zahlreichen, frühere Jubiläumsveröffentlichungen weit übertreffenden historiographischen Arbeiten zur Geschichte der

1848er Revolution anlässlich des 150. Jahrestages – eine sicher noch unvollständige Bibliographie zählt mehr als 150 selbständige Publikationen: von Dokumentationen, darunter mehrere Reprints, über einige wenige Gesamtdarstellungen, durchweg gehaltvolle Sammelchriften, die den gegenwärtigen Forschungsstand wohl am besten spiegeln, und ebenso ergebnisreiche lokal- und regionalgeschichtliche Untersuchungen bis hin zu forschungsintensiven Ausstellungskatalogen – nimmt das Buch Rüdiger Hachtmanns einen besonderen Platz ein. Und dies nicht nur und zuvörderst weil es erstmals eine umfassende, wohl erschöpfende Revolutionsgeschichte der preußischen Hauptstadt bietet, in der unstrittig Entscheidungskämpfe von nationaler Reichweite stattfanden. Mehr noch fällt wohl ins Gewicht, daß hier das tatsächliche Revolutionsgeschehen in dieser Stadt, die revolutionären Aktionen an der Basis, das was neuerdings die „elementare Revolution“ genannt wird, aufs Genaueste untersucht und mit beeindruckender Eindringlichkeit und unübersehbarer Sympathie dargestellt und auf ihre differenzierten Ziele und Wirkungen wie auf ihre soziale Trägerschaft hin analysiert wird.

„Die Berliner Märzrevolution“, so resümiert H. die Darstellung des 18. März 1848, „wurde also zu mindestens neunzig Prozent von den unterbürgerlichen Schichten durchgefochten. Von der sozialen Trägerschaft (nicht den politischen Inhalten) her war sie gewissermaßen eine proletarische Revolution.“ (178) Diese Feststellung wird sicher manch einen verwundern oder gar schockie-

ren. Aber sie ist das Ergebnis der wohl gründlichsten Untersuchung des Höhepunkts der deutschen Märzrevolution und beruht – wie das ganze Buch – auf der gründlichen Auswertung eines riesigen, meist neu erschlossenen Quellenmaterials wie der reichhaltigen Forschungsliteratur, übrigens die der DDR-Historiographie eingeschlossen, was nur Erwähnung verdient, weil dies in der Mehrzahl historischer Arbeiten altbundesdeutscher Provenienz seit 1990 keineswegs mehr selbstverständlich ist. Niemals zuvor wurden die erbitterten revolutionären Auseinandersetzungen des Jahres 1848 in der preußischen Metropole – von den Barrikadenkämpfen des März über die Massendemonstrationen für eine Vertiefung der Revolution, den Zeughaussturm im Juni 1848, die großen, oft zigtausende zählenden Volksversammlungen, die Arbeiterstreiks und die blutigen Konflikte der Rehberger im Herbst 1848 bis zu den Straßenschlachten Ende April 1849 –, die allesamt zuvörderst das ausmachen, was Revolution heißt, in ihrer Gesamtheit so ausführlich, umfassend und lebendig vorgestellt.

Den besonderen Stellenwert dieser aus einer von Reinhard Rürup angeregten Habilitationsschrift der TU Berlin von 1995 hervorgegangenen ersten wissenschaftlichen Gesamtdarstellung der Berliner 1848er Revolutionsgeschichte in der jüngsten 1848er Forschungsliteratur begründet aber wohl vor allem das hier am konkreten Stoff mit glänzendem Erfolg praktizierte gesellschaftsgeschichtliche Konzept, das sich in der Geschichtsschreibung zu 1848 mehr oder weniger durchgesetzt zu haben

¹ Hans Kehrl, *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden, 6 Jahre Krieg*. Erinnerungen, Düsseldorf 1973.

scheint. H. macht klar, daß Revolution mehr war als nur revolutionärer Aktionismus, so sehr er freilich erst die Grundlage für alles schuf, was sich dann in der Gesellschaft veränderte. Der Untertitel des Buches hält, was er verspricht. Wir erhalten in der Tat eine miteinander verzahnte „Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution“, die Gesellschaftsgeschichte einer Metropole im Revolutionsjahr, was durchaus von paradigmatischer Bedeutung ist.

Das vielgestaltige, widersprüchliche Panorama einer sich erst dank der März-Ereignisse entfaltenden politischen, sozialen und kulturellen Öffentlichkeit breitet sich vor dem Leser aus. Man erlebt mit, wie das revolutionär-aktive Volk zunehmend politisiert und radikalisiert wurde, nicht zuletzt infolge der Enttäuschungen, die es im Verlauf der Revolution machen mußte. Besondere Erwähnung verdient, daß erstmals das weitgegliederte 1848er Berliner Vereinswesen bis ins Detail untersucht wurde. H. macht deutlich, wie die Revolution die gesellschaftlichen Organisationsprozesse teilweise erst in Gang setzte, teilweise enorm beschleunigte und sich so als ein riesiges organisationspolitisches Experimentierfeld erwies. Ohne Ausnahme werden die politischen, sozialen, kommunalen und konfessionellen Organisationsbestrebungen und Parteibildungen erschlossen, von den Konservativen bis zur entstehenden Arbeiterbewegung, der wie den sogenannten Unterschichten generell besondere Aufmerksamkeit geschenkt ist. Sozialstrukturelle Wandlungen und Wirtschaftsentwicklung sind ebenso abgehandelt wie die so-

ziale Lage der verschiedenen Klassen und Schichten, die unterschiedlichen sozialen und politischen Konfliktfelder und nicht zuletzt die verschiedenartigen sozialen Kulturen und Mentalitäten. Nicht nur ist der Rolle der Frauen in der Revolution ein eigenes Kapitel gewidmet; auch die Berliner Juden und die Haltung des offiziellen Protestantismus in und zur Revolution erhielten eigene Abschnitte.

Die Lektüre des Buches ist durchweg kurzweilig. Denn es wird ohne Scheu (auch mal mit Quellen pur) Geschichte erzählt, klar, schnörkellos, genau differenzierend, lebendig und plastisch. Die Erklärung der Dinge erfolgt nicht selten durch die Erzählung und vermag so häufig besser zu überzeugen als abstraktes Definieren. Doch bleibt es nie bei reiner Narratio. Das Buch zeichnet sich gerade durch eine gelungene Verbindung von Ereignis- und Prozeßdarstellung mit strukturgeschichtlicher Analyse und konzeptioneller Einordnung aus. Es wird immer auch theoretisch analysiert, ohne in abstraktes Soziologendeutsch zu verfallen. Das ist herzerfrischend.

Die Sympathie für die Träger der Revolution, für die demokratische Bewegung und namentlich die spontan agierende „Straßendemokratie“ der proletarischen Schichten ist unverkennbar, freilich fernab jedweder Verklärung. Es herrscht nüchterne Sachlichkeit, die auch die Grenzen und Schwächen jeder Bewegung offenlegt. Anders als in zahlreichen anderen Revolutionsdarstellungen unserer Tage erfahren die Liberalen wegen ihrer durchweg revolutionsfeindlichen Politik, na-

mentlich ihres Bündnisses mit Adel und Krone, grundsätzliche Kritik. „Nicht erst der 'Pöbel' hat weite Teile des Bürgertums der 'Contrerevolution' in die Arme getrieben. Wirtschaftsbourgeoisie, gehobene Beamtenschaft und wohlhabender Mittelstand besaßen von vornherein kein Interesse an einem Bündnis mit den sozialen Unterschichten, um mit diesen gemeinsam ein demokratisch-„bürgerliches“ System durchzusetzen.“ (861). Auch wird den Demokraten in den Vereinen wie Parlamenten der Vorwurf nicht erspart, als legitime Führungselite gegenüber den elementar revolutionär gestimmten und auftretenden Unterschichten versagt zu haben. Der Autor beschränkt sich nicht auf die Feststellung, daß die „Niederlage der revolutionären Bewegung wesentlich strukturell bedingt und mithin kaum zu vermeiden war“ (876). Er fragt nach möglichen Alternativen, untersucht unter diesem Gesichtswinkel kritisch das Verhalten der Subjekte geschichtlichen Handelns, namentlich der politischen Führungskräfte in der Revolution und hebt deren Anteil an der Niederlage ebenso hervor wie die Stärke der Gegenrevolution. Was dazu im Abschlußkapitel resümiert wird, weist über herkömmliche Sichtweisen hinaus.

Einige der aufgeworfenen Fragen werden sicher im historiographischen Diskurs bleiben. Wie andere Revolutionshistoriker stellt auch H. – freilich weit vorsichtiger und abgewogener – die von Marxisten wie Nichtmarxisten ungeachtet unterschiedlicher Einordnung bislang gleichermaßen vertretene Auffassung vom bürgerlichen Charakter der

deutschen 1848er Revolution in Frage. In seinem Verständnis war sie aber immerhin insofern bürgerlich, als sie die Verwirklichung staatsbürgerlicher politischer Rechte erstrebte, während die soziale Trägerschaft keineswegs von bürgerlichen Kräften bestimmt wurde.

Niemand leugnet natürlich den neuerlich stärker denn früher herausgestellten „Eigen-Sinn“ der verschiedenen revolutionären Bewegungselemente. Dieser Tatbestand ist nun mal allen Revolutionen eigen. Dennoch steht wohl außer Frage, daß die verschiedenen gesellschaftlichen Elemente 1848 legitime Bestandteile der sich etablierenden bürgerlichen Gesellschaft waren und mit ihren – sicher nicht strikt liberal-bürgerlich ausgerichteten – politischen und mehr noch sozialen Bestrebungen, selbst wenn sie bisweilen rückständig erscheinen mochten oder über die kapitalistische Ordnung hinauswiesen, gleichwohl objektiv der bürgerlich-kapitalistischen Modernisierung der Gesellschaft dienten. Ganz abgesehen davon, daß die politisch letztlich richtungsweisende gesellschaftliche Kraft in dieser Umwälzungsepoche, das Bürgertum, auf nichts anderes als eine bürgerliche Gesellschaft nach ihrem Maß hinarbeitete. Die Tatsache, daß in dieser Revolution verschiedene gesellschaftliche Kräfte mit unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Interessen und Zielen agierten und die durchaus richtige Hervorhebung dieser Gegensätze setzt keineswegs die Tatsache außer Kraft, daß es sich dennoch um einen einheitlichen Revolutionsprozeß handelte, in dem die verschiedenen Elemente aufeinander, gegen- wie mit-

einander wirkten. Die durchaus verschiedenartigen, ja partiell gegensätzlichen Bewegungen in dieser Revolution machen aus der einen Revolution nicht gleich – wie in anderen Veröffentlichungen zu lesen ist – mehrere Revolutionen; und sie lösen auch nicht den durch den Übergang zu einer neuen Gesellschaft geprägten bürgerlichen Charakter dieser Revolution auf. „Charakterlos“ war die deutsche Revolution von 1848/49 mit Sicherheit ebenso wenig wie ein diffuser Mischmach von Bestrebungen ohne einen gemeinsamen Generalnenner.

Anregend ist das hier auf die Revolutionszeit angewandte Konzept der „Kultur der Armut“ von Oscar Lewis. Diese Kultur wird verstanden als Reflex einer besonderen Lebensweise und Mentalität vor- und subproletarischer Schichten, die sich deutlich unterschied von der sich mit der Klassenbildung des Proletariats formenden modernen Arbeiterkultur, die sich durch Rezeption bildungsbürgerlicher Elemente auszeichnete. H. hat diese Phänomene erstmals genauer aufgehehlt. Das ist ein unbezweifelbares Verdienst.

Es bleibt indes die Frage nach dem historischen Platz der „Armutskultur“, die vor allem ein Merkmal frühindustriekapitalistischer Entwicklung war und später immer mehr zurücktrat und weitgehend verschwand. Zu fragen wäre auch, ob deren Gewicht schon 1848 gegenüber der Arbeiterkultur nicht etwas zu hoch veranschlagt ist.

Problematisch erscheint die Festlegung des Endes der Berliner Revolution schon mit dem Sieg der Konter-

revolution im November 1848, zumal die deutsche Revolution fort dauerte und sich ein anderes, mit den Reichsverfassungskämpfen schließlich eindeutig nach Südwestdeutschland verlagerndes Zentrum herausbildete. Von diesen Entwicklungen gingen natürlich auch Impulse nach Berlin aus, das zwar keinen revolutionären Höhepunkt mehr erlebte, gleichwohl aber, wie der Verf. ja auch zeigt, keineswegs von revolutionären Aktivitäten frei war, die sicher nicht schon in die Reaktionsperiode gehören.

Gegen den seit den siebziger Jahren im (auch marxistischen) historischen Diskurs um 1848 deutlich hervorgetreten Trend, gegenüber den negativen Folgen der Niederlage von 1849 die positiven Wirkungen der Revolution herauszustellen, wofür Langewiesche den sicher treffenderen Begriff der „Grenzen des Scheiterns“ der Revolution gefunden hat, betonte H. mit Nachdruck die verhängnisvollen Einflüsse des unbestreitbaren Sieges der Konterrevolution auf die weitere deutsche Geschichte.

Es gibt schon gute Gründe, die preußische Verfassungswirklichkeit nach Einführung des Dreiklassenwahlrechts als „Pseudokonstitutionalismus“ zu bezeichnen und auch die mentalen Folgen einer mißlungenen Revolution nicht aus dem Blick zu verlieren. Hachtmann begegnete damit fraglos der Gefahr, den Mißerfolg eines deutschen Aufbruchversuchs zu minimieren und 1848 doch noch in eine Erfolgslinie deutscher Geschichte einzuordnen. Gleichwohl läßt seine Darstellung der nachrevolutionären Entwicklungen kaum Raum für eine ausgewogenere Be-

wertung dessen, was die Revolution trotz ihrer blutigen Niederschlagung an Fortschritten erzwungen hat.

H. hat ein Werk vorgelegt, das insbesondere wegen seines gesellschaftsgeschichtlichen Konzepts für Revolutionsdarstellungen wegweisend sein kann und die weiteren Forschungen sicher befruchten wird. Es besitzt dank eines vorzüglichen Apparats überdies geradezu Handbuchcharakter. Seine Benutzbarkeit für Fachleute wie an Berlingeschichte Interessierte wird durch ein vielgliedriges, dankenswerterweise auch Sachprobleme erfassendes Register ungemein erleichtert. Auf die Berliner Geschichtskultur hatte es bisher freilich noch keinen Einfluß. Die politischen Klasse dieser Stadt ging im Gegensatz zu den Regierenden namentlich im Südwesten während des Jubiläumsjahres auf nahezu totale Distanz zur demokratischen Revolution in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Die Weigerung des Senats, den westlichen Platz vor dem Brandenburger Tor, über den in den März- und Apriltagen 1848 zigtausende zu den Volkersammlungen im Tiergarten strömten, den Namen „18. März 1848“ zu verleihen – wofür sich übrigens auch der Autor einsetzte –, spricht Bände. Soweit hier ein Bewußtmachen der demokratischen Traditionen des Revolutionsjahres stattfand, war dies Aktivitäten an der Basis geschuldet. So bleibt nur die Hoffnung und der Wunsch, daß Hachtmanns Buch nicht nur die künftige Forschung beeinflussen, sondern auch Veränderungen in der Berliner Geschichtskultur bewirken möge.

Walter Schmidt

Bucheingänge

Ben Dietrich, Klassenfragmentierung im Postfordismus. geschlecht arbeit rassismus marginalisierung, UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster 1999, 304 S., DM 39,80.

Klaus Kinner, Der deutsche Kommunismus. Selbstverständnis und Realität. Band 1: Die Weimarer Zeit, Karl Dietz Verlag, Berlin 1999, 240 S., DM 29,80.

Allan Merson, Kommunistischer Widerstand in Nazideutschland. Vorwort Peter Gingold, Einführung Karl Heinz Jahnke, Pahl Rugenstein Verlag Nachfolger, Bonn 1999, 310 S., 11 Abbildungen, DM 49,90.

Wolfgang Haupt, „Wer jetzt nicht kämpft, darf sich später nicht beschweren“. Dokumentation des Kampfes um einen Firmentarifvertrag bei der Druckerei Schwend in Schwäbisch Hall. Herausgegeben von der IG Medien, Bezirk Heilbronn, Distel Verlag, Heilbronn 1999, 128 S., DM 20,--.

Still Black - Still Strong. Überlebende des US-Kriegs gegen Schwarze Revolutionäre. Dhoruba Bin Wahad, Mumia Abu-Jamal, Assata Shakur, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger, Bonn 1999, 231 S., DM 26,90.

Ulrich Albrecht/Paul Schäfer (Hg.), Der Kosovo-Krieg. Fakten, Hintergründe, Alternativen, PapyRossa Verlag Köln 1999, 226 S., DM 24,80.

Dietrich Kittner, Aus meinem Kriegstagebuch. Beobachtungen zum Balkankrieg, Neu Impulse Verlag, Essen 1999, 129 S., DM 14,80.

Ulrich Cremer, Dieter S. Lutz, Nach dem Krieg - ist vor dem Krieg. Die

Sicht der anderen zum Kosovo-Krieg und ihre alternativen Lehren und Konsequenzen, VSA-Verlag Hamburg 1999, 224 S., DM 24,80.

Hannes Hofbauer (Hg.), Balkankrieg. Die Zerstörung Jugoslawiens, ProMedia, Wien 1999, 264 S., DM 34,--

Johannes Klotz (Hg.), Schlimmer als die Nazis? „Das Schwarzbuch des Kommunismus“, die neue Totalitarismusdebatte und der Geschichtsrevisionismus, Papyrossa Verlag, Köln 1999, 208 S., DM 26,--.

Karl Georg Zinn, Sozialstaat in der Krise. Zur Rettung eines Jahrhundertprojekts, Aufbau Taschenbuch Verlag, Berlin 1999, 118 S., DM 14,--.

Jörg Huffschmid, Politische Ökonomie der Finanzmärkte, VSA-Verlag, Hamburg 1999, 246 S., DM 29,80.

Werner Rügemer, Grüezi! Bei welchen Verbrechen dürfen wir behilflich sein? Die Schweiz als logistisches Zentrum der internationalen Wirtschaftskriminalität. Essays, Analysen und Materialien, Distel Verlag, Heilbronn 1999, 120 S., DM 20,--.

Reader Medienökonomie. Materialien zur wirtschaftlichen Situation, zu den Konzentrationsprozessen und der Beschäftigungsentwicklung im Verlagsbereich, Hrg. Branchenarbeitskreis Verlage IG Medien, HBV, DAG, Stuttgart/Düsseldorf/Hamburg 1999, 58 S.

Peter Schott, Die Chance Umweltpolitik. Fakten, Zusammenhänge, Schritte in die Zukunft, Pahl-Rugenstein Verlag Nachfolger, Bonn 1998, 263 S., DM 24,80.

Stephan Peters, Arbeitsbegriff und Ökologie. Die Auswirkungen des Arbeitsbegriffs auf die Diskussion ökologischer Reformprojekte, Papyrossa Verlag, Köln 1999, 146 S., DM 28,--.

Rolf Keim, Wohnungsmarkt und soziale Ungleichheit. Über die Entwicklung städtischer Polarisierungsprozesse, Birkhäuser Verlag, Basel/Berlin/Boston 1999, 352 S., DM 38,--.

Monika Domke, Leistung und Idylle. Frauen zwischen Markt- und Hauswirtschaft, Papyrossa Verlag, Köln 1999, 160 S., DM 28,--.

Erratum

In dem Artikel von Dieter Boris „Währungs- und Finanzkrisen in der Dritten Welt“ im letzten Heft (Z 39, S. 166 - 173) waren leider einige Fehler der Korrektur entgangen.

In dem vorangestellten Zitat von Ulrich Cartellieri am Anfang des Artikels (S. 166) fehlte ein Teil des Satzes. Richtig muss es lauten: „Die Globalisierung des privaten Anlagekapitals ist der Motor für Wirtschaftswachstum und Wohlfahrt in immer mehr Schwellenländern. Seine Schubkraft zu beherrschen, ohne ihn durch falsche Eingriffe lahmzulegen, ist die schwierige Aufgabe.“

Auf Seite 166 muss es im ersten Absatz richtig heißen: „Die inzwischen allort verbreitete Redeweise von der Notwendigkeit einer neuen 'Weltfinanzarchitektur' zeigt an ...“ (nicht: „zeigten an“).

Auf Seite 168 Mitte muss es heißen: „Das Spektrum der Aktivitäten auf diesen Märkten ...“ (nicht: „auf sogenannten 'Sekundärmärkten'“).

Wir bitten für das Versehen um Entschuldigung - die Redaktion.

Autoren

Günter Bell - Köln, Dipl. Ing für Städtebau und Regionalplanung

Prof. Dr. Christoph Butterwegge - Köln, Hochschullehrer, Leiter der Abteilung Politikwissenschaften am Seminar für Sozialwissenschaften der Universität Köln

Dr. Thomas Collmer - Hamburg, Philosoph

Prof. Dr. Hansgeorg Conert - Syke, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler

Richard Detje - Hamburg, Redakteur der Zeitschrift „sozialismus“

Dr. Fritz Fiehler - Schöbüll, Sozialwissenschaftler

Prof. Dr. Georg Fülberth - Marburg, Hochschullehrer, Historiker, Politikwissenschaftler

Dogan Göçmen - Hamburg, Dipl. Sozialwirt, Studium der Politikwissenschaft, Philosophie und Germanistik

Dr. Jörg Goldberg - Frankfurt/M., Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Werner Goldschmidt - Hamburg, Hochschullehrer, Soziologe, Z-Beirat

Prof. Dr. Keizo Hayasaka - Morioka, Japan, Sozialwissenschaftler an der Iwate-Universität

Dr. Hans G Helms - Köln, Wirtschafts- und Sozialhistoriker

Prof. Dr. Hermann Klenner - Berlin, Staats- und Rechtswissenschaftler

Prof. Dr. Hans Luft - Berlin, Wirtschaftswissenschaftler

Prof. Dr. Harald Neubert - Berlin, Historiker

Dr. Vesa Oittinen - Helsinki, Philosoph

Jörg Reitzig - Hamburg, Sozialökonom, Doktorand

Dr. Jürgen Reusch - Frankfurt/M., Politikwissenschaftler, Z-Redakteur

Prof. Dr. Walter Schmidt - Berlin, Historiker

Dr. Friedrich Sendelbeck - Nürnberg, Gewerkschaftssekretär

Dr. Harald Werner - Berlin, gewerkschaftspolitischer Sprecher der PDS, wiss. Mitarbeiter der PDS-Bundestagsfraktion, Z-Beirat

Gerd Wiegel - Marburg, Politikwissenschaftler

Dr. Dietmar Wittich - Berlin, Soziologe

Michael Zander - Berlin, Student der Psychologie

Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift Einzelheft 18,- DM (zzgl. Versandkosten)
Abopreise: 60,- DM (incl. Versandkosten)
Auslandsabo: 70,- DM (incl. Versandkosten)

☐ **Abonnement:** Ich bestelle ein Z-Abo (Preis s.o.)
Das Abo gilt ab Heft und für mindestens ein Jahr (vier Hefte). Es verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens sechs Wochen vor Ablauf des Abonnementszeitraums schriftlich gekündigt wird.

☐ **Geschenk-Abo:** Ich verschenke ein Z-Abo.
Das Abo gilt für ein Jahr und kostet DM 60,- (incl. Versandkosten). Das Abo wird nicht automatisch verlängert.

☐ **Einzelheft-Bestellung:** Ich bestelle folgende zurückliegende Ausgaben von Z.

Z 1 bis 20 zu je 7,- DM Z 21 bis 28 zu je 10,- DM ab Z 29 zu je 18,- DM

Name _____ Vorname _____
PLZ _____ Ort _____
Straße _____
Datum _____ Unterschrift _____

☐ Ich bezahle bis auf Widerruf per Bankeinzug

Geldinstitut _____
Konto-Nr.: _____ BLZ _____

☐ Ich bezahle nach Erhalt der Rechnung

Vertrauensgarantie: Ich weiß, daß ich die Bestellung innerhalb einer Woche beim Z-Vertrieb, Postfach 500 936, 60397 Frankfurt, widerrufen kann und beständige dies durch meine Unterschrift. Zur Fristwahrung genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs.

zweite Unterschrift _____

Geschenk-Abonnement geht an:

Name _____ Ort _____
PLZ _____ Straße _____

Z-Vertrieb - Postfach 500 936 - 60397 Frankfurt - Tel./Fax 069 - 53 05 44 06

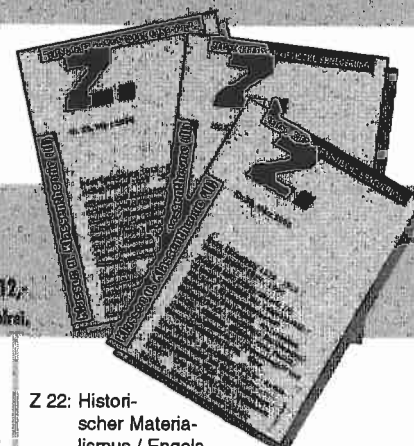
Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung

Vierteljahrszeitschrift

Z wurde im Herbst '89 gegründet. Z versteht sich als eine Stimme der marxistischen Linken, als pluralistisches marxistisches Diskussions- u. Publikationsorgan. Z wird vom Forum Marxistische Erneuerung e.V. und dem IMSF e.V., Frankfurt/M. herausgegeben.

1990 - 1999
10 Jahrgänge Z

Z 1-20 je Heft DM 7,- Z 21-28 je Heft DM 12,-
Ab H. 29 je Heft DM 18,- (Bestellung ab 50,- portofrei)



1990

Z 1: Sozialismus, DDR
Z 2: Marxismus und linke Politik
Z 3: Reformalternative?
Z 4: Deutschland, die neue Hegemonialmacht?

1991

Z 5: Marxismus-Diskussion
Z 6: Postsozialistischer Kapitalismus - Analyse und Kritik
Z 7: Zivilgesellschaft
Z 8: Neue Weltordnung - globale Probleme

1992

Z 9: Marxismus international
Z 10: Das 500jährige Reich
Z 11: Terrainvermessung: Gewerkschaftspolitik
Z 12: Realsozialismus, Zusammenbruch

1993

Z 13: Gewerkschaften: Orientierungen / Realsozialismus (II)
Z 14: Realsozialismus, Zusammenbruch (III) / Nationalismus und Linke
Z 15: Macht, Herrschaft, Metropolenkapitalismus / Nationalismus und Linke (II)
Z 16: Sozialismus - Neuansätze nach dem Crash (I)

1994

Z 17: Sozialismus - Utopien, Theorie, Perspektiven (II)
Z 18: Anthropologische Lücke? Menschenbild im Marxismus
Z 19: Gewerkschaften in der Krise
Z 20: Geschichte und Restaurationsperiode

1995

Z 21: Demokratie - Herrschaft und Grenzen der Emanzipation

Z 22: Historischer Materialismus / Engels
Z 23: Kapitalismus und Medien
Z 24: Klassen u. Klassentheorie heute (I)

1996

Z 25: Klassen u. Klassentheorie heute (II)
Z 26: Asozialer Kapitalismus
Z 27: Dialektik des Ganzen
Z 28: Ökologie-Aspekte

1997

Z 29: Der rechte Rechtsstaat
Z 30: Marxismus - Bilanz und Perspektive
Z 31: Kapitalismus - Ökonomie
Z 32: EU und die Linke

1998

Z 33: Kommunistisches Manifest
Z 34: Staatsverschuldung
Z 35: Jugend ohne Perspektive?
Z 36: Globalisierung und Peripherie

1999

Z 37: Arbeit und Politik
Z 38: Deutsche Normalität
Z 39: Konzentration / Monopolisierung
Z 40: Gerechtigkeit

Jedes Heft enthält neben Beiträgen zum Schwerpunktthema Aufsätze zu theoretischen Problemen der Linken, sowie Tagungsberichte, Diskussion / Kritik / Zuschriften und einen ausführlichen Rezensionsteil. - Einzelpreis: 18,- DM (zzgl. Versand); im Abo 60,- DM, Auslandsabo 70,- DM (4 Hefte / Jahr incl. Versand), **Bezug** über Buchhandel ISSN 0940-0648, oder direkt:

Z-Vertrieb - Postfach 500 936 - 60397 Frankfurt a.M. - Tel./Fax 069 / 53 05 44 06